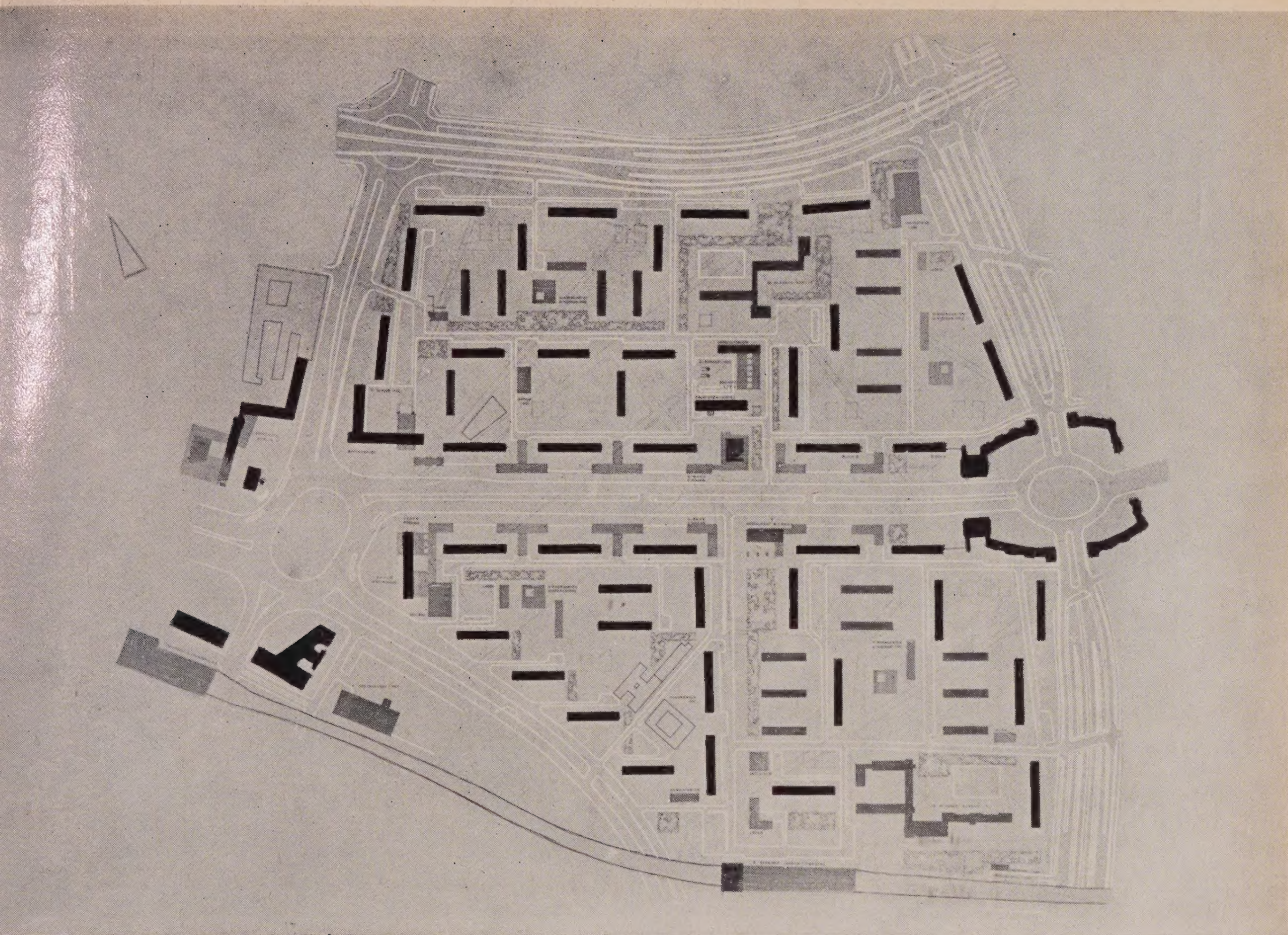


Deutsche Architektur

8. Jahrgang · Berlin · Oktober 1959 Heft 10

ARCHITEKTUR·UND·STÄDTEBAU·IN·DER DEUTSCHEN·DEMOKRATISCHEN·REPUBLIK

ist erschienen.

Dieses auf Kunstdruckpapier gedruckte und in Leinen gebundene Werk kostet 28,— DM und enthält auf 256 Seiten 343 ganz- und halbseitige, darunter 85 farbige Abbildungen und 26 Pläne. Unter anderem sind viele Industriebauten, wie ,,Schwarze Pumpe'', ,,Kraftwerk Lübbenau'', ,,Warnow-Werft'', ,,Kraftwerk Trattendorf'' abgebildet. Auch Abbildungen aus den neuen sozialistischen Städten Stalinstadt und Hoyerswerda sowie von Bauten in den Stadtzentren Berlins, Dresdens, Rostocks und zahlreicher gesellschaftlicher Bauten sind zu finden.

Das Werk enthält Beiträge führender Vertreter des Bauwesens der Deutschen Demokratischen Republik, so unter anderem ein umfangreiches Geleitwort des Ministers für Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik, einen Aufsatz des Präsidenten der Deutschen Bauakademie über die wissenschaftlichen und ideologischen Aufgaben der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus und Beiträge über die Entwicklung und die Perspektive des Bauwesens in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik von den Bezirksbaudirektoren.

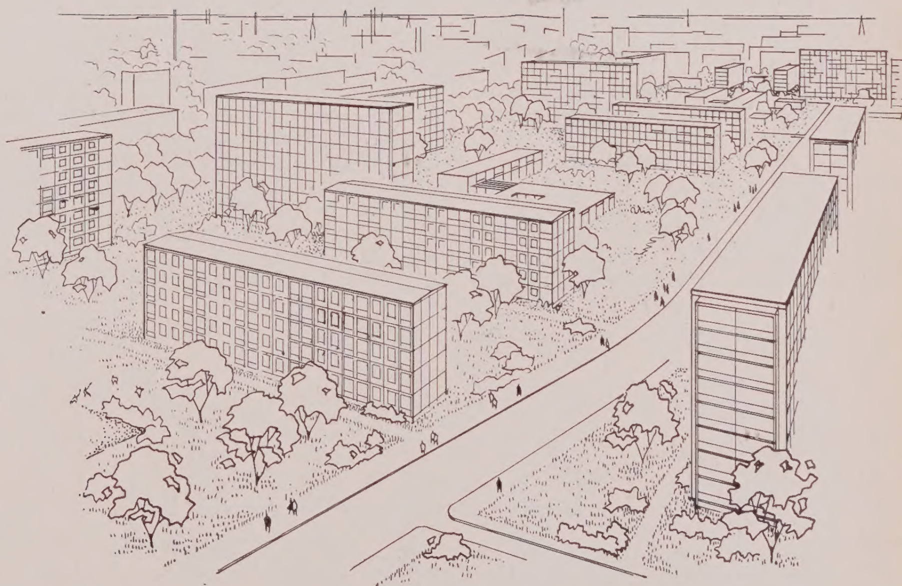
Das Werk gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Bauens in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Leistungen der einzelnen Bezirke, die gemeinsamen Anstrengungen zur Lösung unserer großen ökonomischen und politischen Aufgaben auf den Gebieten der Architektur und des Städtebaus werden anschaulich dargestellt. Daher sollte das Werk in allen Bezirks- und Kreisbauämtern, in allen Entwurfs- und Baubetrieben, an den Hoch- und Fachschulen sowie an anderen Institutionen des Bauwesens zu finden sein. Auch eignet es sich vorzüglich als Geschenk vor allem an ausländische Delegationen und Gäste.

Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten Heft 10 1959

Zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz

Architekt BDA Dipl.-Ing. Werner Dutschke
VEB Hochbauprojektierung Berlin I



Blick in Richtung Alexanderplatz

Der Siebenjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik stellt die Städtebauer unserer Republik vor die große und schöne Aufgabe, die Zentren der zerstörten Städte in neuer Qualität zu gestalten und aufzubauen. Ausgehend von dieser Aufgabenstellung wird auch in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, mit dem Aufbau und der Rekonstruktion des Zentrums eine neue Phase der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte eingeleitet. Der Sozialismus schafft alle Voraussetzungen, diese Aufgabe großzügig und planmäßig zu realisieren. Bauherr und Architekt haben in dieser geschichtlichen Situation somit uneingeschränkt und gemeinsam die Verpflichtung zu übernehmen, daß die Einmaligkeit und Großzügigkeit der Möglichkeiten sich auch gleichermaßen in der Planung und Realisierung widerspiegeln. Es gilt, schon heute den Bedürfnissen der Gesellschaft von morgen städtebaulich Gestalt und Ausdruck zu verleihen und die Notwendigkeiten, vor die uns grausame Zerstörungen gestellt hatten, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung ins Positive zu wenden.

Der Wiederaufbau des Zentrums der Hauptstadt wird eingeleitet durch die Weiterführung der Stalinallee vom Strausberger Platz bis zum Alexanderplatz und der beiderseits der Straße angrenzenden Wohngebiete. Eine Reihe von Architektenkollektiven wurde bereits im September vergangenen Jahres aufgefordert, kurzfristig Vorschläge für die Bebauung dieses Straßenabschnittes und der unmittelbar angrenzenden Wohngebiete auszuarbeiten. Die exakte Analyse der eingereichten Arbeiten hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und gestalterischen Qualität ergab neue Erkenntnisse und klare Richtlinien für eine Weiterplanung (siehe „Deutsche Architektur" Heft 1/1959). Das Kollektiv des Instituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Deutschen Bauakademie unter Leitung von Architekt BDA Professor Edmund Collein und das unter meiner Leitung stehende Kollektiv des VEB Hochbauprojektierung Berlin I, wurden beauftragt, gemeinsam eine



Blick vom Strausberger Platz in Richtung Alexanderplatz

städtebauliche Konzeption unter Einarbeitung und Auswertung dieser Erkenntnisse vorzulegen. Über zwei Varianten gelangte dann ein gemeinsamer Entwurf zur Vorlage, der sowohl vom Rat des Stadtbezirks Mitte als auch vom Magistrat von Groß-Berlin bestätigt wurde.

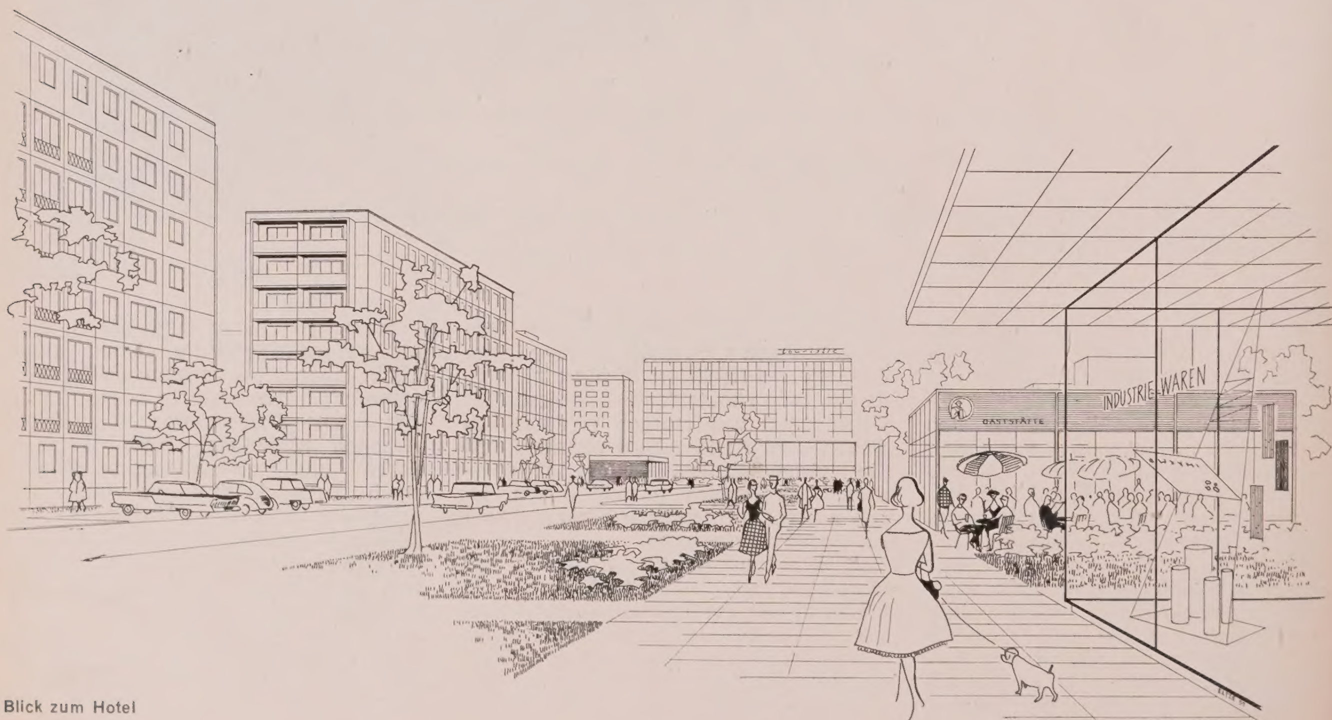
Der Straßenraum

Die besondere Schwierigkeit in der Gestaltung des neuen Straßenraumes lag darin, die — wie so oft in der städtebaulichen Praxis — zum Teil widerspruchsvollen rationellen Grundlagen und Forderungen harmonisch zu vereinen. Die Stalinallee als Verkehrsträger von künftig sehr beachtlicher Frequenz (3080 PKW-Einheiten/h in beiden Richtungen) erfordert im Interesse eines guten Wohnwertes für die Wohnbauten einen relativ großen Abstand vom Verkehr. Der bestehende Abschnitt der Stalinallee und besonders die Hochhäuser am Strausberger Platz bedingen jedoch eine räumliche Gestaltung, die die Kontinuität des Gesamtstraßenraumes vom ,,Frankfurter Tor'' bis zum Alexanderplatz gewährleistet und geeignet ist, die Hochhäuser am Strausberger Platz ohne Bruch in der Gestaltung und ohne ungünstige Freistellung der ,,Schalen'' des Strausberger Platzes in die Komposition des neuen Straßenabschnittes einzubeziehen. Es war also eine Lösung zu finden, die beiden Forderungen gerecht wird.

Wenn hier von der Kontinuität des Gesamtstraßenbildes die Rede ist, so muß man diese Kontinuität auch von der Funktion her sehen. Die vorhandene Anordnung von Läden beiderseits der Stalinallee vom Frankfurter Tor bis zum Strausberger Platz läßt deshalb deren Fortführung in Richtung des Zentrums bis zum Alexanderplatz besonders auch im Sinne der Struktur der Gesamtheit erwarten.

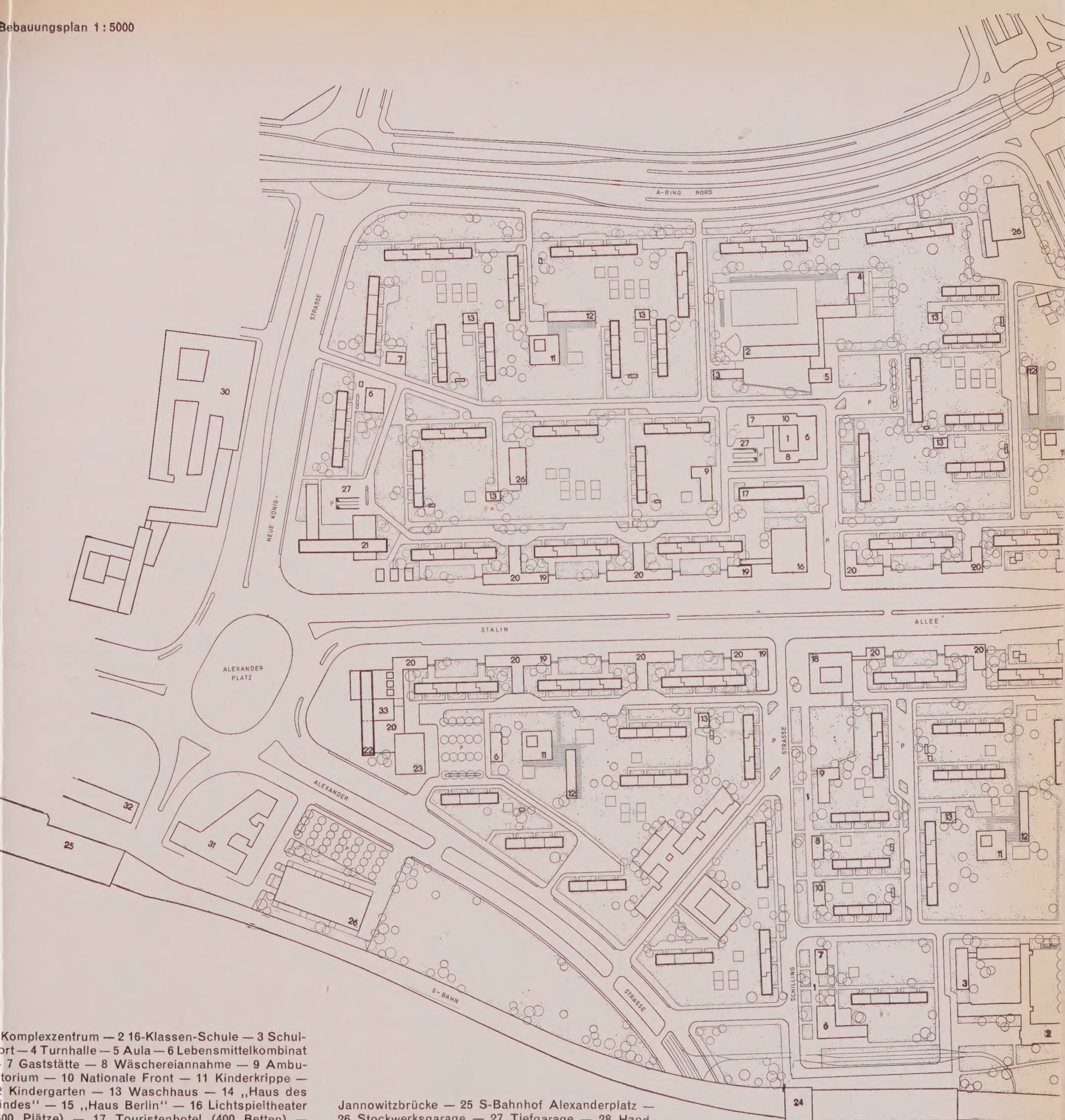
Die für den Käufer sehr ermüdende bandartige Anordnung der Läden im bestehenden Straßenabschnitt der Stalinallee hat seitens der Berliner Bevölkerung des öfteren Anlaß zur Kritik gegeben. Deswegen werden die Läden im neuen Abschnitt, besonders auf der nördlichen Straßenseite, einen betont überörtlichen Charakter tragen, das heißt, daß man hier Spezialartikel anbieten wird, die nicht zum laufenden Bedarf gehören oder etwa Anziehungspunkt eines ,,Einkaufsbummels'' sein könnten, wie zum Beispiel Autos, Motorräder, Pelze und Kühlschränke. Lediglich an der U-Bahn-Station Schillingstraße und unmittelbar anschließend an den Strausberger Platz sowie in der Ladenpassage in Verbindung mit dem ,,Haus des Lehrers'' am Alexanderplatz werden, in Übereinstimmung mit der Magistratsabteilung ,,Handel und Versorgung'', allgemein gefragte Sortimente wie Schuhe, Lederwaren, Blumen, Süßwaren und so weiter in Vorschlag gebracht. Wichtig ist jedoch, daß die gewünschte Kontinuität der Läden optisch vorhanden ist.

Die Problematik des Wohnens an innerstädtischen Ausfallstraßen ist somit in der notwendigen Zusammenschau mit der Fortführung der Läden und unter den bindenden Verpflichtungen des bereits gebauten Straßenabschnittes nur als gesunder Kompromiß zu lösen. Ein solcher Kompromiß stellt in der städtebaulichen



Blick zum Hotel

Bebauungsplan 1 : 5000



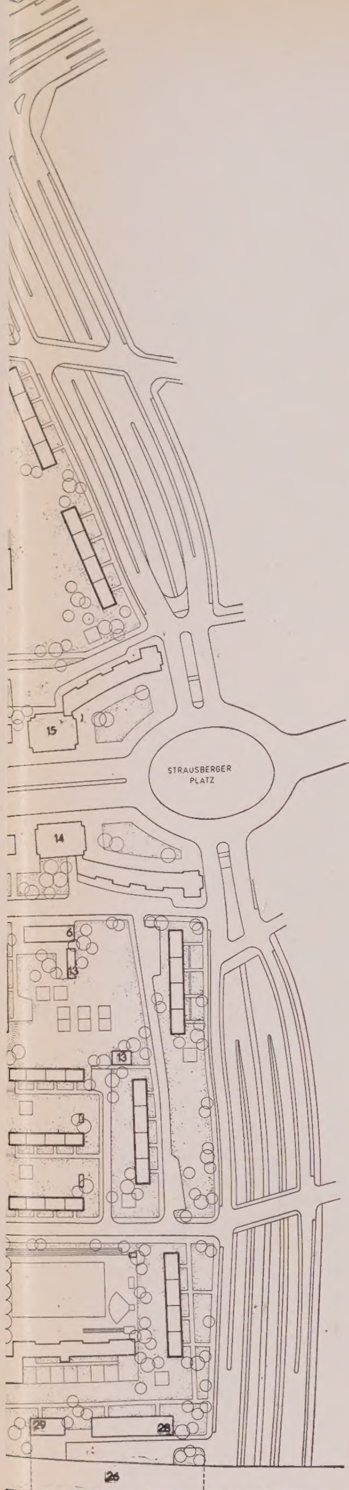
Komplexzentrum — 2 16-Klassen-Schule — 3 Schul-
ort — 4 Turnhalle — 5 Aula — 6 Lebensmittelkombinat
7 Gaststätte — 8 Wäschereiannahme — 9 Ambu-
torium — 10 Nationale Front — 11 Kinderkrippe —
Kindergarten — 13 Waschhaus — 14 „Haus des
indes" — 15 „Haus Berlin" — 16 Lichtspieltheater
00 Plätze) — 17 Touristenhotel (400 Betten) —
„Restaurant Moskau" — 19 U-Bahn-Ausgang —
Überörtliche Läden — 21 Verwaltungsgebäude —
„Haus des Lehrers" — 23 Saalbau — 24 S-Bahnhof
Jannowitzbrücke — 25 S-Bahnhof Alexanderplatz — 26 Stockwerksgarage — 27 Tiefgarage — 28 Handwerkerhof — 29 Gartenpflegehof — 30 Präsidium der Volkspolizei — 31 „Alexanderhaus" — 32 „Berolinahaus" — 33 Ladenpassage — P Parkplatz

raxis durchaus kein außergewöhnliches Internehmen dar. Ausgehend von der erbindlichen Empfehlung, die vom Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorflanung vorgeschlagenen T-förmigen Laenbauten in die Weiterbearbeitung einubeziehen, wurde im vorliegenden Vorchlag ein angemessen neutraler und ymmetrischer Straßenraum entwickelt, er — unter Respektierung der beiden ngrenzenden Plätze als Höhepunkte im tadtorganismus — gewissermaßen ein ienendes Element in der Hinleitung zum entrum darstellt.

ie Wohnbauten im neuen Straßenbschnitt sind durchweg zehngeschossig und entsprechen in ihrer absoluten Höhe den Bauten des bestehenden Abschnittes der Stalinallee.

Eine Ausnahme bilden lediglich die beiden achtgeschossigen Blocks unmittelbar im Anschluß an die Hochhäuser des Strausberger Platzes. Durch die hier vorgenommene Reduzierung der Geschoßzahl wird eine Angleichung an die Höhenstaffelung der Hochhäuser am Strausberger Platz und eine Steigerung der beiden Hochhäuser in ihrer Wirkung als Dominante angestrebt.

Der Abstand der Baufluchten für die Wohnbauten beträgt 125 m, das ist das 1,5fache Maß gegenüber dem Abstand der Baufluchten im bestehenden Teil. Bei einer Gesamtlänge des Straßenabschnittes bis zum Alexanderplatz von 750 m und einschließlich des Alexanderplatzes von 1000 m ergibt sich ein Verhältnis von Straßenbreite zur Straßenlänge von 1 : 6 beziehungsweise 1 : 8 — ein Verhältnis, welches erfahrungsgemäß gerade noch eine dynamische Tendenz des Raumes und damit seine Eigenart als Straße garantiert. Bei der endgültigen Gestaltung des Alexanderplatzes, für die das Ergebnis des Ideenwettbewerbes für die Gestaltung des Zentrums von Groß-Berlin noch abzuwarten ist, sollte man deshalb unter Umständen den Alexanderplatz zur



Verlängerung des neuen Straßenraumes heranziehen. Die Baufluchten der vorgelagerten etwa 6 m hohen Ladenbauten haben voneinander einen Abstand von 70 m und führen optisch etwa die Breite des bestehenden Abschnittes der Stalinallee weiter. Insgesamt gesehen entsteht also ein Raum, der allein schon durch seine größere Breite eine neue Qualität und Steigerung erfährt, ohne daß er Gestaltungsmittel für sich beansprucht, die eine nochmalige Steigerung im Zentrum und am Marx-Engels-Platz erschweren würden.

Das gestaltende Ordnungsprinzip für den Straßenraum ist in der konsequenten Zuordnung von Ladenbauten und Wohnbauten gegeben. Jeder Wohnblock wird jeweils von zwei Ladenbauten flankiert, so daß ein der Straße zugewandter, leicht erhöhter ,,Cour d'honneur" entsteht, der als Grünraum unter Wahrung einer dem Wohnhaus gemäßen Atmosphäre den Einzelblock repräsentativ an die Straße anschließt. Der Zugang zu den einzelnen Wohnblocks erfolgt von der Stalinallee aus. Die rückwärtigen Anliegerstraßen entsprechen den Forderungen der Feuerschutzpolizei bei vielgeschossigen Bauwerken und befreien zugleich die repräsentative Straßenfront vom störenden Versorgungsverkehr sowohl für die Wohnbauten als auch für die Ladenbauten, deren nach hinten hinausgeschobener Bauteil die Lagerräume aufnimmt. Auf die Anordnung von Läden in den Wohnhäusern wurde verzichtet.

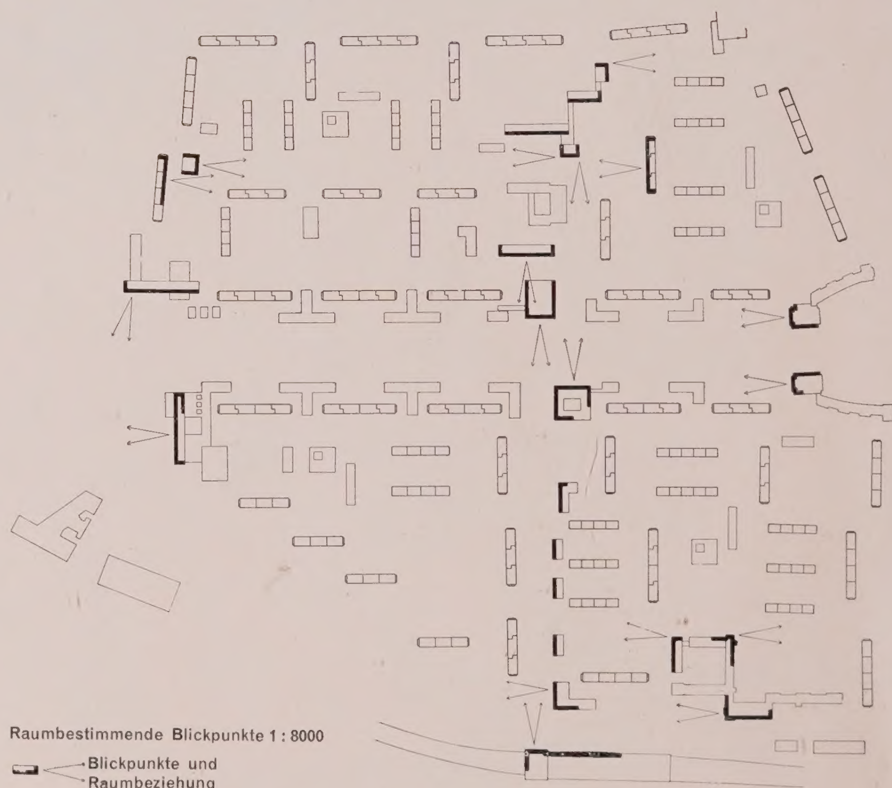
Eine zurückhaltende Gliederung erhält der neue Straßenabschnitt auf der Höhe der Schillingstraße. Hier befinden sich, funktionell durch die Lage der U-Bahn-Station bedingt, die Hauptzugänge zu den beiden angrenzenden Wohngebieten. Durch leichtes Zurücksetzen hinter die Bauflucht und Staffelung in der Höhenentwicklung erfahren das Lichtspieltheater (600 Plätze) mit Bibliothek — auf der Nordseite — und das Restaurant ,,Moskau" (300 Plätze) mit Austellungsräumen — auf der Südseite der Stalinallee — eine die gewünschte Gliederung unterstützende Betonung.

Diese Gliederung des Gesamtgefüges der Stalinallee gewinnt zusätzlich an Bedeutung durch die räumlich gestaltete Anbindung des neuen S-Bahnhofes Jannowitzbrücke im Zuge der Schillingstraße. Hier wird sich — nicht zuletzt bedingt durch ihre geringere Bebauungshöhe — die Schillingstraße in ihrer Qualität vom Straßenraum der Stalinallee zwar unterscheiden, sich ihrer Funktion entsprechend aber als einprägsamer städtebaulicher Raum ausweisen.

Die Wohnkomplexe

Ein besonderes Anliegen der Verfasser war, die Bebauung der Stalinallee in lebendige Beziehung zur Bebauung der beiderseits angrenzenden Wohngebiete zu setzen und damit zu verhindern, daß sich die zügige Randbebauung der Stalinallee als selbständige Schale von der Struktur des Gesamtgebietes löst. So entstand eine straffe Raumordnung, in der sich die Blocks an der Stalinallee gewissermaßen als Bestandteile der Wohnkomplexe einordnen.

Für die Bebauung der Wohnkomplexe wurde entgegen den ursprünglichen Absichten eine Differenzierung in der Geschoßzahl vorgeschlagen, wobei sich fünf-, acht- und zehngeschossige Wohnbauten zu Wohngruppen zusammenfügen. Die Differenzierung in der Höhenentwicklung ermöglicht nicht nur eine dem Wohngebiet angemessene Gliederung des Gesamtaufbaus, sondern soll zugleich einen organischen Übergang sowohl zu den Gebieten am Rand des Zentrums mit vorherrschend fünfgeschossiger Bebauung als auch zum Zentrum selbst mit vorwiegend vielgeschossiger Bebauung sichern. Mit der Staffelung in den Höhenentwicklungen wird zugleich eine größere Beweglichkeit im städtebaulichen Plangefüge erreicht, die besonders bei der Rekonstruktion von Altbaugebieten von großem ökonomischen Nutzen sein kann und die Möglichkeit schafft, auf vorhandene Versorgungsleitungen detailliert einzugehen. Nicht zuletzt sollte man beachten, daß sich durch die gemischte Bebauung insofern ein Vorzug ergibt, als in bezug auf das typisierte Bauen eine Bereicherung des städtebaulichen Raum-



Raumbestimmende Blickpunkte 1 : 8000

Blickpunkte und Raumbeziehung

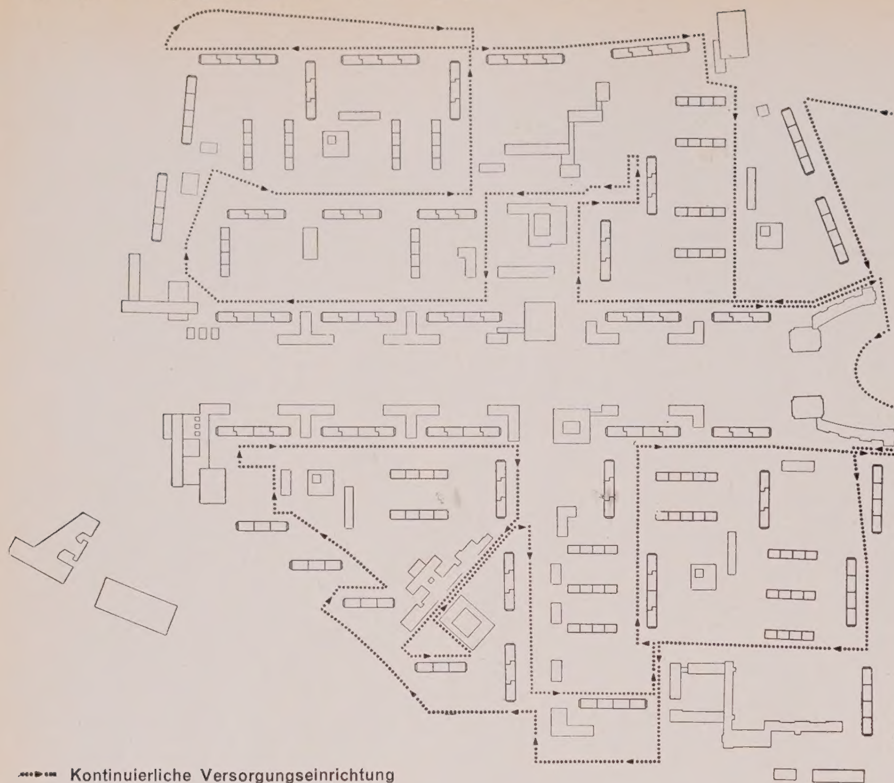
Verkehrserschließung 1 : 8000



Öffentliche Grünflächen und gesellschaftliche Einrichtungen 1 : 8000

Einrichtungen des täglichen Bedarfs
Überörtliche Einrichtungen
Öffentliche Grünfläche
Wohnkomplexzentrum
Einzugsbereich auf Wohnkomplexzentren
Einzugsbereich der zusätzlichen Ladenkombinate

Technische Versorgung (Müllabfuhr, Straßenreinigung usw.) 1:8000



Kontinuierliche Versorgungseinrichtung

bildes erreicht wird und sich für den Massenaufbau eine größere Maßstäblichkeit ergibt. Der Anteil der fünfgeschossigen Bauten beträgt mit 780 Wohnungseinheiten etwa 17 Prozent der Gesamtzahl von 4674 Wohnungseinheiten.

Die vorgeschlagenen Wohngruppen sind als Elemente der städtebaulichen Gliederung zu werten, die in ihrer Addition die städtebauliche Einheit des Wohnkomplexes ergeben. Diese Unterteilung der Komplexe soll eine intimere, für die Bewohner ablesbare Raumbildung ermöglichen und damit zur Förderung und Bereicherung des Gemeinschaftslebens beitragen. Jede Wohngruppe formiert sich um den ihr zugehörigen internen Grünraum mit Sport- und Spielplätzen, wobei jeder einzelne Raum auf das Gesamtensemble abgestimmt ist und Raumfolgen entstehen, die in klarer Beziehung zu den gesellschaftlichen Einrichtungen stehen. Einer solchen Wohngruppenbildung werden sowohl für die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft als auch für die Entwicklung der Persönlichkeit beachtliche Bildungskräfte beigemessen. Dem Charakter eines innerstädtischen Wohngebietes entsprechend, werden die Gruppen klar geordnet zusammengestellt — ein Gestaltungsprinzip, welches der vielgeschossigen Bebauung und dem industriellen Bauen entspricht.

Bei der Fortführung des Ensembles der Schillingstraße nach Norden ergibt sich eine Raumfolge vom S-Bahnhof Jannowitzbrücke bis zum A-Ring-Nord, die besonders geeignet ist, die Komplexzentren und gesellschaftlichen Einrichtungen der angrenzenden Wohngebiete zu den öffentlichen Verkehrsmitteln in gute Beziehung zu setzen. Deshalb wurden am Bahnhofsvorplatz der S-Bahn an der Jannowitzbrücke ein Lebensmittel-Verkaufskombinat mit Fischverkaufsstelle, ein Industriewaren-Verkaufskombinat, eine Gaststätte und weiterhin — parallel zur Schillingstraße — ein Aufklärungslokal der Nationalen Front, eine Schnellreinigung und ein Stadtambulatorium vorgesehen. Den nördlichen Raumabschluß der Schillingstraße bildet — verstärkt durch ein Lichtspieltheater — ein zwölfgeschossiges Touristenhotel. Es wird zugunsten der Geschlossenheit des Straßenbildes und dem daraus resultierenden Verzicht auf jede betonte Akzentuierung im Raum der Stalinallee hinter die Bauflucht zurückgesetzt. Bei voller Wirksamkeit in der Schillingstraße wird dabei die angestrebte räumliche Steigerung der beiden angrenzenden Platzräume (Alexanderplatz und Strausberger Platz) in keiner Weise beeinträchtigt.

Analog der Anordnung im südlichen Wohnkomplex findet das Komplexzentrum im nördlichen Wohnkomplex in zentraler Lage hinter dem Touristenhotel seinen Standort. Beide Einkaufszentren wurden bewußt in enger Beziehung zu den Stationen der U-Bahn beziehungsweise S-Bahn entwickelt, um damit besonders der berufstätigen Frau gewissermaßen „im Vorbeigehen" das Einkaufen zu ermöglichen und unnütze Wege zu ersparen.

Die Größe der beiden Wohnkomplexe mit je etwa 30,5 ha Gesamtfläche erfordert zusätzliche Läden. Diese sind jeweils im Osten und Westen der Komplexe in Anlehnung an Kindergarten und -krippe vorgesehen, um auch hier der Hausfrau Erleichterung zu schaffen.

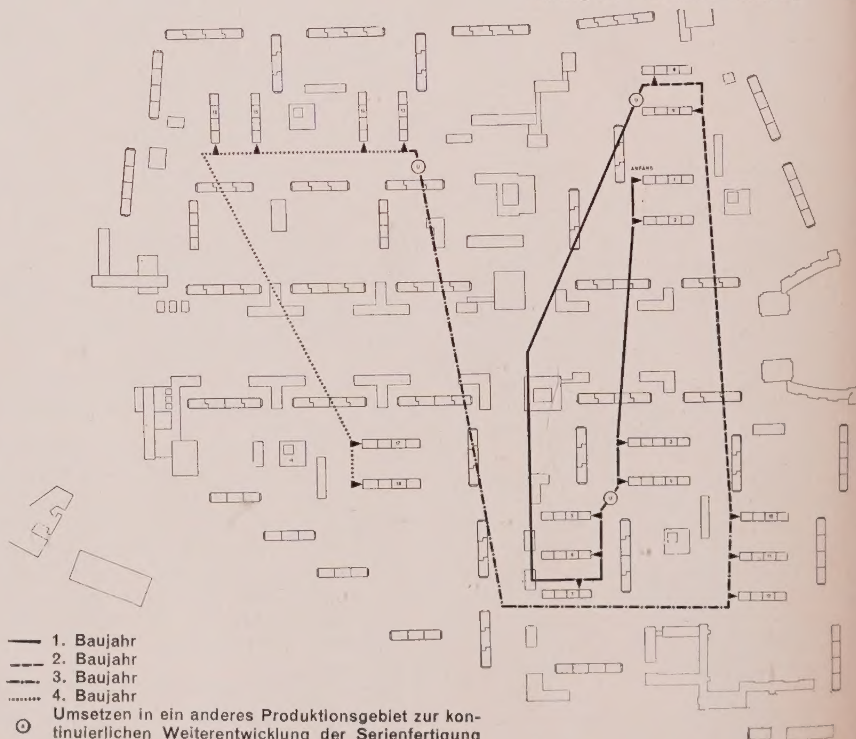
Das Plangebiet wird allseitig von künftig stark belasteten Hauptverkehrsstraßen tangiert. Deshalb wurde der Silhouettenbildung der beiden Wohnkomplexe erhöhte Beachtung geschenkt. Vorrangige Bedeutung hat hierbei die Einsicht von der S-Bahn-Trasse. Nach dieser Seite wurde besonders auf einen geordneten Massenaufbau und relative Geschlossenheit geachtet.

Die Baustufen für den Wohnungsbau (Montagebeginn) sind, in Übereinstimmung mit den Bedingungen der Technologie, wie folgt festgelegt:

1959/1960	678 Wohnungseinheiten
1961	1090 Wohnungseinheiten
1962	1112 Wohnungseinheiten
1963	1282 Wohnungseinheiten
1964	512 Wohnungseinheiten
	4674 Wohnungseinheiten

Das bedeutet, daß 1965 die letzten Wohnungen des gesamten Bauvorhabens bezugsfertig sind. Die gesellschaftlichen

Taktweg der Produktionsabteilung I 1:8000



1. Baujahr
2. Baujahr
3. Baujahr
4. Baujahr
Umsetzen in ein anderes Produktionsgebiet zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Serienfertigung

ırichtungen des täglichen Bedarfs wer-
n, entsprechend dem Fortschreiten des
ohnungsbaus, mit errichtet, wobei an
e Verwendung vorgefertigter Elemente
dacht ist.

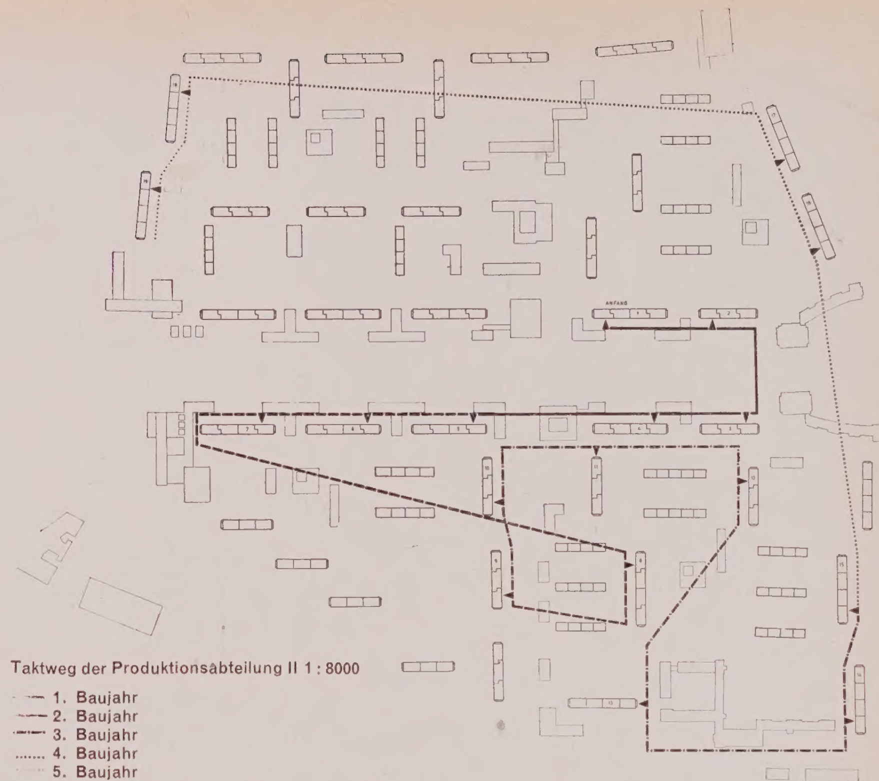
er Plan für die einzelnen Abrißphasen
mit entsprechender Vorlaufzeit in
esen Kontinuitätsplan ebenso ein-
zogen wie der Phasenplan für den Ab-
uf des Tief- und Straßenbaus. Zur
ırchführung aller Maßnahmen des Hoch-
d Tiefbaus sind 2339 zum Teil bau-
llige und den heutigen Ansprüchen nicht
ehr genügende Wohnungseinheiten und
5 Gewerbebetriebe mit 53 664 m² Ge-
erberaum zu räumen, umzusetzen und
e Gebäude abzubrechen. Einige nicht
mittelbar durch das Baugeschehen be-
offene Altbauten verbleiben vorüber-
hend als Baustelleneinrichtungen.

e Wärmeversorgung des ersten bis
tten Bauabschnittes erfolgt vom Fern-
izwerk in der Rüdersdorfer Straße, das
ch seiner Rekonstruktion die zusätz-
h benötigte Wärmeenergie liefern wird.
r die weiteren Bauabschnitte und zur
heizung der übrigen Bauobjekte des
ntrums ist ab Heizperiode 1962/1963 mit
nem Heizkraftwerk am Stichkanal an der
chaelkirchbrücke zu rechnen. Nach
rtigstellung dieses Bauvorhabens er-
gt der Anschluß des gesamten
ohngebietes an das neue Heizkraft-
rk. Die Führung des Fernheiznetzes
mmt in ihrer Anlage schon jetzt darauf
cksicht.

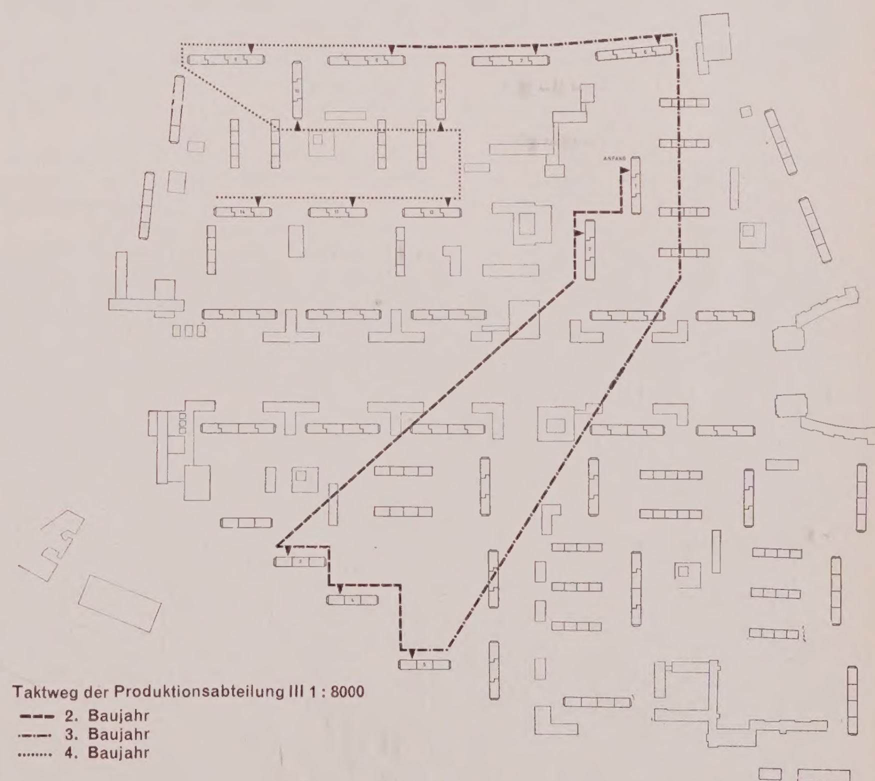
ur Technologie er Bauausführung

uingenieur Gerhard Benke, KdT,
chnologe des VEB Bau, Berlin

er Bau der fünf-, acht- und zehnge-
hossigen Wohnhäuser im Wohngebiet
alinallee-West wird in der Großplatten-
uweise ausgeführt. Die Großplatten-
uweise als zur Zeit vollendetste in-
strielle Bauweise kann jedoch nicht
liert von der modernen industriellen
rtigungsorganisation, nämlich der kon-
uierlichen spezialisierten Serienferti-
ng nach der Taktmethode, zur Anwen-
ng gelangen. Diese untrennbare Ein-
it wurde im Rahmen der städtebaulichen
anung in Hoyerswerda zu Beginn dieses
hres bei der Entwicklung des Wohn-
mplexes 3 erstmalig entsprechend
rücksichtigt. Die dort gewonnenen Er-
nntnisse mußten nun kurzfristig bei der
ojektierung des Wohngebietes Stalin-
ee-West ihre Anwendung finden. Als
rbemerkung soll jedoch festgestellt
rden, daß im Gegensatz zu Hoyers-
rda die gesamte Projektierung des
ohngebietes Stalinallee-West beson-
ren Bedingungen unterlag. Es handelt
ch einmal um ein Wohngebiet im Zen-
ım der Hauptstadt Deutschlands, wobei
ele Faktoren, wie zum Beispiel die Alt-
usubstanz und deren Abrißfolge, das
rhandene Leitungsnetz, entsprechende
ädtebauliche Anschlüsse und so weiter,
rücksichtigt werden müssen, und zum
deren ist hier eine besondere Gliede-
ng in der Geschoßzahl der einzelnen
bäude vorgesehen. Ferner war auf
und des Fertigungsgrades des Projektes
e optimale Berücksichtigung einer mo-
rnen Technologie nicht mehr möglich.



Taktweg der Produktionsabteilung II 1 : 8000
1. Baujahr
2. Baujahr
3. Baujahr
4. Baujahr
5. Baujahr

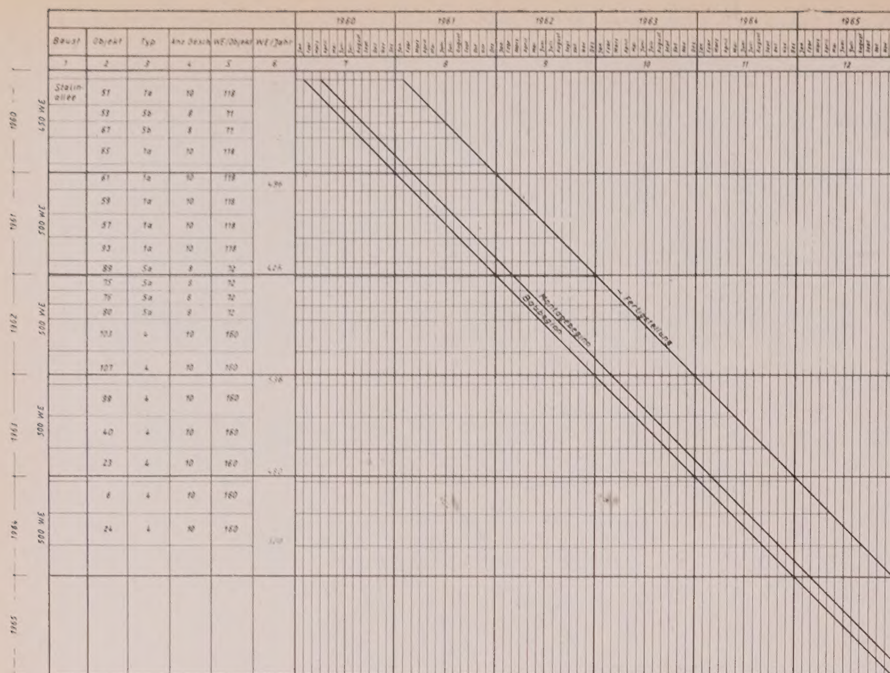


Taktweg der Produktionsabteilung III 1 : 8000
2. Baujahr
3. Baujahr
4. Baujahr

Es wurde jedoch durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Städtebauer und dem Technologen des Baubetriebes kurzfristig das noch maximal Mögliche erreicht.

Als Ausgangspunkte wurden die Erarbeitung von exakten Kennzahlen für die Jahreskapazität der einzelnen spezialisierten Produktionsabteilungen sowie die Festlegung der Anlaufzeit und der vollen Produktionszeit auf mehrere Jahre notwendig. Zuerst erfolgte eine Berechnung der einzelnen Wiederholungsprojekte in bezug auf die Bauzeit. Der Montagetakt (Takt 3) war hierbei für die Festlegung des ganzen Taktsystems bestimmend. Als Planungsgrundlage wurde die Kapazität der zu errichtenden Großplattenwerke mit etwa 570 Wohnungseinheiten im Jahr nach Ablauf der Einarbeitungszeit ermittelt.

Bei den Fertigungsstätten handelt es sich um ortsveränderliche offene Betonwerke nach dem Prinzip Lübbenau (Jahreskapazität 300 Wohnungseinheiten). Jedoch werden im Gegensatz zum Betonwerk



Harmonogramm der Produktionsabteilung II (Großplattenwerk Mühlenstraße, Teil 1) von 1960 bis 1965

Lübbenau, wo nur ein Kran im Werk arbeitet, in den Berliner Plattenwerken je zwei Kräne eingesetzt. Dadurch erst wird eine kontinuierliche Auslastung des gesamten Maschinenparks, nämlich im Werk und auf der Baustelle, erreicht, wobei in beiden Städten zur Montage auf der Baustelle nur ein Kran eingesetzt wird.

Die Fertigung der Wohnhäuser erfolgt durch drei spezialisierte Produktionsabteilungen, das heißt, das Großplattenwerk, der Transport und sämtliche Hochbauarbeiten auf der Baustelle (Takt 0 bis 11) bilden jeweils eine Einheit. Als Organisationsform wurde die kontinuierliche Serienfertigung nach der Taktmethode zugrunde gelegt. Die Produktionsgeschwindigkeit des Großplattenwerkes und die der Fertigung auf der Baustelle sind synchronisiert. Der Arbeitsablauf im Plattenwerk steht im engen Zusammenhang mit dem Takt 3 (Montagetakt). Die industrielle Fertigung verlangt, daß der Aufwand je Werk ökonomisch vertretbar bleibt. Aus diesem Grunde darf nur eine geringe Anzahl von unterschiedlichen Gebäudetypen in einem Werk gefertigt werden; denn die Art des Produktes — nämlich Wohnhäuser mit ihren verschiedenartigen Elementen — spiegelt sich in der Größe des Sortiments wider und legt somit den Schwierigkeitsgrad der Produktion fest.

Aus diesem Grund wurde es notwendig, die Anzahl der verschiedenen Wiederholungsprojekte auf ein der Fertigungsart entsprechendes Maß zu reduzieren. Eine oftmalige Umstellung der Produktion auf einen neuen Gebäudetyp widerspricht der kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung nach der Taktmethode und hat einen erheblichen Zeitverlust und damit eine Erhöhung der Baukosten zur Folge und setzt einen sehr großen Aufwand an technologischen Vorarbeiten voraus. In Zusammenarbeit mit den beteiligten Institutionen wurde festgelegt, daß in jedem Werk bis 1965 maximal drei verschiedene Gebäudetypen nach Wiederholungsprojekten gefertigt werden, wobei Abweichungen der Erdgeschoßlösungen noch nicht mitgerechnet wurden. Die oben angeführten Kennzahlen wurden zur Erläuterung der funktionellen Zusammenhänge in Harmonogrammen graphisch dargestellt (siehe zum Beispiel Harmonogramm der Produktionsabteilung II); dabei wurde auch folgendes beachtet:

1. Der Produktionsbeginn der spezialisierten Produktionsabteilungen,
2. die Fertigungsfolge der einzelnen Objekte bis 1965 (Produktionsfluß),
3. die zeitliche Baudurchführung der einzelnen Objekte unterteilt nach Baubeginn, Montagebeginn und Fertigstellung,
4. die Aufgaben je Planjahr.

Bei der Festlegung der Punkte 2 und 3 mußten besondere Berücksichtigung finden:

1. Die Forderungen des Projektanten in Abstimmung mit dem Bauauftraggeber, die einzelnen Bebauungsbereiche komplex fertigzustellen.

Die Bauten werden zwar kontinuierlich gefertigt, aber der Produktionsfluß soll so organisiert werden, daß die Mieter nicht über einen längeren Zeitraum auf einer Baustelle wohnen, sondern nach Fertigstellung der Wohnhäuser die gesamte Bauausführung abgeschlossen ist, wobei der neu bewohnte Bereich vom nachfolgenden Baustellenverkehr nicht mehr durchfahren wird. Ein Teil der erforderlichen Tiefbauarbeiten mußte, bedingt durch die Komplexität der Aufgabe, entsprechend berücksichtigt werden, wobei speziell die Verlegung der Fernheizrohre und die Herstellung neuer Straßenabschnitte besondere Konzessionen gegenüber der Forderung nach Abschluß der Tiefbauarbeiten vor dem Einsetzen der Hochbauarbeiten hervorriefen. Ferner waren die Abrißfolge und die damit verbundene Räumung der Altbauten sowie die Verlegungen der Produktionsbetriebe aus diesem Aufbaugebiet zu berücksichtigen.

2. Die Forderung der Technologie Festlegung des rationellsten Produktionsflusses, der die oftmalige Wiederholung des gleichen Objektes und einen günstigen Einsatz der Hebezeuge auf der Baustelle ermöglicht, wobei die minimalste Zahl von Kranabbauten und -aufbauten erreicht werden soll. In bezug auf die Baustelleneinrichtungen wurden Baustellenschwerpunkte gefordert, die von verschiedenen Produktionsabteilungen nach- oder hintereinander genutzt werden sollen. Zur Unterbringung dieser Anlagen sind vorwiegend noch vorhandene Altbauten vorzusehen. Sämtliche zuletzt genannten Hauptforderungen des Projektanten in Verbindung mit dem Bauauftraggeber sowie des Baubetriebes zeigen, daß die Festlegung des Produktionsflusses bei einem derartigen Bauvorhaben gründlich vorbereitet werden muß. Die Abbildungen stellen den Verlauf des Produktionsflusses der Produktionsabteilungen I bis III dar, wobei die Abteilung I zeitweilig in den Baugebieten Prenzlauer Allee und Fennpfuhl eingesetzt wird.

Um die zur Zeit noch auftretenden Widersprüche zwischen der Vorplanung und dem Produktionsprozeß, die bedingt durch das schnelle Entwicklungstempo auch beim Bauvorhaben Stalinallee-West nicht restlos aufgehoben werden konnten, zu beseitigen, wird vorgeschlagen, zum Entwurf der Vorplanung für die nachfolgenden Projekte, die in der kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung nach der Taktmethode und insbesondere in industrieller Bauweise projektiert werden, einen Plan des Produktionsflusses der Bauausführung auszuarbeiten, wobei die notwendigen Kranbahnführungen rationell vorgesehen werden müssen.

Durch die Beachtung der genauen Zusammenhänge der Vorplanung und des Produktionsprozesses wird schon seitens des Städtebauers der Grundstein zur Baukostensenkung gelegt. Die städtebaulichen und technologischen Bedingungen müssen hier zu einer harmonischen Einheit verschmelzen und dazu beitragen, die uns gestellten Aufgaben im Bauwesen zu lösen.

Flächenbilanz
für das Gesamtgebiet beiderseits der Stalinallee

Bezeichnung der Fläche	Hektar	m²/EW
Wohnbauland	29,10	20,1
Land für Folgeeinrichtungen und zentrale Einrichtungen	20,19	13,9
Allgemeine Verkehrsflächen	7,92	5,5
Allgemeine Freiflächen	4,10	2,8
Insgesamt:	61,31	42,3

Anzahl der Wohnungen: 4 674 Wohnungseinheiten
Anzahl der Einwohner: 14 450 Einwohner
Wohndichte: 500 Einwohner/ha

Wohnungsgrößenverteilung

1092 Einzimmerwohnungen	23,5 Prozent
2022 Zweizimmerwohnungen	43,5 Prozent
660 Zweieinhalbzimmerwohnungen	14,0 Prozent
876 Dreizimmerwohnungen	18,5 Prozent
24 Vierzimmerwohnungen	0,5 Prozent
4674 Wohnungseinheiten	100,0 Prozent

Garagenplätze

	Ist	Soll
Stockwerksgaragen	966	
Unterflurgaragen	150	
Insgesamt:	1116	1000

Parkstände

Überörtlich	951	950
Bezirklich	55	50
Wohnanlieger	855	850
Insgesamt:	1861	1850

ck über den S-Bahnhof Jannowitzbrücke in nördlicher Richtung

Blick über den S-Bahnhof Alexanderplatz nach Nordosten



Wohnkomplex Jakobstraße in Magdeburg

Architekt Friedrich Jakobs

Das Wohngebiet an der Jakobstraße ist ein zerstörtes Gebiet des zentralen Bezirkes, des früheren Altstadtkerns, von Magdeburg. Es wird als zweiter sozialistischer Wohnkomplex Magdeburgs in den Jahren von 1960 bis 1964 wiederaufgebaut.

Die Geschichte dieses ältesten Bezirkes Magdeburgs beginnt mit dem frühen Mittelalter, als sich an dieser Stelle im Gegensatz zum südlich gelegenen geistlichen Bezirk die Bürgerstadt entwickelte. Die Stadt wuchs von dem Elbübergang, der im Bereich der jetzigen Wilhelm-

Bebauungsplan 1 : 6000

1 Bierut-Platz — 2 Maxim-Gorki-Theater — 3 Fernmeldeamt — 4 Kindergarten — 5 Kinderkrippe — 6 Verwaltung und Handel — 7 Kino — 8 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung — 9 26-Klassen-Schule — 10 Katharinenkirche — 11 Gewerkschaftshaus — 12 Einkaufszentrum — 13 Verwaltungsgebäude — 14 Alter Markt — 15 Markthalle — 16 Großgaragen — 17 Stadt- und Bezirksbibliothek — 18 Handwerkerstätten — 19 Versorgungszentrum — 20 Gaststätte — 21 Petrikirche — 22 Walloner Kirche — 23 20-Klassen-Schule — 24 Ministerium des Innern — 25 Wilhelm-Pieck-Brücke

eck-Allee zu denken ist, am westlichen
chufer des Stromes entlang nach
rden. In ihrer ökonomischen Struktur
änderte sie sich damals von einem
ndels- und Umschlagplatz, der an
Sitz des Erzbischofs gebunden war,
einer selbständigen Bürgerstadt. Ihre
rfassung war das sogenannte ,,Magde-
rger Recht'', das sich als Vorbild
dtischen Gemeinwesens bis in weite
le vor allem des östlichen Europas
breitete.

pisch für ihre Zeit war die bauliche
uktur der mittelalterlichen Altstadt mit
en schmalen, verwinkelten Gassen,
en malerischen Raumbildungen und
en kurzen, steilen Gassen zum Elb-
r, den sogenannten Bergen.

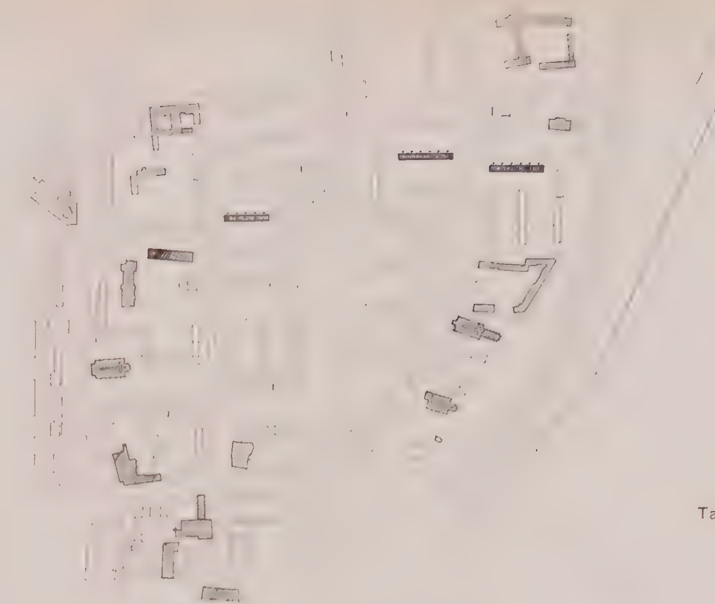
e erste katastrophale Zerstörung Magde-
rgs im Dreißigjährigen Krieg änderte
dem grundsätzlichen Gefüge der
stadt nichts. Otto von Guericke, der
itschauende Bürgermeister, konnte
ne beabsichtigten großzügigen städte-
ulichen Ideen nicht verwirklichen, weil
damaligen gesellschaftlichen Ver-
tnisse es nicht zuließen. Die Entwick-
g der folgenden Jahrhunderte war be-
gt durch den Festungsgürtel, in den
gdeburg gepreßt wurde, und führte in
Zeit des Kapitalismus zu einer außer-
entlich starken Überbauung mit men-
henunwürdigen Wohnverhältnissen. Vor
Zerstörung im Jahre 1945 zählte die
gdeburger Altstadt mit einer Wohn-
hte bis zu 780 EW ha zu den am
htesten besiedelten Wohngebieten
utschlands.

ch der Zerstörung des Gebietes um die
obstraße am 16. Januar 1945 blieben
wenige Gebäude stehen.

die Planung wurden unter anderem die
inen von vier gotischen Kirchen ein-
ogen, welche die Silhouette der Stadt
sentlich mitbestimmen, weiterhin das
thaus, die ehemalige Hauptwache, die
zirksbibliothek sowie einige erhaltene
hnsubstanz am östlichen Gelände-
ch.

Erlangung von Ideen zum Wieder-
bau des Gebietes Magdeburg-Altstadt
rde im Herbst vorigen Jahres ein
dtebaulicher Wettbewerb ausgeschrie-
, aus dem die Arbeit des Kollektivs
fessor Funk, Technische Hochschule
esden, mit dem ersten Preis hervorging.
f der Grundlage dieser Konzeption ist
vorliegende Bebauungsplan entstan-
.

r Bereich des Wohnkomplexes Jakob-
aße wird begrenzt: im Norden von der
alther-Rathenau-Straße, der nördlichen
grenzung des zentralen Bezirkes, im
ten vom Geländebruch zum Elbufer,
Süden von der Linie Johanniskirche —
thaus — Alter Markt beziehungsweise
dem Bereich des Zentralen Platzes
d im Westen von der Karl-Marx-Straße,
Magistrale der Stadt in Nord-Süd-
htung. Die Wohnbebauung, die 2338
hnungseinheiten ausweist, ist zum
ßten Teil fünfgeschossig, hat zwei
uppen achtgeschossiger Blocks und
ei Hochhäuser. Die fünfgeschossigen
hnblocks sind bis auf einige Rand-
ungen in fünf gleichartigen Wohn-
artalen mit jeweils vier Blocks mit
Wohnungseinheiten zusammengefaßt.
r wichtigste städtebauliche Raum in



Taktstraße I 1:10 000



Taktstraße II 1:10 000



Taktstraße III 1:10 000



Taktstraße IV 1 : 10 000



Taktstraße V 1 : 10 000

der baulichen Komposition des Gebietes ist die Jakobstraße. Dieser Raum wird auf der Westseite von drei fünfgeschossigen Wohngruppen gebildet, deren nördlichste sich abschließend vor die beiden anderen versetzt und einen breiten Grünraum auf der Westseite der Jakobstraße freigibt. Damit ist der Standort für eins der beiden Versorgungszentren markiert. Die achtgeschossige Bebauung auf der Ostseite der Jakobstraße führt in der Reihung ihrer Giebel vom Norden her zum Zentralen Platz. Der nördliche Abschluß geschieht durch ein Wohnhochhaus. Im südlichen Teil steht am Kreuzungspunkt Jakobstraße — Apfelstraße und benachbart zum südlichen Versorgungszentrum ebenfalls ein Wohnhochhaus. Auf der Westseite wird die Reihung der achtgeschossigen Blocks durch drei gleich hohe Wohngebäude fortgesetzt, die mit ihrer Staffelung über die Johanniskirche zum Zentralen Platz führen. Die Jakobstraße wird im Westen von einer parallel laufenden Wohnsammelstraße begleitet, die mit dem historischen Platz vor der Hauptwache beginnt, an der Bezirksbibliothek, an der 24klassigen Oberschule und am Fernmeldeamt vorüberführt und ihren optischen Abschluß in dem Gebäudekomplex der späteren Oper an der Walther-Rathenau-Straße findet.

Im Osten zweigt von der Jakobstraße eine Wohnsammelstraße ab, die den intimeren städtebaulichen Raum vor den beiden historischen Kirchen erschließt.

Eine besonders reizvolle Idee des Wettbewerbsentwurfes ist die Bildung eines Grünzuges in west-östlicher Richtung, der an der Karl-Marx-Straße bei der Katharinenkirche beginnt, auf der Höhe der Bezirksbibliothek breiter werdend zur Jakobstraße verläuft, über das südliche Einkaufszentrum eine Gaststätte am Geländebruch erreicht und damit eine direkte Beziehung zur Elbe schafft.

Die subtile Aufgabe der Silhouettengestaltung von der Elbseite her ist so gelöst, daß von dem dreigeschossigen Erweiterungsbau der Weitling-Schule her über eine fünfgeschossige Wohngruppe die Bebauung bis zu den beiden Kirchen ansteigt und über die drei gestaffelten achtgeschossigen Wohnblocks mit der Johanniskirche sich bis zu dem künftigen Hauptakzent der Stadtansicht, dem neuen Rat- und Volkshaus auf dem Zentralen Platz, steigert.

Die Versorgungseinrichtungen für den Wohnkomplex sind in zwei Ladengruppen im Norden und im Süden der Jakobstraße untergebracht. Sie stehen in günstiger städtebaulicher Beziehung zu den Fußgängerverbindungen in den Grünräumen und liegen im Schwerpunkt ihrer Einzugsbereiche. Außerdem sind ein Handwerkerhof, eine Wäscherei sowie zwei Großgaragen mit je 300 Plätzen vorgesehen.

An Bauten für die vorschulische und schulische Erziehung sind geplant: eine 24-Klassen-Oberschule, die Erweiterung der bestehenden Weitling-Schule auf 20 Klassen und außer einem bestehenden Kindergarten noch ein Kindergarten und zwei Kinderkrippen.

Die Beheizung des gesamten Gebietes erfolgt durch Fernheizung. Für die Heizwassererzeugung werden bis zum Bau des Magdeburger Heizkraftwerkes Blockheizzentralen errichtet, die auf der Basis Anthrazit arbeiten und später als Garagen zu benutzen sind.

Die Durchführung der Baumaßnahmen erfolgt im Takt- und Fließverfahren. Zur Verfügung steht für die fünfgeschossigen Wohnblocks der zentrale Typ Q 6, für die achtgeschossigen Blocks ein Typ mit Ein- und Dreizimmerwohnungen des Entwurfsbüros für Hochbau Leipzig. Die Montageelemente für beide Typen sind geschoßhohe Platten, die von einem Gleitfertiger mit beiderseitigem Verputz vorgefertigt werden sollen.

Bei der Einrichtung der Taktstraßen wurden die Erfahrungen des ersten sozialistischen Wohnkomplexes in Magdeburg, Nordpark, sowie der Städte Dresden und Pirna ausgewertet. Der Wohnkomplex Jakobstraße wird in fünf Taktstraßen errichtet, die jeweils nicht nur eine technisch-organisatorische, sondern mit ihren eigenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auch eine gesellschaftliche Einheit darstellen. Die Leitung der Taktstraße ist verantwortlich für die gesamte Arbeit von der Ausschachtung bis zur schlüsselfertigen Übergabe der Wohnungen. Die einzelnen Gewerke arbeiten im Objektlohn.

Beim Vergleich des Bebauungsplanes mit den Erfordernissen des industriellen Bauens erweist sich, daß die vorliegende Lösung in der Gruppierung der Blocks die Anordnung der Taktstraßen sowie den Bauablauf mit dem Kraneinsatz außerordentlich begünstigt. Insbesondere entspricht die Bildung der Wohnquartale in sinnfälliger Übereinstimmung einerseits den Bedingungen der materiellen Produktion und andererseits dem gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen im Sozialismus.

erienfertigung in der Stadt Frankfurt (Oder) im Siebenjahrplan

adtbauleitung Frankfurt (Oder), Bauingenieur Horst Dargel
EB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder), Architekt BDA Dipl.-Ing. Ehrhard Peters

or den Bauschaffenden in Frankfurt der) stehen im Siebenjahrplan neben r Komplettierung des Stadtzentrums lch schöne und große Aufgaben wie r Bau eines Halbleiterwerkes, eines umwollkombinates sowie die Schaffung n Wohnungen für rund 20 000 Einohner mit den erforderlichen Nachfolgenrichtungen.

lein im Wohnungsbau konnte im Jahre 59 eine Steigerung auf 744 Wohnungsnheiten gegenüber 497 Wohnungseiniten im Jahre 1958 erzielt werden.

e Lösung dieser Aufgabe ist nur durch e Industrialisierung möglich. Hierbei hen wir davon aus, daß neben der Versserung der Planungsarbeit durch die nsequente Anwendung der Typenojekte für das industrielle Bauen der ößte Arbeitsaufwand in die Vorfertingsstätten verlegt werden kann.

erster Linie kommt es bei der Durchtzung der Industrialisierung im Bauesen nicht nur darauf an, die Produknstechnik zu verändern, indem neue aschinen, Aggregate und so weiter eingesetzt werden, sondern auch darauf, die Organisation der Produktion zu verändern und von der objektgebundenen Planung zur technologisch begründeten Planung überzugehen.

Deshalb wurde auf der 3. Stadtbaukonferenz beschlossen, die Serienfertigung nach der Taktmethode im Wohnungsbau in der Montagebauweise durchzusetzen. Hierzu wurde festgelegt, daß neben der im März 1959 gebildeten spezialisierten Produktionsabteilung, die den Typ I W 58 Serie L 4, Typ B, baut, am 1. Januar 1960 eine zweite Produktionsabteilung für die gleiche Serie Typ A die Arbeit aufnimmt; es wurde also die Voraussetzung geschaffen, daß jede spezialisierte Produktionsabteilung Typenreihen produziert, wobei die Anwendung dieser Typen bis 1961 festgelegt wurde. Hierdurch sollte erreicht werden, daß 1960 73 Prozent aller Wohnungseinheiten in der Serienfertigung nach der Taktmethode gefertigt und je Produktionsarbeiter 2,5 Wohnungseinheiten im Jahre 1961 hergestellt werden. Eine Planung, die nicht nach wissenschaftlichen Prinzipien erfolgt und eine nicht kontinuierliche langfristige Einzelfertigung zur Folge hat, sowie die unzureichende Arbeitsorganisation und Spezialisierung der Produktion hemmen die Entwicklung zum sozialistischen Bauen. Schon nach den ersten Monaten der Einführung der Serienfertigung nach der Taktmethode wurden bessere Ergebnisse erzielt als zuvor.

Die ersten Festlegungen für die Serienfertigung wurden im November 1958 getroffen. Es wurde mit der Planung auf weite Sicht begonnen. Bebauungspläne mußten kurzfristig erarbeitet und eine Umprojektierung der Typen auf einzelne Takte vorgenommen sowie ein Vorlauf in der Projektierung geschaffen werden; nicht zuletzt war eine breite Überzeugungsarbeit für die Durchsetzung der Serienfertigung notwendig.

Heute kann gesagt werden, daß nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten der Produktionsfluß für die beiden spezialisierten Produktionsabteilungen bis 1961 festliegt und von dieser Seite ein kontinuierliches Bauen gewährleistet ist.



ersichtsplan zur Serienfertigung nach der Taktmethode im industriellen Wohnungsbau während des benjahrplanes (Ausschnitt aus dem Stadtplan) 1 : 50 000

Bebauungskomplexe des industriellen Wohnungsbaus

(1) Innenstadt, 88 Wohnungseinheiten, Baujahr 1959
(2) Südring, 96 Wohnungseinheiten, Baujahr 1960
(3) Weinbergsweg, 410 Wohnungseinheiten, Baujahr 1960 61
(4) Georg-Richter-Straße, 408 Wohnungseinheiten, Baujahr 1960/1962
(5) Trautmannstraße, 142 Wohnungseinheiten, Baujahr 1960/61
(6) Sozialistischer Wohnkomplex Beresinchen, 3500 Wohnungseinheiten, Baujahr 1962/1965

Während die Bebauung des Bebauungskomplexes 1 durch den Bebauungsplan für das Stadtzentrum festgelegt war, wurden die Pläne für die Bebauungskomplexe 2, 3, 4 (teilweise) und 5 gleichlaufend mit der Diskussion über die Durchsetzung der kontinuierlichen Serienfertigung im Bauwesen ausgearbeitet. Durch Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse konnten maximale Ergebnisse erzielt werden.

Die Produktionsabteilungen werden über folgende Bebauungskomplexe geführt:

Bebauungs-komplex	Wohnungs-einheiten	Baujahr	Bebauungsplan
1	88	1959	liegt vor
2	96	1960	liegt vor
3	410	1960 61	liegt vor
4	408	1960/62	liegt teilweise vor
5	142	1960/61	liegt vor
6	3500	1962/65	liegt nicht vor

Die Entfernungen der Bebauungskomplexe voneinander betragen zwischen 1 und 2 = 3000 m; zwischen 2 und 3 = 1000 m; zwischen 3 und 4 = 2400 m; zwischen 4 und 5 = 500 m; zwischen 5 und 6 = 2800 m.

Innerhalb der Bebauungskomplexe ist die Bebauung des Weinberges (3) durch die exponierte Lage im Stadtgefüge ausgezeichnet. Der Bebauungsplan sieht neben der drei- und viergeschossigen Wohnbebauung drei neungeschossige Wohnhäuser mit je 54 Zweizimmerwohnungen vor (Heizstation im Objekt 19). Die Neubauten werden zusammen mit der Altbausubstanz südlich und westlich des Weinberges einen neuen Wohnkomplex bilden. Die Komplexversorgung liegt innerhalb des vorliegenden Bebauungsgebietes.

Wegen starker Höhenunterschiede mußten die Zeilen mehrfach geteilt werden. Dabei wurde darauf geachtet, daß jeweils eine Dachfläche durchläuft. Die Wohndichte beträgt 488 Einwohner/ha, die Verkehrsfläche 2,8 m²/Einwohner.

In den Bauablauf der Serie L 4 sind die Objekte 5, 12, 13 und 14 vorerst nicht mit einbezogen worden, da Altbestand und nicht geklärte Eigentumsverhältnisse dem entgegenstehen. Der Bau der neungeschossigen Objekte erfolgt 1960 bis 1962. Der Verlauf des Produktionsflusses ist im Bebauungsplan dargestellt und berücksichtigt die Freimachung des Geländes, das bis zum 1. September 1959 noch kleingärtnerisch genutzt wurde.

Bei der Serienfertigung nach der Taktmethode kommt es jedoch nicht nur darauf an, einen kontinuierlichen



Blick auf das Modell des Wohngebietes Weinbergsweg [(3) auf Plan Seite 547] in nordwestlicher Richtung



Bebauungsplan Weinbergsweg [(3) auf Plan Seite 547] mit Darstellung des Weges der Produktionsabteilungen I und II — 1 : 3333
Planverfasser: VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder)
Architekt BDA Dipl.-Ing. Ehrhard Peters und Architekt Hans Tulke

1 bis 14 viergeschossige Wohnbebauung IW 58, Serie L 4
15 bis 17 dreigeschossige Wohnbebauung TW 58
18 neungeschossige Wohnbebauung mit Zweizimmerwohnungen
19 Garagen in Streulage
20 Objekt Komplexversorgung

Bauablauf zu schaffen, sondern auch den Produktionsprozeß in Teilprozesse aufzugliedern und die industrielle Fertigung in allen Phasen der Produktion zu erreichen. Außerdem ist die Spezialisierung der Produktion von großer Bedeutung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität; das heißt, die Serienfertigung muß so organisiert werden, daß die zeitliche Durchführung der einzelnen Arbeitsgänge nach einem Taktsystem erfolgt, und daß sämtliche Arbeitsgänge, die eine technologische Einheit darstellen, zum Beispiel Montage der Großblöcke, und die einzelnen Takte im Ausbau stets in einer gleichen Zeiteinheit (Taktzeit) zur Durchführung kommen, damit ein gleichmäßiges Verhältnis beim Übergang von einem Arbeitsgang zum anderen erreicht wird. Die Taktzeit muß also gleich sein oder ein Vielfaches von ihr betragen.

In unserem Beispiel beträgt die Taktzeit neun Tage und einen Tag technisch-organisatorische Pause. Daraus ergibt sich, daß bei einem Wohnblock vom Typ IW 58 L 4, B. 44 (32 Wohnungseinheiten = vier Segmente zu acht Wohnungseinheiten), alle neun Tage ein Segment, daß sind acht Wohnungseinheiten, fertiggestellt wird; hierdurch werden eine Baugeschwindigkeit von 0,9 Wohnungseinheiten pro Tag und eine Jahreskapazität von 264 Wohnungseinheiten erreicht; das heißt, nach neun Arbeitstagen werden acht Wohnungseinheiten bezugsfertig und für acht Wohnungseinheiten müssen Arbeiten an einem neuen Objekt begonnen werden. Vom Versetzen des ersten Großblocks im Kellergeschoß bis zur bezugsfertigen Übergabe des Objektes wird eine Bauzeit von $6^1/_2$ Monaten benötigt.

Der Produktionsprozeß ist in zwölf Takte aufgeteilt. Der Takt 1 umfaßt die Montage der Großblöcke einschließlich Versetzen der Dachsparren. Da die Montage im Takt 1 nicht segmentweise, sondern auf die gesamte Länge des Blocks durchgeführt werden muß, ist hier eine Unterteilung der Arbeitsgänge geschoßweise, die zeitlich und mengenmäßig genau festgelegt sind, vorgenommen. Wenn bei den Ausbautakten eine Taktzeit von vier Segmenten × 9 = 36 Tage festgelegt ist, wird die Montage einschließlich Umsetzen des Kranes in 31 Tagen durchgeführt. Die Differenz von fünf Tagen ist für den Rohbau-Vorlauf (Regen, Frostperiode und so weiter) vorgesehen.

Bei der Festlegung der Taktzeit wurde von der größtmöglichen Auslastung des Turmdrehkranes ausgegangen, wobei die Zeit eines Kranspieles die Grundlage bildete. Wenn der Takt die organisatorisch-technologische Einheit des Produktionsprozesses darstellt, so sind alle Maßnahmen, die auf eine Veränderung des Taktes, zum Beispiel Arbeitsumfang, Ausführungszeit und so weiter, hinauslaufen, nur durch eine frühzeitige und planmäßige Vorbereitung und Organisation möglich. Dieses ist der wichtigste Grundsatz bei der Durchführung der Serienfertigung nach der Taktmethode.

Von gleicher Wichtigkeit ist, daß ein gutes Arbeitskollektiv für jeden Takt (Taktbrigade) vorhanden ist. Dieses Arbeitskollektiv wird zum bestimmenden Faktor der Produktion, da von ihm die Einhaltung der Taktzeit und die Gewähr für einen reibungslosen Ablauf der nachfolgenden Taktbrigaden abhängt. Deshalb müssen die Taktbrigaden entsprechend dem Arbeitsumfang, der erforderlichen Technologie und so weiter zusammengestellt werden. Außerdem ist aus dem vorgesagten zu erkennen, daß zwar eine ganze Reihe technischer, technologischer und organisatorischer Probleme zu lösen ist, es aber in erster Linie darauf ankommt, alle Bauschaffenden von der konsequenten Durchsetzung der Taktmethode zu überzeugen; denn das beste technisch-organisatorische Wissen reicht nicht aus, um diese revolutionäre Umwandlung im Bauwesen durchzuführen, da es hier um eine qualitative Veränderung geht, nämlich das kapitalistische Bauen zu überholen.

Aus diesem Grunde haben wir mit der Schulung im Kollektiv zur Durchsetzung der Serienfertigung nach der Taktmethode begonnen.

Mit Hilfe der Genossen unserer Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war es möglich, den Film über die Serienfertigung nach der Taktmethode zu beschaffen und auf mehreren Baustellen einschließlich Betonwerk zu zeigen sowie Vorträge und Aussprachen in den Brigaden zu organisieren. Fernerhin werden jetzt von der Bezirks-Bau-Union in der Betriebsakademie Schulungen über die konsequente Durchführung der Serienfertigung nach der Taktmethode durchgeführt.

Auch der Erfahrungsaustausch in Wittenberg, Pirna und Hoyerswerda gab uns eine ganze Reihe Anregungen und Hinweise.

Zusammenfassend muß man sagen, daß die Durchsetzung der Serienfertigung nach der Taktmethode gegenwärtig die wichtigste Aufgabe bei der Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion in der Bauindustrie ist. Denn „erst mit der Serienfertigung und der damit verbundenen Weiterentwicklung der Planung und Produktionsorganisation kommen die vorhandenen Elemente der Industrialisierung wie Mechanisierung, Vorfertigung, Montage und so weiter zu ihrer vollen ökonomischen Wirkung." (Thesen des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur 3. Baukonferenz.)

Wie aus den Darlegungen zu ersehen ist, erhält jeder Bauschaffende eine konkrete Aufgabenstellung.

Durch die ständig gleichbleibenden Arbeitsgänge der Taktbrigade erhöht sich die Arbeitsfertigkeit, die Arbeitszeit wird rationeller genutzt, die Durchsetzung von neuen Arbeitsmethoden erhält eine dauernde Grundlage, für den sozialistischen Wettbewerb sowie für die Durchsetzung der Seifert- und Genschow-Methode und besonders für die objektgebundene Entlohnung bestehen einwandfreie Voraussetzungen.

Fernerhin bildet die Taktbrigade ein festes Kollektiv, das zur Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit wird.

Unsere Ingenieure werden zu Technologen, da das Zettelschreiben weitestgehend eingeschränkt wird und sie sich ihrer wirklichen Aufgabe widmen können. Zugleich wird die staatliche Führungstätigkeit verbessert.

Kritik und Perspektive der Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten

Dipl.-Architekt BDA Hellmut Sachs
Institut für Typung der Deutschen Bauakademie

In seinem Artikel über eine neue Etappe der Typung in der Deutschen Demokratischen Republik stellt der Direktor des Instituts für Typung, Bauingenieur Franz Latus, fest:

„Die Mechanisierung der Bauproduktion, die immer stärkere Durchsetzung der kontinuierlichen spezialisierten Serienfertigung und die ständige Erhöhung der Massenproduktion von Bauelementen verlangen für den größten Teil der Bauvorhaben die ausschließliche Anwendung von Typenprojekten. Das trifft sowohl für den Wohnungs- und Industriebau als auch für die gesellschaftlichen Bauten und die Bauten der Landwirtschaft zu. Ohne Typenprojekte gibt es keine gleichmäßige Entwicklung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts auf den Gebieten der Baustoffe, Baukonstruktionen, Bauelemente, Bauweisen, Mechanisierungskomplexe und Bauverfahren. Ohne Typenprojekte sind die umfassende Durchsetzung der Serienfertigung von Bauwerken und die Massenfertigung von Bauelementen sowie die grundsätzliche Vereinfachung der Planungs- und Abrechnungsmethoden der Bauproduktion undenkbar. Die Typenprojektierung nimmt damit stärker als je zuvor eine Schlüsselstellung bei der planmäßigen, koordinierten und allseitigen Industrialisierung des Bauens ein."

Niemand, der die vor uns liegenden Aufgaben des Bauwesens, die durch die Thesen des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur 3. Baukonferenz präzisiert und zum Beschluß erhoben sind, anerkennt, wird die Richtigkeit dieser Ausführungen bestreiten. Wie sieht es aber mit der praktischen Durchführung aus? Zweifellos sind auf dem Gebiete des Wohnungsbaus anerkennenswerte Fortschritte erzielt worden. Daß hier die Typenprojektierung zum Allgemeingut der Städteplaner und Architekten und zur Grundlage der Projektierung und Baudurchführung geworden ist, ist unbestritten.

Noch vorhandene bezirkseigene Typenprojekte werden immer mehr von zentralen Typenprojekten abgelöst. Es kann mit Recht erwartet werden, daß ab 1960 der größte Teil des mehrgeschossigen Wohnungsbaus sowohl in traditioneller als auch industrieller Bauweise nach zentralen Typenprojekten ausgeführt und die kontinuierliche spezialisierte Serienfertigung weitgehend angewandt werden. Geeignete Typenprojekte stehen in den Typenserien L 4 und Q 6 für die industrielle und in der Typenserie L 1 für die traditionelle Bauweise zur Verfügung. Weiterhin gibt es Typenprojekte für ein- und zweigeschossige Reihenhäuser, Einzelhäuser und LPG-Hauswirtschaften. Für den Wohnungsbau steht also ein ausreichendes Sortiment an Typenprojekten zur Verfügung, das die industrielle Fertigung, die Anwendung neuer Baumethoden und die Steigerung der Arbeitsproduktivität in dem im Siebenjahrplan vorgesehenen Umfange gewährleistet.

Wie sieht es nun bei den gesellschaftlichen Bauten aus? Es ist festzustellen, daß auch hier eine ganze Anzahl Typenprojekte vorliegen beziehungsweise bis Ende dieses Jahres fertiggestellt sein werden, so zum Beispiel

Kinderkrippen mit 48 und 64 Plätzen, Kindergärten mit 50, 75, 100 und 125 Plätzen,

Polytechnische Oberschulen mit 8, 10, 13, 16 und 20 Klassenräumen,

Zubringerschulen mit 2 und 4 Klassenräumen,

Schulergänzungsbauten mit 2 und 4 Klassenräumen,

Verkaufsstellen für Waren des täglichen Bedarfs für einen Einzugsbereich von 3600 Einwohnern

sowie Spezialverkaufsstellen und Klubgaststätten.

Ferner gibt es Typenprojekte für Turnhallen, Sportplätze, Schwimmbecken und ähnliches.

Für die Bauten des Gesundheitswesens stehen Typenprojekte für Landambulatorien, Schwesternstationen, Schwesternheime, staatliche Arzt- und Tierarztpraxen, Tbc-Beratungsstellen und Stadtambulatorien zur Verfügung die in die Typenprojekte Q 6 und L 1 eingebaut sind.

Für das sozialistische Dorf liegen Wiederverwendungsprojekte unter anderem für Läden und Landwarenhäuser sowie für Dorfwirtschaftshäuser vor.

Es wäre somit gewährleistet, daß auch die Mehrzahl der gesellschaftlichen Bauten, zumindest aber die Bauten für den sozialistischen Wohnkomplex, als Typenprojekt ausgeführt werden könnten.

Wie sieht aber die Anwendung aus?

Betrachten wir die entsprechenden städtebaulichen Entwürfe oder Wettbewerbe beziehungsweise die ausgeführten gesellschaftlichen Bauten, so suchen wir vergebens nach Typenprojekten. Es könnte dabei für die bisher fertiggestellten gesellschaftlichen Bauten die Entschuldigung angeführt werden, daß zur Zeit ihrer Projektierung noch keine oder nur ungenügende Typenprojekte zur Verfügung gestanden hätten. Dies trifft jedoch nicht für neuere städtebauliche Entwürfe und Wettbewerbe zu. Wir müssen feststellen, daß auch hier keine Typenprojekte für gesellschaftliche Bauten, abgesehen von einzelnen Kinderkrippen oder Kindergärten, angewandt beziehungsweise vorgeschlagen worden sind. Der Einwand, daß diese Typenprojekte nicht bekannt seien, kann nicht anerkannt werden. Sowohl in dem vom Institut für Typung herausgegebenen Heft „Was ist getypt?", das an alle Projektierungsbüros versandt wurde, als auch wiederholt im Gesetzblatt wurden Angaben über bestehende beziehungsweise in Bearbeitung befindliche Typenprojekte gesellschaftlicher Bauten veröffentlicht. Es erhebt sich daher die Frage, welche Gründe sind maßgebend, daß in den bisher vorliegenden und für den Siebenjahrplan und darüber hinaus gültigen Bebauungsplänen in der Regel keine Typenprojekte für gesellschaftliche Bauten angewandt werden?

Entsprechen die vorhandenen Typenprojekte nicht den funktionellen Bedingungen? Sind in ihnen die neusten bautechnologischen Erkenntnisse und Bauweisen nicht berücksichtigt worden? Erschwert ihre Anwendung die städtebauliche Gestaltung, oder welche sonstigen Ursachen gibt es für die Ablehnung der Typenprojekte?

Da es keinesfalls weiterhin geduldet werden kann, daß, aus welchen Gründen auch immer, ein individuelles Projekt angewandt wird, solange hierfür ein entsprechendes Typenprojekt vorhanden ist, müssen wir offen vorhandene Fehler und Schwächen darstellen und die Gründe für die Ablehnung untersuchen.

Zunächst zur Beantwortung der Frage nach der funktionellen Qualität.

Hierzu ist festzustellen, daß die Typenprojekte der gesellschaftlichen Bauten in enger Zusammenarbeit mit dem je-

weiligen Planträger hinsichtlich Technologie, Raumprogramm und Funktion ausgearbeitet worden sind, wobei den Fragen der Ökonomik besondere Beachtung zuteil geworden ist. Insofern sind sie den entsprechenden individuellen Projekten überlegen und haben stets entsprechenden Vergleichen standgehalten.

Bei der Beantwortung der Frage nach der Berücksichtigung der neusten bautechnologischen Erkenntnisse und Bauweisen zeigen sich jedoch wesentliche Mängel. Es ist zwar eine ganze Anzahl Typenprojekte vorhanden. Sie sind aber alle für traditionelle Bauweisen und Baumethoden entwickelt worden. Typenprojekte gesellschaftlicher Bauten für industrielle Bauweisen sind nicht vorhanden. Das bedeutet, daß für gesellschaftliche Bauten noch nach handwerklichen Baumethoden gearbeitet werden muß. Dies verhindert nicht nur einen zügigen Bauablauf, sondern es wirkt sich auch negativ auf die Rekonstruktion und Umgestaltung unserer Baubetriebe und Zuliefererbetriebe aus, da für die gesellschaftlichen Bauten auch keine Bautechnologie vorliegt. Es ist dadurch nicht möglich, die Arbeitsproduktivität im vorgesehenen Umfange zu steigern. Für diesen Mangel ist zweifellos in der Hauptsache das Institut für Typung, Sektor Wohn- und Gesellschaftsbauten, verantwortlich. Er hat nicht mit der notwendigen Konsequenz an der Fertigstellung von Typenprojekten für industrielle Bauweisen gearbeitet. Die bestehenden Schwierigkeiten wurden nicht rechtzeitig aufgezeigt, und es wurde nicht rechtzeitig für Abhilfe gesorgt. So sind zum Beispiel mit dem Institut für Technik und Ökonomie keine vertraglichen Vereinbarungen über die Lieferung der benötigten technologischen Voraussetzungen abgeschlossen worden. Und mit dem Ministerium für Bauwesen wurde keine eingehende Diskussion über die vorgelegte Grundlagenarbeit der gesellschaftlichen Bauten des Wohnkomplexes in industrieller Bauweise durchgeführt.

Auch wurde die oftmals fehlende Technologie von den jeweiligen Fachministerien nicht mit größerem Nachdruck angefordert.

Das ist darauf zurückzuführen, daß auch im Institut für Typung, und hier speziell im Sektor Wohn- und Gesellschaftsbauten, der Umfang der Typenprojektierung und des industriellen Bauens noch nicht in seiner gesamten Tragweite erkannt worden ist. Weil man nicht gesehen hat, daß sich im gesamten Bauwesen ein Sprung in eine neue Qualität abzeichnet, der nicht nur die Projektierung und Bauausführung umfaßt, haben in diesen Fragen ideologische Unklarheiten bestanden. Dadurch konnte es geschehen, daß bestehende objektive Schwierigkeiten überschätzt wurden.

Es ist ferner nicht gelungen, trotz teilweise guter Arbeitsleistungen besonders auf dem Gebiete des Wohnungsbaus, die Kollegen des Sektors in ihrer Gesamtheit von der politischen Bedeutung der Aufgabe zu überzeugen und sie dadurch zu konsequenten Mitarbeitern für die Typenprojektierung zu erziehen.

Auch die Thesen des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur 3. Baukonferenz sind noch nicht umfassend zum Allgemeingut der Mitarbeiter geworden.

Diese Schwächen haben sich auch auf die Erarbeitung der Typenprojekte gesellschaftlicher Bauten in traditioneller Bauweise ausgewirkt. Zwar sind für die jeweiligen Kategorien Typenreihen geschaffen worden; sie sind aber nicht komplex gesehen und projektiert worden. Jede dieser Reihen enthält einheitliche funktionelle und technologische Gesichtspunkte und ist auf die optimale Erfüllung der Forderungen der Planträger und auf die ökonomische Lösung hinsichtlich des baulichen Aufwandes abgestimmt. Sie sind aber nicht Glieder einer Typenserie, die für einen bestimmten Komplex geschaffen ist und die Anwendung fortschrittlicher Baumethoden gestattet.

Zwar wurden Versuche unternommen, die vorhandenen Typenreihen zu Typenserien zusammenzufassen. Diese kamen jedoch über die Anwendung weniger festgelegter Hauptabmessungen und der Elemente aus vorhandenen Bauelementen-Katalogen nicht hinaus. So sind Typenprojekte entstanden, die zwar den funktionellen Anforderungen genügen und gegenüber individuell geplanten Projekten bei größerer funktioneller Qualität wirtschaftlicher sind, die aber weder in bautechnologischer Hinsicht die Anwendung fortschrittlicher Bauweisen noch in ihrer gesellschaftlichen Aussagekraft die Entwicklung unseres sozialistischen Lebens in seiner Folgerichtigkeit und Klarheit widerspiegeln.

Daraus ergibt sich zugleich die Beantwortung der dritten Frage. Zweifellos haben viele Städtebauer und Architekten diese Mängel erkannt und benutzen sie zur Begründung der Ablehnung der entsprechenden Typenprojekte. Ich habe mit viel Interesse die Bebauungspläne, die in der letzten Zeit in der „Deutschen Architektur" veröffentlicht wurden, auf die Anordnung der gesellschaftlichen Bauten und ihrer baukörperlichen Gruppierungen hin durchgesehen, so unter anderem die städtebauliche Planung der Wohnstadt Lübbenau, die Wohnbezirke Mühlhausen und Eisenach, den Wohnbezirk Wolfen-Nord, den V. Wohnkomplex von Stalinstadt, das Neanderviertel von Berlin, die Bebauung des Lerchenberges in Altenburg und den Aufbau der Weststadt von Schwerin. Eine Fülle von Bebauungsvorschlägen, die sich noch um viele erweitern ließe.

In fast allen Vorschlägen werden für die Durchführung der Wohnbauten zentrale Typenprojekte wie Q 6, L 4 und L 1 angewandt. Wo dies nicht geschieht, wie zum Beispiel in Lübbenau und Berlin, werden Neuentwicklungen zugrunde gelegt, die als Wiederverwendungsprojekte bestätigt wurden beziehungsweise vorgesehen sind. Im Gegensatz hierzu wurden die Bauten der Gesellschaft immer noch nach individuellen Gesichtspunkten gestaltet. Zweifellos sind die vorher aufgeführten Mängel nicht ohne Belang. Durch das Fehlen geeigneter Typenprojekte für gesellschaftliche Bauten in industrieller Bauweise wird der individuellen Projektierung Vorschub geleistet. Wir dürfen dabei aber nicht übersehen, daß die statt der vorhandenen Typenprojekte vorgesehenen individuellen Projekte ebenfalls nicht den Prinzipien der Industrialisierung entsprechen. Wenn auch — und dies mit Recht — durch die Verfasser der einzelnen Berichte zu den Bebauungsvorschlägen das Versäumnis des Instituts für Typung kritisiert wird, so finden wir jedoch kaum Vorschläge zur Behebung dieses Mangels. In dem Artikel „Städtebauliche Planung des Wohnbezirkes Wolfen-Nord" im Heft 4 1959 der „Deutschen Architektur" wird der komplexen Planung und Serienfertigung ein breiter Raum eingeräumt. Dabei wird kritisch festgestellt, daß vielfach die Typen für Gesellschaftsbauten erst bekannt werden, wenn die städtebauliche Planung bereits in der Projektierung oder sogar in der Ausführung begriffen ist. Es wird zur Abhilfe die Veröffentlichung beziehungsweise Bekanntgabe der Grundkonzeption vorgeschlagen, sobald eine solche vorliegt. Das ist richtig, und so muß auch künftig verfahren werden. Trotzdem ist nicht einzusehen, daß bei der Planung für Wolfen-Nord die Prinzipien der komplexen Planung und Industrialisierung, obwohl sie bekannt sind und für den Wohnungsbau angewandt wurden, für die gesellschaftlichen Bauten nicht vorgesehen sind.

So sind zum Beispiel für den Gesamtkomplex mehrere Schulgebäude entwickelt worden, die jeweils eine andere Gruppierung der Gebäudemassen zeigen und bei denen sich bereits in der städtebaulichen Konzeption erkennen läßt, daß die Prinzipien der Industrialisierung und Serienfertigung nicht anwendbar sind. Dasselbe gilt auch für andere gesellschaftliche Bauten.

Die Bauausführung ist also — und das zeigt sich auch bei den anderen städtebaulichen Planungen — in traditioneller Bauweise gedacht. Hieraus ist zu ersehen, daß das Fehlen geeigneter Typenprojekte für industrielle Bauweisen die Ablehnung der Typenprojekte nicht allein erklären kann. Damit ergibt sich auch die Antwort auf die Frage nach den sonstigen Ursachen der Nichtanwendung von Typenprojekten für gesellschaftliche Bauten.

Wie bereits bemerkt, enthalten die vom Institut für Typung ausgearbeiteten Typenprojekte der gesellschaftlichen Bauten eine Reihe von Mängeln. Da sie nicht komplex entwickelt worden sind, fehlen ihnen auch die gemeinsamen Gestaltungsmerkmale. Sie widerspiegeln daher nicht die städtebaulichen Grundsätze des sozialistischen Wohnkomplexes und des gesellschaftlichen Lebens in diesem. Diese Schwächen erleichterten eine Einflußnahme des Klassengegners auf ideologischem Gebiet. Es ist eine ideologische Schwäche und nicht eine Frage der Gestaltung und der künstlerischen Aussage, wenn, wie dies im Grunde bei allen vorliegenden Bebauungsplänen der Fall ist, die Möglichkeit der Anwendung der Typenprojekte gesellschaftlicher Bauten negiert wird. Diesen Erscheinungen muß ein konsequenter Kampf angesagt werden. Es gibt keine ideologische Koexistenz, auch nicht auf dem Gebiete der Architektur und des Städtebaus.

Es kann nicht mehr geduldet werden, daß unsere volkseigenen Entwurfsbüros und ihre schöpferisch tätigen Architekten und Ingenieure die Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten umgehen. Es hat sich gezeigt, daß noch ein großer Teil Projektanten in dem Entwurf für die gesellschaftlichen Bauten ein Reservat überholter Projektierungsgewohnheiten sieht. Die Frage nach der sogenannten künstlerischen Gestaltungsfreiheit wird hier in einer verzerrten Weise aufgefaßt. Dabei wird die Ansicht vertreten, daß die ge-

sellschaftlichen Bauten in individueller Projektierung angeblich bessere Möglichkeiten bieten, um die „Monotonie" der nach Typenprojekten errichteten Wohnkomplexe zu überwinden und dem Wohnkomplex eine „architektonische Gestaltung" zu geben. Hier erst finde die künstlerische Freiheit ihren sichtbaren Ausdruck. Hinter dieser Ablehnung der Typenprojektierung verbirgt sich in vielen Fällen die Anbetung des Individualismus. Nicht selten verfallen dabei unsere Architekten und Städtebauer in eine Lobhudelei des westlichen Städtebaus und erliegen hier bürgerlichen Einflüssen. Die Erfordernisse der Industrialisierung werden dabei negiert. Bei der Gruppierung der Gebäude und der Wahl der Grundrisse ergeht man sich in nichtssagenden Formenspielereien. Besonders deutlich wird dies bei der Betrachtung der einzelnen Gesellschaftsbauten des Wohnkomplexes. Hier ist von Interesse die Gestaltung des Schulbaus, da er in der Regel der größte und auch dominierende Gesellschaftsbau des Wohnkomplexes ist. In keiner der vorstehend genannten städtebaulichen Planungen ist hierfür ein Typenprojekt vorgesehen.

So sind zum Beispiel bei der Schule im I. Wohnkomplex der zweiten sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda die Forderungen des industriellen Bauens in keiner Weise berücksichtigt. Locker in ihrer Komposition, den Übergang des mehrgeschossigen Wohnkomplexes in die freie Landschaft andeutend, wird sie in flache Pavillons aufgelöst. So oder ähnlich lauten die üblichen Beschreibungen dieser Komposition. Man hätte aber gerade in der zweiten sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda erwarten dürfen, daß bereits beim Bau des I. Wohnkomplexes die Prinzipien der Typenprojektierung mit allen ihren grundsätzlichen Forderungen und Erkenntnissen sichtbar zum Ausdruck gebracht werden. Ähnlich wie in Hoyerswerda liegt der Fall in den anderen Bebauungsplänen.

In der Beschreibung zur Bebauung des Lerchenberges in Altenburg, Heft 5/1959 der „Deutschen Architektur", heißt es ebenfalls: „Die Baumassen werden in ihrer Komposition locker gehalten" und dementsprechend angeordnet.

Die Bevorzugung der individuellen Projektierung geht sogar soweit, daß in den einzelnen Entwurfsbüros für dieselbe Kapazität an Schulbauten in den einzelnen Bebauungsplänen verschiedene Grundrißformen angewandt werden. So ist zum Beispiel vom Entwurfsbüro für Hochbau Erfurt im Bebauungsplan Mühlhausen und im Bebauungsplan Eisenach jeweils eine andere Komposition gewählt worden. Dies trifft auch für die Bebauung des Heanderviertels in Berlin zu. Obwohl es bei der Beschreibung des Bebauungsplanes durch die Autoren heißt, daß allein aus der Planstruktur die Gestaltungsprinzipien eines sozialistischen Wohnbezirkes zu erkennen seien, sind für drei aneinandergrenzende Wohnkomplexe drei verschiedene Schulbauten bei ein und derselben Kapazität der Schulen vorgesehen. Dies trifft auch für die weiteren gesellschaftlichen Bauten wie Versorgungseinrichtungen und dergleichen zu. Selbst dem Verfasser des so positiven Artikels über den Aufbau der Weststadt von Schwerin im Heft 7/1959 der „Deutschen Architektur" mit dem Untertitel „Von der individualistischen zur komplexen Projektierung, vom handwerklichen zum industriellen Bauen" ist es anscheinend bei der Darstellung der Wohnbebauung nicht aufgefallen, daß auch hier für die gesellschaftlichen Bauten grundverschiedene Projekte innerhalb derselben Bebauung angewandt wurden. Er hat jedenfalls dafür kein Wort der Kritik an dem Bebauungsplan gefunden. Gleichwohl kommt der Verfasser am Schluß seines Artikels zu der richtigen Forderung an das Institut für Typung, in der Auswertung der 3. Baukonferenz kurzfristig die Erarbeitung von Typenprojekten für gesellschaftliche Folgeeinrichtungen und für Versorgungsbauten in Angriff zu nehmen.

Unsere Architekten und Ingenieure wollen — und dies ist ihre wiederholt vorgetragene Meinung — zeitgemäß bauen. Zeitgemäß bauen aber heißt, industriell und nach Typenprojekten bauen. Gerade hier kann sich die Schöpferkraft des Architekten und Ingenieurs voll entfalten. Nur so wird es uns möglich sein, die vor uns liegenden großen Aufgaben, die uns als Bauschaffende durch die Thesen des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Beschlüsse der 3. Baukonferenz gestellt werden, zu bewältigen.

Welche Perspektiven ergeben sich für die Projektierung gesellschaftlicher Bauten?

In den Thesen des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde festgelegt, daß, nachdem sich die Typenprojektierung beim Bau von Wohnungen und landwirtschaftlichen Gebäuden bewährt hat, nunmehr unverzüglich Typenserien für alle übrigen Bautengruppen auf der Grundlage von Bauwerkskatalogen zu erarbeiten sind. Dabei ist die bautechnische Projektierung entsprechend den Bedingungen der Serienfertigung zu ergänzen. Es sind neue Typenserien für die komplexe Bebauung bei gleichem Standort und für das komplexe Bauen bei verstreut liegenden Standorten einschließlich der dazugehörenden Arbeitsprojekte auszuarbeiten. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedarf es eines entschiedenen ideologischen Kampfes gegen Subjektivismus und Konservatismus. Wir müssen einen zielstrebigen wissenschaftlichen Meinungsaustausch mit unseren Kollegen in den volkseigenen Entwurfsbetrieben für die völlige Durchsetzung der Typenprojektierung führen. Die Methode der Typenprojektierung muß zur Grundlage der gesamten Projektierung gemacht werden. Es darf künftig keine individuelle Projektierung alten Stils mehr geben. Jedes neue Projekt, für das noch kein Typenprojekt vorhanden ist, muß als Wiederverwendungsprojekt entwickelt und nach Baudurchführung und Bewährung zum Typenprojekt erhoben werden.

Wir müssen allen Architekten und Ingenieuren geduldig und hartnäckig erklären, warum wir diesen Weg gehen und keinen anderen. Wir müssen die Bezogenheit und Abhängigkeit des einen vom anderen erläutern und nachweisen, daß sozialistischer Städtebau und sozialistische Architektur nicht Willkür und Chaos sein können. Wir müssen ihnen zeigen, daß sich wirkliche Baukunst nur im Sozialismus entfalten kann. Wir müssen ihnen helfen, den ideologischen Charakter der architektonischen Schönheit zu erkennen und zu gestalten. Wenn uns diese Aufgabe gelingt, und sie muß uns gelingen, da sie allein die sozialistische Epoche unserer Baukunst herbeiführen kann, werden unsere Kollegen in den Entwurfsbüros, in den Baubetrieben und wo sonst immer mit Bewußtsein an der Umgestaltung des Bauwesens der Deutschen Demokratischen Republik mitarbeiten.

Dazu gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen.

Es ist unsere Aufgabe, den Kollegen die entsprechenden Grundlagen in die Hand zu geben. Wie bereits im Artikel von Direktor Latus erwähnt, ergeben sich zwei Maßnahmen zur Verbesserung der bautechnischen Projektierung, und zwar die Koordinierung der gesamten Projektierung auf der Grundlage von Bauwerkskatalogen, die die Möglichkeit bieten, nach festgelegten Grundparametern, Bauweisen, Grundkonzeptionen und so weiter die jeweilige Projektierungsaufgabe im Sinne der Methode der Typenprojektierung zu lösen, und die Ausweitung des Systems der Typenprojektierung durch breite und selbständige Mitarbeit der bautechnischen und technischen Projektierungsbüros.

Bereits an der Erarbeitung der Grundlagen für die Typenprojektierung bis zur Mitarbeit an den Bauwerkskatalogen müssen künftig die Kollegen der Entwurfsbüros beteiligt werden. Umgekehrt müssen die Kollegen der Forschungsinstitute der Deutschen Bauakademie, der Hochschulen und so weiter die Typenprojektierung unterstützen.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaften müssen entstehen, in denen neben dem Wissenschaftler, dem Architekten, Ingenieur und Technologen auch der Benutzer der künftigen Bauwerke an der Ausarbeitung der Grundlagen mitarbeitet. Der Anfang dazu ist gemacht durch die Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft für die Wohn- und gesellschaftlichen Bauten für industrielle Montagebauweise in Laststufen von 2 bis 5 t und größeren Spannweiten mit vorgespannten, vorgefertigten Stahlbetonelementen.

Hier sind neben den Instituten der Deutschen Bauakademie Institute der Hochschulen Dresden und Weimar sowie mehrere volkseigene Entwurfsbetriebe beteiligt, um die Grundlagen für die Projektierung dieser Bauwerke zu schaffen. Bereits 1960 soll die Durchführung entsprechender Versuchsbauten möglich werden. Weitere sozialistische Arbeitsgemeinschaften werden folgen, um in kurzer Frist den Rückstand auf dem Gebiet der Typenprojektierung gesellschaftlicher Bauten einzuholen und komplexe Typenserien sowohl für den Wohnkomplex, den Wohnbezirk als auch für das sozialistische Dorf zu schaffen.

Groß und verantwortungsvoll sind die Aufgaben, die uns gestellt sind. Hier unser ganzes Können einzusetzen muß unsere höchste Verpflichtung sein. Die Schwächen unserer bisherigen Arbeit haben wir erkannt. Lösen wir uns von denselben, helfen und fördern wir uns untereinander, führen wir einen konsequenten und unduldsamen Kampf gegen alle ideologischen Unklarheiten, seien wir unversöhnlich und wachsam gegen jeden Einbruch des Klassenfeindes, in welcher Maske er sich auch immer zeigt, und es wird uns gelingen, die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Vorschlag für die Typung von Feierabendheimen

Dipl.-Ing. Gerhard Irmscher
Institut für Typung der Deutschen Bauakademie

Das im Jahre 1957 bearbeitete Typenprojekt für ein zweigeschossiges Bettenhaus mit 60 Betten und die Typengrundprojekte für die Wirtschaftsgebäude mit 120 Plätzen und 180 bis 240 Plätzen entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Deshalb wurden diese Projekte durch das Ministerium für Bauwesen nicht bestätigt, sondern es wurde in Übereinstimmung mit dem Planträger eine Neubearbeitung gefordert.

Zur Beratung der neuen Aufgabenstellung waren Vertreter des Ministeriums für Bauwesen, des Ministeriums für Gesundheitswesen, der Staatlichen Plankommission, der Massenorganisationen und der Deutschen Bauakademie hinzugezogen worden.

Für die Typung von Feierabendheimen wurde folgende volkswirtschaftliche Begründung gegeben. Nach den derzeitigen Vorstellungen sind bis 1965 jährlich im Durchschnitt 3300 Feierabendheim- und Pflegeheimplätze zu schaffen. Hiervon entfallen über 40 Prozent auf Feierabendheime. Das ergibt pro Jahr etwa 1300 Plätze. Rechnet man mit 80 Prozent der Kapazität als Neubauten, so werden pro Jahr etwa 1000 neue Plätze benötigt. Das wären sechs bis sieben viergeschossige Feierabendheime mit je 160 Betten oder acht bis neun dreigeschossige Feierabendheime mit je 120 Betten.

Form der Typung

Aus dieser Rechnung geht hervor, daß sich eine Typung von Feierabendheimen in einer entsprechenden Form lohnt. Es ist eine Form der typenmäßigen Bearbeitung zu wählen, die der verhältnismäßig geringen Bedarfszahl Rechnung trägt. Eine umfassende Typenprojektierung in der Form von Typenprojekten wird zunächst nicht für notwendig gehalten. Das wird unterstrichen durch eine Anzahl von Bedenken, die in dieser Hinsicht geäußert werden. Zum Beispiel wird behauptet, daß der Bedarf örtlich zu unterschiedlich sei, um Typenprojekte unverändert anwenden zu können, daß sich die Typenbauwerke städtebaulich schwer einfügen lassen und daß die Anwendung örtlich vorhandener Baustoffe und Konstruktionen erschwert werde.

In allen Fällen ist lediglich die Form der Typung zu wählen, die den größten volkswirtschaftlichen Nutzen verspricht. Deshalb wurde für die Typung von Feierabendheimen die Ausarbeitung von Typengrundprojekten mit Hinweisen für verschiedene Ausführungsmöglichkeiten und Festlegungen in Form von Projektierungsnormen vorgesehen. Doch auch bei der Verwendung dieser Form der Typung können die beabsichtigten Erfolge ausbleiben. Sie ist weniger streng als die der Typenprojekte und erfordert in noch größerem Maße ein verantwortungsbewußtes Mitdenken und außerdem Disziplin bei der örtlichen Anwendung. Es müssen individuelle Gewohnheiten bei den verschiedensten Stellen überwunden werden. Der Planer muß nicht unbedingt eine andere Kapazität festlegen, als sie in der typenmäßigen Bearbeitung vorgeschlagen wird. Durch Veränderung des Einzugsbereiches und Veränderung in der vorgesehenen Mittelbereitstellung läßt sich das vermeiden. Ebenso muß der Architekt nicht unbedingt einen eigenen Entwurf machen wollen. Er soll vielmehr mithelfen, die Möglichkeiten zu schaffen, daß auf der Grundlage des Typengrundprojektes entsprechend den örtlichen Gegebenheiten eine günstige Lösung erarbeitet wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die Typenunterlagen nach gründlicher Überlegung auf breiter Basis entwickelt sind. Die hier vorgeschlagene Grundkonzeption wurde in mehreren Besprechungen mit dem Planträger, den Massenorganisationen und dem Ministerium für Bauwesen erörtert. Eingehend wurden die neuen Gesichtspunkte für die Planung von Feierabendheimen beraten und festgelegt.

Analyse

Die Analyse einiger in der Deutschen Demokratischen Republik gebauter Feierabendheime und des bisherigen Typenvorschlages ergaben, daß das bisherige Raumprogramm nicht beibehalten werden kann. Besichtigungen von Feierabendheimen zeigten, daß manche Einsparungen möglich sind. Besonders die Aussprachen mit den Heimbewohnern zeigten, wo die Mängel in unseren neuen Feierabendheimen liegen. Während die Wohn-Schlafräume als die wichtigsten Räume für die Bewohner bisher zu knapp bemessen waren, war der Wirtschaftsteil zu aufwendig und unzweckmäßig projektiert. In den Zweibettzimmern zum Beispiel konnte nur ein Schrank von 1 m Breite aufgestellt werden, in dem sowohl Kleidung als auch oftmals Lebensmittel für zwei Personen untergebracht werden mußten.

Zur Standortwahl sind gegenüber früher heute völlig neue Vorstellungen vorhanden. Die Heime sollen nicht mehr aus den Wohnbezirken herausgelöst werden und abgesonderte, ein- oder zweigeschossige Bauten sein. Das ist besonders bei den neu zu bauenden Wohnbezirken zu berücksichtigen. Den alten Menschen ist ein Umgewöhnen an eine neue Umgebung möglichst zu ersparen. Die Heime sollen im Wohnbezirk mit den gleichen Mitteln und unter den gleichen Bedingungen errichtet werden, wie sie für den Wohnungsbau gelten. Auch in diesem Fall wird sich eine ruhige und verkehrsarme Lage finden lassen, und die Bewohner werden sich trotz wohnlicher Veränderung wohlfühlen, da ihnen die Zugehörigkeit zu der größeren Gemeinschaft und ihre alte Umgebung erhalten bleiben.

Durch diese Überlegungen ergeben sich baulich völlig neue Anforderungen. Es liegt nahe, daß die gleichen Bauteile berücksichtigt werden wie im Wohnungsbau. Dadurch ist beim Bau von Feierabendheimen eine größere Wirtschaftlichkeit gewährleistet als bisher, zumal auch ein drei- oder viergeschossiges Bauen gerechtfertigt ist. Durch Anordnung eines Personenaufzuges und das Vorhandensein von Loggien werden die Nachteile für die Bewohner gegenüber den weniggeschossigen Bauten ausgeglichen.

Grundkonzeption

Die Verbesserung des Komforts unter Berücksichtigung strengster Wirtschaftlichkeit war die Hauptforderung, die es zu berücksichtigen galt.

Die vorliegende Grundkonzeption sieht eine Vergrößerung des Wohn-Schlafraumes um etwa 1 m²

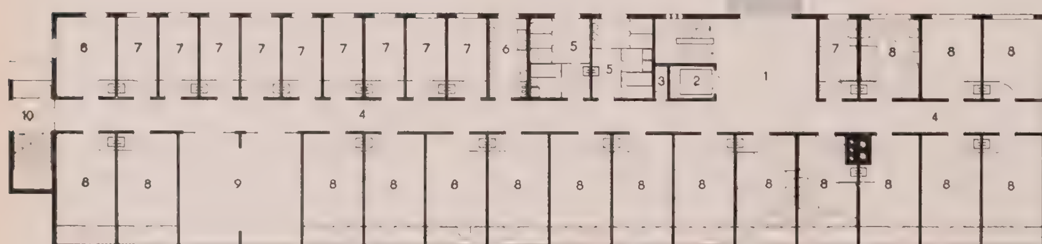


Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

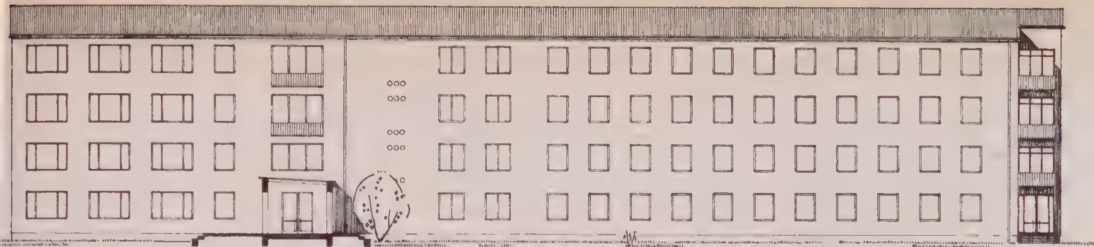
1 Windfang — 2 Eingangshalle — 3 Personenaufzug — 4 Abstellraum — 5 Mittelflur — 6 Pförtner und Leiter — 7 Verwaltung — 8 Schwesternzimmer — 9 Krankenzimmer — 10 WC — 11 Personal-Aufenthaltsraum — 12 Wäscheraum — 13 Ausbesserungsraum — 14 WC und Bad — 15 Einbettzimmer — 16 Zweibettzimmer — 17 Klubraum — 18 Treppenhaus — 19 Nebeneingang — 20 Teeküche — 21 Verbindungsgang — 22 Speisesaal — 23 Podium — 24 WC und Brause für Personal — 25 Kellertreppe — 26 Tagesvorräte — 27 Warenannahme und Trockenlager — 28 Wirtschaftsflur — 29 Abfalltonnen — 30 Aufzug — 31 Zuputzraum — 32 Küchenleiter und Handlager — 33 Küche — 34 Topfspüle — 35 Spüle — 36 Anrichte — 37 WC Damen — 38 WC Herren — 39 Eingang

T = Tisch — TR = Topfregal — RT = Rückgabetisch — TS = Topfspüle — SP = Spüle — R = Rechaud — B = Bainmarie — KM = Küchenmaschine — K = Kochkessel — KS = Kühlschrank — St = Schreibtisch — BS = Brotschrank — W = Waage — LR = Lattenrost — RG = Regal — GB = Gemauerte Becken — H = Herd — HK = Hockerkocher

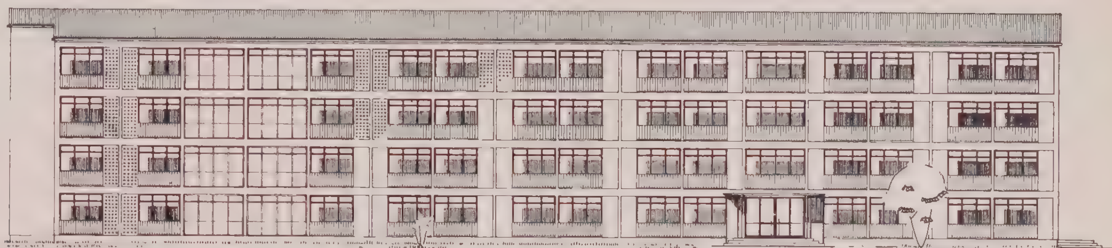
Grundriß Obergeschoß 1 : 400



1 Treppenhalle — 2 Personenaufzug — 3 Abstellraum — 4 Mittelflur — 5 Bad und WC — 6 Teeküche — 7 Einbettzimmer — 8 Zweibettzimmer — 9 Klubraum — 10 Treppenhaus, Nebeneingang



Ansichten 1 : 400



; dadurch wird erreicht, daß für jeden Bewohner Schrank von 1 m Breite aufgestellt werden kann. Wirtschaftlichkeitsvergleich zeigt, daß trotz dieser rgrößerung und trotz der Anordnung von Loggien e wesentliche Einsparung erreicht wurde. Im vorenden Entwurf werden bei dreigeschossiger Ausrung 75 m³/Platz benötigt gegenüber 100 bis m³/Platz bei dem früheren Typenvorschlag. Auch bautechnischer Hinsicht mußte eine Lösung gecht werden, die dieser Hauptforderung entsprach. em die gleichen Konstruktionsprinzipien wie im hrgeschossigen Wohnungsbau gewählt wurden, es möglich, die dafür vorhandenen Masseneletnte zu verwenden. Durch eine bauliche Trennung Funktionen „Wohnen" und „Gemeinschaftliche rsorgung" war das zu ermöglichen. In dem mehrschossigen Hauptbau sind nur die Wohn- und waltungsräume untergebracht, so daß auch die schoßhöhe des Wohnungsbaus gerechtfertigt ist. Speisesaal und die Küchenanlage befinden sich einem erdgeschossigen Gebäude, das durch eine glaste Halle mit dem Hauptbau verbunden ist. durch ist auch eine sehr variable städtebauliche ordnung möglich, da der Hauptzugang in diese le verlegt werden kann, wenn dies die Lage der aße erfordert. Ebenso wurde eine günstige Bauchführung gewährleistet, indem der Typ einer nplexen Wohnungsbauserie zugeordnet wird und mit eine kontinuierliche spezialisierte Serienfertig ermöglicht.

hrzweckbau

über hinaus lassen sich weitere Vorteile erchen, wenn der Beweis erbracht wird, daß andere marten mit unterschiedlichen Funktionen in einem hrzweckgebäude unterzubringen sind.

Verwendung dieses Hauptbaus als Mehrzweck- ergeben sich für andere Heimarten folgende rte:

Wohnheim für Lehrlinge
Belegung der Zweibettzimmer mit 3 Personen,
der Einbettzimmer mit 2 Personen
dreigeschossigen Bau = 195 Plätze mit 43 m³/Platz,
viergeschossigen Bau = 270 Plätze mit 40 m³/Platz.

Wohnheim für Studenten
Belegung der Zweibettzimmer einschließlich
gia mit 3 Personen,
der übrigen Zweibettzimmer mit
2 Personen,
der Einbettzimmer mit 1 Person
dreigeschossigen Bau = 170 Plätze mit 50 m³/Platz,
viergeschossigen Bau = 230 Plätze mit 46 m³/Platz.

Wohnheim für Schwestern
Belegung von 75 Prozent der Zweibettzimmer mit
1 Person,
von 25 Prozent der Zweibettzimmer mit
2 Personen
(Die Belegung mit 2 Personen ist zumutbar für Lernschwestern und jüngeres Pflegepersonal),
der Einbettzimmer mit 1 Person
lreigeschossigen Bau = 90 Plätze mit 95 m³/Platz,
iergeschossigen Bau = 125 Plätze mit 85 m³/Platz.

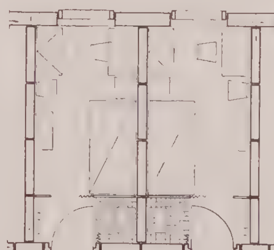
se Aufstellungen berücksichtigen nicht den schaftsteil, der in den meisten Fällen nicht ötigt wird. Als Verwaltungs- und Krankenräume die Räume 9 und 11 bis 13 im Erdgeschoß vorhen und in den Kapazitätsberechnungen für die mögliche Belegung nicht mit einbezogen. Bei Benutzung als Lehrlings- oder Studentenheim entfallen die Loggien, deren Fläche den Räumen zugeschlagen wird. Die Waschmöglichkeit in den Wohnräumen sollte in allen Fällen beibehalten werden, da sich sonst durch Anordnungen von Waschräumen große Veränderungen ergeben würden. Die vorgesehenen Sanitärobjekte sind gemäß den Richtlinien für die Projektierung von Wohnheimen auch hierfür ausreichend. Im Schwesternwohnheim sollten in den Räumen, die durch Einzelpersonen belegt sind, eine einfache Koch- und Spülmöglichkeit eingebaut werden.

Unter Beibehaltung des Prinzips, jedoch mit anderen Raumtiefen, läßt sich in ähnlicher Weise auch ein einfaches Hotel oder ein Wohnhaus für Alleinstehende mit Ein- oder Eineinhalbzimmerwohnungen schaffen. Es können auch hier wiederum dieselben Bedingungen wie im industriellen Wohnungsbau eingehalten und die gleichen Bauelemente angewandt werden. Die Nutzung sowie die städtebauliche Gruppierung sind variabel möglich. Ein demnächst in der „Deutschen Architektur" zur Veröffentlichung kommender Entwurf für ein einfaches Hotel — eventuell für eine spätere Verwendung als Wohnhaus für Alleinstehende — beweist das.

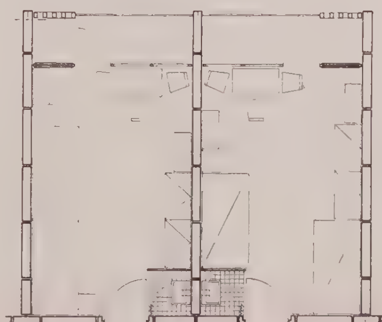
Erläuterung der Funktion

Der Hauptbau erhält im Erdgeschoß rechts des Windfanges und der Eingangshalle die Verwaltungsräume einschließlich der Krankenstation. Letztere ist von den übrigen Räumen durch eine Glaswand getrennt und hat einen Sonderzugang.

Von der Einganshalle aus führen ein Personenaufzug und die Treppe in die oberen Geschosse. Die sanitären Gemeinschaftsräume, Teeküche, Toiletten und Bäder sind zentral gelegen. Die Teeküche wird mit Gasherd (Zwei-Platten-Kocher), Abstelltisch und zweiteiliger Spüle mit Abtropfbrett ausgestattet. An der gegenüberliegenden Längswand ist für jeden Bewohner ein Speisefach angeordnet, das einer Entlüftungseinrichtung angeschlossen ist.



Grundriß Einbettzimmer 1 : 150



Grundriß Zweibettzimmer 1 : 150

Links der Eingangshalle beginnt der Wohnteil. Die Wohn-Schlafräume sind zu zwei Drittel für eine Zwei-Personen-Belegung und zu einem Drittel für eine Ein-Personen-Belegung vorgesehen worden. Die Mehrzahl der Zweibettzimmer ist auf der Eingangsseite angeordnet, sie erhalten eine vorgelagerte Loggia. In den Obergeschossen befinden sich auch über den Verwaltungsräumen Wohn-Schlafräume.

Ausgestattet sind die Wohn-Schlafräume für jede Person mit einem Bett, einem Nachttisch, einem Schrank von 1,00×0,60 m, einem Bücherregal oder niedrigem Radioschränkchen und einem Stuhl. Jeder Raum hat einen Tisch und eine Waschgelegenheit. Je ein Klub- oder Aufenthaltsraum von 45 m² befindet sich in jedem Geschoß. Diese Räume können entsprechend den jeweiligen Wünschen verschieden eingerichtet werden als Bibliothek und Leseraum, als Fernsehraum oder als Spiel- und Unterhaltungsraum. Im Erdgeschoß ist von der Eingangshalle aus über einen Verbindungsbau der Speisesaal zu erreichen. Dieser dient außerdem als großer Klubraum, in dem Gemeinschaftsveranstaltungen durchgeführt werden können. Aus diesem Grunde ist auch ein kleines Podium angeordnet.

Neben dem Saal befindet sich die Küchenanlage mit den notwendigen Nebenräumen. Diese erdgeschossige Anordnung des Wirtschaftsteiles begünstigt die städtebauliche Einordnung und ermöglicht eine variable Nutzung des Hauptbaus. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, in Ausnahmefällen den Saal anderweitig zu nutzen, ohne das Heim betreten zu müssen. Deshalb sind im Verbindungsbau zusätzlich Toiletten angeordnet.

An Unterkellerung ist nur der notwendige Raum für Heizung, Brennstoffe, Vorrats-, Abstell- und Werkräume vorgesehen. Die Werkräume sollen für die Betätigung der Heimbewohner eingerichtet sein.

Durchführung der Typung

Aufbauend auf der Grundkonzeption werden bis zum vierten Quartal 1959 im VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt Typengrundprojekte für industrielle und traditionelle Bauausführung bearbeitet. Das Feierabendheim wird viergeschossig mit 167 Plätzen und als Variante dreigeschossig mit 121 Plätzen vorgesehen. Die zeichnerische Durcharbeitung erfolgt für die viergeschossige Anlage. Die dreigeschossigen Varianten werden in der Erläuterung, im Materialbedarf, im Kostenplan und in der Kennzifferbildung mit berücksichtigt. Das Wirtschaftsgebäude wird nur in einer Größe projektiert. Eine Hausmeisterwohnung mit zweieinhalb Zimmern wird als gesondertes, freistehendes Gebäude unter Verwendung gleicher Elemente wie im Hauptbau entworfen.

Für die Konstruktionen werden Vorschläge unter Berücksichtigung von Typenelementen erarbeitet. Außerdem kommen Konstruktionsvarianten in Vorschlag.

Dadurch soll gewährleistet sein, daß Feierabendheime projektiert und gebaut werden, die den heutigen Anforderungen entsprechen und die Bedürfnisse unserer alten Menschen entsprechend den ökonomischen Möglichkeiten befriedigen.

Das ländliche Siedlungsnetz im Bezirk Halle

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle
Kollektiv Ingenieur Ernst Proske,
Gebietsplaner Gottfried Bendemann,
Ingenieur Werner Hamann,
Diplom-Geograph Walter Ranke,
Vermessungstechniker Willy Schmidt

Am 15. Mai 1959 wurde in einer Sitzung des Rates des Bezirkes Halle die durch das Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle ausgearbeitete Grundkonzeption für das sozialistische Siedlungsnetz des Bezirkes Halle bestätigt.

Schon der äußere Rahmen, der Teilnehmerkreis und der Ort der Bezirksratssitzung ließen erkennen, in welch enge Verbundenheit mit den örtlichen Organen, mit den Werktätigen der Maschinen-Traktoren-Stationen und den Genossenschaftsbauern die Erarbeitung des sozialistischen ländlichen Siedlungsnetzes durchgeführt wurde.

Die Bezirksratssitzung fand im Kulturhaus des MTS-Bereiches in Roßla statt. Außer den Mitgliedern des Rates des Bezirkes nahmen teil: die Mitglieder des Rates des Kreises Sangerhausen, die Bürgermeister der Städte und Dörfer des Kreises Sangerhausen, die LPG-Vorsitzenden, die LPG-Bauern und Werktätige der Maschinen-Traktoren-Stationen und der Betriebe und Schächte des Kupfererzbergbaus.

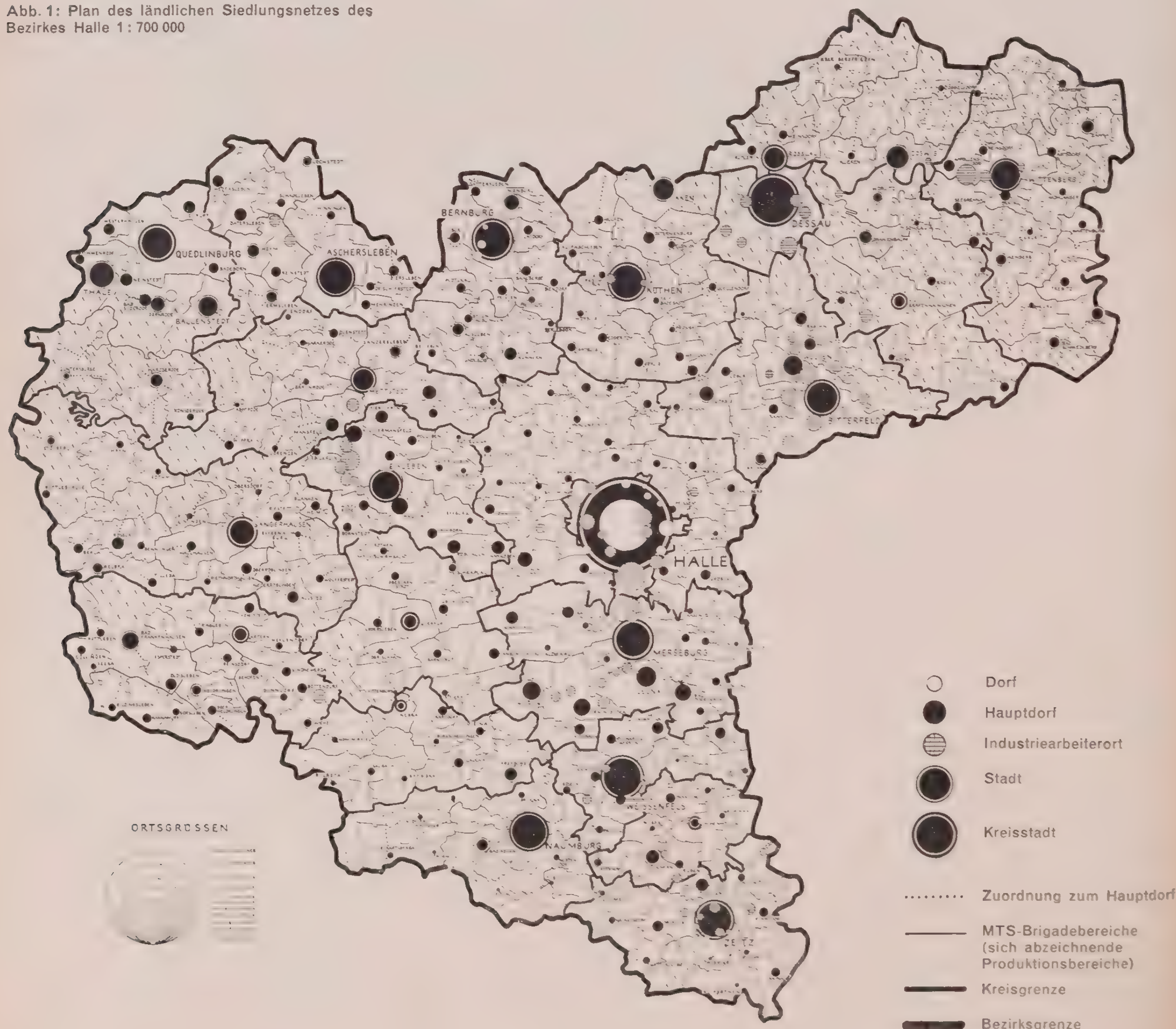
Die Bestätigung der Grundkonzeption für das sozialistische ländliche Siedlungsnetz erfolgte unter dem Beifall der etwa 150 Gäste der Bezirksratssitzung. Hiermit wurde ein wichtiger Beschluß gefaßt zur Durchsetzung der Forderung nach Planung und Gestaltung des neuen sozialistischen Lebens im Dorf in Verbindung mit der Bildung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Zentren.

Zur schnellen Verwirklichung der Planung und zur Beschleunigung des Tempos der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande wurden die Fachabteilungen des Rates des Bezirkes und der Räte der Kreise durch den Ratsbeschluß angewiesen, bei der Aufstellung ihrer Perspektivpläne die in der Grundkonzeption getroffenen Festlegungen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Ausarbeitung der Investitionspläne.

Aufgabenstellung

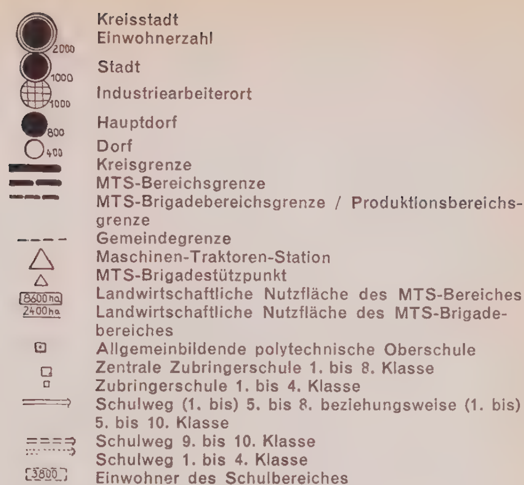
Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte fest, daß es zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung und zur Verbesserung der kulturellen Lebensbedingungen auf dem Lande notwendig ist, die landwirtschaftliche Produktion planmäßig zu entwickeln.

Abb. 1: Plan des ländlichen Siedlungsnetzes des Bezirkes Halle 1 : 700 000



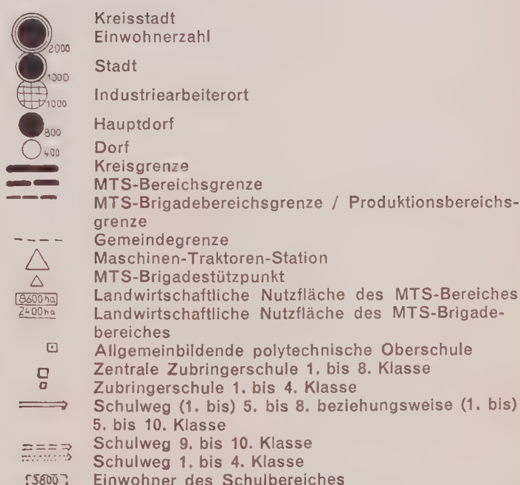
bb. 2: Plan des ländlichen Siedlungsnetzes des
eises Weißenfels 1 : 250 000





b. 3: Plan des ländlichen Siedlungsnetzes des
eises Zeitz 1 : 250 000





e Planung des ländlichen Siedlungs- tzes bildet eine Grundlage, um in den eisen die sich aus der landwirtschaft- hen Produktion ergebenden ökonomi- hen Schwerpunkte der sozialistischen twicklung zu erkennen und die Koordi- erung der Produktionsbereiche der Land- rtschaft mit den Versorgungsbereichen rzunehmen. Davon ausgehend kann hwerpunktmäßig für jeden Kreis die rspektive erarbeitet werden.

ne weitere dringende Notwendigkeit ist, mäß den Zielsetzungen des V. Partei- ges bis zum 31. Dezember 1960 für alle rfer Dorfplanungen zu erarbeiten. Als sgangspunkt dieser Planungen muß Gliederung des ländlichen Siedlungs- tzes dienen.

undlagen der Bearbeitung

ßer den ministeriellen Anweisungen d den Richtlinien für die Dorfplanung, rausgegeben von der Deutschen Bau- ademie, lagen der Bearbeitung die Er- ntnisse zu Grunde, die aus einer durch das Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle im Kreis Bernburg durchgeführten Beispielplanung gewonnen wurden. Offiziell eingeleitet wurde die Inangriffnahme der Bearbeitung im Gesamtbezirk durch eine Direktive zur Erarbeitung der Grundlagen für die Bestätigung des ländlichen Siedlungsnetzes im Bezirk Halle, herausgegeben am 25. November 1958 vom Wirtschaftsrat, Abteilung Planung, in Zusammenarbeit mit unserem Entwurfsbüro. Ferner wurden bei der Bearbeitung das Programm der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Bezirk Halle, beschlossen vom Bezirkstag Halle am 20. Mai 1958, und die Referate und Diskussionen auf der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ausgewertet.

Die Ausarbeitung der Kreisvorschläge stützte sich ferner auf folgende Unterlagen:

Bevölkerung der Gemeinden und ihre Berufsgliederung nach dem Stand von 1950,

Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden von 1950 bis 1958,

Übersichtskarte der Bergbaugebiete des Bezirkes mit Eintragung der Bergbauschutzgebiete, der Tagebaufelder und der vorgesehenen Verlegungen von Verkehrslinien, Wasserläufen, Versorgungsleitungen und Ortschaften mit Angabe des Zeitablaufes.

Methodik der Erarbeitung

Zur Durchführung der Planung war die genaue Analyse der von den Plankommissionen der Kreise durchgeführten Bestandsaufnahmen erforderlich. Bereits in dieser Phase der Arbeit wurde eine enge Verbindung mit den jeweiligen örtlichen Organen unter Hinzuziehung von Vertretern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Maschinen-Traktoren-Stationen und der anderen interessierten Stellen sowie der Fachabteilungen der Kreise und des Bezirkes herbeigeführt. Auf Grund der Analyse wurden Planvorschläge ausgearbeitet, die ebenfalls auf breiter Ebene diskutiert wurden.

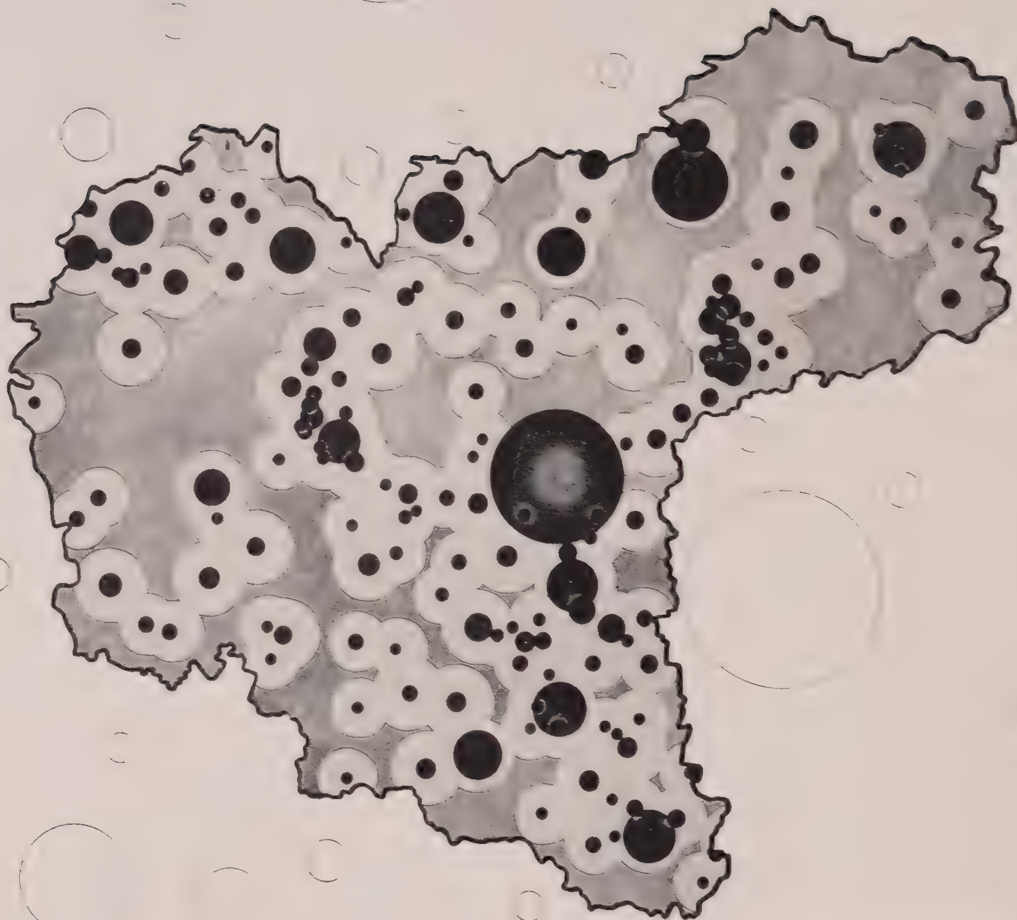


Abb. 4: Die Verteilung der Städte und sonstigen größeren Orte im Bezirk Halle 1 : 900 000

Stadtfern gelegene Gebiete — mehr als 4 km von Orten mit 2000 bis 5000 Einwohnern und mehr als 5 km von Orten mit über 5000 Einwohnern entfernt

So wurden zum Beispiel im Kreis Gräfenhainichen folgende Versammlungen und Beratungen über den Entwurf zum Kreisplan der Entwicklung des ländlichen Siedlungsnetzes durchgeführt:

In Gräfenhainichen: Beratung im Rat des Kreises unter Teilnahme der Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bürgermeisterschulung im Forsthaus „Ochsenkopf", Tagung der LPG-Vorsitzenden unter Teilnahme von Bürgermeistern und leitenden Kräften der Maschinen-Traktoren-Stationen und Einzelbauern.

In Oranienbaum: Tagung der Mitarbeiter der Gemeinden, veranstaltet vom Kreisausschuß der Nationalen Front, Beratung des Siedlungsnetzes und des Siebenjahrplanes.

In Schwemsal und in Gohrau: Öffentliche Versammlungen, veranstaltet von der Nationalen Front, zur Beratung des Siebenjahrplanes der Gemeinden.

In Sollnitz: Beratung mit den LPG-Mitgliedern.

In Gossa: Öffentliche Beratung über die Entwicklung des Hauptdorfes im Zusammenhang mit dem Aufbau der Polytechnischen Oberschule.

Auch die lokale Presse zeigte reges Interesse für die Erarbeitung der Planung; zum Beispiel wurde in den Kreisen Hettstedt und Sangerhausen der Kreisplanentwurf in der „Freiheit" veröffentlicht.

Im Kreis Bernburg wurde der Vorschlag der Entwicklung des ländlichen Siedlungsnetzes in einem broschierten „Entwurf zum Siedlungsplan der sozialistischen Umwälzung auf dem Lande im Kreis Bernburg" veröffentlicht und detailliert erläutert. Dieser Vorschlag ist auch allen Delegierten der 2. Tagung der IV. Bezirksdelegiertenkonferenz übergeben worden.

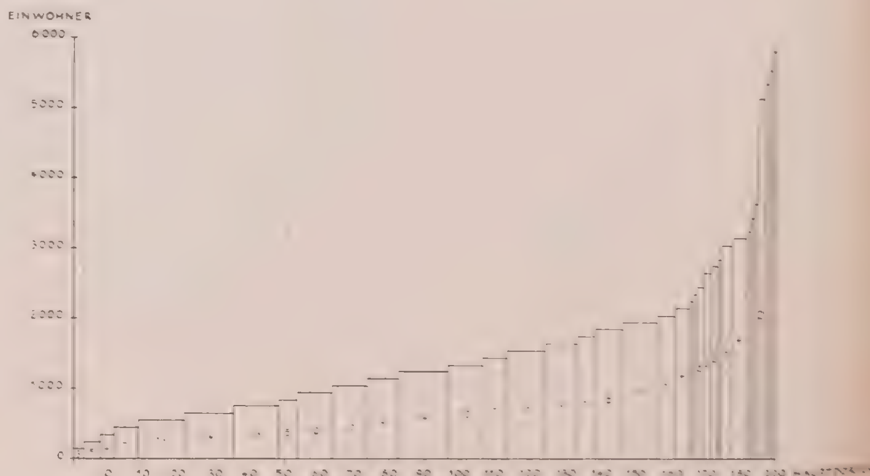


Abb. 5: Diagramm über die Größe der 200 Hauptdörfer im Bezirk Halle entsprechend den Einwohnerzahlen vom 30. Juni 1958

leichzeitig wurden am 27. und 28. März 959 anläßlich der 2. Tagung der IV. Berksdelegiertenkonferenz die Bearbeitung es Bezirksentwurfes für die Planung des ndlichen Siedlungsnetzes zusammen it einigen Beispielen der Kreispläne als nschauungs- und Diskussionsmaterial usgestellt.

eit dem Beginn der Planung des ländchen Siedlungsnetzes ist in den Kreisen es Bezirkes Halle eine breite Diskussion ber die Bildung der Produktionsbereiche nd die Erreichung ihrer optimalen Größe urch Zusammenschluß landwirtschaftcher Produktionsgenossenschaften anelaufen. Diese Diskussion hat sich nach er VI. Konferenz der Vorsitzenden und ktivisten der landwirtschaftlichen Proiktionsgenossenschaften noch verstärkt.

estandsaufnahmen

ie Bestandsaufnahmen wurden unter nleitung des Entwurfsbüros von den lankommissionen der Kreise in einheitcher Form im Maßstab 1:50000 durchеführt.

ı wesentlichen erstreckte sich die Beandsaufnahme auf:

Standorte und Bereiche der Maschinenraktoren-Station und MTS-Brigadestützunkte — Bestand und vorgesehene Vernderungen;

Lage der volkseigenen Güter und ihrer ächen — sich abzeichnende Entwicklung er LPG-Bereiche der sozialistischen geossenschaftlichen Großbetriebe;

Standorte und Einzugsbereiche der allemeinbildenden Schulen — Verlauf der chulwege zu den Zentralschulen und ittelschulen (jetzt Polytechnische Oberchulen) und der wichtigsten Versorungseinrichtungen;

Netz der befestigten Landstraßen nschließlich der nicht klassifizierten traßen.

nter Verwendung einheitlicher Formätter wurde folgendes Zahlenmaterial usammengestellt:

Einwohnerzahlen der Gemeinden, aufeschlüsselt nach getrennt liegenden rtsteilen. Dabei zeigte sich im Bezirk alle eine unterschiedliche Struktur der nzelnen Kreise (Abb. 8 und 8a).

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen er Gemeinden und Ortsteile ohne die EG-Flächen und ohne Kleinstflächen nter 1 ha

Die durchschnittlichen Bodenzahlen er Gemeinden

Die allgemeinbildenden Schulen mit ngabe der Unterrichtsstufen sowie der assenräume und ihrer Belegung

ist erfreulich festzustellen, daß entgen mancher Skepsis diese Kartiengen zumindest von den Räten der eise mit großem Geschick durchgeführt rden. Die Kartierungsarbeiten bezogen ch nicht nur auf den Bestand, sondern ben auch Auskunft über die damaligen orstellungen von der Entwicklung in der rspektive. Damit wurden schon zu esem Zeitpunkt wertvolle Hinweise für die Gliederung des ländlichen Siedlungsnetzes gegeben.

Bereits in dieser Phase der Arbeit wurde eine enge Verbindung mit den jeweiligen örtlichen Organen unter Hinzuziehung von Vertretern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Maschinen-Traktoren-Stationen und anderen interessierten Stellen sowie den Fachabteilungen herbeigeführt.

Analyse des Bestandes

Zur Auswertung der empfangenen Bestandsunterlagen wurden zunächst folgende Arbeitsgänge durchgeführt:

1. Analyse der bestehenden Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsstruktur, Kartierung der Bevölkerungsverteilung in den Kreisgebieten, Untersuchung der Bevölkerungszusammensetzung

2. Prüfung des bestehenden sowie des geplanten MTS-Netzes sowie der geplanten Produktionsbereiche, Prüfung des bestehenden Zentralschulnetzes und der geplanten Polytechnischen Oberschulen

3. Feststellung von Mängeln in der Größe und standortmäßigen Verteilung der Einrichtungen sowie in der Abgrenzung der Produktionsbereiche, deren Überschneidung mit den Schulbereichen, Ermittlung der Gebiete mit Schulraummangel und noch wenig gegliederten Schulen, Feststellung von Schwierigkeiten beim Erreichen der Zentren

4. Analysierung des sonstigen Versorgungsnetzes

Entwurf und Abstimmung der Kreisvorschläge

Hier erfolgte eine Reihe von Arbeitsgängen, in deren Verlauf örtliche Ermittlungen und Diskussionen mit den örtlichen Organen sowie mit der Bevölkerung mit Auswertung und Entwurfsarbeiten im Büro abwechselten.

Als Ergebnisse der eingehenden Untersuchungen für die Planung und Entwicklung des sozialistischen ländlichen Siedlungsnetzes wurden erarbeitet und in der eingangs erwähnten Bezirksratssitzung als Grundkonzeption bestätigt:

1. Bezirksplan im Maßstab 1:100000 mit der Darstellung der Hauptdörfer, der landwirtschaftlichen Produktionsbereiche (MTS-Brigadenbereiche) und der Beziehungen der zugeordneten Dörfer zu den Hauptorten (Abb. 1)

2. Bezirksübersicht im Maßstab 1:100000 über das Netz der Polytechnischen Oberschulen

3. Umfassender Erläuterungsbericht. Die textliche Darstellung über Arbeitsablauf und die Analyse des bestehenden Siedlungsnetzes und das geplante Siedlungsnetz wurden ergänzt durch Diagramme und Übersichten (Verteilung der Städte und sonstiger größerer Orte im Bezirk, stadtferne Gebiete, Diagramme über Siedlungsstruktur)

4. Kreispläne im Maßstab 1:50000 für jeden der 20 Landkreise des Bezirkes mit Erläuterungsbericht (Abb. 2 und 3)

Das sozialistische ländliche Siedlungsnetz

Das Hauptdorf

Das Netz der in der Grundkonzeption festgelegten Hauptdörfer ist unter Beachtung — und anders kann man es auch nicht tun — des vorhandenen Siedlungsnetzes entwickelt worden. Dabei sind kritische Untersuchungen der regionalen Strukturunterschiede durchgeführt worden. Von Bedeutung für die Gliederung des ländlichen Siedlungsnetzes war auch die Analyse des Zusammenhanges zwischen dem bestehenden städtischen und ländlichen Siedlungsnetz. Einen in groben Zügen dargestellten schematischen Überblick über Umfang und Verteilung der stadtnahen und stadtfernen Gebiete des Bezirkes Halle gibt die Abbildung 4. Sie zeigt Größe und Verteilung der Städte und sonstigen Orte mit über 2000 Einwohnern. Ausgedehnte stadtferne Gebiete gibt es in den Kreisen Wittenberg, Roßlau, Köthen und im Ostharz. Größere Lücken im Netz der Stadtzentren gibt es auch in den agrarischen Teilen der Kreise Eisleben, Sangerhausen, Artern, Nebra, Querfurt, Naumburg, Zeitz und im Saalkreis. Auf die Unterschiede in der ländlichen Siedlungsstruktur der Kreise wurde bereits bei der Erläuterung der Bestandsaufnahmen (Abb. 6 und 7) eingegangen.

Bei der Gliederung und Entwicklung des sozialistischen ländlichen Siedlungsnetzes wird ein Hauptdorf für eine Gruppe von Dörfern bestimmt. Unter solchen Bedingungen ist das Dorf unmittelbar in die sozialistische Umgestaltung des Lebens auf dem Lande einbezogen.

Die Ausstattung des einzelnen kleinen Dorfes mit gesellschaftlichen Einrichtungen wird mitbestimmt durch die Einwohnerzahl und muß sich auf die notwendigsten Dienste zur Deckung des Tagesbedarfs beschränken. Erst mit der Bildung eines gemeinsamen Versorgungszentrums für mehrere Dörfer werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande gesellschaftliche Einrichtungen, wie Polytechnische Oberschulen, Kulturhäuser, Ambulanzen, Landwarenhäuser, Wäschereien und so weiter, voll wirksam werden und die ökonomische Rentabilität sichern.

Damit kommt die Landbevölkerung in den Genuß der Vorteile, die sich aus der Entwicklung von Hauptdörfern ergeben. Die Menschen jedes einzelnen Dorfes sind Mitbenutzer und Mitbesitzer der Einrichtungen ihres Hauptdorfes — so, wie die zentralen Kultur- und Versorgungseinrichtungen einer Stadt den Bewohnern aller Stadtteile und Randgemeinden dienen.

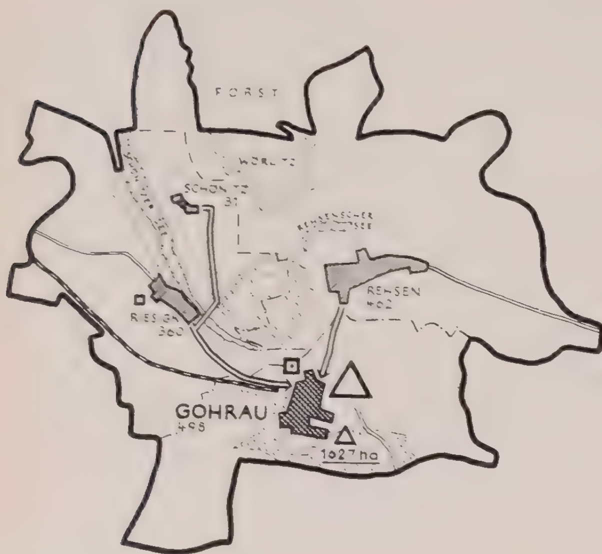
Durch die Zuordnung zum Hauptort erhält das Dorf eine wesentlich höhere Qualität. Die Lebens- und Produktionsbedingungen erfahren eine grundlegende Verbesserung.

Zugleich wird eine wichtige Voraussetzung für die Industrialisierung des Bauens und die volkswirtschaftlich richtige Lenkung der Investitionen (ökonomischer Nutzeffekt) auf dem Lande geschaffen.

Alle Gliederungsprinzipien müssen beachtet werden, wobei einige wesentliche zum Beispiel sind:

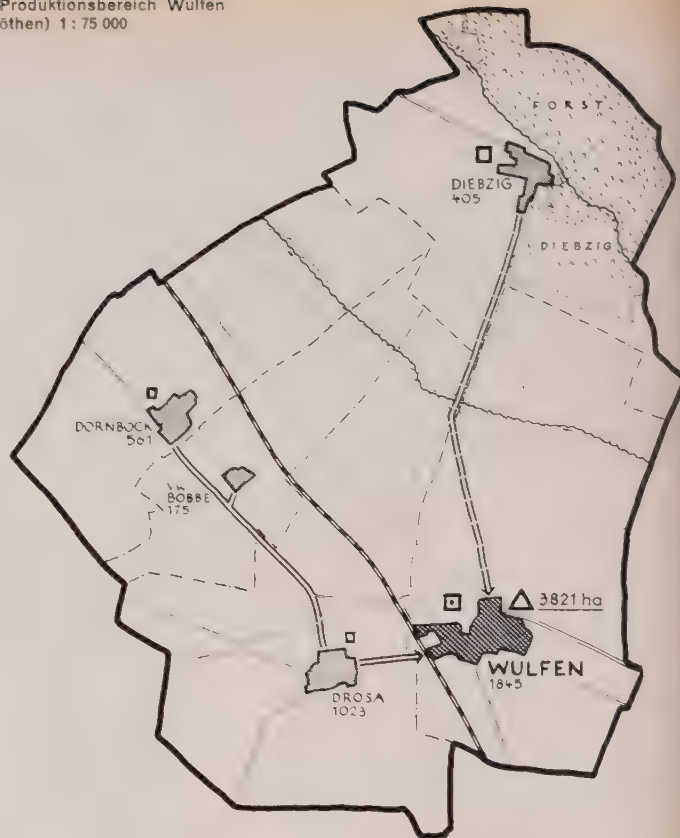
1000 bis 3000 ha landwirtschaftliche Nutz-

Abb. 6: Produktionsbereich Gohrau (Kreis Gräfenhainichen) 1 : 75 000



Dorf
Einwohnerzahl
Hauptdorf
Produktionsbereichsgrenze MTS-Brigadebereichsgrenze
Gemeindegrenze
MTS-Brigadestützpunkt
Landwirtschaftliche Nutzfläche des MTS-Brigadebereiches
Maschinen-Traktoren-Station
Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule
Zentrale Zubringerschule 1. bis 8. Klasse
Zubringerschule 1. bis 4. Klasse
Schulweg 1. bis 8. beziehungsweise 1. bis 10. Klasse
Schulweg 9. bis 10. Klasse
Niederungen

Abb. 7: Produktionsbereich Wulfen (Kreis Köthen) 1 : 75 000



Dorf
Einwohnerzahl
Hauptdorf
Produktionsbereichsgrenze MTS-Brigadebereichsgrenze
Gemeindegrenze
MTS-Brigadestützpunkt
Landwirtschaftliche Nutzfläche des MTS-Brigadebereiches
Maschinen-Traktoren-Station
Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule
Zentrale Zubringerschule 1. bis 8. Klasse
Zubringerschule 1. bis 4. Klasse
Schulweg 1. bis 8. beziehungsweise 1. bis 10. Klasse
Schulweg 9. bis 10. Klasse
Niederungen

fläche benötigt eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, um höchste Arbeitsproduktivität durch sinnvolle Spezialisierung der sich ergänzenden Betriebsteile sowie gute Wirtschaftlichkeit bei gehobenem Lebensstandard für die Genossenschaftsbauern zu erzielen.

2000 Einwohner, besser mehr als weniger, muß der Einfluß eines ländlichen Hauptdorfes umfassen, das Standort einer Polytechnischen Oberschule, Standort von kulturellen Einrichtungen, einer kleinen Ambulanz, eines Landwarenhauses und anderer leistungsfähiger Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen werden soll; dabei muß die ökonomische Auslastung dieser Einrichtungen gewährleistet sein.

Allgemein kann man also feststellen, daß für die Bestimmung der Bereichsgrößen des Siedlungsnetzes einmal ausschlag-

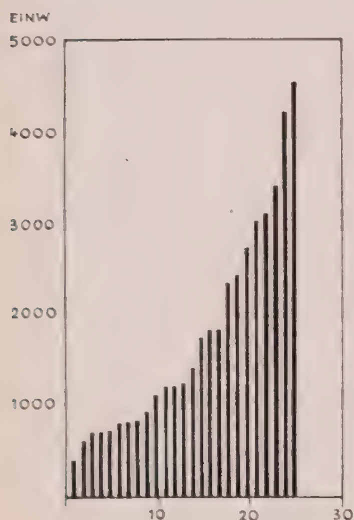


Abb. 8: Gemeinden unter 5000 Einwohner im Kreis Aschersleben

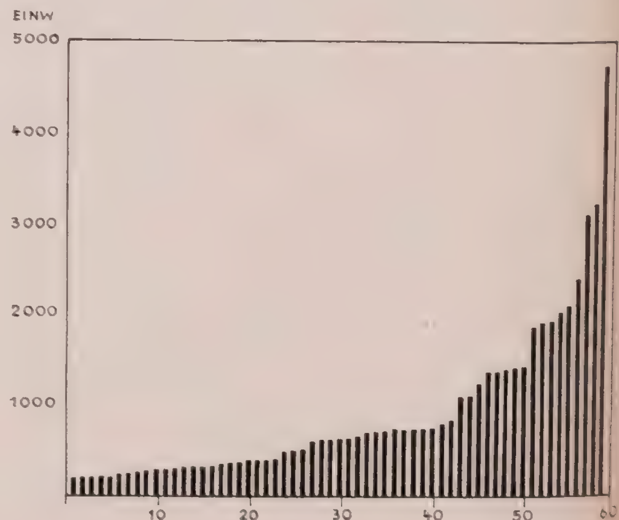


Abb. 8a: Gemeinden unter 5000 Einwohner im Kreis Sangerhausen

ɟebend ist ein Flächenmaß im Hinblick ıuf optimale Produktionsbedingungen der ˌandwirtschaft und zum anderen eine ausɘichende Bevölkerungszahl. Unter diesen Gesichtspunkten werden die reichhaltige Ausstattung des Hauptdorfes mit leitungsfähigen gesellschaftlichen Einrichungen ermöglicht und die Voraussetzunen für optimale Lebensbedingungen der ˌandbevölkerung geschaffen.

)er Bezirksplan weist 200 Dörfer als lauptdörfer und 73 Kleinstädte aus, welhe die Funktion eines Hauptortes ausben. Über die Größenordnung der lauptdörfer gibt Abbildung 5 Auskunft. lber den Anschluß der Hauptorte an das andstraßen- und das Eisenbahnnetz eben nachstehende Aufstellungen Aufchluß:

lauptdörfer mit befestigten Straßenverindungen

Nach . . Seiten	Stand 1959	Perspektive
Nach nur 1 Seite	3	—
Nach 2 Seiten	57	48
Nach 3 Seiten	65	71
Nach 4 Seiten	60	66
Nach 5 Seiten	13	13
Nach 6 Seiten	2	2

ie Bahnhofsentfernungen betrugen bei:

Prozent der Hauptdörfer 0 bis 2 km,
Prozent der Hauptdörfer 2 bis 4 km,
Prozent der Hauptdörfer 4 bis 6 km,
Prozent der Hauptdörfer über 6 km.

der Perspektive werden 74 Prozent der auptdörfer nach drei oder mehr Seiten efestigte Straßenanschlüsse besitzen. us der Aufstellung über die Lage der auptdörfer im Eisenbahnnetz geht herɔr, daß bei 17 Prozent der Hauptorte eine ɔrrangige Beachtung im Kraftomnibusıienverkehr notwendig ist.

roduktionsbereiche der Landwirtschaft nd ihre Koordinierung mit den ersorgungsbereichen

it dem stürmischen Anwachsen des geɔssenschaftlichen Sektors der Landrtschaft und dem Zusammenschluß vollnossenschaftlicher Dörfer zu GroßPG ist die Gliederung der Kreise in ößere Produktionsbereiche der Landrtschaft eine vorrangige Aufgabe gerden.

er auf Grund der angelaufenen breiten skussionen erreichte Stand ergibt im zirk 320 landwirtschaftliche Produknsbereiche. Diese sind teilweise bereits Groß-LPG vorhanden, zum Teil in dung begriffen. Über die Bildung iterer landwirtschaftlicher Produktionsreiche wird diskutiert, oder sie werden reits geplant. Die ausgewiesenen landtschaftlichen Produktionsbereiche han aber zumindest die Funktion eines igadebereiches, wobei sich manche reiche in zwei Traktorengruppenbeche gliedern.

Durchschnitt umfaßt ein Kreis 15 bis Produktionsbereiche mit einer mittleren öße von 1550 ha landwirtschaftlicher tzfläche (LNF).

Davon haben zur Zeit im Bezirksmaßstab

40 Bereiche weniger als 1000 ha LNF,
215 Bereiche 1000 bis 2000 ha LNF,
65 Bereiche 2000 bis 3000 ha LNF.

Als gute Ausgangsbasis für die Diskussion über die landwirtschaftlichen Produktionsbereiche erwies sich der Brigadestützpunktbereich. Die gesunden Entwicklungstendenzen der MTS-Brigadenbereiche haben viel zur Klärung der Situation beigetragen. Es erscheint absehbar, daß die Entwicklung so verlaufen wird, daß bis zu einer gewissen Pflegegruppe die Reparaturen in der Werkstatt der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft selbst durchgeführt werden. Es liegt im Bereich des Möglichen, und das ist mit der gesunden Entwicklungstendenz gemeint, daß sich diese Werkstatt der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in der Perspektive mit den Brigadestützpunkten der Maschinen-Traktoren-Station vereinigen kann. Hier gibt es auch noch Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung im Hinblick auf die Produktionsbereiche.

Die MTS-Bereiche in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung

Mit der zunehmenden ökonomischen Stärke der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erfolgt die Unterstellung von Traktorenbrigaden unter die Einsatzleitung der Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. In den fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde die Technik von der Maschinen-Traktoren-Station bereits übergeben, und die Traktoristen sind Genossenschaftsmitglieder geworden.

Noch völlig in der Entwicklung begriffen ist die Frage der Bildung ausreichender, leistungsfähiger Reparaturkapazitäten für den Maschinenpark und deren Spezialisierung.

Die Untersuchung der MTS-Bereiche erstreckte sich auf die Beurteilung der jetzigen Standorte und der jetzigen Bereiche mit entsprechenden Empfehlungen für die weitere Entwicklung. Allgemein ist festzustellen, daß ein Teil der bestehenden MTS-Standorte nur aus der Entwicklung im Jahre 1948 verstanden werden kann. Die Standorte konnten seinerzeit noch nicht nach gebietsplanerischen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Auch ist die bestehende Abgrenzung der MTS-Bereiche nicht immer befriedigend. Es wurden Empfehlungen für die weitere Entwicklung erarbeitet. Im wesentlichen enthalten sie Vorschläge für die nicht weiter ausbauwürdigen Maschinen-Traktoren-Stationen, wie zum Beispiel Maschinen-Traktoren-Station Mücheln (infolge bergbaulicher Maßnahmen) oder Maschinen-Traktoren-Station Hoym, Kreis Aschersleben (zu kleiner Bereich, nicht ausbaufähig, dezentral gelegen), und für die sinnvolle Festlegung der MTS-Bereiche entsprechend dem jetzigen Stand der Entwicklung und der überschaubaren Perspektive. Genaue Standortvorschläge, die im Zusammenhang mit der Gliederung des Siedlungsnetzes erarbeitet wurden, sollten bei dem künftigen Bau von Spezialreparaturwerkstätten in Betracht gezogen werden.

Schlußfolgerungen

Der eingangs erwähnte Ratsbeschluß über die Grundkonzeption des sozialistischen ländlichen Siedlungsnetzes ist eigentlich schon sehr aussagefähig für die notwendigen Schlußfolgerungen. Mit dieser Grundkonzeption ist die Grundlage geschaffen für die weitere genossenschaftliche Entwicklung auf dem Lande, für die Standortplanung sowie für den wirtschaftlichen Einsatz von Investitionen, für die landwirtschaftliche Produktion, für den Bau von Wohnungen und aller sonstigen Einrichtungen kultureller, sozialer und hygienischer Art. Darüber hinaus sind auch alle übrigen Fachabteilungen des Rates des Bezirkes mit der Bezirksübersicht der Gliederung vertraut gemacht worden, zum Beispiel Handel und Versorgung, Post- und Fernmeldewesen. Auch die Bezirksbehörde der Feuerwehr bemühte sich darum, einen Bezirksübersichtsplan zu erhalten, um das Netz ihrer Einrichtungen danach zu orientieren.

Es ist absehbar, daß, genauso wie der Bezirksplan für das Netz der Polytechnischen Oberschulen auf dem Lande bereits erarbeitet wurde, auch für die Bereiche Handel und Versorgung, für die gesundheitlichen Einrichtungen, für die kulturellen Einrichtungen und so weiter bald die Grundkonzeptionen des Bezirksplanes bestätigt werden können.

Da der Ratsbeschluß — wie bereits eingangs erwähnt — die Kreisräte anweist, die vorliegende Grundkonzeption der Gliederung des ländlichen Siedlungsnetzes als Grundlage für die Ausarbeitung der Investitionspläne zu nehmen, erscheint sichergestellt, daß hier erstmalig ein Teilabschnitt einer komplexen Gebietsplanung wirksam wird.

Für die Dorfplanung ergeben sich unmittelbare bedeutungsvolle Auswirkungen.

Einmal ist für die zu erarbeitenden dorfbaulichen Programme die Ausgangsbasis gegeben. Zum andern ist es bereits zum Prinzip des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle geworden, daß die für alle Dörfer des Bezirkes zu erarbeitenden Flächennutzungspläne nicht als Einzelbearbeitungen durchgeführt werden. Für alle Dörfer eines Produktionsbereiches einschließlich des Hauptdorfes werden in einem gemeinsamen Arbeitsgang die Flächennutzungspläne erarbeitet und in einer entsprechenden Planungsmappe zusammengefaßt.

Gerade diese Arbeitsweise gibt viele Ansatzpunkte zu fruchtbaren Diskussionen im Hinblick auf die Großflächenbewirtschaftung und im Hinblick auf die sozialistische Umwälzung auf dem Lande. Wie unterschiedlich aus vielerlei Gegebenheiten heraus diese Produktionsbereiche sind, mögen die Abbildungen 6 und 7 zeigen.

Durch diese Bearbeitungsform wird sich auch eine gesunde Weiterentwicklung der vorliegenden Grundkonzeption ergeben. Es besteht mit dem Wirtschaftsrat des Bezirkes Übereinstimmung, daß die bisherige gute Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der Grundkonzeption auch für die Folgezeit bei der Weiterentwicklung erhalten bleibt. Ernst Proske

Die sozialistische Umgestaltung von Weißenschirmbach

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle
Planung: Architekt Ernst Richter
Erschließung: Ingenieur KDT Gerhard Klingner
Landschaftsgestaltung: Gartenarchitekt BDA Kurt Brandenburger

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte fest, daß die sozialistische Umgestaltung und Entwicklung der Landwirtschaft der Dorfbevölkerung ein besseres kulturelles Leben bringt.

Weißenschirmbach im Kreis Querfurt ist eines von den Dörfern im Bezirk Halle, das jedem Besucher zeigt, wie die sozialistische Umwälzung auf dem Lande ein neues, dem zukunftssicheren, glücklicheren Leben zugewandtes Dorfbild prägt. Daß so viele, seinerzeit im Zusammenhang mit der Dorfplanung vorgesehene Bauten in Weißenschirmbach heute bereits das Leben der Menschen im Dorf verbessern, ist der kraftvollen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft dieses Dorfes zu verdanken. Aus diesem Anlaß berichten wir über diese Dorfplanung, die bereits im Jahre 1957 abgeschlossen und bestätigt wurde.

In Weißenschirmbach wird die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche von 932 ha von der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Wilhelm Pieck" bewirtschaftet. Damit ist die Entwicklung nicht abgeschlossen. Seit der VI. LPG-Konferenz wird auf breitester Grundlage über den Zusammenschluß mit Kleineichstädt diskutiert. Nach dem Zusammenschluß würde sich der Produktionsbereich dieser landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft mit dem jetzigen MTS-Brigadebereich Weißenschirmbach decken.

Weißenschirmbach liegt im südwestlichen Teil des Kreises Querfurt, in der Mitte eines etwa 38 km² großen Ackergebietes, welches im Süden durch die Unstrut, im Osten vom steil abfallenden Querfurter Kalkplateau und im Westen vom Ziegelrodaer Forst begrenzt wird. Im Norden trennt eine Bodenwelle den Weißenschirmbacher Bereich von den Ackergebieten um Schmon und Querfurt.

Dieser Landschaftsraum wird nur in nordsüdlicher Richtung von Verkehrslinien durchzogen, und zwar von der Bahnlinie Querfurt — Vitzenburg und der Landstraße erster Ordnung 225 Querfurt — Nebra.

Weißenschirmbach hat 830 Einwohner; davon sind etwa 280 Personen in der Landwirtschaft tätig.

In Weißenschirmbach bestanden günstige Voraussetzungen für eine organische Angliederung der Produktionsanlagen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft an die vorhandene Bebauung. Der Lage der Feldflur entsprechend gehören die Produktionsanlagen an die Westseite des Ortes, wo auch entsprechend günstige Geländeverhältnisse zu verzeichnen sind.

Produktionsanlagen der LPG und des MTS-Stützpunktes

Die vorhandenen Wirtschaftsanlagen innerhalb des Ortes wurden eingehend auf ihre Weiterverwendung geprüft. Auf dieser Grundlage und entsprechend dem geplanten Viehbesatz wurde das dorfbauliche Programm in vielfachen Diskussionen mit den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft festgelegt.

Wirtschaftshof

Die Gebäude des Wirtschaftshofes schließen sich dem Verwaltungsgebäude, kombiniert mit dem Dorfwirtschaftshaus, an.

Bereits fertiggestellt und genutzt sind:
das Verwaltungsgebäude, mit Küche und Speiseraum, kombiniert mit dem Dorfwirtschaftshaus, mit Waschanlage, Bügelstube, Wannenbädern, Duschräumen, sowie mit einem Schlachthaus und der Kühlanlage;
eine Hopfendarre für die 14 ha große Hopfenanlage (viergeschossig);
3 Lagerhallen für Getreide;
1 Fuhrwerkswaage;
1 Schmiede und Stellmacherei.

Rinderanlage

Die Rinderanlage schließt sich westlich an den Wirtschaftshof an.

Bereits fertiggestellt und genutzt sind:
1 Kuhstall für 100 Tiere (massiv) mit Futter- und Mistbahn;
1 Futterhaus für Kälberaufzucht;
1 Kälberstall für etwa 50 Tiere;
1 Durchfahrtsilo.

Schweinemastanlage

Als Standort für die neue Mastanlage bot sich unter Verwendung der bereits ausgebauten Zufahrtsstraße zur Schweinezuchtanlage das Gelände west[...] Schweinezuchthofes an.

Bereits fertiggestellt und genutzt sind:
2 Schweinemastställe für 200 Tiere;
1 Futterhaus (Kapazität 500 bis 1000 Schwei[...]

Schweinezuchtanlage

Bereits fertiggestellt und genutzt sind:
2 Ställe für niedertragende Sauen und Läufe[...]
1 Eberaufzuchtstall;
2 Abferkelställe für je 12 Sauen mit Ferkeln;
40 Schweineaufzuchthütten für je 3 bis 4 Sau[...]
2 Eberhütten;
1 Schweinepilz für etwa 10 Sauen;
1 zentrales Futterhaus;
8 Gärkartoffelgruben.

Schafhof

Der Schafhof mit einer Kapazität von etwa 400 T[...] liegt ostwärts des Schweinezuchthofes.

Bereits fertiggestellt und genutzt sind:
1 Schafstall für 400 Tiere;
1 Schafbockstall für etwa 80 Tiere.

Legehühneranlage

Bereits fertiggestellt und genutzt sind:
5 Legehühnerställe für 500 Tiere.

MTS-Stützpunkt

Der Stützpunkt liegt in günstiger Lage zur Fe[...] und schließt das Neubaugebiet im Westen ab.

Bereits gebaut und genutzt sind:
Hauptgebäude mit Werkstatt und Büroräumen;
Traktorengebäude mit eingebauter Tankstelle;
Hängerschuppen.

Gesellschaftliche Bauten

Versorgungsbauten

Das Konsum-Landwarenhaus, mit Abteilungen[...] Lebensmittel, Fleischwaren und Industriewaren[...] wie die Dorfgaststätte sind auf dem ehema[...] Gutsgelände südlich der Kirche im Dorfzentrum [...]richtet worden.

Kulturhaus

Der erste Bauabschnitt mit einer Kapazität von[...] Plätzen ist durch den Ausbau einer Scheune[...] geschlossen. Der zweite Bauabschnitt sieht[...] Errichtung eines Ausschankraumes, Kinovor[...]raumes und die erforderlichen Nebenanlagen [...]

Kinderkrippe, Kindergarten

Südlich des Kulturhauses sind die Kinderkrippe[...] der Kindergarten vorgesehen und schließen den [...]wärts vorgesehenen Wohnungsbau günstig in g[...] Südlage ab.

Sportplatz

Ein neuer Sportplatz ist an der Südostseite [...] Dorfes mit Umkleideräumen angelegt worden. [...] Ergänzung durch zwei Volleyballplätze ist [...]gesehen.

Freibad

Ein Standort für das Freibad wurde etwa 500 m w[...]lich in einem nach Norden abzweigenden Talarm [...] Siedebachtales ausgewiesen.

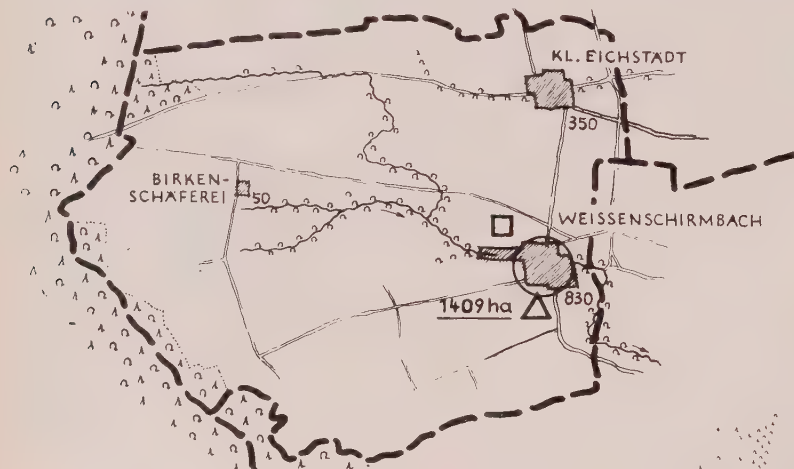
Wohnbauten

Bauflächen sind vorgesehen:
südwestlich des Kulturhauses,
östlich des Schafhofes als Ergänzung und zur A[...]rundung des vorhandenen Wohnungsbaus,
ostwärts der Post zwischen Mühle und Friedhof u[...] durch Schließung von Baulücken.

Es wurden bisher insgesamt 42 Wohnungseinheit[...] gebaut.

Im Zusammenhang mit dieser Planung ist auch d[...] Fragen der Landschaftsgestaltung die gebühren[...] Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dies war au[...] deshalb notwendig, weil bereits Saatenfreiwehung[...] und Erosionsschäden zu verzeichnen waren.

Ernst Pros[...]



Produktionsbereich der neu zu bildenden LPG und Bereich der MTS-Brigade 1: 60000

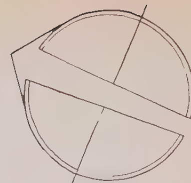
△ MTS-Brigadestützpunkt
— — — MTS-Brigadebereichsgrenze
1409 ha Landwirtschaftliche Nutzfläche des MTS-Brigadebereiches
□ Zentrale Zubringerschule 1. bis 8. Klasse



Fluraufteilung und Anlage von Windschutzpflanzungen 1: 60000

- Ortslage
- Nach 1945 entstandener Wohnungsbau
- LPG-Produktionsanlage und MTS-Brigadestützpunkt
- Gemeindegrenze
- 2 Arbeitsbereiche der Feldbaubrigaden
- Gewässer
- Taleinschnitte
- Hauptwindschutzpflanzungen, vorhanden
- Hauptwindschutzpflanzungen, geplant

Bebauungsplan 1:6000



Geplante Bebauung

Von 1945 bis jetzt gebaut

Vorhandene Bebauung

Aschegruben

Niedrige Gehölze

Rasen, Weiden

Bäume

Höhere Gehölze

(A) Wirtschaftshof

1 Verwaltung — 2 Dorfwirtschaftshaus — 3 Garagen — 4 Tanksäule — 5 Kleingeräteschuppen — 6 Pferde- und Fohlenstall — 7 Großgeräteschuppen — 8 Offener Wagenschuppen — 9 Werkstattgebäude und Schmiede, Schlosserei, Stellmacherei, Sattlerei und Ladestation für elektrische Karren — 10 Zentrales Kohlen- und Baustofflager — 11 Hopfendarre (viergeschossig) — 12 Getreidelagerhalle mit Aufbereitungsanlagen — 13 Fuhrwerkswaage — 14 Getreidelagerhalle — 15 Düngerschuppen

(B) Rinderanlage

16 Rinderstall für 60 Tiere mit deckenlastigem Bergeraum — 17 Rinderstall für 100 Tiere — 18 Kälberstall für bis ein halbes Jahr alte Tiere — 19 Futterhaus für Kälberstall — 20 Saugkälberstall — 21 Abkalbestall mit Futteraufbereitungsraum und deckenlastigem Bergeraum — 22 Tiefsilo — 23 Jauchegrube — 24 Dunglege — 25 vorhandene Dungbahn

(C) Schweinemastanlage

26 Zentrales Futterhaus — 27 Maststall für 200 Tiere — 28 Gärfuttergruben — 29 Dunglege — 30 Jauchegrube — 31 Scheune für Einstreu, getrennt für Mast- und Zuchtanlage

(D) Schweinezuchtanlage

32 Schweinehüttenanlage — 33 Abferkelstall — 34 Zentrales Futterhaus — 35 Stall für niedertragende Sauen, Absatzferkel und Läufer — 36 Eberstall — 37 Dunglege — 39 Gärfuttergrube — 40 Schweinepilz

(E) Schafhof

41 Schafstall — 42 Bockstall — 43 Transformator

(F) MTS-Stützpunkt

44 Büro und Werkstattgebäude — 45 Großgeräteschuppen — 46 Fahrrad- und Motorradstand — 47 Offener Hängerschuppen — 48 Traktorengarage mit Tankstelle und Giftraum — 49 Waschplatz



Der Wohnkomplex „V. Saimov" in Sofia

Dipl.-Ing. Architekt Alexander Popov

Wohnblock 3 und 4

In den letzten Jahren machte die Entwicklung der Wohnbautätigkeit in der Volksrepublik Bulgarien bedeutende Fortschritte. Durch die Anleihen, die der Staat der Bevölkerung gewährt, hat ihr Umfang außerordentlich zugenommen.

Wer eine eigene Wohnung in einem neuen Wohnhaus erwerben will, kann den von den Stadtvolksräten geschaffenen Wohnungsbaugenossenschaften beitreten. Die Bedingung für die Beteiligung an der Errichtung eines neuen Wohnhauses ist die Entrichtung von 25 bis 30 Prozent des Wohnungspreises. Die übrige Summe in Höhe von 70 bis 75 Prozent gewährt der Staat als Anleihe. Der Wohnungseigentümer verpflichtet sich, sie im Laufe von zwanzig Jahren zurückzuzahlen.

Wohnhäuser werden von den Stadtvolksräten in den Städten auch mit staatlichen Mitteln, jedoch in viel beschränkterem Umfang als von den Wohnungsbaugenossenschaften errichtet.

Im Vergleich zur Errichtung von einzelnen Wohnhäusern ermöglicht die genossenschaftliche Bautätigkeit die Entstehung ganzer Wohnkomplexe in der Form von geschlossenen Ensembles, die allen Anforderungen der modernen Wohnkultur entsprechen.

In fast allen bulgarischen Städten entwickelt sich eine derartige Bautätigkeit. Von größtem Interesse ist aber die Errichtung von Wohnkomplexen in Sofia, zu denen zum Beispiel die noch im Entstehen begriffenen Wohnkomplexe „V. Saimov", „Lenin", „Sapaden-Park" (Westpark), „Stalin", „Hypodrom" und andere gehören. Ein typisches Beispiel für die neue Wohnungsbautätigkeit ist der Wohnkomplex „V. Saimov" nach dem Entwurf des von Dipl.-Ing. Architekt B. Tomalevski geleiteten Kollektivs.

Die 500 m lange Baufläche liegt im nördlichen Teil eines geräumigen Parks. Durch deren Bebauung wird nicht nur die Anlage des Parks ausgestaltet, sondern auch ein Bauensemble geschaffen, das als stark betonendes Element im räumlichen Aus-

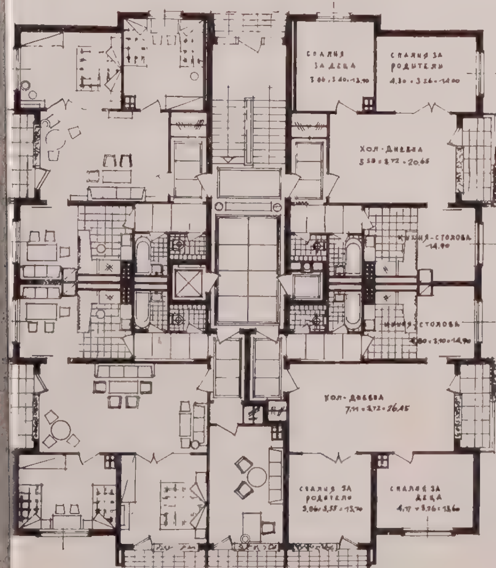
Wohnblock 4

bau des für den Stadtorganismus wesentlichen Boulevards Vl. Saimov wirkt.

Die Komposition des Komplexes ist einfach und eindrucksvoll. Sie besteht aus acht vielgeschossigen, längs des Boulevards in einer Zeile angelegten Gebäuden. In der Mitte erheben sich drei neungeschossige Einsektions-Wohngebäude. Die übrigen Wohngebäude haben je fünf Stockwerke.

Den Übergang vom Park zu den Gebäuden bilden die einstöckigen Baukörper und die ihnen vorgelagerten geräumigen Terrassen, die die drei hohen Wohnblocks im mittleren Teil des Komplexes miteinander verbinden. Diese Baukörper sind für Cafés, ein Kulturheim mit einem Saal für Sitzungen und Vorführungen von Laienkünstlern, Theatersaal, Bücherei und Verkaufsläden bestimmt. Die acht Blocks umfassen insgesamt 300 Wohnungen.

Die Gebäude des Komplexes erheben sich zwischen den Bäumen des geräumigen,



Grundriß Wohnblock 4 — 1 : 300


Wohnblock 1

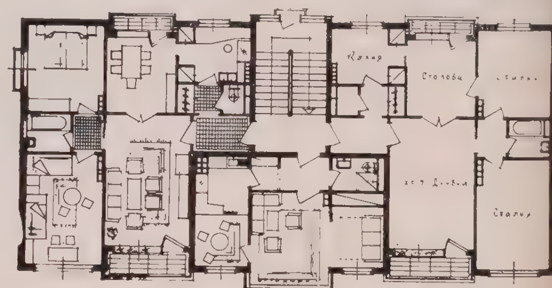
sehr sonnigen, luftigen und stillen Parks in einer Umgebung, die in den alten Wohnvierteln der Hauptstadt nicht ihresgleichen findet. Die Baukörper sind mit der Natur verbunden, ein Bestandteil des Parks und dessen natürlicher Hintergrund und größte Zierde.

Die Wohnungen weisen einen klaren Grundriß auf. Die Zimmer sind in günstigen Größenverhältnissen angelegt, die eine rationelle Möbelverteilung ermöglichen. Sie sind ausschließlich als Einfamilienwohnungen geplant. Als Kompositionszentrum tritt das hallenartige Wohnzimmer in den Vordergrund, das durch breite Glasflächen und eine bequeme Loggia zum Park hin geöffnet ist.

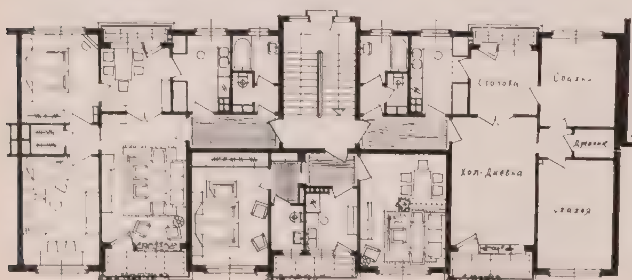
Die gute Verbindung des Wohnzimmers mit den übrigen Räumen — Eßzimmer, Küche und Schlafzimmer — erhöht die Bequemlichkeit der Bewohner.

Die Größe der Wohnungen berücksichtigt die Anzahl der Familienmitglieder: kleine Wohnungen für Junggesellen oder Ehepaare, Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen für größere Familien sowie für Geistesarbeiter, die mehr Ruhe benötigen. Während des Entwurfes wurde den Bewohnern der künftigen Wohnungen die Möglichkeit geboten, sie ihrem individuellen Bedarf anzupassen.

Die Anlage der Wohnung ermöglicht die Erweiterung der Wohnzimmerfläche auf das Eßzimmer oder auf eines der Schlafzimmer. Die weiten Glasflächen der Zimmer mit den dazugehörenden Loggien tragen zur Annäherung der Wohnung an den Park bei, was von den Bewohnern hoch eingeschätzt wird.


Grundriß Wohnblock 1 — 1 : 300

Besondere Sorgfalt brachten die Schöpfer des Entwurfs der Außengestaltung der Wohnblocks entgegen. Die Fassaden drücken klar und wahrheitsgetreu die Verteilung der Räume aus. Sie sind logisch und natürlich angelegt. Die gelungene äußere Farbgebung, die waagerechte Betonung der Konstruktion durch weiße Putzstreifen erhöhen das freundliche und anziehende Aussehen des Gebäudes. Die leichten, einfachen Formen, die dünnen Trennwände zwischen den Loggien, die in kleine leichte Säulen unter dem Asbestzementdach auslaufen, verleihen den Eindruck der Leichtigkeit, Ungezwungenheit, Ruhe und Lebensfreude. Die Umgebung des Parks und die günstige Sonnenlage sind richtig berücksichtigt, wodurch der Komplex ein frisches und originelles Äußeres erhält. Das einzelne Wohngebäude ist nicht für sich, sondern als Teil des Organismus des Komplexes angelegt. Die Gestaltung des Einzelgebäudes trägt zur kunstvollen, ästhetisch


Grundriß Wohnblock 7 — 1 : 300

Wohnblock 1 und 2

Innenansicht im Wohnblock 1



sgewogenen Komposition des gesam-
ı städtebaulichen Ensembles bei.

ım ersten Male werden hier die erziehe-
sche Bedeutung der Wohnung, des
ebäudes und des Wohnviertels für die
ldung der Familie in Betracht gezogen
d eine Lösung der geselligen Lebens-
rmen in der sozialistischen Gesellschaft
gestrebt.

ırch die Verbindung der einzelnen
ohnräume miteinander ist ein weites
ckfeld und eine günstige optische
irkung erreicht worden. Sie sind mit
uzeitlichen Möbeln eingerichtet, die
m Bedarf und den Wünschen des Be-
hners entsprechen, mit allen tech-
schen Einrichtungen ausgerüstet, mit
m modernen Schmuck in geeigneten
rben und mit der Einrichtung aus-
stattet, die der Tätigkeit und der Fa-
lienverbundenheit des Menschen Rech-
ng tragen. Der Bewohner fühlt sich in
ner bequemen Wohnung, im Familien-
ise vollständig zu Hause, ist dabei aber
neswegs von der Gesellschaft, von der
ltur abgeschlossen, die in jeden Winkel
Wohnung hineinreicht.



Das schöne Dorf

Ein Gestaltungsbeitrag zum Wettbewerb am Beispiel von Dorf Wiedemar, Kreis Delitzsch

Professor Dr.-Ing. Friedrich Bergmann, Architekt

Mitarbeiter: Wissenschaftlicher Assistent Dipl.-Gartenbau-Inspektor K. Bormann

Institut für Landwirtschaftliches Bauwesen und Dorfgestaltung der Karl-Marx-Universität Leipzig

Der Wettbewerb ,,Das schöne Dorf'' soll zur Lösung der vielseitigen Aufgaben beitragen, die unserer Landwirtschaft gestellt sind.

Die Zielsetzung des Wettbewerbes: ,,Die Entwicklung eines regen kulturellen Lebens im Dorf'' bedarf insbesondere der Mitarbeit der Architekten und außerdem der Grüngestalter, da es gilt, eine große Anzahl kultureller Bauten und Anlagen zu schaffen. Hier sind zu nennen: Kulturhäuser, Schulen, Kindertagesstätten und Kinderkrippen, Wohnbauten, ferner die Anlage von Sport- und Spielplätzen, Badeanlagen und anderes.

Neben diesen bereits vielfach verwirklichten und im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte durchzuführenden großen Bauaufgaben kultureller Art ist in jedem der rund 9200 Dörfer der Deutschen Demokratischen Republik eine Reihe kleinerer Aufgaben zu lösen, die sich aus besonderen Wünschen der Dorfbewohner ergeben. Diese Aufgaben sollen im Sinne dieser Wünsche mit Hilfe der Dorfbevölkerung möglichst bald verwirklicht werden. Dadurch wird nicht nur die Lösung der Produktionsaufgaben erleichtert, sondern auch die Gestaltung des Dorfes verbessert.

Von einer solchen Aufgabenstellung, deren Lösung als ein Gestaltungsbeitrag zum Wettbewerb ,,Das schöne Dorf'' bezeichnet werden kann, soll im Rahmen des Perspektivplanes für das Dorf Wiedemar die Rede sein.

Das Nebendorf Wiedemar und sein Perspektivplan

Vor Inangriffnahme jeder Planungs- und Bauarbeit sollen bekanntlich für jedes Dorf in der Form einer Grobdiagnose oder einer in großen Zügen entwickelten Dorfanalyse die verschiedenen, das Dorf charakterisierenden örtlichen Gegebenheiten untersucht und festgehalten werden. Auf dieser von den Dorfeinwohnern selbständig erarbeiteten Grundlage kann dann der Perspektivplan des Dorfes entwickelt werden. Dieser Plan umreißt nicht nur die landwirtschaftlichen Produktionsaufgaben, sondern berücksichtigt auch alle anderen wichtigen gegenwärtigen und künftigen Belange des Dorfes. Nur auf dieser Grundlage ist eine spezifizierte Planung für einzelne Belange möglich, wie sie für den vorliegenden Plan noch näher gekennzeichnet werden sollen.



Abb. 1: Dorf Wiedemar im Dreieck Leipzig—Halle—Bitterfeld 1 : 300 000

Für das Dorf Wiedemar ist zunächst seine Lage im Dreieck Leipzig-Halle-Bitterfeld mit den dort bestehenden großen Industrieanlagen kennzeichnend (Abb. 1). Diese Lage veranlaßte viele Ortseinwohner, eine Tätigkeit als Industriearbeiter trotz der dadurch bedingten täglichen Anfahrten zu den verschiedenen Industriewerken aufzunehmen. Für diese Pendelfahrten zu den betreffenden Arbeitsorten bestehen entsprechende Verkehrsverbindungen, wie Eisenbahn und Autobus (Autobahn).

Es wird jedoch angestrebt, die in Wiedemar wohnenden Industriearbeiter in Gemeinden in der Nähe der Industriewerke anzusiedeln. Dadurch wird in absehbarer Zeit Wohnraum in Wiedemar, besonders für die landwirtschaftlichen Nachwuchskräfte, frei, die sich einen eigenen Hausstand gründen wollen. Es ist deshalb in der nächsten Zeit kein nennenswerter Neubau von Wohnungen in Wiedemar erforderlich. Das ist ein wichtiges Ergebnis dieser Untersuchung.

Wiedemar besitzt nicht nur durch die unmittelbar vorbeiführende Autobahn einen sehr günstigen Verkehrsanschluß, sondern liegt außerdem an einer viel befahrenen Landstraße, die das Dreieck Leipzig-Halle-Delitzsch verkehrsmäßig in Ost-West-Richtung erschließt. Wiedemar selbst bleibt dabei durch eine bereits vorhandene Umgehungsstraße vom Durchfahrts-Fernverkehr frei (siehe Abb. 2 und 3). Dies muß ebenfalls bei der Aufstellung des Gesamtperspektivplanes beachtet werden, da sich diese Tatsache für das dörfliche Leben und für die innerdörfliche Bau- und Grüngestaltung sehr vorteilhaft auswirkt.

Wiedemar hat 960 Einwohner. Seine Gesamtgemarkung ist 800 ha groß, davon sind 729,60 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, die zu 90 Prozent gut drainiert ist

und die durchschnittliche Bodenwertzahl
74 (sehr gut) aufweist.

Der landwirtschaftliche Perspektivplan und das Bauprogramm

Die sehr gute Bodenwertzahl und die intakte Melioration der landwirtschaftlichen Nutzfläche bilden eine günstige Voraussetzung für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Nutzung und damit für eine erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb.

Die im Ort bestehende landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft „Freier Bauer" bearbeitet 38 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und hat für die Zukunft, auch in Absprache mit den Einzelbauern, folgenden landwirtschaftlichen Perspektivplan aufgestellt, der unter anderem die wichtigsten Baumaßnahmen aufzeigt (Abb. 3):

1. Die Schweineaufzucht soll im Großmaßstab betrieben werden, für sie ist am westlichen Dorfrand Baugelände bereitzustellen (siehe Abb. 3, Nr. 4). Neubauten sollen dabei nur in Leichtbauweise errichtet werden. Im übrigen aber sind die an dem gekennzeichneten Dorfrand befindlichen großen Scheunen und Stallgebäude für diesen Zweck um- und auszubauen.



Abb. 2: Lage des Dorfes Wiedemar zu seinem Hauptdorf Glesien und der MTS in Wiesenau 1 : 80000

Bezirksgrenze
Kreisgrenze
Gemeindegrenze
Autobahn
Fernverkehrsstraße
Landstraße

2. Die Rinderhaltung erfolgt künftig nur noch in Offenställen, und zwar innerhalb des dafür bereitgestellten Baugeländes:

a) als Aufzucht Tbc-freien Rindviehs am westlichen Dorfrand (siehe Abb. 3, Nr. 5), ein Offenstall hierfür ist bereits im Bau;

b) als Milchviehhaltung am südlichen Dorfrand (siehe Abb. 3, Nr. 6).

3. Eine gesteigerte Geflügelhaltung übernimmt eine benachbarte landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Hierfür werden Flächen bereitgestellt (siehe Abb. 3, Nr. 7).

Besondere Aufgaben der innerdörflichen Bau- und Grüngestaltung in Wiedemar

Als zusätzliche Bau- und Gestaltungsaufgaben sind zu nennen:

1. Schaffung einer Gedenkstätte einschließlich Aufstellung eines Gedenksteines für einen Dorfeinwohner, der als Antifaschist von den faschistischen Machthabern ermordet wurde.

2. Um- und Ausbau eines vorhandenen, an der Dorfstraße stehenden und nicht mehr benutzten Geräteschuppens zu einer Dorfbücherei, die vor allen Dingen von der Dorfjugend dringend gewünscht wird.

3. Bereitstellung der an den oben angeführten Geräteschuppen angrenzenden Freifläche zur Anlegung eines Spielplatzes für Kleinkinder und einer Feierabend-Erholungsgrünfläche für die alten Dorfbewohner.

4. Eine verbesserte Gestaltung des Einganges zur Verwaltungsstelle der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Freier Bauer".

Abb. 3: Dorfplan von Wiedemar mit Kennzeichnung einer Perspektivplanung 1 : 10 000

1 Dorfplatz mit geplanter antifaschistischer Gedenkstätte — 2 Vorhandener Geräteschuppen, als Dorfbücherei auszubauen, mit anschließender Erholungsgrünfläche und einem Kleinkinder-Spielplatz — 3 Neu zu gestaltender LPG-Eingang — 4 Baugelände für geplante Schweineaufzuchtanlage — 6 Baugelände für die künftige Milchviehhaltung in Offenställen am südlichen Dorfrand — 7 Baugelände für die künftige Geflügelhaltung — 8 Vorhandene Dorf-Umgehungsstraße

Verbesserte Gestaltung des Einganges zur Verwaltungsstelle der örtlichen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft

In den Wettbewerbsbestimmungen wird unter anderem erwartet: „Die Beseitigung störender und überholter Reklame". Das



Abb. 4: Vorschlag für eine verbesserte Gestaltung des LPG-Einganges

über dem LPG-Eingang errichtete „Firmenschild", auf dem früher einmal „LPG Freier Bauer" zu lesen war, ist eine solche, in den ersten Jahren der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft vielleicht berechtigte und gut gemeinte Werbung für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Abb. 5 und 6). Sie ist aber jetzt als überholt anzusehen und in diesem vernachlässigten Zustand unbedingt zu beseitigen. Ein seitlich des Einganges an der Einfriedungsmauer anzubringender entsprechender Schriftsatz ist für die unterdes bei allen Beteiligten bekannte Lage der LPG-Verwaltungsstelle ein genügender, außerdem sachlich ansprechender Hinweis (siehe Abb. 4).

Verschiedene Pfeiler der Einfriedungsmauer, die zum großen Teil frühere, aber jetzt zugemauerte Seiteneingänge flankierten (siehe Abb. 5), sind abzutragen beziehungsweise abzuspitzen, damit die Einfriedungsmauer, nachgeputzt oder zumindest abgeschlemmt, einen zügigen Charakter erhält (siehe Abb. 4).

Der den Gesamteindruck dieses LPG-Einganges störende Mast der EH-Oberleitung (siehe Abb. 5 und 6) kann im Laufe der Zeit umgesetzt werden.

Schließlich sind kranke oder schlecht gewachsene Bäume an dieser Stelle zu beseitigen, dafür ist ein den LPG-Eingang im Dorfstraßenbild besonders markierender künftiger Großbaum (zum Beispiel Krimlinde) zu pflanzen, der im Verein mit den die Einfriedungsmauer künftig berankenden Kletterpflanzen diese „Eingangs-Sanierung" durch eine gute Grüngestaltung unterstützt (Abb. 4).

Um- und Ausbau eines vorhandenen Geräteschuppens zu einer Dorfbücherei und Gestaltung der anschließenden Freifläche als Erholungsgrünfläche und Kleinkinder-Spielplatz

Die Dorfeinwohner, insbesondere die Jugendlichen, wünschen sich dringend eine Bücherei, die zentral im Ort und ansprechend untergebracht werden muß. Ferner soll eine Erholungsgrünfläche für den Feierabend und tagsüber auch für die im Ort wohnenden 160 Rentner geschaffen werden. Schließlich wird neben einem vorhandenen Kinderspielplatz an der Schule zusätzlich ein Spielplatz für Klein- und Kleinstkinder benötigt.

Als geeignetes Objekt für die Verwirklichung dieser Wünsche wurde ein unmittelbar an der Dorfstraße stehender, ungenutzter Geräteschuppen gewählt, an den sich eine etwa 1000 m^2 große Freifläche anschließt, die jetzt teilweise gärtnerisch genutzt wird (siehe Abb. 3 Nr. 2 und Abb. 7 bis 12). In den Vorentwurfs-Ideenskizzen, die nach Art und Ausmaß auch ausdrücklich nur als solche zu werten sind, wurden folgende Lösungen vorgeschlagen:

Die Dorfbücherei

Sie wird durch den Um- und Ausbau des Geräteschuppens geschaffen. Auf der Grundlage von Kostenüberschlägen, deren Anfertigung aber das Ausmaß der hier gekennzeichneten grundsätzlichen Vorentwurfs-Beratungs-Absicht überschreiten würde, muß festgestellt werden, ob ein Neubau eines solchen Büchereihauses zweckmäßiger ist als der Um- und Ausbau des vorhandenen Schuppens. Für die Grundrißlösung wird vorgeschlagen (siehe Abb. 7): eine gedeckte Vorhall[e] (auch als Wetterschutz für die Benutze[r] der anschließenden Grünfläche bei plötz[-]lichen Regenfällen gedacht), anschließen[d] der Raum für die Bücherausgabe mi[t] Theke und weiterhin ein Büchermagazi[n] mit Treppe nach dem Dachboden, de[r] ebenfalls zur Aufnahme eines Bücher[-]bestandes benutzt werden kann.

Die Erholungsgrünfläche

Die Dorfbewohner wollen in Zukunft nach Feierabend nicht nur vor den Hoftoren, den Haustüren oder im Wirtshaus mit den Nachbarn zusammenkommen, sondern wünschen sich einen dörflich gestalteten Erholungsgrünplatz, wo sie auch einmal eine Zeitung oder ein gutes Buch im Freien lesen können, und wo sich vor allen Dingen auch die Alten des Dorfes in frischer Luft erholen sollen. Ein innerhalb dieses dörflichen Erholungsgrüns angelegter Klein- und Kleinstkinder-Spielplatz gibt den Kindern vielseitige Möglichkeiten zum Spielen im Freien und ihren Müttern eine willkommene Entlastung und eine Gelegenheit, mit anderen Müttern zu einem Plauderstündchen oder zu einem Erfahrungsaustausch zusammenzusitzen.

Unter diesen Leitgedanken wird die Erholungsgrünfläche parallel der Dorfstraße vorgesehen, wobei durch Abtragung der bestehenden hohen Gartenmauer auf niedrigere Höhe der Einblick in diese Grünfläche von der Dorfstraße aus geschaffen und für die auf den Ruhebänken der Grünfläche Sitzenden der anregende Ausblick auf die Dorfstraße gewährleistet werden. Der Erholungsplatz, nach Süden zu geöffnet, wird mit zahlreichen Ruhebänken ausgestattet. In der Grünfläche selbst wird die Rasenfläche noch durch eine Rabattenbepflanzung mit für den Bauerngarten typischen Zierpflanzen und Sommerblumen belebt. Die Innenseite der Begrenzungsmauer soll, als Blickpunkt von den Ruhebänken her, mit niedrig gehaltenen Centifolien- und Essigrosen oder dergleichen bepflanzt werden. An der Nordseite des Feierabendplatzes ist als Windschutz eine Abdeckpflanzung von Schottischen Zaunrosen vorgesehen.

Schließlich sollen zur äußeren Abrundung dieser Grünanlage entlang der Straßenfront, den Fußweg flankierend, Krimlinden angepflanzt werden.

Der Kinderspielplatz

Er ist von einem praktischerweise straßenabgewandten Eingang zu betreten und mit den entsprechenden Spielgeräten, wie

Abb. 5: Dorfstraße mit Eingang zur Verwaltungsstelle der LPG



Abb. 6: Eingang zur Verwaltungsstelle der LPG



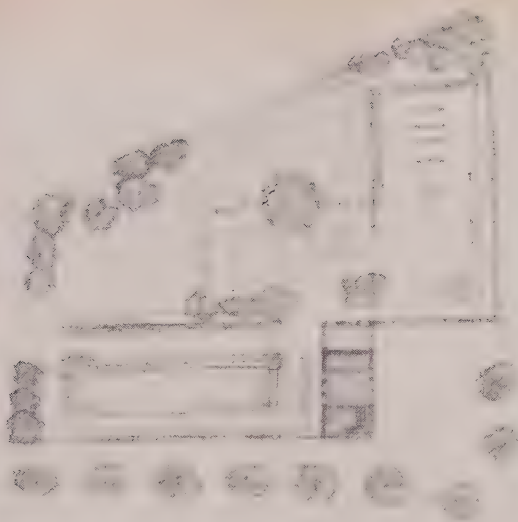


Abb. 7: Geplanter Ausbau des Geräteschuppens zur Dorfbücherei und anschließender Freiflächen-Grüngestaltung, Lösung A (Vorentwurfsskizze)

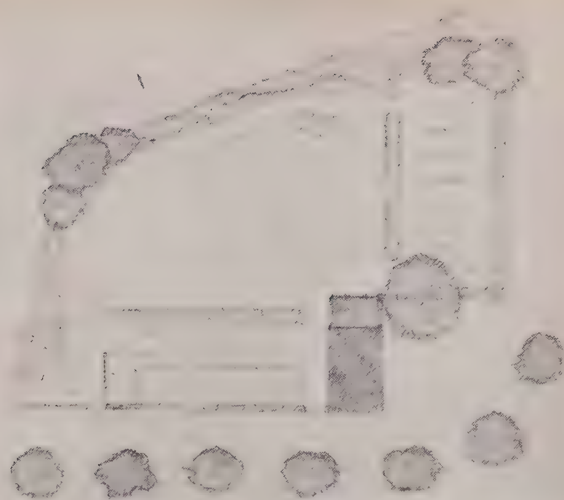


Abb. 9: Variante zur Freiflächen-Grüngestaltung bei der Dorfbücherei mit Eingliederung der Kleinstkinder-Sandkuhle in den Kleinkinder-Spielplatz, Lösung B (Vorentwurfsskizze)

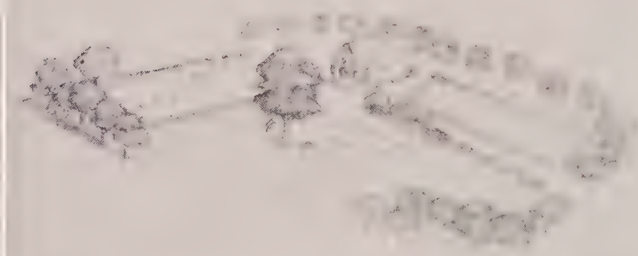


Abb. 8: Vogelschaubild nach Abbildung 7



Abb. 10: Vogelschaubild nach Abbildung 9

Wippen, Kletterglobus, Schaukeln, Leiterpyramide und so weiter, und für die Kleinstkinder mit Sandkuhlen ausgestattet. Bei einer Grünflächengestaltung nach Lösung A (Abb. 7 und 8) wurde der Kleinstkinder-Spielplatz aus dem übrigen Spielgelände herausgenommen, bei der Lösung B zugunsten der Schaffung einer großen, entsprechend mit Wildstauden belebten Rasenfläche zwischen Erholungs-Feierabendplatz einerseits und Kinderspielplatz andererseits in letzteren mit hereingenommen (Abb. 9 und 10).

Ein großer Baum, zum Beispiel eine Roßkastanie, einmal an den Kleinstkinder-Spielplatz gestellt (Lösung A) und einmal seitlich des Dorfbücherei-Hauses angeordnet (Lösung B), soll einen markanten Punkt innerhalb dieser dörflichen Erholungs-Grüninsel darstellen. Zwischen Spielplatz und Rasenfläche mit umlaufendem Spazierweg soll eine Weißbuchenhecke zur Abgrenzung dienen. Als weitere Baumgruppen können Gemeine Mehlbeere und Krimlinden gewählt werden.

Für die Anpflanzung entlang der westlichen und nördlichen Begrenzung der Gesamtgrünfläche sind wählbar: Heckenkirsche, Pfaffenhütchen, Cornelkirsche, Haselnuß, wolliger Schneeball, Rainweiden, Steinweichsel und andere.

Gestaltung eines kleinen Dorfplatzes als antifaschistische Gedenkstätte

Die Gemeinde hat die Absicht, das Andenken an einen Dorfbewohner, der als aufrechter Antifaschist von den faschistischen Machthabern ermordet wurde,



Abb.: 11: Dorfstraße mit vorhandenem Geräteschuppen und einer Gartenmauer in Lehmbauweise



Abb. 12: Vorhandener Geräteschuppen mit anschließender gärtnerisch genutzter Fläche

Restteil dieser inneren Platzfläche einnehmenden Rasenfläche über. Eine weitere Grüngestaltung steigert die Wirkung der Gedenkstätte, und zwar umgibt eine Strauchpflanzung mit Cornelkirsche den Gedenkstein, und seitlich hinter dem Gedenkstein wird ein künftig sich großkronig entwickelnder Spitzahorn gepflanzt. Die Rasenfläche der Gedenkstätte erhält als Abgrenzung und Schutzeinfassung gegenüber dem umlaufenden Fußweg einen niedrigen Heckenzug (ebenfalls Cornelkirsche) und außerdem eine Reihe kleinkroniger Kugel-Spitzahornbäume, die diesen Heckenzug noch weiter plastisch steigern sowie maßstäblich zu der Platzumbauung mit niedrigen Dorfbauten überleiten (siehe Abb. 14).

Es entsteht ein Platzbild, bei dem man von einem harmonischen Zusammenklang von dörflicher Architektur, einem schlichten Denkmal und einer beide verbindenden Grüngestaltung sprechen kann (siehe Abb. 14). Dieses Gestaltungsbeispiel kann und soll aber auch auf die Tatsache hinweisen, daß es in einer sich immer mehr und mehr herauskristallisierenden neuen Baudisziplin ,,Dorfbau'' neben der Planung und dem Bau der zumeist technisch-wissenschaftliches Können und Denken erfordernden landwirtschaftlichen Produktionsbauten auch Gestaltungsaufgaben gibt, die, wenn auch in bescheidenerem Ausmaße, denen des Städtebaus inhaltlich und in baukünstlerischer Hinsicht verwandt sind.



Abb. 13: Lageplan zur Umgestaltung des Dorfplatzes in eine antifaschistische Gedenkstätte

durch einen Gedenkstein zu ehren. Als geeigneter Ort für die Aufstellung dieses Gedenksteines wurde ein kleiner, im Dorfzentrum liegender Platz bei der Kirche gewählt (Abb. 3, Nr. 1). Zugleich wurde beschlossen, diesen Platz zu einer antifaschistischen Gedenkstätte zu gestalten, bei der sich dann an bestimmten Tagen die Dorfbewohner versammeln. Die Vorentwurfs-Ideenskizzen benutzen den vorhandenen, durch Straßen- und Wegeführung begrenzten und bereits begrünten inneren Platzteil zur Anlage dieser Gedenkstätte (siehe Abb. 13). An der Ostspitze dieses Kleinplatzes wird der Gedenkstein errichtet, und zwar in Form eines freistehenden, auf einem Zweistufen-Postament gestellten Gedenksteines, der aus Sandsteinquadern oder aus Plänermauerwerk errichtet werden kann. Eine in diesen Gedenkstein eingelassene Steinplatte nimmt in einem Schriftsatz die Lebens- und Kampfdaten des antifaschistischen Kämpfers auf. Die Fläche vor dem Gedenkstein wird mit unregelmäßigen Steinplatten belegt, in deren breiten, mit Erde ausgefüllten Pflanzfugen Grassamen gesät wird. Diese Steinplattenfläche erhält noch eine steinerne Sitzbank und leitet zu einer den



Abb. 14: Die geplante Gedenkstätte im Dorfbild

Betrachtungen zur Dorfsilhouette

Unter Benutzung einer von der östlich des Dorfes vorbeiführenden Autobahn aufgenommenen Fotografie wurde die Dorfsilhouette skizziert. Dabei wird der alte Dorfkern durch die größeren Baukörper der Bauernhöfe und ihrer Dächer gekennzeichnet. Diese großmaßstäbliche Bebauung wird durch die am südlichen Dorfrand vorgesehene Milchviehhaltung und die dafür erforderlichen langgestreckten Offenställe fortgesetzt. Die im Norden des Dorfes geplante künftige Geflügelhaltung nimmt in ihren erforderlichen niedrigen Bauten die bestehende kleinmaßstäbliche Bebauungsart des dort gestalteten nördlichen Dorfteiles, wie es die Dorfsilhouette zeigt, ebenfalls sinnvoll und das Dorfbild abrundend auf.

Man sollte deshalb bei der Aufstellung oder Überprüfung eines Dorf-Perspektiv-Bauplanes auch diese Fragen mit beachten, die für die Gesamterscheinung eines Dorfes in seiner Landschaft wichtig sind.

Es ist ausdrücklich zu betonen, daß die für diese Art von Aufgaben erforderliche Planungs- und Beratungstätigkeit nur grundsätzlicher Art sein kann und, wie in vorliegendem Falle, überwiegend in der Form von genügend aufschlußreichen Vorentwurfs-Ideenskizzen erfolgen sollte. Es ist dann Sache des Dorfes und der Kreisinstanzen, die Verwirklichung der Planungsvorschläge in die Wege zu leiten.

Wenn man sich abschließend vergegenwärtigt, daß derartige Aufgaben in den rund 9200 Dörfern der 193 Landkreise der Deutschen Demokratischen Republik vorliegen und zu lösen sind, so kann man den Umfang der hierfür erforderlichen Beratungsmaßnahmen ermessen.

Wohnkomplex aus dünnwandigen Großplattenhäusern

An der Choroschewer Chaussee in Moskau entsteht ein Wohnkomplex aus 20 fünfgeschossigen Wohnhäusern mit 20 Einzimmer- (16,2 m²), 20 Zweizimmer- (28,4 m²) und 20 Dreizimmerwohnungen (44 m²). Hier werden die Erfahrungen ausgewertet, die beim Versuchsbau in Neu Tscheremuschki gesammelt worden sind. Die Geschoßhöhe beträgt 2,60 m. Bei diesen Häusern mit dünnwandigen, tragenden Stahlbetonquerwänden (Achsabstand 3,20 m) werden je Quadratmeter Wohnfläche nur 0,29 m³ Beton verbraucht, wobei allerdings der Kubikmeter Beton 600 kg Zement enthält. Die Außenwände und die Längswände (Spannweite 5 m) nehmen keine Lasten auf. Die Außenwandplatten sind 16 cm dick und bestehen aus drei Schichten (dünnwandige, gerippte Stahlbetonplatte mit Keramikverkleidung, Schaumkeralit als Dämmschicht sowie eine Putzschicht). Sie wiegen maximal 2,5 t. Auch die Geschoßdecken sind gerippte Platten, die in der Größe 3,20×1,20 m verlegt werden. Gerippte Platten finden auch als nichttragende Längswände (mit Schaumkeralit und Putz versehen) bei den Treppenpodesten und beim Dach Verwendung. Bei diesen Häusern werden sanitäre Zellen eingebaut. Eine Zelle besteht aus einem Metallgestell mit Asbestbetontafeln, die mit Emaillefarbe gestrichen sind, und enthält Wanne, Waschbecken, Leitungen und so weiter.

Die Kapazität des Betonwerkes ermöglicht, zwei Häuser zugleich zu montieren.

Die Erdarbeiten, die Fundamentierung und die Unterkellerung dauern bei einem Haus 16 Tage, die Montage und der Ausbau 74 Tage. Die Arbeit ist daher so organisiert, daß in den einzelnen Schichten stets die gleichen Arbeiten ausgeführt werden. Die Platten werden direkt vom Wagen aus montiert.

Stroitel 5/1959, S. 3 bis 6, 10 Abb. (DBA-Übers. Nr. 7130)



Die tragenden Querwände werden mit Hilfe von zweigeschossigen Montagegerüsten montiert. Rechts oben: Provisorische Befestigung der Platten

Neue Spannmethoden in der Sowjetunion

In der Sowjetunion wird ein neues Spannverfahren angewendet, das billiger und außerdem sparsamer im Stahlverbrauch ist als die bisherigen Verfahren: das elektrische Vorspannen. Dieses Verfahren basiert auf dem Grundgedanken, daß ein von einem elektrischen Strom durchflossener Stahlstab sich erwärmt und dabei ausdehnt. Wird er dann festgeklemmt, kann er sich beim Erkalten nicht wieder auf seine ursprüngliche Länge zusammenziehen, und es entsteht in dem Stab eine Spannung. Die Versuche des wissenschaftlichen Forschungsinstituts für Stahlbeton in Moskau ergaben, daß es zweckmäßig ist, die Bewehrungsstäbe wegen der Schwierigkeiten beim Ausrichten der einzelnen Stäbe nicht in der Schalung, sondern auf einem besonderen Gestell zu erhitzen und dann erst in die Schalung zu bringen. Das ist möglich, weil für die Deckenelemente, die auf diese Weise hergestellt werden, nur 3000 bis 3500 kg/cm² Vorspannung notwendig sind, die verwendeten Stähle aber 5000 kg/cm² zulassen. Die Bewehrungsstäbe haben an den Enden entweder Ösen, Bolzen oder angeschweißte Verdickungen, um sie nach ihrer Verlängerung um 9 bis 19 mm festklemmen zu können. Am Rahmen der Schalung sind dafür besondere Halterungen angebracht. Vor der Erhitzung sind die Stäbe genau zu überprüfen, die Länge ist zu messen. Sechs Stäbe werden zugleich in drei bis fünf Minuten auf 350 bis 400° C erhitzt. Den Strom liefern gewöhnliche Schweißtransformatoren. Wenn die Stäbe die gewünschte Länge haben, schaltet sich der Strom automatisch aus. Man arbeitet mit 60 kW, einer Stromspannung von 380 V, die auf 60 V abfällt, und einer Stromstärke von 90 beziehungsweise 580 A. Für sechs Stäbe werden 3,4 kWh verbraucht. Auf einen Kubikmeter Stahlbeton entfallen somit 1,4 kWh. Nachdem die erhitzten Stäbe in die Schalung gebracht wurden, werden Ventilatoren zur Kühlung eingesetzt, weil der Beton erst dann eingebracht werden darf, wenn die Stäbe nur noch eine Temperatur von 85 bis 90° C haben. Einzelne Betonwerke in Moskau wenden nur noch dieses Verfahren an, das auch den Vorteil bietet, nur wenig Spanneinrichtungen zu benötigen.

Architektura i stroitelstvo Moskvy 4/1959, S. 30 bis 31, 5 Abb. (DBA-Übers. Nr. 7129)

Neue Richtlinien für Kindergärten und Kinderkrippen in Moskau

Im Siebenjahrplan müssen in Moskau für 142000 Kinder Plätze in Kindergärten beziehungsweise -krippen geschaffen werden. Für die Projektierung sind neue Richtlinien herausgegeben worden. Die Gruppen sollen im Kindergarten 25, in der Kinderkrippe 20 Kinder umfassen. Es ist möglich, entweder ein Gebäude für alle Gruppen (Höchstgrenze 12 Gruppen) oder mehrere Gebäude (Pavillontyp) zu errichten, die durch Gänge miteinander verbunden sind (Höchstgrenze 16 Gruppen). Beim Pavillonsystem dürfen in einem Gebäude (Pavillon) nur 4 Gruppen eines Kindergartens oder nur 4 Gruppen einer Kinderkrippe untergebracht sein. Im übrigen ist ein besonderer Wirtschaftsblock vorzusehen, der nicht weiter als 250 m von den einzelnen Gruppenräumen entfernt sein darf. Er umfaßt folgende Räume: Zimmer des Leiters, Krankenzimmer, Arztzimmer, Raum für Erzieher, Wäschezimmer, Toilette für Personal, Küche, Speisekammer, Waschküche. Gebäude für 4 Gruppen sollen entweder Kindergarten oder -krippe aufnehmen, bei Gebäuden mit 6 Gruppen darf auch beides kombiniert sein, bei mehr als 6 Gruppen muß beides kombiniert sein. Je zwei Gruppenräume (Kindergarten 62 bis 74 m², Kinderkrippe 50 bis 60 m²) sollen einen gemeinsamen Eingang mit Garderobe haben. Für die Klappbetten sind verdeckte, lüftbare Regale vorzusehen, oder es müssen Wandklappbetten eingebaut sein. Es muß die Möglichkeit der Querlüftung oder Ecklüftung bestehen. Die Geschoßhöhe ist mit 2,50 m, in wenigen Fällen mit 3 m festgelegt. Kindergärten und -krippen müssen mit den gleichen Fertigteilen gebaut werden, die auch im Wohnungsbau Verwendung finden.

Architektura i stroitelstvo Moskvy 4/1959, S. 8 bis 13, 11 Abb. (DBA-Übers. Nr. 7127)

Städtebauliche Probleme Leningrads

Zu den Hauptproblemen der Leningrader Stadtplanung zählen: Beschränkung des Wachstums der Stadt, Auflockerung, richtige Standortverteilung des Wohnungsbaus und seiner Folgeeinrichtungen, Befriedigung des Wohnbedarfes, Satellitenstädte und Zugang Leningrads zum Meer. Bei der Berechnung der künftigen Größe der Stadt hatte man bisher mit durchschnittlich 9 m² Wohnfläche pro Einwohner gerechnet, jetzt legt man aber 12 m² zugrunde. Leningrad hat gegenwärtig 3 Mill. Einwohner — für die Zukunft wird mit 3,5 Mill. gerechnet — und bedeckt eine Fläche von 27000 ha, die einen Durchmesser von 30 und mehr Kilometer hat. Zur Auflockerung der Stadt ist geplant, verschiedene Industriebetriebe, Vorratslager, Institute, Hochschulen und so weiter aus der Stadt heraus entweder in nahegelegene Satellitenstädte oder sogar in andere Städte der Sowjetunion zu verlegen. Auf diese Weise können bis 700000 Personen, also 20 Prozent der Leningrader Bevölkerung, außerhalb angesiedelt werden, was eine Erschließung von 8,5 Mill. m² neuer Wohnfläche bedeutet. Große Bedeutung haben die Satellitenstädte, wobei man drei Kategorien unterscheidet:

1. Die Bevölkerung arbeitet nur in der Satellitenstadt.
2. Die Bevölkerung arbeitet nur in Leningrad.
3. Mischform.

Die Satellitenstädte sollen in landschaftlich schön gelegenen Gegenden gebaut werden, allen Wohnkomfort bieten (niedrige Wohnbebauung, Eigenheime) und gute Verkehrsverbindungen nach Leningrad haben. In Leningrad, wo jährlich 1 Mill. m² Wohnfläche entstehen, plant man Wohngebiete von 5000 bis 6000 ha Größe, die in Mikrobezirke von 60 bis 80 ha unterteilt sind (bei 4500 m² Wohnfläche pro Hektar sind das 25000 bis 30000 Einwohner pro Mikrobezirk).

Bisher liegen am Meer nur Hafen- und Industrieanlagen. Die Stadtplanung sieht vor, durch Bebauung der Halbinseln und Inseln einen Zugang zum Meer zu schaffen und der Stadt eine würdige Silhouette zu geben.

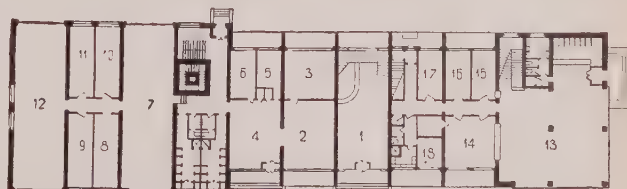
Architektura i stroitelstvo Leningrada 4/1959, S. 1 bis 6, 6 Abb. (DBA-Übers. Nr. 7128)

Autobahnmotels in der Sowjetunion

Der ständig zunehmende Autoverkehr in der Sowjetunion erfordert Einrichtungen für die Betreuung von Fahrern und Fahrzeugen. Bereits in diesem Jahr werden die ersten beiden Autobahnmotels an der Strecke Moskau—Minsk—Warschau gebaut. In den kommenden Jahren werden derartige Gebäude an den Zufahrtsstraßen nach Moskau dort entstehen, wo diese den Moskauer Autobahnring kreuzen.

Bisher sind zwei Typen mit unterschiedlicher Durchlaßfähigkeit entwickelt worden. Hier wird der kleinere Typ gezeigt, bei dem sich die technischen Einrichtungen für die Betreuung der Kraftfahrzeuge im Erdgeschoß und das Hotel im Obergeschoß befinden. Bei dem größeren Typ sind Betreuung der Kraftfahrzeuge und Hotel in getrennten Gebäuden untergebracht. Das Hotel hat 26 beziehungsweise 42 Betten, das Restaurant 40 beziehungsweise 50 Sitzplätze. Außerdem befinden sich hier ein Post- und Telegraphenamt, ein Friseur und eine Sanitätsstelle. Der technische Teil ermöglicht nicht nur das Tanken, sondern umfaßt auch alle Einrichtungen für die Wagenpflege, für Reparaturen und die technische Überprüfung einschließlich Ersatzteillager. Für den Winter gibt es beheizbare Autowaschräume, im Sommer arbeiten moderne Autowaschmaschinen. Es können auch Lastwagen und Autobusse betreut werden. Beide Hoteltypen werden aus Stahlbetonfertigteilen gebaut.

Architektura i stroitelstvo Moskvy 4/1959, S. 22 bis 24, 8 Abb. (DBA-Übers. Nr. 7132)



Grundriß Erdgeschoß 1 : 700
1 Vestibül — 2 Ersatzteilverkauf — 3 Ersatzteillager — 4 Kundenraum — 5 Funkzentrale und Fernsprecher — 6 Büro — 7 Raum für Reparaturarbeiten — 8 Vulkanisierraum — 9 Reifenmontage — 10 Akkumulatorenraum — 11 Ölaufbewahrung — 12 Schmierposten — 13 Speisesaal — 14 Küche für warme Speisen — 15 Spüle — 16 Küche für kalte Speisen — 17 Fleisch und Fische — 18 Gemüse



Grundriß Obergeschoß 1 : 700
1 Zweibettzimmer — 2 Sanitätsstelle — 3 und 4 Friseur — 5 Post — 6 Wäsche — 7 Gerätekammer — 8 Schmutzwäsche

Die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation der Deutschen Bauakademie, Berlin C 2, Wallstraße 27, Fernruf 2095016 und 2095051, erteilt Auskunft in allen Fragen des Bauwesens. Sie führt Literatur-, Übersetzungs-, Tagungs-, Material-, Bild- und Expertennachweise.

Hygienische Gesichtspunkte bei der Projektierung von Zentralheizungen für Wohnbauten

Ingenieur Paul Fährmann †

Die zentrale Wärmeversorgung von Wohngebäuden wird immer mehr zu einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Selbstverständlich ist, daß in gesellschaftlichen und Industriebauten Zentralheizungen eingebaut werden. Was steht aber dem umfangreichen Einbau von Zentralheizungen im typisierten und industriellen Wohnungsbau entgegen? Es ist zum Teil ein unbegründeter Konservatismus, zum Teil aber ein hinter dem Argument „Stahlmangel" versteckter Opportunismus, ein Ausweichen auf die bequemere Lösung: Einzelofen. Wenn man den dringenden Forderungen der Hygiene nachkommen und vor allem die werktätige Familie von der unnötigen Arbeit des Heizens mit all seinen unangenehmen Nebenerscheinungen befreien will, muß man nach Lösungen suchen, welche die bestehenden Materialengpässe überwinden. Dieser Weg wird in den sozialistischen Staaten schon seit langem mit großem Erfolg beschritten. In der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik und in anderen sozialistischen Staaten werden fast alle Neubauten in geschlossenen Siedlungen zentral beheizt. Die Erfahrungen dieser Länder müssen studiert und für unsere Verhältnisse ausgewertet werden, um den Tempoverlust in der Deutschen Demokratischen Republik auf diesem Gebiet schnellstens einzuholen. Der Ehrgeiz aller Bauschaffenden sollte darin bestehen, nicht nur möglichst viel Wohnungen zu schaffen, sondern sie auch mit dem größten Wohnkomfort auszustatten.

Über den in der Volksrepublik Polen beschrittenen Weg berichtet Professor Josef Kozierski, Leiter der Anstalt für Bauinstallationen an der Warschauer Politechnik, in einer umfassenden Arbeit, die diesem Artikel zugrunde liegt.

Die Heizsysteme, die im Wohnungsbau angewandt werden, unterscheiden sich nach drei Grundfaktoren:

nach dem Ort, wo die Wärme erzeugt wird,
nach dem Wärmeträger und
nach der Art der Heizkörper.

Der Ort der Wärmeerzeugung wird unterteilt:

in individuelle Heizungen, zum Beispiel ortsfeste und transportable Ofenheizungen sowie Etagenheizungen;
in lokale Heizungen, das heißt mit einem Kesselraum im Gebäude, und
in Fernheizungen, das sind Heizwerke für Wohnblocks und Siedlungen mit über 100000 m³ umbautem Raum beziehungsweise mit maximal 2 Mill. kcal/h Wärmeleistung oder Heizkraftwerke für geschlossene Siedlungen mit 400000 bis 500000 Einwohnern, das entspricht 40 bis 50 Mill. m³ umbautem Raum oder 700 bis 800 Mill. kcal/h Wärmeleistung.

Die individuelle und lokale Heizung bei Siedlungen mit einer Wohndichte von 50 EW/ha sind wegen des hohen Brennstoffverbrauches, der hohen Bedienungskosten und der hohen Baukosten nicht ökonomisch. Zum Beispiel benötigen die Feuerstellen bei lokalen Heizungen 5 Prozent, bei zentralen Heizwerken 2 Prozent und bei Heizkraftwerken 0,2 Prozent der Kubatur der zu beheizenden Stadt.

An Schornsteinen müssen in einer Siedlung mit 40 Mill. m³ umbautem Raum gebaut werden:

bei Ofenheizungen etwa 400 000,
bei Etagenheizungen etwa 150 000,
bei lokalen Heizungen etwa 4000,
bei einem Heizkraftwerk 4.

Die geringe Anzahl von Schornsteinen bei Heizkraftwerken trägt wesentlich zur Verbesserung der Lufthygiene in den Städten bei. Außer der Vermeidung von Schmutz beim Asche- und Kohletransport und der Einsparung von Transport- und Lagerraum tritt eine Verringerung des Arbeitskräftebedarfs ein.

Individuelle Heizungen mit Gas oder Elektrizität werden aus volkswirtschaftlichen Gründen abgelehnt, weil der Wert der Wärmeenergie Kohle : Gas : Strom sich wie 1 : 2 : 6 verhält. Die Baukosten für Ofen- und Etagenheizungen sind bei Berechnungen aller Kosten, zum Beispiel für Schornsteine sowie für verlorengehende Wohnungsnutzfläche und Kohlelagerplatz, höher als bei einer zentralen Wärmeversorgung.

Wir unterscheiden Systeme mit verschiedenen Wärmeträgern, und zwar:

Dampfheizungen,
direkte Luftheizungen — direkt in den Wohnraum eingeführte warme Luft,
indirekte Luftheizung — die warme Luft zirkuliert in geschlossenen Kanälen und gibt Wärme direkt durch Strahlung an den Raum ab,
Wasserheizungen.

Die Heizkörper werden nach Art der Wärmeabgabe und nach ihrer Aufstellung im Raum beurteilt.

Drei Faktoren bestimmen das Mikroklima und damit den Wert des Heizsystems. Danach können die Heizsysteme in folgende Gruppen eingeteilt werden:

1. Heizsysteme, die ein wenig geeignetes Mikroklima schaffen:
Die direkte Luftheizung nach Art der „Domothermheizung",
Radiatoren an der inneren Mittelwand,
Betonheizplatten an der inneren Mittelwand und
Einzelöfen aller Art.

2. Heizsysteme, die ein besseres, aber noch nicht genügendes Raumklima bringen:
Die direkte Luftheizung,
Konvektoren.

3. Heizsysteme, die ein günstigeres Mikroklima in Wohnungen über dem Erdgeschoß erzielen:
Radiatoren unter den Fenstern,
Radiatoren an der Außenwand,
Betonheizplatten an der Innenwand, dicht an der Außenwand.

4. Heizsysteme, die das günstigste Mikroklima schaffen:
Betonheizplatten unter den Fenstern oder an der Außenwand,
Betonheizplatten um die Fenster oder Fenstertüren (Fensterumrandungsheizung),
indirekte Luftdecken- und Fußbodenheizung (beste Lufttemperatur, Strahlungsheizung),
Warmwasserfußboden- und -deckenheizung (beste Fußbodentemperatur).

Die hygienische Aufgabe der Heizungsanlage im Wohngebäude ist, bei niedrigen Außentemperaturen ein zuträgliches Raumklima zu schaffen. Das Wärmeklima wird zum Beispiel nicht nur durch die mittlere Raumlufttemperatur charakterisiert, sondern auch durch die Temperaturen der Begrenzungsflächen (Fußboden, Wände und Decken). Das Behaglichkeitsgefühl des Menschen wird durch die Menge und Art seiner Wärmeabgabe an die Umgebung bestimmt. An die umgebende Luft gibt er die Wärme durch Konvektion (etwa 15 Prozent), Verdunstung (etwa 19 Prozent) und durch Strahlung (etwa 66 Prozent) ab. Durch Strahlungsverlust wird das Behaglichkeitsgefühl des Menschen am meisten beeinflußt.

Sechs Bedingungen sollen die hygienischen Forderungen, die an eine richtig projektierte Wärmeversorgungsanlage gestellt werden müssen, wiedergeben:

1. Die Heizung soll nicht nur eine bestimmte mittlere Raumtemperatur, sondern auch eine bestimmte mittlere Temperatur der Begrenzungsflächen sichern. Diese sollte 18° C betragen. Werden die 18° C nicht erreicht, muß die Heizung so berechnet werden, daß die Raumtemperatur höher liegt.
Die Deckenstrahlungsheizung erfüllt diese Bedingung am besten.

2. Es müssen eine möglichst gleichmäßige Temperatur in der ganzen Zone des menschlichen Aufenthalts in vertikaler Richtung und zugleich eine nicht zu niedrige Temperatur des Fußbodens und bis 0,50 m über dem Fußboden erreicht werden. Ein warmer Fußboden ist ein Postulat der Hygiene, und angesichts der nicht allzu großen Nutzflächen in unseren Wohnungen soll die ganze Fläche von der Außenwand bis in die Tiefe des Zimmers nutzbar sein.

3. Die Innenflächentemperaturen der Außenwände sollen nicht zu niedrig und die Schwankungen dieser Temperaturen nicht zu groß sein. Das hängt von dem Wärmewiderstand und von der Wärmestabilität der Außenwand ab.
Wärmestabilität ist die Fähigkeit, die Schwankungen der Außentemperatur in einer gewissen Zeit (24 Stunden) zu nivellieren, so daß an der inneren Wandoberfläche die Schwankungen in engen Grenzen auftreten. Zu niedrige Oberflächentemperaturen haben einen ungünstigen Einfluß auf das Behaglichkeitsgefühl, können zur Kondensation von Wasserdampf führen und damit die Qualität des Bauwerkes sowie durch Staubablagerung und Schimmelbildung die Hygiene der Wohnung herabsetzen. Die Forderung nach Steigerung des Wärmewiderstandes der Außenwände bis zu einem Wert von $R \geqq 1{,}25$ und $k \leqq 0{,}8$, die sich aus hygienischen Gründen ergibt, findet eine ökonomische Begründung.
Mit Rücksicht auf die Wärmestabilität sollen die massiven Begrenzungen auch eine gewisse Speicherfähigkeit besitzen.

4. Die Oberflächentemperaturen der Heizkörper sollen nicht zu hoch sein und in Abhängigkeit vom Heizsystem 26 bis 80° C nicht überschreiten.
Bekanntlich tritt bei Temperaturen über 80° C eine trockene Destillation des Staubes auf. Die dabei entstehenden Schwelgase verursachen eine Reizung der Schleimhäute, die den Eindruck der „trockenen Luft" hervorrufen. Das Behaglichkeitsgefühl der Bewohner wird hierdurch ungünstig beeinflußt.
Auf Grund dieser Erkenntnisse und der im Weltmaßstab durchgeführten Forschungen werden folgende Grenztemperaturen der Oberflächen empfohlen:
Heizkörper ohne große Strahlwirkung, zum Beispiel gußeiserne und Stahlradiatoren, Konvektoren, Luftheizgeräte, $t < 80°$ C;
vertikale Heizflächen, die gegen den Raum gerichtet sind, zum Beispiel Einzelöfen, Betonheizplatten, Heizwände, Wandheiztafeln, $t < 70°$ C;
kleine Heizflächen bis 2 m², unter der Decke aufgehängt, $t < 70°$ C;
horizontale Deckenheizfläche über 5 m², $t \leqq 36°$ C;
geheizter Fußboden, $t \leqq 26°$ C.

5. Die Wärme sollte vor allem durch Strahlung und möglichst wenig durch Konvektion verbreitet werden.
In den Wohnräumen befinden sich auch bei größter Sauberkeit immer größere Mengen Staub, der sowohl von außen eingedrungen oder durch Zerfall oder Abrieb des verschiedensten Materials entstanden ist. Dieser Staub, der auch einen geeigneten Nährboden für schädliche Mikroorganismen abgibt, ist um so gefährlicher, je öfter und je stärker er von der bewegten Luft mitgeführt wird. Aus diesem Grunde sind Heizsysteme, bei denen die Wärme durch die Luft verbreitet wird (Konvektion), weniger hygienisch als die, bei denen die Wärme in höherem Maße ausgestrahlt wird.
Anteil der Konvektion und Strahlung bei verschiedenen Arten der Wärmeabgabe:

Art der Wärmeabgabe	Konvektion %	Strahlung %
Bei direkter Luftbeheizung und Konvektoren	100	0
Bei Radiatoren oder ähnlichen Heizkörpern unter den Fenstern	85	15
Bei Heizkörpern an der inneren Mittelwand	70	30
Bei Betonheizplatten unter den Fenstern	64	36
Bei Wandplatten an der Außenwand	40	60
Bei Ofenheizungen	40	60
Bei Fußbodenheizung mit Temperaturen von 25° C	40	60
Bei Fußbodenheizung mit Temperaturen von 21° C	30	70
Bei Deckenheizung mit Temperaturen von 50° C	33	67
Bei Deckenheizung mit Temperaturen von 35° C	30	70

Die Fußboden- und die Deckenheizungen kommen der Forderung der fünften Bedingung am nächsten.

6. Die Heizung soll in 24 Stunden die Wärme möglichst gleichmäßig abgeben.
Großen Einfluß auf das Behaglichkeitsgefühl haben auch die Gleichmäßigkeit der Temperatur beziehungsweise die Temperaturschwankung während einer bestimmten Zeit. Diese Schwankung soll bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Die größten Schwankungen zeigen sich bei dem einmalig geheizten Kachelofen, die geringsten bei der kontinuierlich arbeitenden Fernheizung von einem Heizkraftwerk aus. Zentralheizungen erwecken keine Befürchtungen bezüglich einer Abkühlung der Räume infolge Nacheilens oder Nichtanpassung bei einem Absinken der Außentemperaturen.

Außer den volkswirtschaftlichen Erwägungen sowie den sechs hygienischen Gesichtspunkten bei der Projektierung von zentralen Wärmeversorgungsanlagen müssen noch Probleme energetischer Art, betriebswirtschaftliche Berechnungen sowie Fragen des Stahlbedarfs, der Vorfertigung und Montage und nicht zuletzt der Weiterentwicklung der zentralen Wärmeversorgungstechnik beachtet werden. Diese Probleme können nicht im Rahmen dieses Artikels behandelt werden, stehen aber vor uns und erwarten eine baldige Bearbeitung. Sie können mit den uns bekannten Mitteln gelöst werden und liegen zum größten Teil auf heizungstechnischem Gebiet. Ein Teil liegt aber auf planerischem und baulichem Gebiet; diese Aufgaben sind vom Städtebauer und vom Architekten zu lösen. Um von vornherein zu optimalen Lösungen zu kommen, ist es notwendig, nicht erst beim Abschluß bestimmter Planungen, sondern bereits bei den ersten Entwürfen, je nach dem Objekt, Wärmeenergetiker und Heizungsingenieure hinzuzuziehen. Nur dann können sowohl wärmetechnische als auch hygienische Notwendigkeiten so berücksichtigt werden, daß Umprojektierungen aus diesem Anlaß vermieden werden. Die Einbeziehung der Wärmefachleute in die Kollektive, die für die Erfüllung der Bauaufgaben verantwortlich sind, gehört zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.

DETAILBLATT NR. 133

zu Seite 572

Hygienische Gesichtspunkte bei der Projektierung von Zentralheizungen für Wohnbauten

Ingenieur Paul Fährmann †

1 : 150

Abb. 1
Grundriß des 3. Stockwerkes

Abb. 2
Grundriß des Kellergeschosses
Warmlufttemperatur 56° C
Rücklufttemperatur 44° C

Abb. 3
Prinzipielles Schema für die Deckenstrahlungsheizung mit Warmluft

——— Warmluft
– – – – Umluft

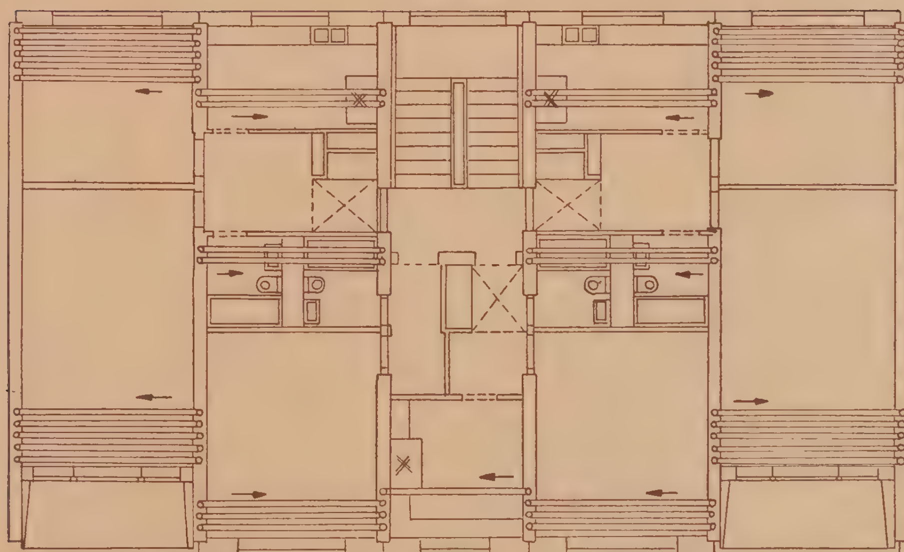


Abb. 1

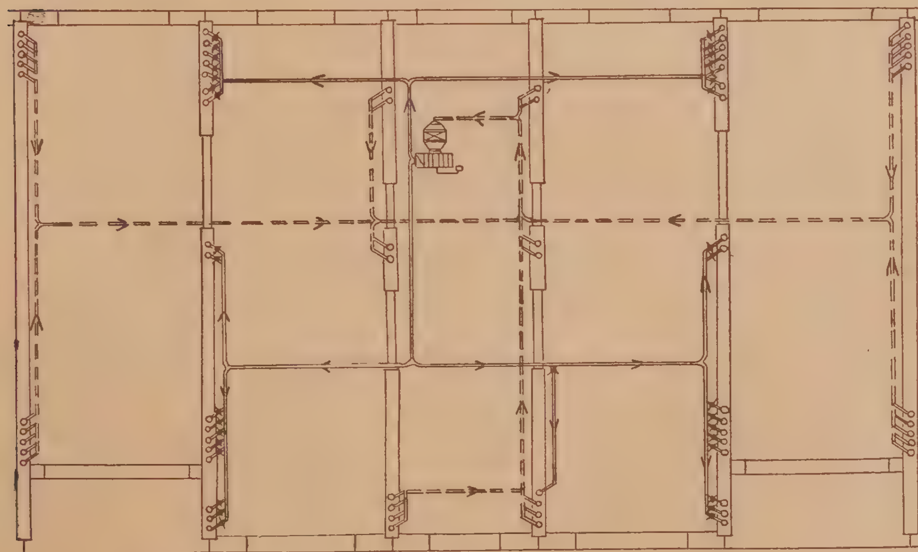


Abb. 2

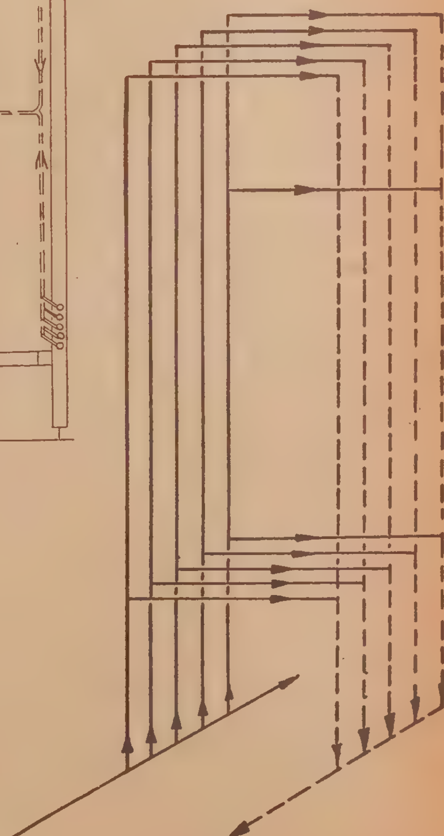


Abb. 3

Deckenstrahlungsheizung mit Warmluft

Diese Strahlungsheizung arbeitet mit Warmluft im Umluftprinzip, das heißt, die in einer Wärmezentrale auf etwa 55 bis 60° C erwärmte Luft wird durch Verteilerkanäle den Steigerohren zugeleitet. Aus den Steigerohren tritt die warme Luft in die Deckenkanäle und gibt beim Durchströmen die Wärme an die Decke ab, von der etwa 80 Prozent in den Raum gestrahlt und 20 Prozent an den darüberliegenden Fußboden abgegeben werden. Am anderen Ende der Decke geht die auf etwa 40 bis 45° C abgekühlte Luft in die Fallrohre über und wird im Keller durch Sammelkanäle zur Wärmezentrale zurückgeführt. Hier beginnt der Kreislauf von neuem.

Bemerkenswert bei diesem System ist, daß jeder Deckenkanal separate Steige- und Fallrohre hat, das heißt, ein Steigerohr versorgt nur je einen Deckenkanal in jeder Etage. Dasselbe gilt für die Fallrohre, welche die abgekühlte Luft aus nur einem Deckenkanal jeder Etage aufnehmen.

Zur Verteilung der Warmluft entsprechend dem unterschiedlichen Wärmebedarf der Räume bedarf es einer genauen Berechnung und Einregulierung bei Inbetriebnahme der Anlage.

Der Vorteil dieses Systems besteht darin, daß der Stahlbedarf sehr gering ist und praktisch in der Wärmezentrale endet.

Hygienische Gesichtspunkte bei der Projektierung von Zentralheizungen für Wohnbauten

Ingenieur Paul Fährmann †

1 : 30

Abb. 1
Ansicht

Abb. 2
Vertikalquerschnitt

Abb. 3
Grundriß

Umrandungsheizung einer Balkontür

Der Heizkörper besteht aus profilierten, vorgefertigten Betonbalken mit eingegossenen Heizrohren, die über dem Balkon bis zur vollen Geschoßhöhe herausragen und mit den darüberliegenden Rohren verbunden werden (Schrauben oder Schweißen). Die Umrandungen im Erd- und obersten Geschoß erhalten den in der Zeichnung sichtbaren Querbalken, der in den Mittelgeschossen nicht notwendig ist. Das Rohrsystem ist ähnlich dem Einrohrsystem. Die zwischen dem Betonheizbalken und der Außenwand sowohl senkrecht als auch waagerecht entstehenden Nischen dienen zur Aufnahme der Gardinen und Vorhänge. Die dem Raum zugekehrten Strahlungsflächen dürfen nicht verdeckt werden, da sonst ihre Heizwirkung verhindert wird.

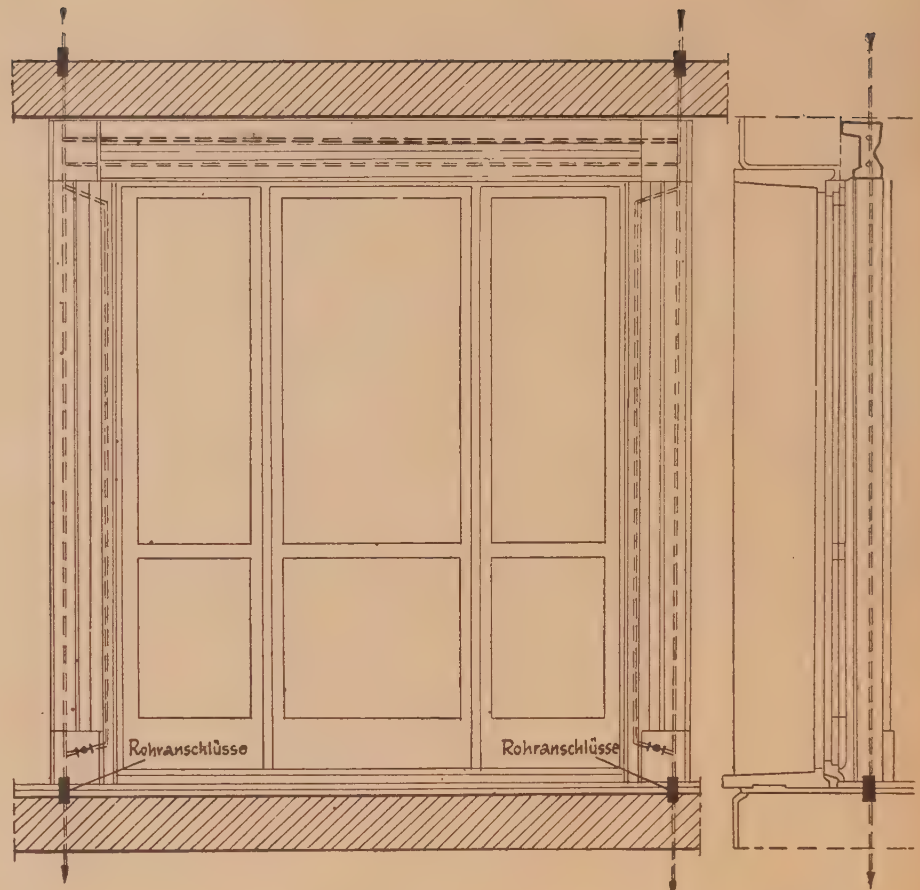


Abb. 1

Abb. 2

Abb. 3

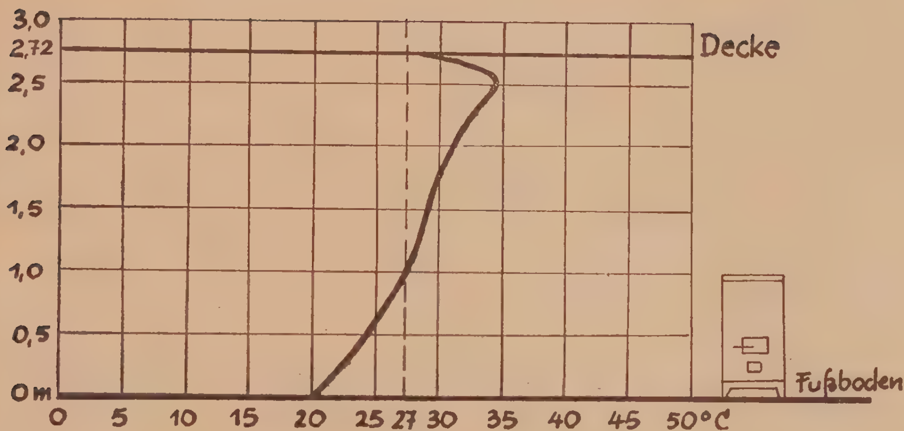


Abb. 1

Hygienische Gesichtspunkte bei der Projektierung von Zentralheizungen für Wohnbauten

Ingenieur Paul Fährmann †

Abb. 1
Vertikale Verteilung der Temperaturen bei Ofenheizung in 3 m Entfernung vom Ofen

Bei einem eisernen Zimmerheizofen liegt zwischen dem Wärmestau an der Zimmerdecke und der Fußbodentemperatur eine Differenz von etwa 15° C. Dieser große Unterschied in 3 m Entfernung vom Ofen ist sowohl vom heiztechnischen als auch vom hygienischen Standpunkt nicht zu vertreten.

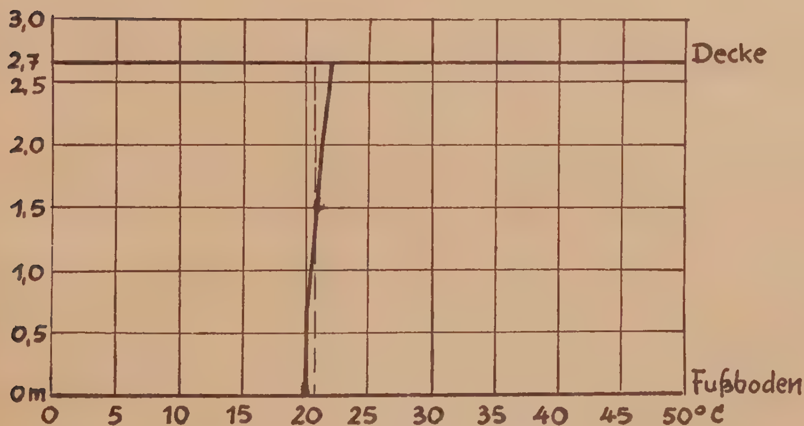


Abb. 2

Abb. 2
Vertikale Verteilung der Temperaturen bei Radiatoren unter den Fenstern

Besser ist der Temperaturverlauf bei der Aufstellung von Radiatoren unter den Fenstern. Hierbei beträgt die Differenz in günstigen Fällen 2° C und kann in ungünstigen Fällen ein Mehrfaches betragen. Der Temperaturunterschied bei Heizflächen unter den Fenstern erreicht jedoch niemals die hohen Werte einer Einzelofenheizung.

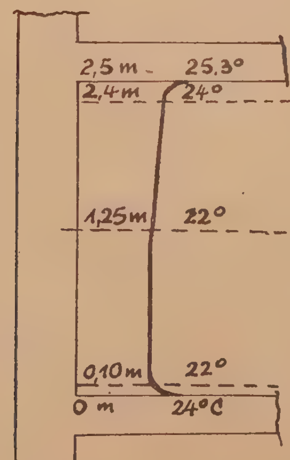


Abb. 3

Abb. 3
Vertikale Verteilung der Temperaturen bei Decken-Fußboden-Strahlungs-Heizung

Die günstigsten Werte werden bei der Strahlungsheizung erreicht. Hierbei zeigt die Temperaturkurve einen gleichmäßigen Abfall von der Decke zum Fußboden und schwankt nur wenige Grad um die mittlere Raumtemperatur. Die Gleichmäßigkeit der Temperatur in vertikaler Richtung kommt dem Behaglichkeitsgefühl des Menschen am nächsten.

Hygienische Gesichtspunkte bei der Projektierung von Zentralheizungen für Wohnbauten

Ingenieur Paul Fährmann †

1 : 150

Abb. 1
Grundriß des obersten Geschosses

Abb. 2
Strangschema

Decken-Fußboden-Heizung mit gleichen Rohrschlangen in den Deckenplatten

Die Rohrschlangen sind so in die Deckenplatten eingegossen, daß die Deckenoberfläche eine Temperatur von etwa 35° C und der darüberliegende Fußboden eine Oberflächentemperatur von etwa 19° C aufweisen. Die Rohrschlangen in den vorgefertigten Deckenplatten sind je nach Plattengröße alle gleich. Die Anschlüsse liegen alle an derselben Stelle. Die Einregulierung erfolgt durch Veränderung der durchfließenden Wassermenge. Für die Rohrschlangen wird in Polen normales Muffenrohr verwendet. Die Anschlüsse werden verschweißt.

Das Rohr wird zur Deckenarmierung herangezogen.

(Die Zeichnungen stammen aus der Arbeit von Professor Kozierski.)

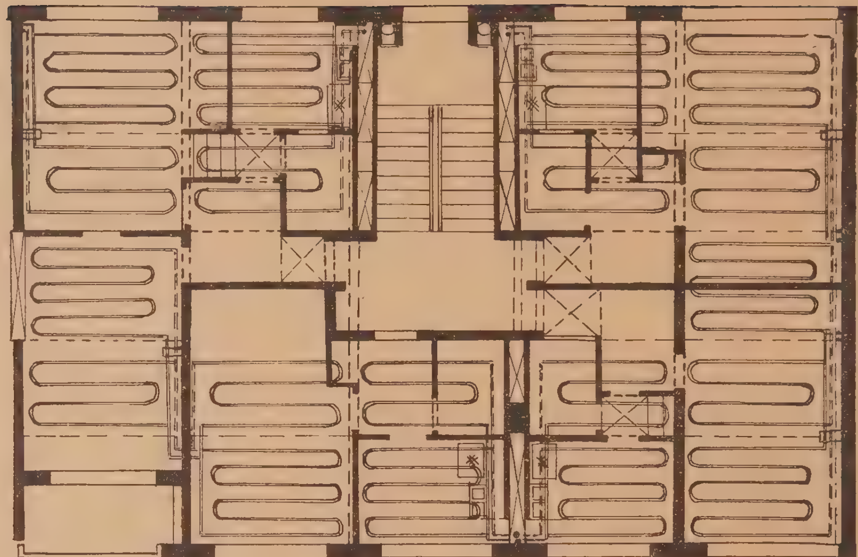


Abb. 1

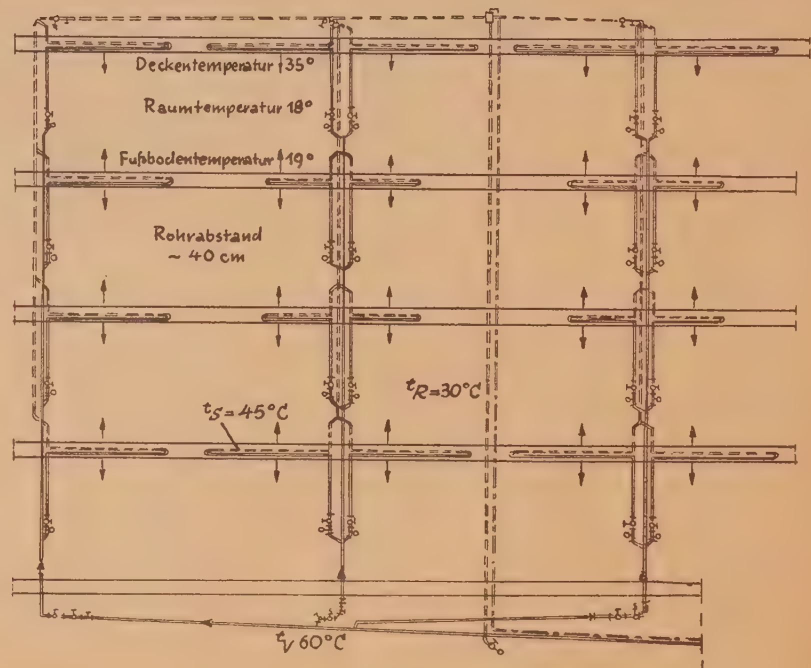


Abb. 2

DIE DISKUSSION GEHT WEITER

ie bereits im Heft 8/1959 angekündigt, veröffentlichen wir nachstehend weitere skussionsbeiträge, die auf der theoretischen Beratung des Instituts für Theorie d Geschichte der Baukunst an der Deutschen Bauakademie am 25. und 26. Juni 59 in Berlin vorgetragen wurden.

ozialistische dustrialisierung und aukunst

ofessor Hanns Hopp

äsident des Bundes Deutscher chitekten

enn ich als alter Praktiker, als den mich wohl bezeichnen darf, mich f das Gebiet der Theorie begeben be, war mir bewußt, daß das ein hwieriges Unterfangen sein würde. enn ich in meinen Ausführungen f der Bundesvorstandssitzung in esden und in meinem Aufsatz in r „Deutschen Architektur" diesen eoretischen Weg zu gehen versucht be, geschah das aus einer von mir fühlten Verpflichtung heraus, daß bei den vorwärtsdrängenden Ar- iten in unserer ganzen Bauindustrie cht länger angängig sein könne, sich t so oberflächlichen Phrasen, wie e damals im Umgang waren, die In- strialisierung erzeuge ohne weiteres ne höhere Architektur, zufrieden zu ben. Ich wollte die Gemüter meiner llegen aufregen und mein eigenes ewissen beruhigen. Ich hatte immer eder den Eindruck, daß sowohl in tenden Stellen wie auch bei manchen llegen die wirklich unerhört tiefe andlung unseres Bauwesens, die rch die Industrialisierung erzeugt rd, nicht in ihrem vollen Umfang er- nnt wurde, sondern daß sie von anchen doch immer nur als eine tech- sche und technologische Frage be- ndelt wurde.

h habe deswegen den Versuch ge- acht, mit einer Analogie zur übrigen üterproduktion diesen Weg, den unser uwesen nimmt, zu kennzeichnen, und be Schlüsse daraus gezogen, die ich sichtlich in einer etwas provokatori- hen Form vorgebracht habe, um das nken, um auch den fruchtbaren otest gegen solche Auffassung an- regen.

h habe mit meinen Äußerungen Zu- mmung gefunden und Widerspruch. e Zustimmung kam, das war be- rkenswert, von Kollegen aus der axis, der Widerspruch kam von seren Theoretikern, denen ich na- lich in dem Turnier der Begriffe ht gewachsen sein konnte. Es zeigte h nur, daß wir in einem Punkt alle ig waren, unsere Theoretiker, unsere aktiker und ich selbst auch, daß es sere Aufgabe ist, die schönsten user und die besten Wohnungen, che die klarste, unmißverständlichste derspiegelung unserer neuen, wer- nden sozialistischen Gesellschaft stellen, zu errichten. Und in diesem l, das durch die Industrialisierung geben ist, eine Industrialisierung, die im Sozialismus überhaupt möglich sind wir uns alle einig. Es mmt also nicht darauf an, wie n das Produkt dieser Industrialisie- g in unserem Bauwesen bezeichnet, es künstlerisch oder ästhetisch ge- nt wird. Mir kam es darauf an, die veränderte Wirkung in der Arbeits- se des Architekten dadurch zu nzeichnen. Und in diesem Punkte ß ich eine Korrektur vornehmen; ich e damals gesagt, daß es sich eine Wandlung im Berufsbild des hitekten handelt, ich korrigiere h, es handelt sich um eine Erweite- g in der Tätigkeit des Architekten, sehr wesentliche und umfassende eiterung. Der Architekt muß bei m Typenprojekt, das ja die Vor- e für jede Industrialisierung dar- lt, von der Geburt der Elemente an dabei sein und mitwirken. Er muß die Technik und die Techno- e kennen, und zwar in einer Weise, das früher in unserer Berufstätig- keit nicht notwendig war. Denn nur der Architekt im Kollektiv, das in sozialisti- scher Gemeinschaftsarbeit wirkt, nur dieser Architekt ist imstande, bevor die Elemente zusammengefügt sind, eine Vorstellung, eine Vorschau auf das werdende Werk zu gewinnen und damit den Weg zu diesem Werk zu lenken. Seine Arbeit reicht vom Typen- projekt über den Experimentalbau, den wir niemals in Zukunft auslassen soll- ten, zur Serienfabrikation. Und es ist eine dringende Aufgabe unseres Mini- steriums, so meine ich, für diese Arbeit des Architekten, für sein Eingreifen in die Produktion der Elemente, sein Mit- wirken bei der Entstehung der Ele- mente, bei der Bestimmung der Pro- portionen, eine Arbeitsorganisation zu schaffen, die meiner Meinung im Augen- blick in unseren Entwurfsbüros noch nicht vorhanden ist. Auf jeden Fall ist für uns Architekten in unserer Zeit kein Grund zur Resignation vorhanden. Im Gegenteil. Die Verantwortung und die Bedeutung des Architekten wachsen durch die Vervielfachung seiner Werke ungeheuer. Ich habe auch nicht der Resignation das Wort geredet, ich habe nur festgestellt, daß sie bei einigen Kollegen vorhanden ist und daß aller- dings die Konstrukteure und Ingenieure den großen Schritt in die neue Epoche unseres Bauwesens zuerst getan haben. Und wenn wir heute mit den Ergeb- nissen, den architektonischen Ergeb- nissen, unserer Arbeit noch nicht zu- frieden sind, so müssen wir bedenken, daß eine so tiefe Wandlung des schöp- ferischen Prozesses sich nicht von heute auf morgen vollziehen kann. Und dennoch sind wir genötigt und ver- pflichtet, die allergrößte Eile und den höchsten Eifer zu entwickeln, denn das Baugeschehen schreitet in riesig schnel- lem Tempo vorwärts, und wir dürfen es nicht zulassen, daß inzwischen eine Umwelt entsteht, die ohne unsere ent- scheidende Mitwirkung dann nachher doch das Dauernde darstellt. Wir sind alle, das müssen wir wohl bekennen, und das spüren wir auch, noch erfüllt von der alten Vorstellung eines hand- werklich gebauten Hauses; wir sind er- füllt von Vorstellungen unserer frü- heren Tätigkeit, die aus dem Reißbrett erwuchs und allein dort entstehen konnte. Diese Vorstellungen müssen wir bei uns, jeder bei sich, sichten und prüfen, ob sie in unseren neuen Ver- hältnissen überhaupt noch Gültigkeit haben.

Das, was ich meine, möchte ich an einem kleinen Beispiel aufzeigen. Ich habe in Hoyerswerda bei meinem letz- ten Besuch zu meinem Erstaunen fest- gestellt, daß dort ein alter Spottvers, den wir im ersten Semester unseres Studiums geformt haben: „Der Archi- tekt setzt kurzerhand die Fenster vor die Zwischenwand" Wirklichkeit ge- worden ist. Dort haben Küche und Bad ein einheitliches Fenster, und die Zwischenwand stößt auf dieses Fenster und muß in ihrem letzten Ende durch ein schmales Brett erzeugt werden, da sonst der Fensterpfosten in seiner Breite nicht ausreicht. Was ist hier geschehen? Hier hat der Architekt, um auf eine be- queme Weise zu einer guten Fassade zu kommen, die funktionellen Forde- rungen vergewaltigt, und das ist eine Methode, die wir uns heute nicht mehr leisten dürfen.

In der Siedlung in Lübbenau ist an sich derselbe Typ verwandt worden, und es sind dort die Fenster von Küche und Bad, auch in ihrer Größe, klar getrennt. Und da es beim industriellen Bauen nicht mehr angängig ist, daß sich diese sanitäre Zelle im Spiegelbild rechts und links vom Treppenhaus ausbildet, sondern daß sie immer in der gleichen Kombination erscheint, ergibt sich daraus eine, ich möchte beinahe sagen, neuartige Belebung der Fassade, die nun nicht mehr das Treppenhaus als Symmetrieachse zeigt.

Aber ich habe in Hoyerswerda noch etwas gelernt, was mich allerdings selbst überrascht hat. Ich habe bisher auch in der Vorstellung gelebt, daß es wünschenswert sei, daß wir unseren Häusern, die aus Großplatten gebaut werden, eine plastische Struktur geben sollten und daß dazu Loggien dienen könnten. In dem neuen Wohnkom- plex 3 sind zwei solcher Häuser im Rohbau entstanden. Diese Loggien werden entsprechend der Technik des Großplattenbaus an die Fassade gleich- sam angehängt, sie werden mit ihren Eiseneinlagen an die Platten der Quer- wände angeschweißt, und es ist eigen- artig, daß sich diese Loggien nicht zu einem Körper mit dem Haus selbst verbinden wollen, sondern daß dieses Angehängtsein, das konstruktiv vor- handen ist, auch in ihrer architekto- nischen Wirkung erhalten bleibt. Es scheint mir daraus die Folgerung her- vorzugehen, daß das Großplattenhaus tatsächlich eine nachträgliche Bereiche- rung durch plastische Zutaten nicht verträgt und dann sein eigener Cha- rakter verwischt würde. Denn diejenigen Häuser, die in Hoyerswerda nur mit französischen Fenstern in den passen- den Räumen versehen sind, wirken in dieser Hinsicht überzeugender.

Ich habe bei manchen Erwiderungen auf meine Äußerungen festgestellt, daß sich die Gedanken der Verfasser immer wieder mit dem einzelnen Haus beschäftigen und daß sie nicht berück- sichtigen, daß sich auch hier die Quan- tität in eine neue Qualität verwandelt; wenn in einem Wohnkomplex 50 gleiche Häuser entstehen, dann ist es genau so wie in der sozialistischen Gesell- schaft, wo das Kollektiv die entschei- dende Kraft darstellt und nicht mehr das einzelne Individuum. Und so ist es doch durchaus erklärlich, daß das Kollektiv dieser Häuser auch die ent- scheidende künstlerische Aussage macht, also daß diese im Städtebau zu suchen und auch zu finden ist. Im Städtebau ringen wir zunächst noch um die Gestaltung des Wohnkom- plexes, um die harmonische Befrie- digung der individuellen und der kollektiven Bedürfnisse der Menschen, und ich meine, wir sind auch hier noch nicht weit genug in unserer Ent- wicklung vorgedrungen, um zu befriedi- genden Ergebnissen zu kommen.

Nach den letzten Veröffentlichungen in der „Deutschen Architektur" und auch in den Beispielen, die uns Professor Schmidt zeigte, scheint mir, als voll- ziehe sich bei uns ein immer fortschrei- tender Einbruch des Zeilenbaus. Wir finden immer und überall 3, 4, 5 parallel gestellte Häuser, die die Fläche füllen. Das ergibt zwar eine angenehme gra- phische Wirkung, die den Anschein der Ordnung und des Geordnetseins erweckt. Wenn wir aber die Räume untersuchen, die sich zwischen diesen Wohnblöcken entwickeln, dann glaube ich, daß uns das Ergebnis noch nicht befriedigen kann. Wir unterscheiden doch in unserem Raumempfinden sehr deutlich zwischen einem Straßenraum, den wir aus unserem Städtebau fast ganz eliminiert haben, und einem, ich möchte sagen, Platzraum, der also sich in rechteckiger oder quadratischer Form entwickelt. Die Räume zwischen den Zeilen aber zeigen nach meinem Empfinden einen durchaus indifferenten Charakter sowohl in ihrer Länge wie in ihrer Breitenausdehnung, und sie sind immer in einer Zeilengruppe ein- ander gleich. Deswegen glaube ich, daß wir auch hier nicht so sehr auf die ganz klare graphische Ordnung, son- dern auf eine gute, interessante und auch differenzierte Raumfolge in unse- ren Wohnkomplexen achten sollten; denn wir sind uns ja alle klar darüber, daß diese Freiräume sowohl der Funk- tion nach als auch in ihrer künstleri- schen Wirkung eine sehr wesentliche Rolle zu spielen haben.

Noch ein Wort zur Farbe. Wir haben auch in Hoyerswerda gesehen, daß man dort aus dem Bestreben, einer auf- kommenden Monotie zu begegnen, dazu übergegangen ist, die großen flächigen Fassaden der Häuser mit ver- schiedenen Farben zu behandeln, und zwar in springenden Flächen, so daß sich der Hauskörper aufsplittert. Aus meiner Kritik an dem farblichen Ge- schehen in Berlin auf der letzten Stadt- verordnetensitzung ergab sich, daß wir vor einigen Tagen mit verantwortlichen Architekten bei den Wohnhäusern im Plänterwald versucht haben, eine grundsätzliche Stellungnahme zu dem Problem der Farbe in der Architektur zu erarbeiten, um zu verhindern, daß Dinge, wie sie zum Teil jetzt in Berlin entstanden sind, und die nicht nur von den Architekten, sondern auch von der Bevölkerung mißbilligt werden, in Zu- kunft sich wiederholen.

Ich stelle Ihnen diese Grundprinzipien zur Kritik und zur Überlegung kurz dar. Wir sind der Meinung, daß in einem Wohnkomplex aber auch in einer größeren Gruppe von Häusern die Häuser eine einheitliche Grundfarbe oder Farben mit sehr geringen, kaum spürbaren Abweichungen erhalten soll- ten, daß es aber falsch ist, einen Wohn- komplex, der ja ein architektonisches Ensemble darstellt, dadurch zu zerschla- gen, daß man die großen Blöcke mit stark von einander abweichenden Far- ben anstreicht. Die Farbwirkung des Hauses kann dann oft auch mit kräftigen Farben an einzelnen Details, im Dachüberstand, in der Dachrinne, in den Balkons, in den Haustüren und so weiter erfolgen.

Die Ausführungen von Professor Schmidt halte ich im allgemeinen für außerordentlich nützlich, weil er in seinen Darstellungen und in seinen Bildbeispielen versucht, von der Praxis auszugehen und daraus eine vorsichtig sich entwickelnde Theorie zu elimi- nieren.

Ich glaube, daß wir bei der Bedrängnis unserer täglichen Arbeit eine Theorie, die in Abstraktionen im luftleeren Raum entstanden ist, und sei sie noch so wissenschaftlich begründet, daß eine solche Theorie uns nicht wesent- lich helfen kann. Unsere Vergangen- heit lehrt uns sogar, daß solche Theo- rien hemmen und auch irreführen können. Ich darf daran erinnern, daß wir eine Fensterdiskussion hatten, eine Diskussion über Anbaumöbel, und wir können alle feststellen, daß die leben- dige Kraft der sich immer schneller ent- wickelnden sozialistischen Gesell- schaft diese Theorien sachte aber energisch beiseite geschoben hat.

Wir haben bisher, auch Professor Schmidt in seinen Äußerungen, nicht viel zu den Stadtzentren und den Auf- gaben, die uns dort gestellt sind, ge- sagt. Aber hier scheint es mir not- wendig, und ich sehe darin auch eine besondere Aufgabe des Bundes Deut- scher Architekten, daß wir für diese Aufgabe den Bauherrn interessieren, daß wir vom Bauherrn nicht nur ein Programm, sondern auch eine Vor- stellung haben müssen, wie sich die sozialistische Gesellschaft, das Leben in einer sozialistischen Stadt und erst recht in der Hauptstadt eines soziali- stischen Staates darstellt. Hier müssen die Gesellschaft und alle ihre Organe mithelfen, diese Vorstellung zu einem Programm, zu einer Aufgabe zu ver- dichten, und dann wird es die Aufgabe der Architekten sein, diese Vorstellun- gen zu verwirklichen.

Und gerade hierbei ist die Kaderfrage von besonderer Bedeutung. Ich meine, wir haben es versäumt, bei dem stän- digen und durchaus notwendigen Hin- weis auf die kollektive Zusammenarbeit neben den Architekten auch alle an- deren Fakultäten, Persönlichkeiten, die zu größeren oder großen architekto- nischen Leistungen befähigt sind, zu entwickeln und die Zusammenarbeit mit ihnen zu pflegen. Deswegen ist es notwendig, daß wir bei allen unseren Arbeiten, und ich glaube sogar, daß läßt sich auch beim Typenprojekt durchführen, herauskommen aus der Anonymität unserer architektonischen Arbeiten, und daß jeweils der oder die

Verfasser auch vor der Öffentlichkeit ihre Arbeiten verantworten. Das soll nicht zu ihrem persönlichen Ruhm geschehen, sondern um ihnen immer wieder vor Augen zu führen, welch hohe Verantwortung der Architekt in unserem Staat und in unserer Gesellschaft trägt.

Wir stehen am Beginn einer neuen, ganz großen Epoche des Bauens und einer neuen Baukunst, und sie erfordern von uns Architekten, daß wir erstens nicht aufhören zu lernen, denn jeder Tag stellt uns neue Aufgaben und neue Anforderungen, und daß wir zweitens beginnen zu begreifen, daß die großartige Schönheit der entstehenden sozialistischen Gesellschaft tatsächlich vorhanden ist und von uns erlebt werden kann, und daß wir drittens bereit sind, mit all unserer Kraft an dieser Gesellschaft mitzubauen, nicht nur in unserem Beruf, sondern auch mit unserem ganzen Leben, und daß wir dann durch unsere Arbeit mit dazu beitragen, daß die Entwicklung unserer Baukunst nicht gesteuert werden muß durch Reglementierung, sondern daß sie im gleichen Tempo und zu der gleichen Blüte wächst, die wir von dem Wachstum unserer Gesellschaft erwarten.

Ich denke, wir sollten uns immer dessen bewußt sein, daß Technologie und Arbeitsproduktivität, das Kranspiel und Planerfüllung, so wichtig sie auch sind, und das wird niemand bestreiten, daß alle diese Dinge vorübergehend sind, daß aber das Dauernde, das Bleibende, das Bauwerk ist, seine Nutzbarkeit, seine Beständigkeit und seine Schönheit, und daß wir dieses Dauernde vor unserer Gegenwart und vor der kommenden Generation als Architekten zu verantworten haben werden.

Moderne Technik und sozialistischer Realismus in der Architektur

Architekt BDA Dipl.-Ing. Hans Gericke

Vizepräsident des Bundes Deutscher Architekten

Wenn von uns anerkannt wird, daß das Typenprojekt und die kollektive Arbeit, wenn die sozialistischen Produktionsmethoden als grundlegende Mittel für die zweckmäßigste, ökonomische und schnellste Erfüllung unserer gegenwärtigen Bauaufgaben zu gelten haben und sie damit charakteristisch für unser gegenwärtiges Bauschaffen sind, dann fällt dem Typenprojekt auch die Aufgabe zu, die in allen Epochen der Baugeschichte den Bauwerken gestellt war, nämlich die Empfindungen, Wünsche und Ideen unserer sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Es ist nicht zu leugnen, daß in Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen des Bundes Deutscher Architekten immer wieder die Frage auftauchte, ob Typenprojekte und industrielle Bauproduktion den Teil der Aufgaben eines Architekten einschränkt oder gar ausschaltet, den ich mit der Verkörperung der Wünsche, Empfindungen und Ideen unserer Menschen gekennzeichnet habe. — Es widerspräche unserer Forderung nach Anwendung des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik, wenn wir bei der Lösung der uns gestellten Bauaufgaben die großen Möglichkeiten und zugleich zwingenden Notwendigkeiten der industriellen Serienfertigung nicht voll entwickeln würden. In den technischen Möglichkeiten und in der Technologie des Produktionsprozesses aber das Eigentliche und das allein Neue in dem gewaltigen Umwälzungsprozeß zu sehen, wäre unverantwortlich. Technik und Technologie bleiben bei voller Würdigung ihrer Bedeutung immer nur Mittel zum Zweck, nämlich unsere Wohnungen und gesellschaftlichen Bauten billig, schnell und in hoher technischer Qualität zu errichten und aus ihnen Städte und Dörfer zu bauen. — Wer wird in wenigen Jahren noch danach fragen, unter welchen technisch-organisatorischen Bedingungen ein Wohnblock, eine Schule, eine ganze Stadt oder ein Dorf „produziert" wurden? Lebendig bleiben fast einzig und allein ihre Zweckmäßigkeit, ihre Schönheit und die ästhetisch-ideologische Wirkung auf die Menschen unserer Zeit und der nächsten Generationen. Daher ist zu verstehen, daß die Lösung der künstlerisch-ideologischen Aufgabe nicht dem Selbstlauf der Technik oder der Bauproduktion überlassen werden kann. Und es ist ebenso verständlich, daß diese Vielschichtigkeit der Forderungen, die heute an uns gestellt werden, nur durch das Bekenntnis zum Fortschritt, zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu lösen sind. Das verlangt von den Architekten im Kollektiv aller Bauschaffenden in erster Linie eine schöpferische Tätigkeit. Schöpferisch sein heißt, die Weiterentwicklung der Technik in einer Weise zu unterstützen, wie sie auch zur künstlerisch-ideologischen Aussage moderner Bauaufgaben benötigt wird.

Kollege Kaiser hat in seinem Diskussionsbeitrag über die uns auferlegten Bindungen durch Raumbreiten, Raumhöhen und so weiter gesprochen und über die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Proportionen unserer Bauwerke.

Gestatten Sie mir bitte einige Bemerkungen zu gewissen Konsequenzen, zu denen uns neue Konstruktionen und Baustoffe zwingen.

Wir verfügen über eine Vielzahl von Baustoffen mit hochentwickelten spezifischen Eigenschaften. Die einen, zum Beispiel Plaste, erreichen bei geringem Gewicht und niedrigem Arbeits- und Materialaufwand einen hohen Nutzeffekt, die anderen durch die Produktion und Montage größter Bauelemente. Zwingenderweise führen diese neuen Stufen der Entwicklung auch zu neuen Maßstäben, zu neuen ästhetischen Qualitäten. Es mögen sich zunächst Formen herausbilden, die ungewohnt und ästhetisch unbefriedigend sind. Wer könnte aber daraus ableiten, daß wir deswegen auf Schalen- und Hängedächer oder auf die Montage von Wandbauelementen verzichten müssen? Bieten sich nicht vielmehr für unsere Architekten in gemeinsamer Arbeit mit den Konstrukteuren echte Aufgaben für eine vom Wesen der Baustoffe beeinflußte architektonische Gestaltung an, ohne damit die Eigenarten und Vorteile unserer neuen Entwicklungen zu mindern? Im Institut für Typung der Deutschen Bauakademie werden natürlich auch die Arbeiten für die Entwicklung der Schalendächer, Hängedächer und so weiter durchgeführt. Aufgaben, die der Konstrukteur und der Architekt nur gemeinsam durchführen sollten. Sie werden sich sehr schnell von solchen Projekten unterscheiden, die in nicht wenigen Zeitschriften der westlichen Welt den technischen Fortschritt mit einer auf Publicity abzielenden Modearchitektur gleichsetzen. Mit verspielten und eitlen Absichtlichkeiten kann den neuen Baustoffen und Konstruktionen keine Gerechtigkeit widerfahren geschweige dem menschlichen Bedürfnis nach Schönheit und Harmonie gedient werden. Natürlich wäre es nicht zu vertreten, wegen dieser gesellschaftsbedingten Unzulänglichkeiten neue Konstruktionen und Baustoffe rundweg und generell als modische Erscheinungen abzutun. Es wäre auch falsch, die Leistungsfähigkeit der Architekten der westlichen Welt in Zweifel zu ziehen. Es beweist sich nur erneut, daß hier wie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch hohes fachliches Können nicht voll wirksam werden kann, wenn es einer schlechten Sache dient.

Stahl, Beton, Glas und Strukturkeramik sind heute ebenso unentbehrlich wie zweckdienliche Baustoffe. So wenig aber deren Verwendung ohne die Fähigkeiten eines guten Konstrukteurs eine technisch einwandfreie und wirtschaftliche Lösung gewährleistet, so wenig können auch die vorzüglichsten Baumaterialien ohne schöpferischen Prozeß zu einer künstlerischen Aussage führen, die je nach der Aufgabe optimistisch oder liebenswert heiter und, wenn wir das wollen, auch würdevoll oder repräsentativ ist. Die künstlerische Form unserer Bauwerke verlangt also mehr als nur die zweckmäßigste und technisch sinnvollste Lösung. Die Form muß, will sie dem Wesen der Architektur entsprechen, zugleich die gesellschaftlichen Qualitäten verkörpern und im Unterschied zum reinen Industrieprojekt die ideologisch-künstlerischen Faktoren berücksichtigen. So beginnt der qualitativ höhere gesellschaftliche Inhalt einer Stadt schon im einzelnen Bauwerk; ob es sich dabei um ein Wohnhaus, eine Schule, einen Laden und so weiter handelt, ist nicht entscheidend. Natürlich gibt es hinsichtlich der gesellschaftlichen Bedeutung von Bauten graduelle Unterschiede.

Wenn wir allgemein feststellen müssen, daß eine Unterschätzung der ideologisch-künstlerischen Aussagekraft unserer Bauwerke nicht nur bei den Architekten anzutreffen ist, wird dadurch das Versäumnis um nichts verringert. Im Gegenteil. Wer kennt nicht die Einflüsse, die sich mit Biedermannsmiene als „freie Kunst" tarnen und vielfach nicht einmal einen Hehl daraus machen, daß sie uns mit ihrer Architektur den ideologischen Kampf ansagen? Man braucht in diesem Zusammenhang nur an den Projektanten der Westberliner Kongreßhalle, den amerikanischen Architekten Stubbins, zu denken. Unmißverständlich brachte er zum Ausdruck, daß sein Bauwerk eine gegen den Sozialismus gerichtete politische Aufgabe verkörpert.

Die neue Architektur und mit ihr die sozialistische Stadt auf deutschem Boden werden erst das Ergebnis aus der Summe vieler, von materiellen und ideellen Faktoren bestimmter und vom Leben selbst diktierter Teilerfolge sein. Architektur und Stadtbild können weder durch technischen Selbstlauf noch durch vorgefaßte Absichtlichkeiten ihr Wesen begründen.

Sie erwachsen aus der Synthese technisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse und dem neuen gesellschaftlichen Inhalt, aus jener inneren Ordnung, wo das Ganze zu seinen Teilen und diese untereinander in Harmonie stehen, aus einer neuen Ordnung, mit der wir bewußt unsere Umwelt verändern wollen. Die Herstellung der menschlichen Beziehungen ist nicht weniger wichtig als die Lösung aller bautechnischen, hygienischen, verkehrs- und versorgungstechnischen Aufgaben.

Und das Bedürfnis der Menschen nach Schönheit und Harmonie ist keineswegs geringer als nach technischem Komfort. Der Bundesvorstand des Bundes Deutscher Architekten trat im Juni zu einer Tagung in Hoyerswerda zusammen. Ich möchte, weil wir dort das Modell der letzten Fassung des Projektes für den Aufbau der zweiten sozialistischen Stadt, Hoyerswerda, gesehen haben, noch einige Bemerkungen zum Problem des flächigen Zentrums machen. Mir scheint, daß das flächige Zentrum in Hoyerswerda, wie es sich im Modell darbietet, nicht den Bedürfnissen einer Stadt von 30 000 Einwohnern entsprechen kann.

Ich hatte im Frühjahr die Möglichkeit, Vällingby zu sehen. Was gestern über diese Satellitenstadt von Stockholm gesagt worden ist, kann ich nur im vollen Umfang unterstreichen. Vielleicht haben aber die Ausländer — insbesondere aus dem westlichen Ausland — Vällingby erst zum Mekka der Städtebauer zu machen versucht.

Die schwedischen Architekten selbst betrachten es nach wie vor als ein Experiment. Das allein wäre keine hinreichende Erklärung oder eine Art Sanktionierung der offenkundigen Mängel, die natürlich nicht nur im Formalen zu suchen sind. Dennoch sollten meines Erachtens einige Erkenntnisse auch von uns nicht übersehen werden. Das flächige Zentrum in Hoyerswerda scheint zu beweisen, daß in Städten dieser Größenordnung die vielschichtigen gesellschaftlichen Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung auf diese Weise nicht erfüllbar sind.

Ich bin durch die Betrachtungen des Kollegen Junghanns erneut an den Wettbewerbsentwurf unseres Kollektivs erinnert worden, der nicht davon ausging, in einem Komplex alle kulturellen, administrativen und Handelseinrichtungen zusammenzuschließen. Wir sollten erneut überprüfen, ob nicht differenzierte Straßen- und Platzräume im Zentrum von Hoyerswerda, die zueinander in räumlichen Beziehungen stehen, weit eher dem Charakter eines lebendigen sozialistischen Lebens Rechnung tragen als das vorgesehene flächige Zentrum.

Wenn auch die kulturellen und Verwaltungseinrichtungen neben dem Ladenkomplex und den Versorgungseinrichtungen den gebührenden Raum einnehmen — was in Vällingby natürlich nicht der Fall ist —, so isoliert sich doch das gesamte Zentrum von Hoyerswerda kaum weniger von den umschließenden Wohnkomplexen als das Zentrum von Vällingby oder auch von Harlow und anderen Städten. Das flächige Zentrum in Hoyerswerda ist außerdem mit sehr viel Grünflächen durchsetzt. Wäre es denn nicht sinnvoller und nur konsequent, wenn wir ein gesellschaftliches Zentrum inmitten stark aufgelockerter und durchgrünter Wohnkomplexe schaffen, indem auf eine nochmalige Auflockerung und Durchgrünung verzichtet wird? Zentren, ob sie flächig ausgebildet sind oder aus Gruppen kleinerer Räume gebildet sind — Platz- und Straßenräume — sollten als Schwerpunkt des gesellschaftlichen Lebens enger zusammengeschlossen sein.

Ich bin davon überzeugt, daß unsere theoretische Beratung ein neuer wesentlicher Beitrag ist zur Beantwortung der Fragen, die bei uns im Bund Deutscher Architekten gestellt und diskutiert worden sind. Ich glaube, daß die Diskussion am Beispiel des vor dem Abschluß stehenden Wettbewerbs Zentrum Berlin sehr bald fortgesetzt werden sollte.

In der neuen Phase der Entwicklung unseres sozialistischen Städtebaus bedarf es sowohl der theoretischen Untermauerung als auch der Analyse städtebaulicher Projektierungen und fertiggestellter Wohnkomplexe. Sicher bietet dafür der Wettbewerb Berlin, an dem sich eine große Zahl von Kollegen aus der Deutschen Demokratischen Republik und dem uns befreundeten Ausland beteiligt hat, eine hervorragende Veranlassung. Das bezieht sich auf alle Bemerkungen, die ich mir erlaubt habe, Ihnen vorzutragen, und nicht zuletzt auch auf die Ausbildung unserer Zentren.

Es ist schon in einem anderen Diskussionsbeitrag vermerkt worden, daß für Feste und Feiern, die wir in den letzten Jahren zum Beispiel in der Stalinallee gefeiert haben — etwa die Feier zum Tage der Republik oder das Pressefest —, Feste also, die erst bei uns im Sozialismus möglich sind und in der alten bisherigen Form unserer Zentren gar nicht durchführbar sind, neue Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ich meine, daß die Stalinallee in ihrer heutigen Form diesen speziellen Aufgaben nicht im vollen Umfange gewachsen ist, und ich bin überzeugt, daß die Ausbildung gerade des Zentrums von Berlin in den Wettbewerbsentwürfen neue Wege zeigen und neue Möglichkeiten eröffnen wird, wie diese neuen gesellschaftlichen Erfordernisse städtebaulich zu lösen sind. Es sollte also nach dieser theoretischen Beratung eine sehr gründliche Beratung an Hand der Beispiele der Entwürfe für das Zentrum Berlin folgen. Auch damit werden wir unseren Architekten bei der Lösung ihrer großen Aufgaben eine wertvolle Unterstützung geben.

̈sthetische Verhältnisse eim industriellen Bauen

rchitekt BDA Dipl.-Ing. Josef Kaiser

 Heft 6/1959 der „Deutschen Archi- ktur" wurden zwei Aufsätze ver- fentlicht, die einen Wettstreit ent- chen über das Thema, ob die Pro- ortionsgesetze naturgegeben sind ler ob sie dem Willen des Menschen nterliegen, ob sie also gesellschafts- edingt sind oder nicht. Ich will diese age jetzt nicht entscheiden, aber ich öchte sagen, daß wir über solche ab- rakten Auseinandersetzungen, die cherlich noch lange Zeit geführt erden, die Forderung des Tages cht vergessen dürfen.

ine solche Forderung des Tages öchte ich jetzt zur Diskussion stellen, nd zwar folgende: Es gibt unter nderem seit Jahrhunderten eine Regel, e besagt, daß ein Bauwerk schon als ohbau die künstlerische Aussage mreißen und erfassen soll, die Aus- agekraft im wesentlichen schon be- tzen soll, die das fertige Bauwerk ann zum vollendeten Ausdruck bringt. Venn das nicht immer erfüllt wurde, o hatten die Baumeister des Barock ler auch noch der Stalinallee sehr ele Möglichkeiten, einzugreifen. Sie nnten mit Lisenen arbeiten, sie konn- n Gesimse einziehen, sie konnten nsterüberdachungen anputzen, sie nnten verschiedene Flächen- und uch Massenverteilungen vornehmen, m ein Netz von Proportionen, von aßverhältnissen zueinander über die assade, über das ganze Haus zu legen nd so Proportionen zu gestalten. Venn wir jetzt industriell bauen und e Gebäude aus ganz wenigen Fertig- ilen herstellen, aus Wandelementen, elche ein ganzes Zimmer in ihrer öhe und ihrer Breite umfassen, so llt sehr vieles oder eigentlich alles on diesen Möglichkeiten, von den aditionellen Möglichkeiten des Ge- altens, weg.

araus ergibt sich folgende Frage. Vir bauen jetzt zum Beispiel an der alinallee Wohnblöcke aus Haupt- menten von 2,80 m in der Höhe, von 60 m in der Breite. Das sind Höhe nd Breite eines Zimmers oder des eineren Zimmers von 2,40×2,80 m. iese Flächenverhältnisse kehren also n der Fassade immer wieder, sie wer- en sogar betont durch die Fugen, und ese Verhältnisse müßten also eine instlerische Aussage machen. Vor- ufig ist es jedoch so, daß alle diese erhältnisse sich mehr oder weniger fällig ergeben haben, administrativ ler statisch bedingt sind. Die Höhe t sich dadurch ergeben, daß als chte Raumhöhe 2,50 m gefordert wird, nd das erfordert bei den jetzigen eckenstärken eine Geschoßhöhe von ngefähr 2,80 m. Die Breiten ergeben ch durch die Möblierung der Räume, urch die Breite der Betten, der not- endigen Zwischenräume, der Schrän- und dergleichen; ferner ergeben ch diese Maße aus finanziellen Er- ägungen, wie groß eine Achse sein arf. Wenn 10 cm eingespart werden, gewinnen wir bei soundsoviel usend Wohnungen soundsoviel Woh- ıngen zusätzlich

as alles sind richtige, logische, not- endige Überlegungen, aber es kann ahrscheinlich doch nicht angehen, aß nur aus diesen Überlegungen her- ıs die Maßverhältnisse geboren wer- en, welche die künstlerische Aussage m Ausdruck bringen müssen. Denn ese Teile werden ja in einer Vielzahl ısammengesetzt, sie ergeben im End- fekt dann das Haus.

ei den Fensteröffnungen besteht die eiche Lage; wir normen die Fenster, er eigentlich auch nicht nach ästheti- hen Gesetzen, sondern nach Holz- arken, nach irgendwelchen Vor- hriften über Brüstungshöhen und urzhöhen und dergleichen; da bleibt nn für das Fenster soundsoviel übrig, e Breite des Pfeilers ist auch irgend- e statisch gegeben, und dann bleibt ne Fläche übrig, die man dann für das Fenster ausnützt. Das sind eben- falls richtige und logische, technische und funktionelle, administrative, finan- zielle Überlegungen, die nun die künst- lerische Aussage bewältigen sollen.

Natürlich können sie das nicht, und ich bin der Meinung, wenn wir jetzt dabei sind, riesige Werke zu bauen, in denen die Einzelteile für die Gebäude hergestellt werden sollen, seien es Großplatten, seien es Großblöcke, seien es Fenster, seien es Wandstützen, seien es Decken und dergleichen, dann sollte man jetzt von übergeordneter Stelle aus, also in der Hauptsache von der Deutschen Bauakademie aus, da- rangehen, diese Dinge vom Ästheti- schen her zueinander in Beziehung zu bringen. Die Bauakademie arbeitet gegenwärtig ein Wandstützsystem für die Ladenbauten an der Stalinallee aus. Man wird zwei, drei Höhen wählen, man wird vielleicht zwei Stützenentfer- nungen wählen und kann damit dann eingeschossige, eineinhalbgeschossige und zweigeschossige Läden bauen, hohe, riesige Räume und dergleichen mit ganz wenigen Elementen schaffen; der Gedanke ist selbstverständlich voll- ständig richtig.

Aber man wird es dem Ingenieur nicht allein überlassen dürfen, sondern wird sich nun meines Erachtens darum be- mühen müssen, auch diese Dinge in ein ästhetisches Verhältnis zueinander zu bringen; also bei den Flächen, die dann entstehen, indem einmal eingeschos- sig, einmal eineinhalbgeschossig ge- baut wird, indem liegende Flächen, wie zum Beispiel beim Wohnungsbau die Fläche 2,80×3,60 m, zu einer stehenden Fläche komponiert werden, muß darauf geachtet werden, daß sie und auch andere Flächen, die sich beim Bauen ergeben, in einem ästhetischen Ver- hältnis zueinander stehen und künst- lerische Aussagekraft besitzen. Man könnte einwenden, das sei alles nur Ge- wohnheit, man wird sich an dieses Maß schon gewöhnen. Das ist, so glaube ich, falsch. Genau so, wie kein musika- lischer Mensch ein Lied falsch pfeift und es dann für richtig erklären kann, denn die anderen werden immer sagen: „Du pfeifst ja falsch!", genau so wird man sich nicht an ästhetisch unbefrie- digende Proportionen gewöhnen.

Die Frage, die ich hier aufwerfe, scheint einfach zu sein, vielleicht ist sie ein- fach, wenn man sie wirklich in Angriff nimmt und löst. Der Mangel ist jedoch der, daß man sich noch nicht damit be- schäftigt hat, sondern daß die einzelnen Sparten, zum Beispiel das Tischler- handwerk oder die Betonleute, neben- einander arbeiten, ihre Aufgaben vom Technischen her erfüllen und das Über- geordnete nicht ins Auge fassen. Ich glaube, daß dieses Anliegen tatsäch- lich eine Forderung des Tages ist, die nicht übersehen werden darf, weil dann die Fabriken, welche Tausende und Zehntausende Fertigteile ausstoßen, nicht so schnell umgebaut werden können, wenn in dieser Beziehung grundlegende Fehler begangen werden, denn die Fertigteile, die dann erzeugt werden, müssen tatsächlich für lange Zeit auch in ihrer künstlerischen Aus- sage richtig und gültig sein.

Der Revisionismus in der Architekturtheorie

Lothar Kühne

Zu dem Referat von Professor Hans Schmidt möchte ich in Anknüpfung an die Bemerkungen des Genossen Pro- fessor Magritz sagen, daß auch ich der Auffassung bin, daß bestimmte philo- sophische und allgemein ästhetische Probleme in der Formulierung und damit natürlich nicht nur in der Formulie- rung, sondern schließlich doch auch in der inhaltlichen Fassung zum Teil oberflächlich und zum Teil falsch sind. Dahinter steckt natürlich nicht nur Unver- mögen, sondern zweifellos ein realer Kern. Da ich aber der Meinung bin, daß unsere jetzige Beratung kaum imstande sein wird, diese Seite der The- sen umfassend und allgemein darzu- stellen, möchte ich mich hier einer weiteren Polemik enthalten. Ich ge- statte mir jedoch, vor meinen eigent- lichen Betrachtungen eine kurze Be- merkung zu einem mehr terminologi- schen Problem zu machen, das auch in den Thesen als „Architektur und Städtebau" formuliert ist. Bei der terminologischen Trennung von Archi- tektur und Städtebau muß zweifellos die Frage auftreten, wie sie unter an- derem von Professor Hopp entwickelt wurde: Ist die Architektur im Sinne des Wohnungsbaus Kunst, oder gelten für die einzelnen Bauwerke dieselben ästhetischen Gestaltungsprinzipien, wie sie beispielsweise auch für ein Auto gültig sind, an dem ich ja auch be- stimmte Probleme funktionell und in bestimmter Hinsicht tektonisch ent- wickeln könnte? Wenn wir also in dieser Hinsicht trennen, so verschließen wir uns nach meiner Auffassung die Möglichkeit, zu einer wirklich einheit- lichen, komplexen Auffassung der Bau- kunst zu gelangen. Diese Trennung Architektur, Städtebau, Industriebau, landwirtschaftliches Bauen in ihrer rein additiven Zuordnung ist das Ergebnis der Parzellierung des Gesichtskreises in der bürgerlichen Entwicklung, die nicht imstande ist, die Architektur als Gesamtheit, als einheitlichen Komplex zu fassen, und die, wie es ja auch in der Kunstgeschichte allgemein üblich ist, eine Fassade, eine Kirche, einen Grund- riß nimmt und diese analysiert. Das ist zwar eine Seite, die notwendig ist, trotzdem ergibt sich schon beim ober- flächlichen Hinschauen, daß der Mensch beispielsweise kein Haus bauen kann, ohne dabei Landschaft zu gestalten, daß er nicht zwei Häuser gestalten kann, ohne damit bereits ein Ensemble zu gestalten, daß er nicht mehrere Häuser in größerem Rahmen, in größe- ren Dimensionen bauen kann, ohne sich in die Ebene des Städtebaus zu begeben, das heißt, der Städtebau selbst ist eine Komponente, eine Seite des Häuserbaus. Das gleiche gilt für das Problem des Industriebaus, welches eine Seite der Landschaftsgestaltung und besonders auch des Städtebaus sein sollte. Ich möchte damit nicht sagen, daß es keine Unterschiede gibt zwischen der städtebaulichen, indu- striebaulichen, hausbaulichen, land- schaftsgestalterischen Komponente innerhalb der einheitlichen Architektur, aber ich halte es für falsch, in der Architektur in bestimmter Hinsicht Bau- kunst, Städtebau, Industriebau und so weiter einander entgegenzustellen. Wenn wir imstande sind, uns zu einer solchen einheitlichen Betrachtung der Architektur als Gesamtkomplex durch- zuringen, so wird sich die Frage, um die hier gerungen wurde und wird, verhält- nismäßig einfach klären lassen. Wir werden sagen dürfen, daß wir keine Notwendigkeit verspüren, das einzelne Haus als ein in sich geschlossenes Kunstwerk betrachten zu müssen. So wie ich beispielsweise, um ein Beispiel aus der bildenden Kunst zu nehmen, auch ein bestimmtes Werk der bilden- den Kunst nicht zerpflücke, obgleich es auch dort verschiedene Kompo- nenten gibt. Diese sind Elemente der Kunst, sie sind künstlerische Gestal- tungselemente, was auch für das Haus, was für die Fabrik, was für das Kauf- haus und so weiter Gültigkeit hat. Zu Kunst erheben sich all diese Elemente erst im Gesamtzusammenhang, den sie eingehen und dessen Charakter durch die gesellschaftlichen Verhältnisse be- stimmt ist, die in dieser Form wider- gespiegelt werden.

Ich möchte noch einige Worte zum Problem der Ordnung sagen. Die Ord- nung wurde charakterisiert im Sinne von einfach, klar und so weiter. Hier liegt zweifellos eine bestimmte Schwierigkeit. Natürlich wird dem Genossen Professor Schmidt klar sein, daß, wenn wir sagen, unsere Architektur muß einfach sein, wir damit noch verhältnismäßig wenig aussagen, aber trotz alledem etwas sehr Wesentliches. Die Frage zu beant- worten, welche künstlerische Spezifik neben der allgemeinen Einfachheit und Klarheit nun diese Ordnung hat, das ist eine Frage, auf die ich heute keine Antwort erwartet habe, die zu beant- worten, nach meinem Dafürhalten, eine lange und mühsame Arbeit kosten wird. Denn dort werden wir uns schließ- lich notwendigerweise der Aufgabe unterziehen müssen, nicht nur vom Standpunkt der Philosophie, der bau- geschichtlichen Betrachtung, sondern auch vom Standpunkt der Psychologie die Analyse zu beginnen und die Form zu befragen, was sie eigentlich ist, um von dieser Seite her wissenschaftlich unantastbare Kriterien zu erhalten, um eine Raumgestalt nicht mehr nur da- nach beurteilen zu müssen, ist sie ge- ordnet, oder ist sie ungeordnet, son- dern um aussagen zu können, diese und jene spezifische Wirkung übt diese und jene Raumgestalt auf den Men- schen aus, in dieser und jener Richtung beeinflußt diese und jene Raumgestalt das Bewußtsein des Menschen.

Mein eigentliches Anliegen ist, zur Frage des Revisionismus in der Ar- chitektur Stellung zu nehmen.

Wenn wir die Entwicklung im soziali- stischen Lager und in unserer Deut- schen Demokratischen Republik ver- folgen, so können wir mit Recht sagen, daß es der Arbeiterklasse und ihrer Partei gelungen ist, einen bestimmten zeitweiligen Vorstoß der revisionisti- schen Kräfte zurückzuschlagen. Wenn der Revisionismus auch geschwächt ist, so ist er doch noch eine gefährliche Erscheinung, die stets bekämpft wer- den muß. Die Bitterfelder Beratung konnte beispielsweise für das Gebiet der Literatur feststellen, daß es gelungen ist, die revisionistischen und opportu- nistischen Auffassungen in der Lite- ratur zurückzudrängen. Auf dem Ge- biet der Ästhetik und auf dem Gebiet der Architekturtheorie liegen nach meiner Auffassung die Dinge anders. Speziell die allgemeine Ästhetik wie auch die Architekturtheorie waren und sind heute mehr oder weniger noch Domänen revisionistischer und oppor- tunistischer Anschauungen. Nun hat es allerdings keinen Sinn, nur all- gemein vom Revisionismus zu spre- chen, ohne ihn zu charakterisieren und ohne zu sagen, worin er sich speziell in der Architekturtheorie äußert. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die Thesen nur eine Oberflächenerscheinung des Re- visionismus treffen, wenn sie die Frage der Anerkennung des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen bürgerlicher und kapitalistischer Baukunst hervor- heben.

Ich möchte sagen, daß das erste und wesentlichste Merkmal des Revisionis- mus in der Architekturtheorie darin be- steht, daß die Rolle der Diktatur des Proletariats, daß die Rolle des soziali- stischen Staates in ihrer geschicht- lichen Bedeutung herabgesetzt oder geleugnet werden. Ich habe in meinem Artikel im Heft 11/1958 der „Deutschen Architektur" die Frage der Macht be- wußt in den Vordergrund gestellt und sehr viele Diskussionen darüber ge- führt. Es wurde gesagt, wir gehen doch der kommunistischen Gesellschaft ent- gegen, einer Gesellschaft, in der es keinen Staat mehr geben wird. Handeln wird da nicht „zukunftssinnig", wenn wir bereits heute das Problem der Ge- staltung der Macht in den Hintergrund schieben, es an die Peripherie drängen. Es kommt sogar vor, daß gerade diese Antwort als „kommunistische Vi- sion" hingestellt wird. Bei näherer Untersuchung stellt sich jedoch stets heraus, daß diese Antwort von Men- schen gegeben wird, die noch nicht einmal unsere jetzige gesellschaftliche Wirklichkeit richtig verstanden haben, und die aus diesem Unverständnis unserer jetzigen gesellschaftlichen Wirklichkeit, der jetzigen Aufgabe der sozialistischen Staatsmacht zu dieser falschen Ansicht gelangen. Der soziali- stische Staat ist jedoch der Schlüssel zur kommunistischen Gesellschaft. Er ist das große Organisationszentrum des werktätigen Volkes, wodurch dieser

Staat sich von allen anderen Formen bisheriger Macht unterscheidet. Das heißt: Wenn ein Architekt sich wirklich die Aufgabe stellt, durch sein Werk zu helfen, daß die Menschen schneller zur kommunistischen Gesellschaft voranschreiten, dann kann er das verwirklichen, indem er darum ringt, die große Bedeutung der Staatsmacht der Arbeiterklasse richtig zu erfassen und künstlerisch darzustellen.

Als zweites Merkmal des Revisionismus in der Architekturtheorie möchte ich die Leugnung des Abbildcharakters der Architektur hervorheben, die Leugnung der Tatsache, daß die Architektur eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins ist, und daß ihr Gegenstand als Kunst, allgemein gesprochen, ohne seine Spezifik hervorzuheben, im gesellschaftlichen Sein besteht. Horst Redeker hat diese Position der Verneinung des Abbildcharakters der Architektur in extremer Form in seiner Polemik gegen Burow im Heft 3/1959 der „Deutschen Architektur" zum Ausdruck gebracht. Genosse Ehrlich sagte heute, daß die Architektur sich auf die biologischen Komponenten beziehen müsse. Redeker geht noch weiter und sagt, der Gegenstand der Architektur seien die Naturstoffe. Die Aufgabe der Architektur bestehe darin, das Wesen dieser stofflichen Materialien darzustellen. Redeker versteht nicht, daß die Benutzung dieser Materialien in der Architektur dazu dient, das Wesen der Gesellschaft räumlich widerzuspiegeln. Von dieser Seite her gelangt er mit Notwendigkeit zu einer mechanistischen, vulgären Auffassung des Begriffes Materialgerechtigkeit; ein Problem, welches nicht nur spezifisch ist für die Architektur, sondern auch gültig ist für die Skulptur und alle anderen Künste. Auch ein Werk der Skulptur muß materialgerecht sein. Ich kann eine in Marmor gearbeitete Skulptur nicht ohne weiteres in Sandstein umsetzen, dann erhalte ich eine ganz andere künstlerische Aussage. Die Entwicklung der Kunst zeigt also, daß die Menschen das Problem der Materialgerechtigkeit nicht negieren, und daß jeder große Künstler sich dadurch auszeichnet, daß er verstanden hat, dem Material jene ästhetische Qualität abzuringen, die geeignet ist, die beabsichtigte künstlerische Aussage auszudrücken. Daraus ergibt sich zweifellos, daß nicht jedes beliebige Material imstande ist, Träger jeder beliebigen künstlerischen Aussage zu sein. Das Material trägt in seiner Wertigkeit stets nur den Charakter des Ausdrucks. Als Ausdrucksträger geht es dann ein und ist es Grundlage für das Abbild. Die Seite des Ausdrucks jedoch verabsolutieren, bedeutet, den Abbildcharakter der Kunst und der Architektur als gesellschaftliches Bewußtsein zu negieren. Die Konzeption von Redeker steht in einem logischen Zusammenhang mit seinem offen idealistischen Standpunkt, daß das Schöne nichts anderes als die sinnliche Erscheinung des Wesens des Materials und der Zweckmäßigkeit des Gegenstandes sei. Damit gibt Redeker mit nahezu allen Idealisten seit Kant neben der Materialgerechtigkeit die Zweckmäßigkeit als Kriterium der Schönheit an. Unser Institut für Gesellschaftswissenschaften an der Technischen Hochschule Dresden ist in den Räumen eines ehemaligen Gerichts im Georg-Schumann-Bau in Dresden untergebracht; dort haben Genossen einen Prügelstock der Hitler-Schergen aufbewahrt. Fragen wir nach Redeker, ob er schön sei, so müßten wir danach fragen, ob die sinnliche Erscheinung des Wesens seines Materials zum Ausdruck komme, und ob dieser Gegenstand zweckmäßig sei. Das Wesen des Materials ist sehr gut zum Ausdruck gekommen, man sieht die Faserung des Holzes in seiner furchtbaren Deutlichkeit, und man muß sagen, der Gegenstand ist schließlich zweckmäßig für die Faschisten. Das Kriterium der Zweckmäßigkeit ist ein rein subjektives Kriterium. Ist eine quietschende Tür eine zweckmäßige Tür oder eine unzweckmäßige? Ich muß sagen, für mich war eine quietschende Tür lange zweckmäßig. In der Schule, in der Zeit, als ich keine besondere Lust hatte, freute es mich, wenn der Lehrer hereinkam und die Tür erbärmlich quietschte, so daß der etwas nervöse Lehrer gewissermaßen in einer schlechten, aufgeregten Stimmung in die Stunde hineinkam. Was für die Arbeiterklasse zweckmäßig ist, ist für die Bourgeoisie nicht zweckmäßig. Die Religion ist für die Bourgeoisie zweckmäßig. Die Frage, ob das, was für den einen auch für den anderen zweckmäßig ist, das ist eine andere Frage, das ist das Problem, daß der Zweck nicht willkürlich von den Menschen bestimmt wird, sondern selbst ideeller Ausdruck und Widerspiegelung bestimmter objektiver Gegebenheiten ist. Aber trotz alledem bleibt es richtig zu sagen, daß Zweck nichts anderes ist als die subjektive Anforderung des Menschen an einen von ihm hervorgebrachten Gegenstand, und diese subjektive Anforderung kann sich wandeln, aber nicht wandeln kann sich der Charakter der Schönheit oder der Charakter des Häßlichen durch diese Veränderung des subjektiven Verhaltens, das heißt, die Zweckmäßigkeit selbst ist natürlich auch gesellschaftlich bedingt.

Die Frage nach der Nützlichkeit steht in einer ähnlichen Beziehung. Die Pragmatisten sagen, wahr ist das Nützliche. Aber Lenin sagt, für die Bourgeoisie ist die Religion nützlich und zwar auf Grund einer gesellschaftlichen Bedingtheit, aber sie ist nicht wahr. Das heißt, ein bestimmtes Abbild kann für einen Menschen zweckmäßig sein, aber es muß nicht schön sein. Und so frage ich, welcher Mensch denn „schöne" Kitschprodukte hervorbringen würde, wenn sie nicht zweckmäßig wären. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, eine Plattheit; jede Tätigkeit des Menschen, jedes Produkt menschlicher Tätigkeit, ist ein Produkt, welches ich dem Kriterium der Zweckmäßigkeit unterwerfen kann. Kein Mensch tut etwas bewußt, ohne damit einen bestimmten Zweck zu verfolgen. Wenn ich also die Entsprechung der Produkte seiner Tätigkeit zu diesem Zweck als Zweckmäßigkeit fasse, beantworte ich doch noch lange nicht die Frage der Schönheit. Es handelt sich hier um nichts anderes als um eine verhältnismäßig ausgetretene Form des ästhetischen Pragmatismus.

Um die Frage des Revisionismus noch etwas zu verdeutlichen, möchte ich noch eine andere Seite der Auffassungen Redekers hervorheben. Bekanntlich hat der sowjetische Ästhetiker Burow den künstlerischen Charakter der Architektur geleugnet. Dabei ist Burow in einigen Fragen nicht nur an die Grenze des Idealismus gekommen, sondern sogar in den Idealismus hineingeraten. Es ist aber bezeichnend, daß dort, wo in der Theorie Idealismus herrscht, die Architektur immer der Prügelknabe ist. Das können Sie auch in der klassischen deutschen Philosophie verfolgen, so Treffendes wie ein Kant, ein Schiller, ein Hegel über Literatur und Musik zu sagen hatten, die Architektur war immer eine untergeordnete, niedere Sache. Aber das soll hier nicht im Vordergrund stehen. Interessant ist das Verhalten Redekers gegenüber Burow. Anstatt daranzugehen, die falschen Auffassungen Burows zu kritisieren, stürzt sich Redeker mit Leidenschaft auf jene Seite der Theorie Burows, die noch fest in der materialistischen Position verankert ist. Burow steht nämlich fest und unerschütterlich auf dem materialistischen Standpunkt, daß die Spezifik einer bestimmten Form des gesellschaftlichen Bewußtseins stets durch die Spezifik ihres Gegenstandes bedingt sein muß. Da nun Horst Redeker über Architektur und Kunst eine andere Auffassung hat, muß er natürlich gegen diese Position Sturm laufen. Er schreibt, es gäbe keinen spezifischen Gegenstand für die Kunst, ihr Spezifikum liege nicht im Gegenstand sondern in ihr selbst und in ihrer besonderen Art, Weise und Funktion bei der Aneignung der Wirklichkeit. Das heißt, hier ist mit aller Deutlichkeit der marxistisch-leninistischen Position der Abbildtheorie, des Abbildcharakters des gesellschaftlichen Bewußtseins der Fehdehandschuh hingeworfen worden.

Als dritte Seite des Revisionismus in der Architekturtheorie möchte ich die Negierung des Klassencharakters und der Parteilichkeit der Baukunst bezeichnen. Genosse Junghanns hat vor mir eine Analyse eines städtebaulichen Zusammenhangs gegeben, eine Analyse, zu der noch vieles zu sagen wäre, und auch Genosse Junghanns hätte sicherlich noch vieles gesagt. Aber diese Analyse hatte vor allem einen Fehler. Sie ging nicht auf die klassenmäßige Bedingtheit dieser Ordnung ein. Schon früher hat Kurt Junghanns die Position der Negierung der Bedeutung des Klassencharakters der Kunst eingenommen. In seiner Arbeit über die Stellung der öffentlichen Gebäude in der mittelalterlichen deutschen Stadt schrieb Kurt Junghanns, daß damals die politischen Verhältnisse in den Städten durch die genossenschaftliche Organisation der Bevölkerung bestimmt worden wären, und daß der Geist genossenschaftlicher Zusammenarbeit und aktiver Teilnahme jedes einzelnen Bürgers an den öffentlichen Angelegenheiten das gesamte städtische Leben und nicht zuletzt auch die Anlage und den Bau der Städte geprägt habe. Anschließend bemerkte er, die Stadtbevölkerung wäre zwar in herrschende Patrizier und beherrschte Plebejer gespalten gewesen, und ihre Organisationen hätten sich zeitweilig untereinander blutige Kämpfe geliefert, aber dieser Antagonismus trete relativ hinter dem gemeinsamen Antagonismus gegenüber den feudalen Mächten zurück. Es ist doch aber völlig illusorisch, utopisch, unhistorisch, die Situation der mittelalterlichen Stadt im Sinne gemeinsamer Anstrengungen der gesamten Bevölkerung und kollektiven Denkens zu charakterisieren. Jedoch ist es nur diese Seite, die die gesamte Analyse, die Kurt Junghanns hier durchführte, durchzieht, und die Tatsache, daß sie sich auch blutig befehdet haben, steht als einzelner, verlassener Satz in dem Ganzen. Hätte Genosse Junghanns eine echte Analyse der mittelalterlichen Stadt durchgeführt, dann hätte er feststellen müssen, daß diese Stadt, wenn auch in einer differenzierten und nicht oberflächlichen Form, in ihrer städtebaulichen Ordnung nicht zu erklären ist ohne den Klassenantagonismus zwischen Plebejern und Patriziern. Die Beziehung zwischen Rathaus und Kirche, die sogenannte Intimität, wenn auch nicht sentimentalromantische Intimität, der Verhältnisse der Ordnungsbeziehung der mittelalterlichen Stadt sind alles andere als schlechthin Ausdruck von Genossenschaftlichkeit und Harmonie von unten bis oben. Vielmehr zieht sich der Klassengegensatz in der mittelalterlichen Stadt durch das Patrizierhaus selbst hindurch, desgleichen durch das Haus des Handwerkers, und er findet seine Widerspiegelung in der räumlichen Ordnung des Bürgerhauses und drückt sich auch aus in der Ordnung des gesamten städtebaulichen Zusammenhangs. Wenn man von diesem Standpunkt ausgeht, muß man dann natürlich hinsichtlich der Architektur der Gegenwart zu Schlüssen folgender Art kommen. Kurt Junghanns schreibt zur Monumentalität im Städtebau: „Auch die Monumentalität war in den Dienst der sozialen Unterdrückung gestellt worden und ließ den Staat als Machtinstrument im Bild der Städte sichtbar werden. Es zeugt von der Kraft des modernen demokratischen Empfindens, wenn diese Form der Monumentalität auf Ablehnung stößt." Das heißt, Kurt Junghanns ersetzt den Begriff des Klassencharakters der Demokratie stillschweigend durch den Begriff des modernen demokratischen Empfindens. Daß die Bourgeoisie in der Phase des Imperialismus ihre Herrschaftsgebäude in der zurückhaltenden Form des Bürohauses formuliert, das sei eine Tatsache des demokratischen Empfindens. Hier wird nicht der Charakter der Verschleierung, der Täuschung des bürgerlich-kapitalistischen Städtebaus in der imperialistischen Phase erkannt. Von einem solchen Standpunkt einer allgemeinen Demokratie können doch nicht die Frage unseres gesellschaftlichen Entwicklungszustandes und die Frage der Demokratie in unserem Staat richtig behandelt werden. So sehr ich den Grundstandpunkt bejahe, mit dem Genosse Kurt Junghanns hier an dieses Pult gegangen ist, so sehr sage ich, eine schlechthin reflektierende Betrachtung, wie schön war das, und wie glücklich wären wir vielleicht, wenn wir da auch noch wohnen könnten, hilft uns keinen Schritt vorwärts. Wir können echte Analysen nur durchführen, wenn wir mit der dialektisch-materialistischen Methode an die Problematik herangehen.

Es ist auch interessant, daß Kurt Junghanns in der Arbeit „Stellung der öffentlichen Gebäude im mittelalterlichen Stadtbild" Begriffe gebraucht, wie sie beispielsweise von Professor Rauda kolportiert wurden. Ein solcher Begriff, in einem scheinbar marxistischen Gewande gebraucht, ist die „freie Komposition". Ich glaube, es würde schwer sein zu sagen, was eine freie und was eine unfreie Komposition ist. Eine freie Komposition ist hier noch eindeutig als die mittelalterliche aufgefaßt, wobei das mittelalterliche mehr verschwommen und allgemein ist. Und wenn also unsere Komposition anders ist als die mittelalterliche, die mittelalterliche also frei, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als zu meinen, daß unsere andere Komposition eine unfreie ist. Überhaupt ist die Auffassung der Ordnung, der Komposition von Kurt Junghanns etwas sehr allgemein gefaßt. Er schreibt: . . . „ob in den Wohngebieten die Raumformung in freier Komposition erfolgen oder in symmetrischen Lösungen bis zum exakt axialen Aufbau gesucht werden soll — diese Frage verliert an Gewicht. Entscheidend bleibt das Geordnetsein, die Darstellung der Ordnung als Prinzip". Das heißt, dadurch, daß sich Kurt Junghanns in seinen theoretischen Bemühungen von dem Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse entfernt, wird es ihm unmöglich, bei teilweise guten und richtigen Analysen, richtige, nützliche und helfende Schlußfolgerungen für die sozialistische Baupraxis zu ziehen.

Ich möchte den letzten Gesichtspunkt darstellen, und zwar glaube ich, daß auch in der Architekturtheorie die Trennung von Kunst und Politik Ausdruck einer revisionistischen Position ist.

Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik zwar oft auf furchtbare Weise entstandene, aber schließlich doch große Möglichkeiten neuer städtebaulicher Ordnung erhalten. Wer die Entwicklung einer solchen Stadt wie Dresden verfolgen muß, wird feststellen, daß hier viele dieser Möglichkeiten jeden Tag mehr und mehr vergeudet werden. Gerade das Zentrum Dresdens, soweit es bebaut ist, läuft Gefahr, zu einem Arsenal von häßlichen Höfen zu werden. Wenn man beispielsweise den Bereich an der Weißen Gasse nimmt, so könnte man meinen, hier habe der alte Reaktionär Cornelius Gurlitt Pate gestanden, der in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts im Geiste echter oder — genauer gesagt — mißverstandener Mittelalterlichkeit forderte, die Straßen wieder enger zu bauen. Auf der anderen Seite gibt es räumliche Gestaltungen, die sich verlieren, die auf die Gestaltung von Idyllen hinlaufen. Zweifellos sind die Erholung, die Entspannung der Menschen wichtige Aufgaben, die die Architektur zu lösen hat. Aber die andere Seite, die doch gerade in unserer heutigen Zeit im Vordergrund steht, ist, daß die Architektur die Aufgabe hat, den Menschen zu aktivieren, den Menschen gerade aus der Dresdner Gemütlich-

keit herauszuführen. Warum sind nun viele Architekten nicht imstande, diese Aufgabe zu sehen? Sie sehen offenbar nicht, und hier scheint die Ursache zu liegen, daß zwischen der künstlerischen und der politischen Form des gesellschaftlichen Bewußtseins ein enger Zusammenhang besteht, ohne daß beide identisch sind. Aus diesem Grunde verlieren sie sich in solche falschen Auffassungen, wie wir sie auch heute gehört haben, in Darstellungen biologischer und sonstiger Probleme. Sie freuen sich gewissermaßen, wenn sie wieder ein spielerisches Arrangement mit der Hoffnung geordnet haben, daß sich dann der Kleinbürger, wenn er von den Hügeln herunterkommt, wie in Dresden, über die Niedlichkeit freut, die dort wieder entstanden ist; sie scheuen sich krampfhaft und bewußt, jede Form, um mit den allgemein gebrauchten Begriffen zu operieren, durchgehender Ordnung, Allgemeinheit zu entwickeln. Dies äuft doch darauf hinaus, daß nicht verstanden wird, welche neue Rolle die Bewußtheit beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft spielt. Ich muß es mir versagen, auf Probleme der Psychologie näher einzugehen, ich möchte mich nur in der Allgemeinheit, in der These, auf den sowjetischen Psychologen Rubinstein berufen, der sagt, bestimmte Formen haben die Eigenschaft, entweder den Menschen zu aktivieren, seine Bewußtheit zu erhöhen oder die Bewußtheit des Menschen abzuschwächen und den Menschen in eine passive geistige Situation hineinzubringen. Diese Frage der Rolle der Bewußtheit kann man beispielsweise auch in der Entwicklung des mittelalterlichen Städtebaus sehr deutlich verfolgen, um darauf noch einmal zurückzukommen. In dem Augenblick, in dem das Städtebürgertum sein spezifisches politisches Bewußtsein entwickelt, in dem Moment, in dem sich mit der Entwicklung zur Renaissance der Gegensatz zwischen Bürgerlichen und Feudalen bereits zuspitzt, ist es mit dieser sogenannten mittelalterlichen Gebundenheit im Städtebau zu Ende, weil die Klasse dann jene Gebundenheit, Unbestimmtheit einfach nicht mehr für ihre Aufgabe benötigt. Wir brauchen eine Baukunst, wir brauchen Ordnungen und Formen, die uns helfen, die allgemeinen geistigen Funktionen des Menschen, die Richtung seines Denkens selbst zu beeinflussen, und zwar auch durch die räumliche Qualität. In dieser Frage, dieser Problematik der Trennung von Kunst und Politik, muß ich nun noch einmal auf den Genossen Junghanns zurückkommen. Er möge mir verzeihen und nicht glauben, daß ich ihn als Prügelknaben auserkoren habe, in bestimmter Hinsicht hebt er sich hervor, da er den Mut hatte und hat, offen seine Position darzulegen.

Genosse Junghanns sagte vorhin, unsere Schönheit sei erst in der Entwicklung. Das ist richtig, aber ich möchte sagen, dieses Urteil können wir zu jeder Zeit aussprechen. Wenn einmal, sagen wir, die Urenkel des Genossen Junghanns, schon tief in der kommunistischen Gesellschaft, auf einer theoretischen Beratung stehen, so können sie mit gleichem Recht sagen, unsere Schönheit ist in der Entwicklung. Ich möchte nicht sagen: Es ist falsch, es ist richtig; aber müssen wir nicht mehr von dieser resignierenden Position weg und sagen, unsere Schönheit, die wir haben, heute bereits haben, ist großartig, ja, sie ist selbst dort großartig, die Schönheit der Arbeiterklasse, wo der Kapitalismus noch herrscht. Die Schönheit des klassenbewußten Proletariats, die Kraft der organisierten Arbeiterklasse bereits unter den Bedingungen des Kapitalismus sind doch eine faszinierende, erhabene, große Schönheit, eine Schönheit, die sich zweifellos auch bei uns entwickelt, die einen neuen Charakter, eine neue Qualität zeigen muß.

Noch ein letztes Wort zu dem Problem der Rangordnung. Auch hier sagt Genosse Junghanns etwas, wie ich empfunden habe, resigniert, ich möchte, daß ich es falsch empfunden habe, die Rangordnung bilde sich bei uns erst heraus. Ich möchte sagen, die gesellschaftliche Rangordnung entwickelt sich natürlich bei uns, aber es ist falsch, zu sagen, daß sie sich erst herausbildet. Herrschende Klasse ist die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, das heißt, aus dieser Tatsache, wenn es auch noch so allgemein erscheinen mag, ergibt sich mit innerer Notwendigkeit die gesellschaftliche Rangordnung aller inhaltlich funktionellen Bereiche. Und ich halte es auch nicht für richtig, den Begriff der natürlichen Rangordnung zu gebrauchen. Die Rangordnung ist stets eine gesellschaftliche Rangordnung. Das, was Genosse Junghanns am Beispiel von Nancy zeigte, ist zweifellos richtig, aber auch diese Ordnung kann man nicht verabsolutieren, man kann nicht sagen, das ist die Rangordnung, die natürliche Rangordnung. So hat sich die Rangordnung, sagen wir, zwischen Schloß und Kirche, zwischen Schloß und Wohnbereich stets geändert, von der frühfeudalen Entwicklung bis hin zur bürgerlichen Entwicklung. So hat sich selbst in der kapitalistischen Gesellschaft die Rangordnung zwischen Wohnhaus und Warenhaus geändert; denken wir zum Beispiel an das Wertheim-Warenhaus von Messel. Wir haben bereits heute eine so bedeutende Wirklichkeit in unserem Staate, daß wir zu allererst die Aufgabe haben, dieses, was wir selbst herausbilden, was wir selbst gestalten, freudig hervorzubringen.

Was verstehen wir unter sozialistischer Baukunst?

Nachstehender Beitrag ist ein Auszug aus dem Referat, das Professor Hans Schmidt auf der theoretischen Beratung des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der Deutschen Bauakademie am 25. Juni 1959 in Berlin gehalten hat.

Die Redaktion der Zeitschrift wandte sich mit folgendem Schreiben an eine Reihe von Kollegen:

„Auf der theoretischen Beratung, die das Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst an der Deutschen Bauakademie am 25. und 26. Juni 1959 veranstaltete, warf der Referent des Hauptreferates, Professor Hans Schmidt, unter anderem auch die Frage auf: „Vas verstehen wir unter sozialistischer Baukunst?"

Wir sind der Meinung, daß eine klare Beantwortung dieser Frage von großer ideologischer Bedeutung ist. Professor Hans Schmidt hat in seinem Referat in kurzer und gedrängter Form versucht, diese Frage zu beantworten. Wir sind der Auffassung, daß diese Antwort noch nicht in jeder Hinsicht als vollkommen bezeichnet werden kann. Das ist verständlich, handelt es sich doch um eine Frage, deren Beantwortung schließlich nur durch eine kollektive Anstrengung möglich ist.

In der Anlage übersenden wir Ihnen den betreffenden Teil des Referates von Professor Hans Schmidt, der eine Beantwortung dieser Frage enthält. Vir bitten Sie, ihrerseits den Versuch zu unternehmen, in ähnlich gedrängter und kurzer Form eine Antwort zu geben. Auf diese Weise hoffen wir, der Lösung der gestellten Aufgabe näher zu kommen."

Anschließend an den Auszug aus dem Referat von Professor Hans Schmidt veröffentlichen wir als erste Antwort einen Beitrag von Herbert Letsch.

Aufgabe der Architektur und des Städtebaus ist es, Gebäude und städtebauliche Anlagen für das Leben der Gesellschaft zu schaffen. Die Werke der Architektur und des Städtebaus sind Gegenstand der materiellen Produktion und werden bestimmt vom praktisch-nützlichen Zweck, den sie für die Gesellschaft besitzen.

Die Werke der Architektur und des Städtebaus werden zu Werken der Kunst, indem sie die gesellschaftliche Wirklichkeit künstlerisch widerspiegeln und aktiv verändernd auf das Bewußtsein der Menschen einwirken.

In der gesellschaftlichen Bedingtheit der praktisch-nützlichen und der künstlerisch-ideologischen Aufgabe der Architektur und des Städtebaus liegt der Grund dafür, daß sich die Architektur und der Städtebau der sozialistischen Gesellschaft von der Architektur und dem Städtebau der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich unterscheiden,

die sozialistische Architektur und der sozialistische Städtebau können sich daher nur entwickeln, wenn die Architekten und Städtebauer unserer Republik konsequent von den Aufgaben ausgehen, die ihnen die sozialistische Gesellschaft stellt, und wenn sie sich gleichzeitig frei machen von dem ideologischen Einfluß, den die Architektur und der Städtebau des Kapitalismus heute noch ausüben. Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, die Erkenntnis des Neuen und Fortschrittlichen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Parteinahme für den Aufbau des Sozialismus sind notwendige Voraussetzungen für die Weiterentwicklung unserer sozialistischen Architektur und unseres sozialistischen Städtebaus. Denn das Neue in der Entwicklung der Gesellschaft setzt sich nicht automatisch, sondern nur durch die Taten bewußt handelnder Menschen durch.

Ausgehend von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, die die wissenschaftliche Grundlage für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und die Entwicklung der sozialistischen Kunst darstellt, gilt es, die Positionen der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus zu festigen und auszubauen. Diese Aufgabe ist nicht zu lösen ohne den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaus und besonders gegen die revisionistischen Auffassungen, die den ausschließenden Gegensatz zwischen der Architektur und dem Städtebau der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft leugnen.

Die besondere Bedeutung der kritischen und kämpferischen Auseinandersetzung unserer Architekten und Städtebauer mit der kapitalistischen Architektur und dem kapitalistischen Städtebau liegt begründet:

einmal in der Tatsache, daß sich unsere Republik in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet, in der die Überwindung der bürgerlichen Ideologie eine grundlegende Rolle spielt,

zum anderen in der Tatsache, daß unsere Republik, durch ihre Lage als äußerster Vorposten des sozialistischen Lagers und durch ihre Existenz als Staat der Arbeiter und Bauern in einem geteilten Deutschland, den kapitalistischen Einflüssen und Störungsversuchen, vor allem aus Westdeutschland, besonders stark ausgesetzt ist.

Worin besteht die Aufgabe der sozialistischen Architekten und Städtebauer?

Sie müssen bei ihren Werken grundsätzlich vom Leben unserer sozialistischen Gesellschaft ausgehen und sich dabei das Ziel setzen, die Entwicklung dieses Lebens zu fördern und voranzutreiben.

Das bedeutet, wenn wir von Baukunst sprechen, daß in diesen Werken bestimmte allgemeine künstlerische Prinzipien zum Ausdruck kommen müssen, die wir im folgenden aufzustellen versuchen.

Die sozialistische Architektur und der sozialistische Städtebau müssen, wie die sozialistische Kunst überhaupt — ausgehend vom Wesen der sozialistischen Gesellschaft —, in ihren Werken die Wirklichkeit in der Form des Typischen widerspiegeln und ihnen den Charakter des Einfachen, Klaren und des überschaubar und verständlich Geordneten verleihen.

Die sozialistische Architektur und der sozialistische Städtebau treten in einen entscheidenden Gegensatz zur Architektur und zum Städtebau des kapitalistischen Westens, in denen das Chaotische, Zufällige und nur mechanisch Geordnete zum Ausdruck kommen, die im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, in ihren materiellen und ideellen Lebensbedingungen begründet sind.

Für die Entwicklung der sozialistischen Kunst — und somit auch der sozialistischen Baukunst — spielt der sozialistische Realismus eine große Rolle. Im sozialistischen Realismus kommt die grundlegende Auffassung der sozialistischen Gesellschaft über die gesellschaftliche Funktion der Kunst und über das politische Verhalten des Künstlers zum Sozialismus zum Ausdruck.

Was verstehen wir unter sozialistischer Baukunst?

Herbert Letsch

Die Frage nach den Prinzipien und Erfordernissen der sozialistischen Architektur ist von der Frage nach ihrer gesellschaftlichen Funktion nicht zu trennen. Gemeinhin wird diese Frage dahingehend beantwortet, die gesellschaftliche Aufgabe des Architekten bestehe darin, „. . . Einzelbauwerke und Ensembles zu errichten, die praktisch-nützlichen und ideellen Bedürfnissen der Gesellschaft dienen". (Handbuch für Architekten, VEB-Verlag der Technik, Berlin 1954)

Diese Auffassung, daß die Werke der Baukunst praktisch-nützlichen und ideellen gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen, ist außerordentlich verbreitet. Bei näherer Betrachtung dieser Bestimmung zeigt es sich aber, daß sie — wenngleich sie einen richtigen Gedanken enthält — dennoch der theoretische Ausgangspunkt mannigfacher Mißverständnisse ist, daß sie den Erfahrungen der baukünstlerischen Praxis nicht gerecht wird, daß sie wesentliche Seiten der Spezifik der Architektur als Kunst nicht erfaßt. Die Unzulänglichkeit dieser Bestimmung der gesellschaftlichen Aufgabe der Baukunst zeigt sich letztlich darin, daß sie zur theoretischen Sanktion des angeblich künstlerischen Charakters der Manifestationen des funktionalistischen Bauens verwandt werden kann. Richtig an dieser Bestimmung ist, daß die Werke der Baukunst stets praktisch-nützlichen Zwecken dienen. Richtig ist auch, daß sie ideellen gesellschaftlichen Bedürfnissen Genüge zu leisten haben. Unzulänglich ist diese Bestimmung deshalb, weil sie erstens nicht den besonderen Charakter jener ideellen gesellschaftlichen Bedürfnisse in Erwägung zieht, und weil sie zweitens nicht den besonderen Modus ihrer Befriedigung beachtet. Was den besonderen Charakter der ideellen gesell-

schaftlichen Bedürfnisse anbelangt: Es handelt sich hier nicht um ideelle Bedürfnisse schlechthin, sondern um solche künstlerisch-ideologischer Art, die demzufolge auch in der spezifischen Weise der Kunst, durch künstlerische Mittel befriedigt werden.

Die Wichtigkeit dieser Bemerkung erhellt meines Erachtens daraus, daß die Einwirkung auf das ideelle Leben der Gesellschaft, daß die ideologische Wirksamkeit nicht unbedingt die künstlerische Gestaltung (den künstlerischen Inhalt und die künstlerische Form) voraussetzt. Es ist offensichtlich, daß auch die Objekte des konstruktivistischen Bauens der (kapitalistischen) Gesellschaft in ideeller Beziehung dienen und ideologisch auf die Menschen einwirken, obgleich es sich hinsichtlich solcher Produkte des Hochbaus keineswegs um Werke der Baukunst handelt. Überdem gibt es eine Vielzahl anderer Dinge und Erscheinungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die — wenngleich völlig außerhalb des künstlerischen Bereichs liegend — dem ideellen Leben der Gesellschaft dienen und objektiv eine ideologische Funktion besitzen.

Fernerhin muß man meines Erachtens in Betracht ziehen, daß — auch in der sozialistischen Gesellschaft — nicht allen ideellen Bedürfnissen der Menschen ein ideologischer Aspekt zukommt. Dies bezieht sich beispielsweise auch auf das ideelle menschliche Bedürfnis nach der Formschönheit der Gebrauchsgegenstände, nach den Äußerungen des Formal-Ästhetischen, wie ja auch erfahrungsgemäß die Aufnahme des Formal-Ästhetischen klassenmäßig nicht differenziert erfolgt.

Demgegenüber besteht ein spezifisches Moment der Bedürfnisse künstlerisch-ideologischer Art in der Klassengesellschaft darin, daß die Menschen ihre klassenmäßig differierenden Auffassungen von der Wirklichkeit, ihre diesbezüglichen Gedanken, Vorstellungen, Ideen und Gefühle in bildhafter Form anschaulich vergegenständlicht wünschen. Der künstlerische Charakter der Manifestationen der sozialistischen Architektur erweist sich vornehmlich darin, daß sie — indem sie wesentliche Seiten des materiellen Lebens in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur einfach passiv zum Ausdruck bringen, diese Seiten des materiellen Lebens vielmehr zugleich vom Standpunkt der sozialistischen Ideologie aus ästhetisch interpretieren und künstlerisch glorifizieren — diesem Erfordernis optimal nachkommen.

Dies zu beachten erscheint mir sehr wesentlich, denn die Nichtbeachtung, das Vergessen dieses Erfordernisses der sozialistischen Baukunst führt in der Konsequenz zu grundfalschen und revisionistischen Konzeptionen dergestalt, daß man die sozialistische Architektur lediglich als passiven Ausdruck der Bedingungen des materiellen Lebens in der sozialistischen Gesellschaft auffaßt und lediglich von dieser Position aus ihren eigentümlichen Charakter als sozialistische Baukunst zu bestimmen versucht. Man sagt beispielsweise, die Werke der Architektur bringen solche Seiten des materiellen gesellschaftlichen Lebens wie den Entwicklungsstand der Produktivkräfte zum Ausdruck. Wenngleich dies natürlich stimmt, wenngleich sich von hier aus auch wesentliche Unterschiede zwischen dem Bauwesen im Kapitalismus und dem Bauwesen unter sozialistischen Bedingungen ergeben, so berühren doch diese Unterschiede noch nicht das eigentliche Problem des Baukünstlerischen, das Problem der ästhetischen Interpretation der Bedingungen des materiellen gesellschaftlichen Lebens. Man sagt auch völlig zu Recht, daß die Werke der Architektur die materiellen Produktionsverhältnisse reflektieren, und daß auch von dieser Seite her grundlegende Unterschiede zwischen dem Bauen unter kapitalistischen und dem Bauen unter sozialistischen Bedingungen in Erscheinung treten.

So finden zum Beispiel die für kapitalistische Verhältnisse charakteristischen Bedingungen des zersplitterten Eigentums am Grund und Boden in den Produkten des kapitalistischen Bauwesens ihren adäquaten Ausdruck, wie umgekehrt die sozialistische Architektur die Bedingungen des sozialistischen Eigentums am Grund und Boden reflektiert. So bringen Architektur und Städtebau im Kapitalismus den Charakter der Produktionsverhältnisse als Verhältnisse der Klassenunterdrückung zum Ausdruck, und andererseits widerspiegeln die Manifestationen der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus den Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse als Verhältnisse der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe — dienen architektonische und städtebauliche Anlagen im Sozialismus der praktischen Bewältigung des sozialistischen Gemeinschaftslebens.

Wie wichtig diese sich aus den angeführten und weiteren Bedingungen des materiellen gesellschaftlichen Lebens im Kapitalismus und im Sozialismus ergebenden Unterschiede zwischen Architektur und Städtebau im Kapitalismus und Architektur und Städtebau im Sozialismus auch sind — wie bestimmend der Einfluß auf Architektur und Städtebau seitens der genannten und weiterer Faktoren des materiellen gesellschaftlichen Lebens auch sein mag —, der entscheidende qualitative Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Architektur wird damit noch nicht erfaßt.

Zur Verdeutlichung sei folgende Überlegung angestellt: Zweifellos resultiert aus der Bestimmung der Architektur durch die Bedingungen des materiellen gesellschaftlichen Seins im Kapitalismus der Gebäudetyp des unikalen Hauses; zweifellos resultiert umgekehrt aus der Bestimmung der Architektur seitens der materiellen gesellschaftlichen Bedingungen im Sozialismus der Gebäudetyp des typisierten Hauses. Diese sich aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen notwendig ergebende Typisierung als solche ist jedoch noch kein zureichendes Kriterium der sozialistischen Baukunst, denn das typisierte Gebäude kann sowohl nach konstruktivistisch-funktionalistischen wie auch nach baukünstlerischen Gesichtspunkten formiert werden. Der künstlerische Charakter der sozialistischen Architektur liegt vor allem darin begründet, daß die Baugestalt nicht einfach die passive Reflektion wesentlicher Seiten des materiellen Seins der sozialistischen Gesellschaft darstellt (indem sie beispielsweise als typisierte Baugestalt in Erscheinung tritt), sondern darin, daß diese typisierte Baugestalt überdem wesentliche Seiten der sozialistischen Ideologie objektiviert. Erst damit wird das Prinzip der ästhetischen Wertung des materiellen Lebens verwirklicht, erst damit wird das Prinzip der künstlerisch-architektonischen Form realisiert.

Die Gestaltung nach künstlerischen Gesichtspunkten nun — und darin liegt der entscheidende Unterschied zwischen der sozialistischen Baukunst und dem Bauen im späten Kapitalismus begründet — ist unter imperialistischen Verhältnissen nicht mehr möglich. Es ist ein Wesenszug der Architektur als Kunstgattung, daß sie materielle gesellschaftliche Bedingungen nur positiv zu interpretieren vermag. Eine ästhetische Interpretation im Sinne einer kritisch-realistischen Aussage lassen die spezifischen Möglichkeiten des architektonischen Gestaltens nicht zu. Es erscheint offensichtlich, daß eine bejahende Interpretation unter imperialistischen Verhältnissen von vornherein gegen das Gesetz der künstlerischen Wahrheit verstößt.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die Gestaltung nach baukünstlerischen Überlegungen das entscheidende Erfordernis der sozialistischen Architektur. Gestaltung nach baukünstlerischen Überlegungen bedeutet aber Gestaltung auf der Grundlage der Anwendung der Methode des sozialistischen Realismus. Eine der wichtigsten, allerdings auch umstrittensten Fragen in diesem Zusammenhang ist die des architektonischen Erbes, seiner Bewahrung und Weiterentwicklung durch eine auf industrieller Technologie beruhende sozialistische Baukunst. Man muß sich darüber im klaren sein, daß die Formsprache der sozialistischen Baukunst den Menschen nur dann verständlich sein kann, wenn sie bei aller Neuheit des auszudrückenden ideologischen Gehaltes an die Formsprache der realistischen Baukunst der Vergangenheit anknüpft. Wie der ungarische Architekturtheoretiker János Bonta mit Recht sagt, sind baukünstlerische Formen nur samt den mit ihnen verbundenen Assoziationen und den um sie geflochtenen Ideen ausdrucksvoll, folglich nur, falls sie traditionell sind und durch zahlreiche Fäden mit den bereits bekannten und empfundenen Erlebnissen verknüpft sind (vergleiche „Deutsche Architektur“, Heft 2/1958, S. 101).

Die Aufgabenstellung der Bewahrung und Weiterentwicklung des architektonischen Erbes — untrennbar verbunden mit der Verteidigung des Prinzips der künstlerisch-architektonischen Form — beinhaltet vor allem die Bewahrung und Weiterentwicklung der elementarsten Gesetzmäßigkeiten des Tektonischen. Es ist ein wesentliches Merkmal des konstruktivistisch-funktionalistischen Bauens, daß grundlegende Erfordernisse des Tektonischen bewußt negiert werden, daß die Baugestalt nicht nach tektonischen, sondern nach rein konstruktiven Prinzipien formiert wird. Dieses Charakteristikum des konstruktivistisch-funktionalistischen Bauens zeigt sich beispielsweise in der Mißachtung der klaren statischen Bezogenheit des Baukörpers zur Erdbasis; es zeigt sich fernerhin zum Beispiel darin, daß ein solches grundlegendes Erfordernis des Tektonischen, wie die Schaffung klarer Beziehungen von Oben und Unten, mißachtet wird. Die Vernachlässigung dieses elementaren Erfordernisses des Tektonischen hängt eng mit dem Bestreben des konstruktivistisch-funktionalistischen Bauens zusammen, die plastischen Elemente (die Profile, Gesimse und so weiter), die wesentlichen Mittel der architektonischen Gliederung des Baukörpers zu exkludieren.

Die Aufgabenstellung der Bewahrung und der Weiterentwicklung des architektonischen Erbes beinhaltet fernerhin auch die Entwicklung einer neuen Ornamentik. Die realistische Baukunst der Vergangenheit lehrt uns, daß das tektonische Gefüge der eigentliche Träger der künstlerisch-ideologischen Aussage ist, daß das Ornamentale dem Tektonischen subsumiert ist. Die realistische Baukunst der Vergangenheit lehrt uns aber auch, daß tektonische Mittel allein nicht in jedem Falle eine hinreichend anschauliche Verdeutlichung der künstlerisch-ideologischen Aussage ermöglichen, daß in diesem Falle ornamentale Mittel zur Konkretisierung verwandt werden. Auch in diesem Zusammenhang muß man betonen, daß das kapitalistische Bauen unserer Epoche, für welches die Liquidierung der künstlerischen Natur der Architektur oberstes Anliegen ist, seit langem bemüht ist, das Ornament zu exkludieren und an seine Stelle das lediglich nach formal-ästhetischen Gesichtspunkten formierte Muster zu setzen. Hierbei erscheint es mir sicher, daß die gerade in ihrer formalen Struktur einfache Ornamentik der architektonischen Klassik den Erfordernissen des industriellen Bauens optimal entgegenkommt, daß die elementaren Erfordernisse des Tektonischen den Erfordernissen des industriellen Bauens nicht widersprechen, daß damit das Anknüpfen an der architektonischen Klassik durchaus möglich ist.

Die wichtigsten Merkmale und Erfordernisse der sozialistischen Baukunst sind meines Erachtens folgende:

1. Die Werke der sozialistischen Baukunst dienen dem materiellen Leben der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft. Sie haben die Aufgabe, dieses materielle Leben zu vermitteln und optimale praktische Voraussetzungen für ein sozialistisches Gemeinschaftsleben zu geben.

2. Die Werke der sozialistischen Baukunst dienen dem ideellen Leben der sozialistischen Gesellschaft in der spezifischen Weise der Kunst, mit den Mitteln der aktiv interpretierenden künstlerischen Form.

3. Diese künstlerisch-architektonische Form kann nur unter der Bedingung des Anknüpfens an die Formsprache der architektonischen Klassik realisiert werden.

4. Das Problem der künstlerisch-architektonischen Form ist die Kernfrage der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus — sofern man die Werke in diesen Bereichen der menschlichen gestaltenden Tätigkeit als Werke künstlerischen Charakters auffaßt.

Daher zeugt es auch zumindest von Oberflächlichkeit, wenn man meint, der Unterschied zwischen kapitalistischem und sozialistischem Städtebau bestehe darin, daß ersterer (im Unterschied zu letzterem) das Prinzip der Ordnung negiere beziehungsweise dieses Prinzip auf das der mechanischen Ordnung einschränke. Die für den westlichen Städtebau charakteristische Willkür in der Zueinanderordnung der Baukörper ist ein rein äußerliches und sekundäres Merkmal, ein Ausdruck der gerade fälligen Mode. Der entscheidende Unterschied zwischen kapitalistischem und sozialistischem Städtebau besteht darin, daß ersterer durchaus unkünstlerischen Charakters ist, denn die das Ensemble konstituierenden Baukörper sind selbst Verneinungen des Künstlerischen; demgegenüber schafft die sozialistische Gesellschaft alle Voraussetzungen einer sozialistischen Städtebaukunst, weil sie alle Bedingungen der Realisierung einer sozialistischen Architektur hervorbringt.

Über die Bedeutung der künstlerischen Form

Professor Hans Schmidt

Im Heft 5/1959 der „Deutschen Architektur“ befaßt sich Herbert Letsch mit H. Exners Artikel über das Klubhaus der Kulturschaffenden an der Otto-Nuschke-Straße. Er kommt dabei zu Begriffen und Feststellungen, die von großer Bedeutung für die Diskussion über Begriff und Aufgabe nicht nur der sozialistischen Innenarchitektur, sondern der sozialistischen Architektur überhaupt sind. Davon ausgehend kritisiert er zugleich meinen im Heft 2/1959 der „Deutschen Architektur“ veröffentlichten Artikel zum gleichen Thema, indem er ihm einen falschen theoretischen Standpunkt vorwirft.

Herbert Letsch geht davon aus, daß er zwischen der „formal-ästhetisch befriedigend organisierten Zweckform“ und der „künstlerischen Form“ unterscheidet.

Die „Zweckform“ wäre dabei die durch den Menschen seinem Arbeitsprodukt verliehene Form, die nicht nur die technisch-konstruktiven und funktionellen Bedingungen der Herstellung und des Gebrauches erfüllt, sondern gleichzeitig „den ästhetisch geschulten optischen Sinn“ des Herstellers und Gebrauchers — seine Ansprüche an das „Formal-Schöne“ — befriedigt. In der Praxis würden darunter solche Produkte wie Werkzeuge, Geräte, Apparate, Maschinen fallen. Auch die künstlerische Form setzt nach Herbert Letsch den „ästhetisch geschulten

optischen Sinn“ voraus. Sie geht aber darüber hinaus. Sie besitzt einen „künstlerischen Inhalt“, der „ein ästhetisches Urteil über Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens verkörpert“. Das entscheidende Merkmal der künstlerischen Form gegenüber der Zweckform würde also darin liegen, daß sie sich nicht einfach aus dem ästhetisch geschulten Sinn für das „Formal-Schöne“ ergibt, sondern ein durch gesellschaftliche Ansprüche, Vorstellungen und so weiter bestimmtes Urteilen, Wählen beziehungsweise Verwerfen einschließt, wobei diese gesellschaftlichen Ansprüche, Vorstellungen und so weiter den „künstlerischen Inhalt“ darstellen würden.

Für welche praktisch-nützlichen Produkte der menschlichen Tätigkeit würde das Merkmal der künstlerischen Form beziehungsweise des gesellschaftlich bestimmten „künstlerischen Inhalts“ zutreffen? Offensichtlich für alle Produkte, die wir zur Architektur zählen, wie die Innenräume einschließlich der Möbel, die Bauwerke und die städtebaulichen Anlagen. Die Praxis — sowohl die geschichtliche als auch die aktuelle — zeigt, daß diese Produkte sich nicht mit der vom „ästhetisch geschulten optischen Sinn“ geschaffenen „Zweckform“ begnügen, sondern eine „künstlerische Form“ annehmen, also das, was man in der Baugeschichte als „Stil“ bezeichnet. Diese Produkte nehmen die „künstlerische Form“ deshalb an, weil sich in ihnen historisch konkrete gesellschaftliche Ansprüche, Vorstellungen und so weiter verwirklichen. Im Gegensatz dazu begnügen sich die obengenannten Werkzeuge, Geräte und so weiter mit der „Zweckform“, weil an sie in der Regel keine gesellschaftlichen Ansprüche gestellt werden. In der Regel — will heißen, daß es keine starre Grenze gibt. Gesellschaftliche Ansprüche können dazu führen, daß eine Waffe — also ein Werkzeug —, ein Gefäß — also ein Gerät —, ein Automobil — also ein Apparat — eine besondere Form oder zusätzliche Verzierung erhalten können, die über die Zweckform hinausgeht.

Andererseits kann es Bestandteile einer Inneneinrichtung, eines Bauwerks oder einer städtebaulichen Anlage geben, wie beispielsweise einen Heizkörper, eine vorfabrizierte Sanitärzelle, eine industriell hergestellte Dachdeckung, eine Telefonkabine, die sich durchaus mit der Zweckform begnügen werden.

Die bisherigen Feststellungen dürften wohl — von Formulierungen abgesehen — keine besondere Diskussion hervorrufen. Herbert Letsch geht aber in der Frage der „künstlerischen Form“ noch einen Schritt weiter. Für ihn ist das „ästhetische Urteil über das gesellschaftliche Leben“, das durch die „künstlerische Form“ verkörpert wird, auf die „Vergegenständlichung wesentlicher Seiten der sozialistischen Ideologie“ spezialisiert. Dies wird von ihm noch dahingehend präzisiert, daß das „ästhetische Urteil“ von einem „progressiven ideologischen Standpunkt“ ausgehen müsse.

Die auf diese Weise vorgenommene Einengung des Begriffes des Künstlerischen — gegen die an und für sich nichts einzuwenden wäre — führt nun zu gewissen Konsequenzen für die Einschätzung der Architektur des Imperialismus. Für Herbert Letsch ergibt sich der zwingende Schluß: „Die künstlerische Wesenskomponente der Architektur wurde eliminiert. Die Ersetzung der künstlerischen architektonischen Form durch das Prinzip der nach formal-ästhetischen Gesichtspunkten befriedigend organisierten Zweckform ging damit durchaus konform.“

Nach dieser Theorie, die einer unter unseren Gesellschaftswissenschaftlern anscheinend sehr verbreiteten Auffassung entspricht, bleibt der Architektur des Imperialismus gar nichts anderes übrig, als sich auf die reine, ästhetisch durchgebildete Zweckform zu beschränken. In der Theorie hat sie dies auch getan. Begriffe wie „Funktionalismus“, „Zweckarchitektur“ oder ähnliche wurden zur gangbaren Münze, und in einem gewissen Moment scheute man sich nicht, das „Ende der Architektur als Kunst“ zu proklamieren. In Wirklichkeit hat die künstlerische Praxis diesen Theorien keineswegs entsprochen. Nehmen wir als Beispiel die von Walter Gropius im Jahre 1928 errichteten Werkstattgebäude des Bauhauses Dessau, das geradezu als der Repräsentant des reinsten Funktionalismus betrachtet wurde. Es wäre möglich, diesen Bau mit seinen durcheinander und ineinander geschobenen Kuben, seinem rein grafisch begründeten Wechsel von Konstruktionsprinzipien aus den Erfordernissen der Zweckmäßigkeit, des Grundrisses oder der Konstruktion zu erklären.

Dasselbe Bild bietet die kleine, aber sehr charakteristische Sammlung von Stühlen, Beleuchtungsgeräten und so weiter, die im Schloßmuseum in Weimar ausgestellt ist. Das Zweckmäßige, die Funktion eines Stuhles oder einer Lampe erscheinen hier nur als Vorwand für ein abstraktes Spiel mit geometrischen Körpern, in dem die Entwerfer offensichtlich ihre eigentliche Aufgabe erblickt haben. Geht es bei der künstlerischen Methode, die hier angewendet wird, ausschließlich darum, für eine Aufgabe die zweckmäßigste Form zu finden? Die Antwort auf diese Frage gibt uns ein Blick auf die gleichzeitige Bildende Kunst des Imperialismus. Mit dem Ende des Impressionismus vollzieht sich in der Malerei und Bildhauerei der kapitalistischen Epoche eine entscheidende Wendung. Aufbauend auf Cézanne wird das Suchen nach der reinen Form zur eigentlichen Aufgabe des Künstlers erklärt. Als Repräsentanten dieser Richtung, die mit dem Kubismus beginnt und das Gebäude der abstrakten Kunst aufrichtet, seien die Maler Kandinski (Rußland), Braque (Frankreich), Mondriaan (Holland), die Bildhauer Vantongerloo (Holland), Brancusi (Rumänien) und der Maler-Architekt Malewitsch (Rußland) genannt. Mit dieser Entwicklung der Bildenden Kunst steht nun die Architektur eines Le Corbusier, Oud, Gropius in unmittelbarem Zusammenhang. Bezeichnend ist dabei, daß die Bildende Kunst zeitlich vorausgeht, und daß die Architektur ihre Ergebnisse übernimmt. Ebenso bezeichnend ist, daß der festgestellte Zusammenhang sowohl von den Architekten als auch von den theoretischen Kunstschriftstellern immer wieder mit Nachdruck betont und als ein besonderes Charakteristikum der modernen Architektur hervorgehoben wird. Bezeichnend ist schließlich, daß Le Corbusier nicht nur als Architekt, sondern auch als abstrakter Maler und Bildhauer tätig ist, und daß abstrakte Maler wie Klee, Schlemmer und andere als Meister am Bauhaus tätig waren. Diese enge Verbindung der Architektur des Imperialismus mit der gleichzeitigen Bildenden Kunst — im übrigen auch mit der gleichzeitigen Musik — ist von großer Bedeutung. Es handelt sich bei der Bildenden Kunst des Imperialismus natürlich nicht einfach um eine Entwicklung der Form, die sich in der Malerei, Bildhauerei, Musik und so weiter auf Grund eigener Entwicklungsgesetze dieser Künste notwendig vollziehen mußte. Die Entwicklung der Form vom Kubismus über den Surrealismus bis zum Tachismus spiegelt die aktuelle, materielle und ideelle Situation der kapitalistischen Gesellschaft wider. Es wird von einzelnen Künstlern selbst, aber auch von Kunsthistorikern, deutlich ausgesprochen, daß es sich um Weltanschauung handelt. Es bleibt gerade heute nicht mehr bei dieser einfachen Feststellung. Die moderne Kunst des Westens spielt heute unter solchen Bezeichnungen wie „revolutionäre Kunst“, Kunst des „fortschrittlichen Menschen“ oder der „freien Welt“ geradezu die Rolle des Propagandisten für die kapitalistische Gesellschaft und ihre ideologischen und politischen Absichten.

In der Widerspiegelung einer gesellschaftlichen Situation und in der Einwirkung auf das Bewußtsein der Menschen liegt aber ohne Zweifel eine wesentliche Funktion der Kunst. Indem die Architektur des Imperialismus bewußt oder unbewußt die formalästhetischen Mittel der gleichzeitigen Bildenden Kunst übernimmt, erfüllt sie für die kapitalistische Gesellschaft auch entscheidende Funktionen der Kunst. Daß dies von seiten der Architekten bewußt geschieht, beweisen die hervorragenden Vertreter der Architektur des Westens, wie F. L. Wright, Le Corbusier, Poelzig und andere, die für die Architektur ausdrücklich das Primat der Kunst vor der Technik fordern und deren Arbeiten anders auch gar nicht verstanden werden können.

Dabei ist zu sagen, daß diese ideologisch-künstlerische Komponente der Architektur des Imperialismus von Anfang an innewohnt. Es ist also nicht so, wie Herbert Letsch es formuliert, daß es erst die „Nachfolger“ waren, die „mittels des willkürlichen und das Praktisch-Zweckmäßige beeinträchtigenden Spiels der ‚Elemente‘ einen Schein des Künstlerischen zu geben versuchen“. Ob man der Architektur des Imperialismus die „Kunst“ oder nur den „Schein des Künstlerischen“ zugesteht, hängt davon ab, ob man der Auffassung von Herbert Letscn, wonach „der künstlerische Inhalt stets ein ästhetisches Urteil über Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens von einem progressiven ideologischen Standpunkt aus erfordert“, zustimmt oder nicht. Wenn man mit Herbert Letsch der Auffassung ist, die Architektur des Imperialismus habe „die künstlerische Wesenskomponente eleminiert“, so muß man sich über die praktischen Konsequenzen klar sein.

Wir würden damit erklären, daß die von ihr verwendeten Kunstmittel gewissermaßen gesellschaftlich neutral, klassenmäßig indifferent seien und für eine „fortschrittliche Architektur“ und einen „fortschrittlichen Menschen“ allgemein Geltung besäßen. Das wäre natürlich genau der Standpunkt, den nicht nur H. Exner und der Architekt Franz Ehrlich, sondern auch eine ganze Reihe unserer Architekten einnimmt. Ich halte es für notwendig, hier auf meinen Artikel über den Klub der Kulturschaffenden zurückzukommen.

Herbert Letsch hat ihn offensichtlich so aufgefaßt, daß sich meine Kritik auf die fehlende Einheit des Praktisch-Zweckmäßigen und der „schönen Zweckform“ beschränkt hätte, indem festgestellt wurde, daß die formalen Mittel des Architekten im Widerspruch zu den Erfordernissen des Funktionellen, des Technisch-Konstruktiven und des Ökonomischen ständen. Das wäre allerdings ein gründliches Mißverständnis. Die charakteristische Aufhängung des Goethe-Bildes wird in meiner Kritik nicht nur als beleuchtungstechnisch falsch bezeichnet, sondern ausdrücklich auch als künstlerisch falsch, die ideelle Bedeutung eines solchen Bildes völlig mißverstehend abgelehnt. Dasselbe gilt für die weiteren kritischen Betrachtungen. Sie sollten geradezu die Aufgabe haben, den Nachweis dafür zu erbringen, daß es sich bei allen diesen formalen Spielereien um Mittel einer künstlerischen Aussage handelt, die im völligen Gegensatz zu dem steht, was eine sozialistische Innenarchitektur aussagen sollte. Es ist mir von der westdeutschen „Bauwelt“ — und übrigens auch von H. Exner selbst — besonders übelgenommen worden, daß ich dabei auch die Atombombe miteinbezogen habe. Es scheint vielleicht auf den ersten Anhieb absurd, der modernen Kunst der kapitalistischen Gesellschaft, in die, wie wir gesehen haben, die Architektur miteingeschlossen werden muß, den Vorwurf zu machen, sie propagiere den Atomkrieg. Sie besorgt dies natürlich nicht in der direkten Form der Anpreisung der Atombombe als Mittel zur Rettung der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre Aufgabe ist es, die Abwehr gegen die Atombombe dadurch zu entwaffnen, daß sie die Unterwerfung unter das Unvermeidliche, die Lebensangst, die Aussichtslosigkeit des Widerstandes oder zunächst einmal nur die Flucht in das ästhetische Spiel als Form der Ablenkung propagiert, also alle die bekannten Register des Existentialismus zieht, der die gemeinsame philosophische Grundlage der Kunst des Imperialismus bildet.

Wenn demgegenüber in der Kritik am Klub der Kulturschaffenden vom Gesunden, Optimistischen, Geordneten, Sinnvollen und so weiter der sozialistischen Wirklichkeit und den damit an eine sozialistische Innenarchitektur gerichteten Erwartungen gesprochen wird, so ist nicht verständlich, wieso Herbert Letsch zur Auffassung kommt, meine Forderungen an eine solche Innenarchitektur beschränkten sich auf „die vernünftige, sinnvolle, den Bedingungen des Funktionellen und so weiter optimal entsprechende schöne Zweckform“. Eine solche „Zweckform“ kann für die Herstellung von technischen Geräten, Apparaten und Maschinen gedacht werden. Sie ist jedoch für das Gebiet des Möbelbaus, der Innenräume, der Architektur und des Städtebaus nicht denkbar. Wenn sie von den „Funktionalisten“ theoretisch gefordert wurde, so müßte man ihnen entgegenhalten, daß ihre Forderung niemals verwirklicht wurde — außer vielleicht beim Stuhl des Friseurs oder des Zahnarztes, der einen technischen Apparat darstellt.

Zum Schluß noch ein Wort zu einem Einwand, der angesichts der Kritik an einer konkreten Arbeit nicht ausbleiben kann: Was ist nun nach der Meinung des Kritikers das Richtige, und wie müßte es konkret aussehen? Allein mit der Theorie ist der Sache noch nicht gedient. Das aber ist ein Vorwurf, den man in erster Linie an den Bauherrn des Klubs der Kulturschaffenden richten müßte. Es wäre zweifellos im Sinne seiner Aufgaben auf dem Gebiete der sozialistischen Kultur gewesen, wenn er zur Lösung seiner Aufgabe einen Wettbewerb unter unseren Architekten ausgeschrieben hätte.

Wir wüßten dann nicht nur, was sich Franz Ehrlich und H. Exner unter sozialistischer Innenarchitektur vorstellen. Wir wären nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch einen Schritt weitergekommen.

Zu Fragen des Baus von Kraftverkehrshöfen

Eine Erwiderung auf die Artikel „Kraftverkehrshöfe“ und „Verkehrshof Schleiz“ im Heft 7/1959 der „Deutschen Architektur“

Dipl.-Architekt Reinhold Rossig

Der Kurzbericht wurde mit Kraftverkehrshöfe überschrieben. Es sei vorweg gesagt, daß es sich hier nicht um Höfe schlechthin handelt, sondern es ist, wie aus dem Text hervorgeht, eine Reihe Gebäudegattungen in diese Höfe eingegliedert, die ganz bestimmte Funktionen übernehmen. Wir sprechen deshalb nicht von einem Hof, sondern von einem Betrieb, und die Begriffsbestimmung ist auf „Kraftverkehrsbetrieb“ festgelegt. Diese Bestimmung ist richtig, weil es sich um einen Betrieb handelt, der ortsveränderliche Güter transportiert. Die technologische Kombination des Betriebes ist in seiner Art etwas Neues.

Das Verkehrswesen hat ungeheuer an Bedeutung zugenommen und stellt für das Fahrzeug selbst neue verkehrstechnische Probleme in jeder Richtung.

In den sozialistischen Staaten werden solche großen Betriebe zur Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse in der Zukunft eine große Rolle spielen, außerdem wird auf diesem Wege eine umfassende Möglichkeit gegeben, die

Betriebe kapazitätsmäßig besser auszunutzen und das erforderliche Personal besser einzusetzen.

In der Deutschen Demokratischen Republik werden dem Personen- wie dem Güterverkehr große Beachtung geschenkt. Das Anwachsen des Kraftverkehrs für die Beförderung von Personen wie des Transportes von Gütern ist mit ständig zunehmenden Anforderungen an das Personal wie auch an das fahrende Wagenmaterial verbunden. Um diesen in weitestem Maße zu begegnen, sind zentrale Anlagen erforderlich, die technisch wie funktionell gut ausgerüstet sind. Es müssen also Kraftverkehrsbetriebe geschaffen werden, die die Kraftfahrzeuge (Kraftomnibus und Lastkraftwagen) nicht nur am Abstellplatz sicherstellen, sondern diese instand halten, warten, pflegen und, wenn erforderlich, über die Revision führen. Dadurch soll für jedes Kraftfahrzeug der höchste technische Einsatzkoeffizient erzielt werden, der auch zugleich höchste Betriebs- und Verkehrssicherheit garantiert.

Das ständige Ansteigen des Kraftverkehrs in der Deutschen Demokratischen Republik setzt Einrichtungen voraus, die dem Entwicklungsstand gerecht werden. Es handelt sich deshalb nicht nur um den Bau einzelner Kraftverkehrsbetriebe, sondern im Rahmen der Entwicklung sollen Großbetriebe in jeder Weise errichtet werden, sobald die Notwendigkeit begründet ist. Es wird eine fortlaufende Nachfrage nach solchen Betrieben entstehen, die sich aus der zunehmenden Entwicklung des Verkehrs ergeben wird. Es ist also notwendig, alle Voraussetzungen für die Errichtung von Anlagen zu schaffen, die schnell, billig und bautechnisch einwandfrei sind. Das kann nur über eine konsequente Typung durch Schaffung einheitlicher Bauelemente, die Standards bilden und eine strenge Maßordnung festlegen, erreicht werden.

Für den Neubau wie auch für den Ausbau von Kraftverkehrsbetrieben in industrieller Bauweise sind entsprechende Vorarbeiten geleistet worden. Mit der Untersuchung funktioneller und technologischer Faktoren, die für die bautechnische Erarbeitung von Typen notwendig war, wurden Grundlagen geschaffen, die Allgemeingültigkeit für Kraftverkehrsbetriebe haben. Diese Grundlagenarbeit basiert auf einer fortschrittlichen Technologie, die wissenschaftlich erarbeitet wurde. Sie wird künftig den Projektierungsbüros für die Projektierung von Kraftverkehrsbetrieben Richtlinie sein. Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß Projekte entwickelt oder gar ausgeführt werden, die technologisch falsch sind. Damit nicht genug, die Grundlagenarbeit enthält Maßangaben, die jede Gebäudekategorie als Type festlegen und die Anwendung von Typenbauelementen voraussetzen. Nur auf diesem Wege sind wir in der Lage, dem industriellen Bauen den Weg zu ebnen und auch im Bauwesen mit der ständig steigenden Entwicklung in unserem sozialistischen Staat Schritt zu halten.

Es ist möglich, dem Verkehrswesen Kraftverkehrsbetriebe zur Verfügung zu stellen, wenn künftig die Methoden der fortgeschrittensten Technologie bei Verwendung industriell hergestellter Typenbauteile und bei geringstem Baukostenaufwand sowie unter sparsamsten Einsatz von Kadern mehr beachtet und angewendet werden, als es bisher geschehen ist.

Die Kraftverkehrsbetriebe werden sich in Zukunft in mehrere Gebäudekategorien aufgliedern, die für bestimmte Funktionen vorgesehen sind. Die Eingliederung erfolgt der Funktion entsprechend, sie darf nicht Zufälligkeiten oder gar Platzfragen untergeordnet werden.

Wir unterscheiden, wenn wir von der Einfahrt ausgehen, die Einsatzleitung, hier werden sämtliche Fahrzeuge bei der An- wie der Abfahrt registriert und einsatzmäßig gelenkt. Dann folgt die Tankstelle. Jedes der ankommenden Kraftfahrzeuge wird über die Tankstelle zum Nachfüllen geschleust. Von hier aus geht es über die Pflegestation, die in drei verschiedene Abteilungen gegliedert ist. Das Fahrzeug läuft mit eigener Kraft über die Vor- und Hauptwäsche weiter zum Trocknen, über die Pflegestände, an denen geölt und geschmiert wird. Werden am Fahrzeug fahrtechnische Mängel festgestellt, so läuft es über die Regiewerkstatt, die eine Reihe Nebenwerkstätten hat. Sind diese Pflege- und Kontrollwege durchlaufen, so wird jedes der Fahrzeuge zum Abstellplatz gefahren. Für den regelmäßig erfolgenden Einsatz übernimmt der Fahrer ein einsatzfähiges Kraftfahrzeug.

Der Bericht des Kollegen Sommer, Halle, ist ein Auszug aus der Grundlagenarbeit, dessen Angaben in verschiedener Hinsicht den neuen Erkenntnissen nicht mehr entsprechen, insbesondere was die genannte Anzahl der benötigten Kraftverkehrsbetriebe, den Bau von Fahrzeughallen und anderes mehr betrifft.

Unterstellhallen zum Beispiel sind heute nicht mehr zulässig. Die Bezirke haben Weisungen erhalten, daß die bereitgestellten Investmittel grundsätzlich nur für die Instandhaltung und Instandsetzung der Fahrzeuge Verwendung finden dürfen. Auch der Bau von Garagen und Abstellhallen ist untersagt, und in der Perspektive dürfen für Motorfahrzeuge im Höchstfall bis zu 10 Prozent Abstellmöglichkeiten gebaut werden.

*

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verfasser des Projektes „Verkehrshof Schleiz" sicherlich von den besten Voraussetzungen ausgegangen sind, einen Verkehrsbetrieb zu errichten, der den heutigen Anforderungen entsprechen soll. Aber das Bildmaterial zeigt etwas anderes. Die Hallen zum Beispiel sind nicht nach den neusten Erkenntnissen, die in der Bautechnik schon seit dem IV. Parteitag in der Deutschen Demokratischen Republik propagiert wurden, industriell zu bauen, errichtet worden. Es sind alte Baumethoden angewandt worden. Die Anzahl der Hallen wie der Garagen, die im Text angeführt ist, hätte genügt, vorgefertigte Bauelemente zu verwenden, um andernfalls zu einer Vereinheitlichung von Bauelementen und Baukörpern zu gelangen.

Der Blick in die Halle, in der die Fahrzeuge etwas durcheinander stehen, läßt vermuten, daß die Arbeit, die an den Fahrzeugen zu leisten ist, nicht kontinuierlich abläuft. Die Halle erscheint sehr aufwendig und läßt eigentlich sehr schwer erkennen, welche Funktion ihr zugedacht ist, wenn nicht unten am Bildrand „Reparaturhalle" stünde.

Wenn vom Werkgelände gesagt wird, daß dieses infolge der Wenderadien der Omnibusse zu einer Ordnung geführt hat, die unter allen Umständen einen kreuzungsfreien Kreisverkehr zuläßt, so dürfte damit eine Forderung erfüllt sein, die für Kraftverkehrsbetriebe nicht übersehen werden darf. Die Angaben des Verfassers über die Verteilung der Gebäude auf dem Betriebsgelände lassen daran jedoch einige Zweifel aufkommen, wenn man bedenkt, daß die Fahrzeuge innerhalb des Betriebes bestimmte Stationen der Reihe nach passieren müssen. Vergegenwärtigt man sich den Lageplan, der im Text beschrieben ist, so erscheint es, daß eine fortlaufende Abfertigung von Fahrzeugen nicht vollauf gewährleistet ist. Auch die Tankstelle dürfte, nach der Beschreibung zu urteilen, nicht an der richtigen Stelle stehen, denn man bekommt nicht den Eindruck, daß die Fahrzeuge vorn an der Einfahrt betankt werden können. Die Tankstelle selbst ist sehr aufwendig, und das übergroße Dach scheint den Zweck nicht vollauf zu erfüllen. Es ist üblich, daß die Zapfstellen unterm Dach stehen und nicht außerhalb, wie es das Foto zeigt. Solche Stellen bieten den tankenden Fahrzeugen beim Füllen des Tanks keinen Schutz, da bei Regen ohne weiteres Regenwasser in die Tanks tropfen kann.

Bücher und Probleme

Architekt BDA Werner Prendel
Dipl.-Wirtschaftler Bruno Wilms

Selbstbedienungsläden Lebensmittel

190 Seiten, 51 Bilder, 79 Zeichnungen
Herausgeber: Ministerium für Handel und Versorgung
Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1958
7,50 DM

Dem sozialistischen Handel sind im großen Siebenjahrplan bedeutende Aufgaben gestellt. Die Versorgung unserer Bevölkerung mit immer mehr und besseren Verbrauchsgütern ist eine der unbedingten Voraussetzungen für den ständig steigenden Lebensstandard in unserer Republik und damit für die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe. Der Handel kann seine Aufgabe aber nur erfüllen, wenn die vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik geforderte Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht wird. Hierfür sind die Einführung neuer Verkaufsmethoden und damit die Verbesserung der Verkaufskultur von ausschlaggebender Bedeutung.

Die vorliegende Arbeit ist die Gemeinschaftsarbeit eines Architekten und eines Wirtschaftlers, die in der richtigen Erkenntnis der Wichtigkeit der oben angegebenen Forderungen es sich zur Aufgabe gemacht haben, dem Handel wichtige Hinweise für die Erfüllung der gesteckten Ziele zu geben. Diese Richtlinien sind sowohl für den Handelsfachmann als auch für den Architekten eine wertvolle Unterlage für ihre Arbeit, da sie die ökonomischen wie die technischen Belange in gleicher Weise berücksichtigen und den Leser damit vertraut machen. Sie sind nicht nur für die Projektierung neuer Verkaufsstätten, sondern insbesondere auch für die Reorganisation des bestehenden Handelsnetzes der sozialistischen Handelsorgane von größter Wichtigkeit.

Die Autoren setzen sich mit allen für die Selbstbedienung im Lebensmittel-Einzelhandel auftretenden Problemen auseinander, und wir können ihnen bescheinigen, daß sie ihr Ziel, die Selbstbedienung in allen Einzelheiten zu erläutern und verständlich zu machen, erreicht haben. Sie haben sich eingehend mit dem Studium des Handels in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern beschäftigt und die für uns wertvollen Ergebnisse zusammengetragen.

Mit dem Erscheinen dieser Arbeit wurde einer dringenden Forderung der Praxis Rechnung getragen, denn das Fehlen von Richtlinien und die Unkenntnis bei vielen unserer Handelsfunktionäre haben oft zu Fehlplanungen geführt, die sich für die weitere Entwicklung unseres sozialistischen Handelsnetzes sehr nachteilig bemerkbar gemacht haben. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß bei der Einrichtung von Selbstbedienungs-Verkaufsstätten ganz bestimmte gesetzmäßige Forderungen beachtet werden müssen, da sonst von vornherein die wirtschaftlichen Erfolge in Frage gestellt sind.

Über die Notwendigkeit neuer Verkaufsformen, den Stand der Entwicklung und die Voraussetzung für die Einführung der Selbstbedienung kommen die Verfasser zu den technischen Einrichtungen. Hier werden in allen Einzelheiten die Funktion und die Warenbewegung innerhalb der Verkaufsstätte behandelt, die für die Wirtschaftlichkeit des Objektes von ausschlaggebender Bedeutung sind. Besondere Beachtung findet die Lage der Räume zueinander. Sie wird im Funktionsschema eingehend erläutert. Für den Baufachmann sind von besonderer Wichtigkeit die Standortbestimmungen, die Grundrißdispositionen und die Inneneinrichtung der Verkaufsstellen. An vielen Beispielen wird die Zweckmäßigkeit der Räume und ihrer Einrichtungen aufgezeigt. Über die Größe der Räume, die Aufmaße der Verkaufsmöbel, die erforderlichen Breiten der Kundenwege bis zur Stellung der Kassenstände wird alles gesagt, was bei der Projektierung beachtet werden muß. Ebenso werden die wichtigsten Hinweise für die äußere und innere Gestaltung der Verkaufsstätte, für die Heizung, Lüftung, Beleuchtung sowie für die Be- und Entwässerung gegeben. Aber auch über Sortimentsgestaltungen, Arbeitsablauf, Personalprobleme, Vorbereitungen, die bei der Eröffnung von Selbstbedienungsläden zu beachten sind, und die Perspektive der Selbstbedienung wird vieles gesagt, was vom Projektanten und Handelsfunktionär nicht außer acht gelassen werden darf.

Aus dieser kurzen Übersicht geht hervor, daß hier eine Arbeit vorliegt, die alle Einzelheiten des Selbstbedienungsverkaufes für Lebensmittel eingehend beleuchtet. Eine Untersuchung neuer Verkaufsmethoden und die Festlegung ähnlicher Richtlinien für den Handel mit Industriewaren ist eine Notwendigkeit, die in allernächster Zeit ihre Erfüllung finden muß. Es wäre für die Autoren eine dankbare Aufgabe, ihre Arbeit dahingehend zu erweitern; denn auch beim Bau und der Einrichtung neuer Verkaufsobjekte für Industriewaren werden immer wieder grundlegende Fehler gemacht, die sich für die Wirtschaftlichkeit unserer Handelseinrichtungen oft sehr nachteilig bemerkbar machen. Pachert

Institut für Typung Berlin, Sektor Industrie- und Ingenieurbau
(Schriftenreihe: Grundlagen)

Betontechnologie

34 Seiten, 15 Abbildungen, 8 Tabellen
(Transparentdruck)
Verlag der Deutschen Bauenzyklopädie
Geheftet 2,40 DM

Wie der Verfasser im Vorwort zu diesem Heft sehr richtig feststellt, besteht vielfach noch große Unklarheit über die Beeinflussung der Betongüte durch die verschiedenen Komponenten der Betonherstellung. Es wird im Vorwort weiter angegeben, daß dieses Heft „Betontechnologie" grundsätzliche Hinweise und Empfehlungen für Schwerbeton unter besonderer Berücksichtigung der zielsicheren Herstellung des Betons hinsichtlich Festigkeit und Dichtigkeit geben soll. Durch diese Hinweise und Empfehlungen soll dem Praktiker ein umfassender Überblick über die wirtschaftliche Anwendung des Baustoffes Beton gegeben werden. Dieses Vorhaben der Verfasser ist sehr zu loben, da entsprechende Fachliteratur, die einen zusammenfassenden Überblick über den neusten Stand der Betontechnologie gibt, in der Deutschen Demokratischen Republik bisher nicht vorhanden ist. Es wäre allerdings wünschenswert, daß auch der junge Ingenieur und eventuell auch der Architekt aus diesem Heft Nutzen ziehen, aber leider haben die Verfasser darauf keine Rücksicht genommen. Mit dieser Feststellung kommen wir zur inhaltlichen Beurteilung des Heftes „Betontechnologie".

In zwölf Hauptabschnitten werden alle wesentlichen, die Güte des Betons beeinflussenden Faktoren aufgeführt und dabei unter Verwendung von Literatur des In- und Auslandes Verfahren zur Vorbestimmung dieser Faktoren angegeben. Hierbei liegt nach Ansicht des Rezensenten ein entscheidender Nachteil dieser Schrift, denn es ist unmöglich, auf 34 Seiten die gesamte Betontechnologie klar und unmißverständlich zu schildern. Es wäre besser gewesen, die Schrift so zu teilen, daß in einem Heft die Abschnitte 1 bis 7, welche sich mit den vom Bindemittel, Zuschlagstoff und Wassergehalt her auf die Güte des Betons einwirkenden Faktoren befassen, enthalten wären. In

einem weiteren Heft hätte der Abschnitt 8 über Betonzusatzmittel sehr eingehend erläutert werden können, während ein drittes Heft der Verdichtung des Betons und ein viertes Heft der Erhärtung des Betons und den sonstigen Faktoren wie Betonschädigung gewidmet werden könnte. Bei einer solchen Aufgliederung wäre es möglich, alle einflußnehmenden Faktoren sehr genau zu analysieren und auch bestimmte Begriffe an Hand von Beispielen zu erläutern. Die Verfasser sollten sich den Vorschlag einer Teilung der Schrift einmal überlegen, um so eine wirkliche Grundlagenarbeit zu schaffen.

In der vorliegenden Form kann die Schrift nur einen relativ kleinen Kreis von Fachleuten zum Nutzen gereichen. Für diese Fachleute wird das Heft Betontechnologie allerdings bereits jetzt große Bedeutung erlangen, weil erstmalig beispielsweise zur Beurteilung der Steifigkeit des Betons die Verfahren nach Graf, Walz, Abrams und Pawlowitsch einander gegenübergestellt wurden. Für den Kornaufbau der Zuschlagstoffe sind mit Bezug auf die Idealsieblinien nach Rothfuchs und die Körnungsfläche nach Pawlowitsch sowie der Feinheitsziffer nach Hummel Angaben gemacht worden, die ohne genaue Kenntnisse der Arbeiten dieser drei Spezialisten wertlos sind. Hier wäre eine ausführliche Schilderung mindestens einer Methode zweckmäßig gewesen. Sehr zu begrüßen sind dagegen die Angaben nach Rothfuchs über den erforderlichen Feinsandanteil bei verschiedenen Zuschlagstoffgrößen. Zu begrüßen ist auch das Beispiel auf Seite 15 zur Ermittlung der erforderlichen Zementleimmenge beziehungsweise auf Seite 16 zur Ermittlung der Zementmenge für den Zementleim. Solche Beispiele wären in jedem einzelnen Abschnitt angebracht gewesen. Im Rahmen dieser Rezension ist es nicht möglich, auf alle Einzelheiten des Heftes „Bautechnologie" einzugehen. Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden, daß die Verfasser mit diesem Heft den Betontechnologen einen Leitfaden in die Hand gegeben haben, der, sofern noch Verbesserungen in der vorgeschlagenen Art vorgenommen werden, eine seit langem bestehende Lücke in der Fachliteratur schließen hilft. Häusler

Heinz Sander

Hauswasserversorgung und Abwasserbeseitigung

237 Seiten, 60 Abbildungen, 32 Zahlentafeln, Format DIN A 5
Verlag Haenchen und Jäh, Berlin-Charlottenburg 1958
Ganzleinen 22,80 DM

Mit der Herausgabe dieses Buches ist eine Lücke in der vorhandenen Fachliteratur geschlossen worden. Der Verfasser versteht, mit diesem Buch nicht nur den Fachmann, sondern auch den interessierten Bauschaffenden zu fesseln.

Die Fragen der Abwasserbeseitigung und der Hauswasserversorgung waren schon immer ein wichtiges Problem des Wohnungs-, Industrie- und Krankenhausbaus.

Der erste Teil behandelt die technischen Grundlagen, Entwurf, Berechnung und Ausführung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen für Wohn-, Zweck- und Industriebauten.

Die Nieder- und Hochdruckanlagen sind durch schematische Darstellungen mit Angaben der Druckzoneneinteilung übersichtlich dargestellt. Die mittelbaren und unmittelbaren Anschlüsse an das städtische Versorgungsnetz werden gezeigt und durch Beispiele einprägsam und verständlich erläutert. An Stelle der bisher üblichen Belastungswerte (BW) für die Berechnung der Wasserversorgungsanlagen wird vom Verfasser mit Zapfwerten (ZW) gerechnet, wodurch er unter Berücksichtigung eines Sicherheits- und Gleichzeitigkeitsfaktors dem tatsächlichen Wasserbedarf weitaus näher kommt.

An Hand von zahlreichen Berechnungsbeispielen werden Druckkesselanlagen für Siedlungshäuser und landwirtschaftliche Zweckbauten sowie Druckerhöhungsanlagen zur Wasserversorgung von Hochhäusern ausführlich beschrieben. Leider kommt hierbei die Berechnung von Feuerlöscheinrichtungen zu kurz. Diese Fragen sind aber bei der heutigen vielgeschossigen Bauweise von größerer Bedeutung.
Um so eingehender wird die Abwasserbeseitigung mit Hilfe von Wasserstrahl- und Kreiselpumpen als offene Hebeanlagen aller Systeme beschrieben. Der Verfasser gibt eine genaue Übersicht mit Anwendungsgebieten für offene und geschlossene Hebeanlagen. Als Hauptausführungsarten kommen geschlossene Hebeanlagen mit Kreiselpumpen, Druckluft-Pumpwerke als „automatisch-pneumatische" Schmutzwasser-Hebeanlagen sowie Siebkessel-Pumpwerke mit Sieb- und Sammelkessel und Sonderbauarten als Anlagekombinationen von Druckluft- beziehungsweise Siebkessel-Pumpwerken mit Kreiselpumpen in Frage. Interessant sind auch die Betriebsdaten für Wasserstrahlpumpen mit den üblichen Fördermengen von 0,6 ... 10,0 m^3/h, Angaben der erforderlichen Mindestfließdrücke sowie der erreichbaren Druckhöhen und praktischen Saughöhen.
Die Anwendung der einzelnen Ausführungsarten wird nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durch Kostengegenüberstellungen und Berechnungsbeispiele ausführlich erläutert.
Erstmalig wird auch die Berechnung von Kühlgruben und Kühlbehältern für die Abwasserbeseitigung behandelt. Die einzelnen Wassermisch- beziehungsweise Wärmeentzugsverfahren, wie sie bei Kesselhäusern, Wäschereien und so weiter angewendet werden, werden durch Formeln, Tabellen und Beispiele erklärt.
Der zweite Teil des Buches ist der Entwurfsbearbeitung und Kalkulation gewidmet. Hiervon ist die Entwurfsbearbeitung besonders erwähnenswert, da sich der Verfasser in diesem Teil mit allen vorkommenden Fragen auseinandersetzt, die auch Architekten und Ingenieure bei der Ausarbeitung der verschiedensten Projekte beachten müssen. Hier werden zeichentechnische Hinweise und DIN-Normen-Übersichten gegeben sowie Installationselemente besprochen.
Die Kalkulationsgrundlagen sind für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik unbrauchbar, da die Normen und Preise nicht unseren Vorgabezeiten entsprechen.

Knobloch

Woldemar Tetzlaff

Die praktischen Berechnungsverfahren für tonnen- und trogartige Schalen

Zweite, durchgesehene Auflage
VEB Verlag Technik, Berlin 1959
16 DM

In sieben Kapiteln wird die Berechnung von zylindrischen Schalen und Schalentragwerken nach der Faltwerkstheorie gezeigt.
Das erste Kapitel bringt eine Einleitung in das Thema (Definition, Verwendungszweck und Wirtschaftlichkeit, Form und Ansatz, momentfreie Tonnenschalen). Der Begriff des Schalentragwerkes wird auch auf die Faltwerke ausgedehnt. Gewöhnlich pflegt man aber unter einem Schalentragwerk eine Konstruktion zu verstehen, die sich aus einfach oder doppelt gekrümmten Flächen zusammensetzt und einen räumlichen Spannungszustand aufweist. Ein Faltwerk ist dagegen ein Flächentragwerk aus ebenen Flächen (Scheiben und Platten). Nach dieser Definition sind allerdings Flächentragwerke, die im Querschnitt nach der Stützlinie der Belastung ausgebildet sind, keine Schalentragwerke, da sie keinen räumlichen, sondern einen ebenen Spannungszustand besitzen.
Im zweiten Kapitel wird die Berechnung der Faltwerke nach der Membrantheorie (momentenlose Theorie) vorgeführt. Der Einfluß der Kantenmomente auf den Spannungszustand im Faltwerk wird also vernachlässigt.
Das dritte Kapitel behandelt die praktische Momententheorie nach Wlassow. Diese praktische Momententheorie hat Tetzlaff im vierten Kapitel wesentlich erweitert. Wlassow hat entlang der Kanten einen trigonometrischen Verlauf der Spannhöhen angenommen. Hierdurch werden die Randbedingungen an den Bindern auf einfachste Art erfüllt. Dies hat allerdings zur Folge, daß die Belastung in einer Fourier-Reihe analysiert werden muß. Gewöhnlich ist die Konvergenz dieser Reihe befriedigend, und es genügt die Berechnung für das erste Belastungsglied. Schwierigkeiten können aber besonders bei Einzel- und Streckenlasten auftreten, so daß sich der umfangreiche Rechenaufwand ganz erheblich vergrößert. Die unbekannten Spanngrößen entlang der Kanten sind dann für jedes Glied der Belastungsfunktion zu berechnen, und dies bedeutet jedesmal die Aufstellung eines Gleichungssystems mit mehreren Unbekannten. Tetzlaff geht nun den direkten Weg. Er ergibt sich aus der Ermittlung des tatsächlichen Verlaufes der unbekannten Spanngrößen entlang der Grate. Die Berechnung mit trigonometrischen Reihen wird ersetzt durch die mit bestimmten Werten. In jedem Fall ist daher nur ein Gleichungssystem aufzustellen und zu lösen. Sämtliche Vorzahlen dieses Gleichungssystems werden für gleichmäßig verteilte Last und für Streckenlast formelmäßig abgeleitet und in einer Tabelle zusammengestellt.

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit Erfahrungen aus der Sowjetunion. Dieses Kapitel ist besonders wichtig, da bei uns noch keine Richtlinien für Schalenkonstruktion bestehen und Erfahrungen, bedingt durch die nur im geringen Umfang zur Ausführung gekommenen Schalenbauten, auf einen kleinen Personenkreis beschränkt sind. Man findet viele Hinweise für die Wahl der Schalendicke, Randträgerabmessungen, Bewehrung und so weiter, die einen guten Anhalt bieten. Im sechsten Kapitel werden als Anhang der Stand der exakten Schalentheorie gezeigt und Schalen aus nicht homogenem Material sowie kurze Schalen und kurze Schalen mit Oberlicht behandelt.

Das siebente Kapitel bringt Berechnungsbeispiele nach der elementaren Theorie, der praktischen Momententheorie nach Wlassow, der erweiterten Momententheorie und die Berechnung einer Dachschale mit Einzellast.

Insofern, als nur die Berechnung von Schalen nach der Faltwerkstheorie gezeigt wird, ist der Titel des Buches nicht glücklich gewählt. Es ist keine Frage, daß die Faltwerkstheorie eine praktische Methode auch zur Berechnung von zylindrischen Schalentragwerken ist, die gegenüber der exakten den Vorzug des besseren Verständnisses für einen mathematisch weniger geschulten Ingenieur besitzt, und es ist auch keine Frage, daß diese Berechnungsmethode brauchbare Ergebnisse liefert, die lediglich bei den Quermomenten etwas mehr auf der sicheren Seite liegen. Allerdings sollten in einer neuen Auflage, die gewiß in guter Absicht eingeführten Bezeichnungen der Originalliteratur durch die im deutschen Schrifttum geläufigen Bezeichnungen ersetzt werden. Das Studium wird hierdurch und durch die nicht immer ganz klare Ausdrucksweise etwas erschwert, zumal die Originalarbeiten ohnehin nicht mehr allgemein zugänglich sind. Besonders wertvoll wird aber das Buch durch die Berechnungsbeispiele und die Erfahrungen, die aus der Sowjetunion mitgeteilt werden.

Gegenüber der ersten Auflage sind fast alle Druckfehler verschwunden. Es spricht für sich, wenn ein Werk mit einem derartig speziellen Thema bereits nach sechs Jahren wieder aufgelegt werden muß. Hotzler

Prof. Dr. Garbotz

Baumaschinen und Baubetrieb Band I

244 Seiten und 233 Abbildungen und Tabellen

Verlag Carl Hanser, München 1957

Die zweite Auflage dieses Buches gibt einen umfassenden Überblick über alle Baumaschinen und Bauverfahren, die der Bautechnologe zur Bildung von Mechanisierungskomplexen benötigt. Zur möglichen Industrialisierung der Bauproduktion in der DDR veranschaulicht dieses Verk den Stand der Technik im kapitalistischen Ausland und bringt in gedrängter Form die Mittel, die der planende Ingenieur zur rationellen Gestaltung des Baustellenbetriebes braucht.

Das Buch unterteilt sich in zwei Abschnitte:

A) Mensch, Maschine und Kapital im Baubetrieb

B) Die Geräte für Erd- und Felsbewegung

Im Teil A werden die Arbeitsvorbereitung und die Baustellenorganisation nach den sozialen und Rationalisierungsinteressen der privatkapitalistischen Gesellschaften im Baugewerbe geregelt. Dieser Teil ist nicht in allem als vorbildlich zu betrachten. Er wird in den Fragen zur Rationalisierung der Baustellenorganisation in den „Richtlinien für den Arbeitsvorbereiter in den VE-Betrieben der Bauindustrie in der DDR", herausgegeben vom Institut für Bauindustrie Leipzig, exakter behandelt.

Zur sozialen Betriebsgestaltung sind gemäß dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Verktätigen in der DDR keine Vergleiche möglich. Es erscheint aber zweckmäßig, o. a. Richtlinien für den Arbeitsvorbereiter zu benutzen, um an Hand aller vorhandenen Sozialisierungs- und Mechanisierungsmöglichkeiten (die Technologie und Ökonomie der Bauproduktion) für Ingenieur-Großbaustellen nicht nur für die DDR, sondern darüber hinaus auf der Grundlage der gegenseitigen Wirtschaftshilfe zwischen den Ländern der Volksdemokratie zu behandeln.

Im Teil B wird im Zusammenhang mit dem Teil A die katalogmäßige Beschreibung der international vorhandenen Geräte für Erd- und Felsbewegung entsprechend der privatkapitalistischen Struktur der marktbeherrschenden Industriebetriebe eindrucksvoll erläutert.

Die Abbildungen und Tabellen sind wertvolle Unterlagen für den planenden und studierenden Bautechnologen, die in Westdeutschland zur Zusammenstellung privatkapitalistischer Rationalisierungsinteressen der Baustellenorganisation gehören.

Die vom IfB in Leipzig herausgegebenen MEN (Maschinen-Einsatz-Normen) sind wohl übersichtlich geordnet, sollten aber ebenso auf die technischen Möglichkeiten und Wege zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sinne einer sozialistischen Bauproduktion beispielhaft eingehen.

Die vielen Abbildungen des Buches werden durch Zeichnungen ergänzt.

Das Buch schließt mit einem umfangreichen Lieferantenverzeichnis, wie es zur Zeit in der DDR noch nicht vorhanden ist.

Es wäre zu begrüßen, wenn für unsere volkseigene Bauindustrie auf der Ebene internationaler Mechanisierungs- und Produktionsmöglichkeiten ein solches Handbuch ebenfalls zur Lösung der verschiedenartigsten Bauaufgaben geschaffen würde. Schmidt

Der Kalksandstein

Schriftenreihe des Hauptverbandes Kalksandsteinindustrie e. V.

120 Seiten, 82 Abbildungen, 18 Tafeln, 1 Tabelle

Hanseatische Druckanstalt GmbH

Kalksandsteinbau

Schriftenreihe des Hauptverbandes Kalksandsteinindustrie e. V.

132 Seiten, 112 Abbildungen, 10 Tafeln

Hanseatische Druckanstalt GmbH

Der Band „Der Kalksandstein" erschien erstmalig im Jahre 1954; nunmehr wurde bereits die dritte überarbeitete Auflage vorgelegt.

Nach einem kurzen Überblick über den Entwicklungsweg, die Rezeptur und das Herstellungsverfahren des Kalksandsteins folgt eine ausführliche tabellarische Übersicht über „Arten und Formate" mit allen für die Baupraxis wichtigen technischen Daten. Des weiteren werden die physikalischen Eigenschaften des Kalksandsteins und seine bauphysikalischen Aufgaben im Mauerwerk eingehend behandelt.

An Hand von Bildmaterial werden die Anwendungsmöglichkeiten von Kalksandsteinen im Wohnungs-, Kultur- und Industriebau sowie im landwirtschaftlichen Bauen eindrucksvoll veranschaulicht. Die Abbildungen sind zugleich Beispiele für die architektonischen Möglichkeiten für Fassadengestaltung bei Verwendung von Kalksandstein-Sichtmauerwerk.

Der kürzlich in der gleichen Schriftenreihe erschienene Band „Kalksandsteinbau" ist in Form und Aufbau dem Band „Der Kalksandstein" sehr ähnlich. In diesem Band wird stärker auf die Fragen der Verarbeitung und Anwendung eingegangen. Die Güteüberwachung, die Verladung, die Transporttarife, die Lagerung an der Baustelle, der Stein- und Mörtelbedarf im Mauerwerk sowie die Auswahl der verschiedenen Arten und Formate unter Berücksichtigung aller statischen und bauphysikalischen Forderungen an das Mauerwerk werden ausführlich behandelt. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der Verbände im Sichtmauerwerk aus Kalksandstein ein. An Hand zahlreicher, zum Teil farbiger Aufnahmen von Bauten aus allen Bereichen des Hochbaus werden die architektonischen Möglichkeiten der Anwendung von farbigem Kalksandstein als Sichtmauerwerk aufgezeigt. Schulz

Dr.-Ing. Rudolf Westmeyer

Stadtstraßenbau

244 Seiten mit 341 Abbildungen

Georg-Westermann-Verlag, Braunschweig

Leinen 19,80 DM

Das vorliegende Werk wurde durch Bereitstellung von Unterlagen von mehreren Stadtverwaltungen, Baufirmen und der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen mit umfangreichem Bildmaterial ausgestattet. Bei sorgfältiger Gliederung werden in neun Hauptabschnitten alle Fragen des städtischen Straßenbaus gut verständlich und in gedrängter Form erläutert. Die ersten drei Abschnitte befassen sich im wesentlichen mit Grundsätzen der Planung. Von der Funktion der Straßen wird die Netzbildung bis zur Linienführung behandelt. Auch die Querschnittsgestaltung ist ausführlich erläutert. Verkehrliche und städtebauliche Vor- und Nachteile werden erwähnt und gegeneinander abgewogen. Ästhetische Gesichtspunkte für Linienführung und Eingliederung von Kunstbauten sind berücksichtigt. Besonders ist der Verfasser auf die Bedeutung von Bepflanzung und Grünanlagen im Verkehrsraum eingegangen.

Der vierte Hauptabschnitt behandelt sehr ausführlich die Decken. Ausgehend von der Wahl der Befestigungsarten unter verschiedenen Bedingungen und Gesichtspunkten werden sämtliche Deckenarten gründlich behandelt. Es fehlen lediglich die in der Deutschen Demokratischen Republik üblichen Bindemittel für Schwarzdecken, die dem Verfasser jedoch nicht bekannt sein dürften. Besonders wird der Rationalisierung durch weitgehende Mechanisierung des Baubetriebes Rechnung getragen, wodurch bei erheblicher Steigerung der Baukapazität eine Kostensenkung ermöglicht wird. Die Behandlung der Betonstraßen ist allerdings etwas knapp ausgefallen und das neuste Verfahren der vorgespannten Platten nur kurz erwähnt. Jedoch bedarf dieses umfangreiche Problem einer Ausführlichkeit, die wohl über den Rahmen des vorliegenden Werkes hinausgehen dürfte.

Des weiteren werden die Anlagen der öffentlichen Nahverkehrsmittel behandelt. Neben Fragen der Linienführung werden vom Verfasser wieder besonders die Fragen der Bauausführung besprochen. Im gleichen Hauptabschnitt wird auch auf die Anlagen des unterirdischen Straßenraumes eingegangen. Ein weiterer Hauptabschnitt befaßt sich mit Straßenausrüstungen und Zubehör, worunter die Leiteinrichtungen, Verkehrszeichen, Beleuchtungseinrichtungen und die Verkehrsregelung zusammengefaßt sind. Im folgenden wird ein Überblick über Geräte und Maschinen des Straßenbaus sowie über Aufbereitungsanlagen für Straßenbaumaterial gegeben.

Der vorletzte Abschnitt gibt einen Überblick über verschiedene Verkehrsprobleme. Von der Netzgestaltung bis zur Ausbildung von Knotenpunkten werden durch Planungsbeispiele sowie Abbildungen bereits ausgeführter Bauten Anregungen zu modernen und leistungsfähigen Verkehrslösungen gegeben.

Verwaltungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen für den städtischen Straßenbau werden schließlich im letzten Hauptabschnitt aufgeführt und die aus ihnen resultierenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten im gegenseitigen Wechselspiel aufgezeigt. Da jedoch im Wegerecht und in der Verkehrsgesetzgebung in der Deutschen Demokratischen Republik zum Teil bereits neue Gesetze in Kraft getreten sind, gelten die meist noch in der Bundesrepublik geltenden alten Reichsgesetze nicht mehr in unserer neuen Gesellschaftsordnung.

Im ganzen gesehen gibt das vorliegende Werk dem Städtebauer und Architekten einen guten Einblick in die Probleme des Straßenbaus, und dem Straßen- und Tiefbauingenieur beziehungsweise Techniker werden die Fragen des Städtebaus und der Gestaltung nähergebracht. Als Leitfaden und Nachschlagewerk kann dieses Buch allen interessierten Kollegen zur schnellen Unterrichtung dienen. Vollenweider

Heinz Füssler — Heinrich Wichmann

Das Alte Rathaus zu Leipzig

184 Seiten, 120 Abbildungen

Henschelverlag Kunst und Gesellschaft, Berlin

Ganzleinen 20 DM

Das mit Unterstützung der Deutschen Bauakademie, Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst, erschienene Werk ist eine Würdigung des bekanntesten historischen Gebäudes Leipzigs: des Alten Rathauses. Als Verfasser zeichnen Dr. phil. H. Füssler und Dr. phil. J. Wichmann. Außerdem sind unter anderem Professor Dr. phil. J. Jahn mit einem kunstgeschichtlichen Beitrag, Professor J. Widmann mit dem größten Teil der fotografischen Aufnahmen und Dr. phil. E. Müller mit der Darlegung der älteren Topographie Leipzigs beteiligt. Es ist besonders erfreulich, daß sich das Werk nicht auf die reine Baugeschichte des Rathauses beschränkt, sondern das Bauwerk im Zusammenhang mit der historisch städtebaulichen Entwicklung der Stadt Leipzig zeigt. Bei der Darlegung der verschiedenen Funktionen des Rathauses im Wandel der Jahrhunderte werden in interessanter Weise die politische Geschichte und die wechselvollen Geschicke der Stadt berührt.

Nach einem kurzen Vorwort ersteht vor unseren Augen das alte Leipzig des 13. bis 15. Jahrhunderts. Wir durchstreifen die vier mittelalterlichen Stadtviertel und stehen schließlich auf dem Markplatz, um den ältesten Standort eines Rathauses aufzuspüren. An der Stelle, wo sich heute das Alte Rathaus erhebt, stand ein spätromanischer oder frühgotischer Bau, eine „Kaufhalle", diese erfuhr Ende des 13. oder Anfang des 14. Jahrhunderts eine Verbreiterung und Verlängerung. Um 1480 wurde das Gebäude umgebaut und diente der Stadt von dieser Zeit an als Rathaus im spätgotischen Stil. Der umfangreiche Um- und Erweiterungsbau, der von 1556 bis 1558 vom Bürgermeister und Baumeister Hieronymus Lotter durchgeführt wurde, steht schließlich als vorzügliches Beispiel der deutschen Renaissance-Baukunst vor uns.

Das Buch führt uns weiter durch die Jahrhunderte, macht auf Anbauten und Renovierungen am Gebäude aufmerksam und läßt endlich die Diskussionen in den Rats- und Stadtverordneten-Sitzungen über den Abbruch des Gebäudes zwischen 1891 und 1905 lebendig werden. Das Alte Rathaus blieb glücklicherweise erhalten, nicht zuletzt durch die Unterstützung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Heinrich Lange — eines Freundes von August Bebel —, dessen damalige Worte uns noch heute aus dem Herzen gesprochen sind. Die in den Jahren 1906 bis 1908 folgende Erneuerung gehört zu den besten Beispielen der Denkmalpflege in Deutschland. Von dieser Zeit an ist das Alte Rathaus stadtgeschichtliches Museum. Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hinterließ auch an diesem Gebäude empfindliche Spuren, es brannte zum Teil aus.

Aber schon 1946 wurde vom Rat der Stadt der Beschluß zum Wiederaufbau gefaßt und sofort mit den Arbeiten begonnen.

Zur 400-Jahrfeier im Jahre 1956 wurde das Alte Rathaus innen und außen vollkommen wiederhergestellt — ein leuchtendes Zeichen für den Willen der neuen gesellschaftlichen Kräfte, neben den Aufbau unserer Industrie-, Wohn- und Kulturbauten unsere Kulturdenkmäler zu erhalten und zu pflegen.

Jeder, der das Alte Rathaus in Leipzig kennt und als Baudenkmal schätzt, besonders aber der Architekt und Bauschaffende, wird das Werk mit Begeisterung studieren. Es ist interessant, die geschichtliche Entwicklung des Gebäudes zum Teil aus alten Rechnungsbüchern und anderen Urkunden und Dokumenten der Stadt belegt zu sehen und auf Funde, wie zum Beispiel das Biforienfenster aus dem 13. Jahrhundert, aufmerksam gemacht zu werden. Freudig nimmt man die Schilderungen über den glücklichen Ausgang der Kämpfe um die Erhaltung des Gebäudes auf, zumal man sich kaum wünschen möchte, daß ein Bauwerk nach dem Umbauentwurf von Johann Gottfried Huhn oder nach dem Neubauentwurf von Hugo Licht an Stelle des Alten Rathauses stünde.

Neben den Männern, die in den Jahren 1904 bis 1905 für die Erhaltung eintraten, stehen diejenigen, die im Frühjahr 1946 den Wiederaufbau des Alten Rathauses begannen. Ihre Leistungen sollten den Architekten und Bauschaffenden Ansporn sein, auf dem Gebiete der Denkmalpflege beziehungsweise bei der Erhaltung wertvoller historischer Gebäude tatkräftig mitzuhelfen.

Das reichhaltige Bildmaterial, zum Teil Zeichnungen, alte Stiche, Lithographien und sehr gute Fotos, vervollständigen das Werk in schönster Weise. Es ist nur bedauerlich, daß die Wiedergabe der Fotos nicht die allerbeste Qualität aufweist. Eine erfreuliche Ergänzung sind die Übersichtstafeln zu Hieronymus Lotters Werdegang, zur Baugeschichte des Alten Rathauses und zur Gestaltung des Großen Saales. Alfred Rämmler

L. Gerö

Baudenkmäler

426 Seiten, 411 Abbildungen

Technischer Verlag, Budapest 1959

25,50 DM

Dieses Buch über die Erschließung, Restaurierung und den Schutz von Baudenkmälern ist nicht nur für den Architekten, sondern auch für einen breiteren Leserkreis von Interesse.

Nach einer kurzen Klärung des Begriffes „Baudenkmalschutz" werden Fragen der Wertung von Denkmälern in der sozialistischen Kultur sowie die

erfolgreichsten Methoden des Denkmalschutzes gestreift.

Es wird gezeigt, daß die Anfänge des Baudenkmalschutzes in die Zeit vor 2000 Jahren zurückreichen. Nach einigen Hinweisen auf die wichtigsten internationalen Gesetze sowie auf die Maßnahmen im Mittelalter, im 18. und 19. Jahrhundert werden die Entwicklung des ungarischen Denkmalschutzes und die ersten Restaurierungsarbeiten geschildert, wobei auch Fälle angeführt werden, in denen gesundes Volksempfinden in der Vergangenheit die von oben angeordnete Vernichtung von wertvollen Denkmälern verhinderte. Aus früherer Zeit werden Beispiele von gewissenhaften, aber auch von zu sehr vereinfachenden Rekonstruktionen gegeben.

In weiteren Kapiteln werden die Ursachen der Vernichtung und Bewahrung von Baudenkmälern behandelt, außerdem der neuzeitliche Denkmalschutz, der behördliche Schutz, die vorbereitenden Arbeiten des Denkmalschutzes, die häufigsten Aufgaben und die technischen Aufgaben des Baudenkmalschutzes.

Das neue, großzügige und nach den modernsten Gesichtspunkten verfaßte ungarische Denkmalschutzgesetz gewährleistet die gewissenhafte und künstlerische Rekonstruktion von Denkmälern, die uns aus der Vergangenheit verblieben sind.

Zahlreiche gute Abbildungen veranschaulichen eindrucksvoll die größeren und kleineren Maßnahmen, die zur harmonischen Gestaltung des Städtebildes beitragen können. Auf den Seiten 236 bis 237 und auf der Seite 240 zeigen unter anderem Gegenüberstellungen, inwiefern schon einfache Maßnahmen genügen, um die ursprüngliche Harmonie und Form wiederherzustellen.

In den letzten beiden Abschnitten werden interessante Beispiele ausländischer und ungarischer Wiederherstellungsarbeiten angeführt.

Karl Wittmann

An unsere Leser

Die Redaktion benötigt Literatur über Fensterkonstruktionen aus der Zeit von der Romanik bis etwa 1900.

Wir bitten diejenigen Leser, die uns hierüber Angaben machen können, ihre Zuschriften an uns zu richten.

Die Redaktion

AUS DEM BDA UND SEINEN BEZIRKSGRUPPEN

Wir gratulieren

Architekt BDA Horst Merkel, Leipzig
1. 11. 1899, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Max Müller, Potsdam
7. 11. 1889, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Fricke, Erfurt
7. 11. 1909, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Professor Kurt Magritz, Berlin
13. 11. 1909, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Emil Hinsche, Magdeburg
15. 11. 1904, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Martin Buchsteiner, Rostock
15. 11. 1909, zum 50. Geburtstag

Berlin

Bundesvorstandsitzung in Hoyerswerda

Der Bundesvorstand des Bundes Deutscher Architekten tagte am 19. und 20. Juni 1959 in Hoyerswerda.

Am ersten Tage sprach Professor Richard Paulick über den Bau von Hoyerswerda. Er führte aus, daß bei einem Vergleich zwischen Stalinstadt und Hoyerswerda unbedingt ein Fortschritt zu verzeichnen sei. Der Aufbau Hoyerswerdas stelle einen Versuch dar, die Beschlüsse der 1., 2. und 3. Baukonferenz zu verwirklichen. Professor Paulick sagte, daß die Industrialisierung des Bauens gleichbedeutend sein müsse mit der Steigerung der Qualität. Neue Gestaltungsmittel müßten unbedingt entwickelt werden, denn der Architekt solle nicht nur Gestalter von Industrieprojekten sein. Der Architekt müsse das industrielle Bauen beherrschen lernen. Auch in Hoyerswerda sei ebenso wie in Stalinstadt die Gefahr sehr groß, die Gesamtplanung und vor allen Dingen die Nachfolgeeinrichtungen stark zu überdimensionieren.

Auch hier ergaben Diskussionen mit den Werktätigen wertvolle Hinweise, wodurch viele Dinge auf eine reale Basis zurückgeführt werden konnten. An Hand von ausgiebigem Zahlenmaterial wies Professor Paulick die Rentabilität der Großplattenbauweise nach. So kostet eine Zweieinhalbzimmerwohnung im Großblockbau 22000 DM, im Großplattenbau einschließlich Loggia und Kücheneinrichtung 18500 DM. Hierin sind 1800 DM je Wohnungseinheit für die Amortisation des Werkes enthalten. Durch weitere Verbesserungen sollen die Kosten für diese Zweieinhalbzimmerwohnung auf 17000 DM gesenkt werden. Professor Paulick führte weiter aus, daß es im Großplattenbau besonders darauf ankomme,

1. die arbeitsaufwendigen Prozesse zu ersetzen,
2. die Dauer derartiger Prozesse zu reduzieren,
3. solche Arbeitsprozesse auszuschließen, die den Taktablauf verlangsamen.

Professor Paulick betonte, daß besonders bei der Großplattenbauweise als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine flüssige Bauabwicklung die unbedingte Maßhaltigkeit gefordert werden muß. Er führte ferner aus, daß es darauf ankomme, die richtigen Entwicklungstendenzen zu erkennen. Wenn wir ab 1960 mit der gleichen Anzahl von Arbeitskräften, mit denen wir vor zwei Jahren nur 30000 Wohnungseinheiten bauten, 100000 Wohnungseinheiten bauen wollen, so kommt der Steigerung der Arbeitsproduktivität überragende Bedeutung zu.

Zu den Einwänden, die in der Diskussion vorgebracht wurden, erklärte Professor Paulick, daß ein Grundübel in der falschen Auffassung des Begriffes „Komplexe Planung" zu suchen sei. Im VEB Hochbauprojektierung (Z) hätte man die komplexe Planung dadurch „lösen" wollen, daß man jeder Brigade und jeder Gruppe im Betrieb Projekte zuteilte. Die Projektierung unter einem Dach habe man für „Komplexität" gehalten.

Am zweiten Sitzungstag sprach Professor Hopp über die Schlußfolgerungen aus der 3. Baukonferenz für die Tätigkeit des Bundes Deutscher Architekten und betonte, daß die Lösung der wichtigen Aufgaben ein kühnes Herangehen an die Weiterentwicklung unserer Architektur und des Städtebaus erfordere. Sie bietet den Architekten und Städtebauern ein weites Feld für die Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte. Die wichtigste Aufgabe für den Bund Deutscher Architekten sei dabei, die politische und fachliche Weiterbildung seiner Mitglieder in den Betriebssektionen und Bezirksgruppen zu unterstützen.

Auf dem Forum mit den Bauarbeitern ging Professor Paulick nochmals auf einige wichtige Fragen des Aufbaus von Hoyerswerda ein. Er betonte, daß es auf Grund der raschen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft unbedingt notwendig sei, die schon so oft gestellte Forderung — schneller, besser und billiger zu bauen — zu realisieren.

In der Diskussion kritisierten die Bauarbeiter bestehende Mängel; dabei brachten sie zum Ausdruck, daß diese durch gemeinsame Arbeit zu beheben sind. Verschiedene Diskussionsredner, darunter auch Frauen, berichteten, daß die Werktätigen mit den Neubauten zufrieden seien, und daß diese allen Ansprüchen genügen.

Mehrere Architekten betonten nochmals, wie wichtig es sei, mit den Bauarbeitern zusammenzuarbeiten, und es wurde auch der Wunsch geäußert, daß die Bauarbeiter in die Projektierungsbüros kommen mögen, um mit den Architekten am Reißbrett zu diskutieren.

Dresden

Die Perspektive der Stadt Dresden bis 1965

Am 26. Mai 1959 fand im Kulturraum des Rathauses eine erweiterte Sitzung des Arbeitskreises „Städtebau" statt, die vom Kollegen Wächter im Namen der Arbeitskreisleitung eröffnet wurde.

Kollege Röthig gab die Planungsabsichten für den zentralen Bezirk der Stadt bis 1961 bekannt.

Über die Perspektive des Siebenjahrplanes für das gesamte Stadtgebiet referierte Kollege Berndt.

Zur Verdeutlichung der Ausführungen waren eine Gesamtübersicht im Maßstab 1 : 5000 sowie einzelne Teilbebauungspläne ausgehängt.

Es ist geplant, bis 1961 rund 3000 Wohnungseinheiten in zwei Wohnkomplexen mit den nötigen Nachfolgeeinrichtungen zu errichten, die durch den neuen Straßenzug, der vom Dippoldiswaldaer Platz über die neue Falkenbrücke zur Chemnitzer Straße führt, begrenzt werden.

Die Seevorstadt Ost bekommt ein Feierabendheim, an der Bürgerwiese wird ein achtgeschossiges Gebäude errichtet, und entlang der Christianstraße sollen drei Studentenwohnheime für die Technische Hochschule gebaut werden.

Die Seevorstadt Ost erhält ferner noch eine Mittelschule, einen Kindergarten und eine Kinderkrippe.

Schwierigkeiten bereiten die noch nachzuholenden Straßenbauarbeiten.

Ein weiterer Wohnkomplex und Wohngebäude zur Abrundung der Bebauung der Grunaer Straße sollen 1960/61 in der Pirnaischen Vorstadt zwischen Grunaer Straße und Pillnitzer Straße entstehen.

An der Pillnitzer Straße sind ein Verwaltungsbau, eine Mittelschule (bereits im Bau) sowie ein Kindergarten und eine Kinderkrippe vorgesehen. Hier entsteht ein ganz neues Gebiet; einem Wohnkomplex werden sämtliche Nachfolgeeinrichtungen in zusammengefaßter Form am Rathenauplatz beigegeben.

Zwei sechs- bis achtgeschossige Wohnblocks sind für Einraumwohnungen vorgesehen. Garagen finden ebenfalls Berücksichtigung. Für 1963 ist im Plan die Fertigstellung der Stadtheizung als Trasse vom Heizwerk durch die Plauensche Gasse zum Pirnaischen Platz bis zur Johannstraße vorgesehen. Es soll vorübergehend durch drei Inselheizwerke geheizt werden.

Ein weiterer Wohnkomplex entsteht in der Wilsdruffer Vorstadt, begrenzt von der neuen Freiberger Straße bis zur Ostra Allee.

Das Gebiet um den Bahnhof Mitte ist für die Unterbringung von Gewerbebetrieben freigehalten.

Beim Aufbau des Gebietes Johannstadt Nord (Sachsenplatz, Gerokstraße, Käthe-Kollwitz-Ufer bis zur Arnoldstraße) werden rund 1000 Wohnungseinheiten neu errichtet. Ein Komplexzentrum von Nachfolgeeinrichtungen ist am Sachsenplatz gegenüber der Akademie vorgesehen.

1900 Wohnungseinheiten werden bei Abrundung des Wohngebietes in Striesen und Johannstadt bis zur Canalettostraße neu geschaffen.

So wird bis 1961/62 der Anschluß der Bebauung bis an das innerstädtische Gebiet und damit an das Zentrum erreicht sein.

Kollege Berndt bemerkte zum Wohnungsbau bis 1965, daß die Perspektive des Siebenjahrplanes verlangt, für 23000 zu bauende Wohnungen in und um Dresden die Standorte festzulegen. So wurden in den letzten Tagen und Wochen vom Stadtbauamt Gebiete ausgesucht, die sich für Erweiterungen und Neuerschließungen eignen. Es wurde dabei festgestellt, daß im Stadtgebiet etwa 27000 Wohnungen gebaut werden können, wobei durch Anschluß an das bestehende Verkehrsnetz und die vorhandenen Nachfolgeeinrichtungen nur geringe Erschließungskosten entstehen.

Innerhalb der Stadtgrenze wurde ein Anschluß an die bestehenden Wohnkomplexe gesucht.

Um den Forderungen der Bauindustrie gerecht zu werden, mußten Standorte für möglichst große Wohnkomplexe für 5000 bis 6000 Einwohner ausgewiesen werden.

Es kommen für den Aufbau die Gebiete Gruna (Abrundungen und Lückenfüllungen), Reick (Erweiterungen von Wohnkomplexen), Strehlen (Anschluß von 2000 Wohnungseinheiten an einen bestehenden Wohnkomplex), Reichenbachstraße, Südvorstadt und Coschütz (Abrundungen mit rund 700 Wohnungen) in Frage.

Im Stadtbezirk Ost (im Gebiet der Dohnaer Straße und Windmühlenstraße nach Niedersedlitz zu) sind auf Grund der dortigen Geländesituation und der vorhandenen Industrieflächen starke Erweiterungen vorgesehen.

Größere Erweiterungen mit etwa 1300 Wohnungseinheiten sind in Leuben sowie in Laubegast im Anschluß an die Bebauung der dortigen Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft mit der Möglichkeit, an ein bestehendes Heizwerk 250 Wohnungen anschließen zu können, vorgesehen; in Zschachwitz 1400 bis 1500 Wohnungseinheiten, in Zschieren mit dem unteren Teil von Kleinzschachwitz rund 2200 Wohnungseinheiten, im Stadtbezirk Ost, Johannstadt Nord 1700 bis 1800 Wohnungseinheiten, Abrundungen im Gebiet des Lene-Glatzer-Platzes (zwischen Carlowitz Straße, Stübel-Allee, Bergmann-, Borsbergstraße und Schandauer Straße) rund 1000 Wohnungseinheiten, Erweiterungen in Tolkewitz 300 Wohnungseinheiten sowie im Gebiet um die Altenberger Straße 500 Wohnungseinheiten.

Im Stadtbezirk West sind Erweiterungen im Gebiet Dölzschen, in den Straßenzügen Grenzallee, Altlöbtau (hier mit Sanierungen und Bereinigung von Gewerberäumen) geplant.

Ein größerer Komplex soll im Gebiet Gottfried-Keller-Straße — Grillparzer Straße auf landwirtschaftlich genutzten Flächen entstehen mit rund 1500 Wohnungseinheiten. In Briesnitz werden mit Abrundungen etwa 400 Wohnungseinheiten gebaut.

Für den Stadtbezirk Nord (Lommatzscher Straße — bei den Bauten der Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaft TRARÖ — und in Trachau) sind rund 700 Wohnungseinheiten geplant.

In Klotzsche (Karl-Marx-Straße, Stalinstraße und Stalin Platz) sind 1300 Wohnungseinheiten vorgesehen.

Hier bestehen allerdings die Voraussetzungen zum Beginn des Baues erst, wenn die Frage der Trinkwasserbereitstellung geklärt ist, das wird nicht vor 1964 sein.

Eine Aufgliederung in einzelne, in den kommenden Jahren zur Ausführung kommende Bauabschnitte mit Klärung der Mittelbereitstellung ist mit den entsprechenden Institutionen inzwischen durchgesprochen worden, wobei die Gebiete mit den niedrigsten Erschließungskosten vorgezogen wurden.

Von 1959 bis 1965 sollen insgesamt 30750 Wohnungseinheiten errichtet werden; damit wäre der Wohnungsmangel in Dresden beseitigt und die vorgesehenen 550000 Einwohner mit Wohnraum versorgt.

Auf dem Gebiete der Volksbildung sind vorgesehen:

zehn 20-Klassen-Schulen, davon fünf im zentralen Bezirk und je eine für die

Aufbaugebiete Schweriner Straße, Seevorstadt Ost, Seevorstadt West, Pillnitzer Vorstadt und für die Neustadt. Die Ausweisung weiterer Schulen richtet sich nach der jeweiligen Situation und den Größen der hinzukommenden Wohnkomplexe. Hierzu bedarf es noch einer Absprache mit dem Ministerium für Volksbildung; man rechnet mit etwa fünf weiteren Schulen.

Zwölf Kindergärten sind vorgesehen, fünf im zentralen Bezirk und die übrigen an den übrigen Schwerpunkten.

Zehn Kinderkrippen sollen gebaut werden. Die Einteilung soll so vorgenommen werden, daß jährlich immer zwei bis drei im Bau sind oder stufenweise fertiggestellt werden.

Als weitere Nachfolgeeinrichtungen sind Handwerkerhöfe geplant, und zwar sieben im Zentralen Bezirk und einige in Striesen sowie in der Südvorstadt.

Der Bau von Komplexwäschereien und Garagen für etwa 2000 Einstellplätze wurde ebenfalls eingeplant. Man ist sich darüber im klaren, daß bei dem jährlich steigenden Motorisierungsgrad weit mehr Garagen benötigt werden.

Gesamtstädtische Bauten im Siebenjahrplan

Hierzu gehören der Aufbau des Taschenbergpalais, des Kurländerpalais, des Landhauses, des Gewandhauses, der Bau eines Feierabendheimes in der Seevorstadt Ost mit 400 Betten und verschiedene Industrieanlagen, die für die Stadt von Bedeutung sind, eine Großwäscherei, ein Speicher, die Erweiterung von Krankenhausbauten sowie der Bau eines Warenhauses am Postplatz gegenüber dem ehemaligen Kundehaus, der Bau des Hotels am Altmarkt, des Kulturhauses, die Erweiterung des Warenhauses an der Ernst-Thälmann-Straße sowie der Bau von mehreren Gaststätten und zwei Kinos, der Wiederaufbau des Güntzbades mit Wiedereinrichtung einer Stadtambulanz im Güntzbad, der Ausbau des Ausstellungsgeländes gegenüber der Grunaer Straße bis zum Hygiene-Museum, der Aufbau einer Kindersportschule und verschiedene Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrs, wie Brückenbauten, Ausbau von Straßen sowie Neuanlegung von Straßen des innerstädtischen Netzes, Klärung der Verkehrssituation an der Königsbrücker Straße, Beseitigung der Unfallquellen (zum Beispiel des eingleisigen Verkehrs der Straßenbahn in Leuben), Beginn des Aufbaus der Oper, Weiterbau am Zwinger, Bau eines neuen Heizkraftwerkes im Gelände der Nossener Bücke in Verlängerung der Nürnberger Straße, Wiederaufbau der Nossener Brücke und Fertigstellung des Rathauses bis 1961.

Der Plan zur Unterbringung der Industrie wird zur Zeit noch von der Plankommission im Rahmen der Rekonstruktion der örtlichen und volkseigenen Betriebe überarbeitet.

Folgende Punkte wurden in der Diskussion erörtert:

Eine vier- bis fünfgeschossige Bebauung in den Randgebieten der Stadt, zum Beispiel in Zschieren sowie in der Elbaue, wird als problematisch angesehen. Es wird vorgeschlagen, daß in dem vorhandenen Stadtmodell die geplanten Baumassen in der vorgesehenen Höhe eingesetzt werden, damit man erkennen kann, ob die nötige Freihaltung der Elbaue erreicht wird und in den Randgebieten keine Zerstörung der Landschaft eintritt.

Die Frage nach dem reinen Wohnbauland in ha im zentralen Bezirk wurde dahingehend beantwortet, daß rund 400 bis 420 ha in Frage kommen und in der Pirnaischen Vorstadt sogar 430 ha. Der Weiterbau an der Verkehrshochschule wurde diskutiert. Nach Aussagen der Kollegen vom Stadtbauamt ist mit dem Weiterbau der vorgesehenen Konzeption zu rechnen, und zwar des 40 m hohen, mit Kacheln verkleideten Mittelbaus und des nördlichen Kopfbaus. Die ganze Baumasse soll allerdings durch niedrige Anbauten gemildert werden. Das Gelände bis zur Uhlandstraße wird für Bauten der Verkehrshochschule genutzt.

Nach Ansicht Dr. Baers ist das Problem der Unterbringung der jetzigen Oberschulen im Übergangsstadium noch zu wenig berücksichtigt, zum Beispiel verursacht die Verlegung der Kreuzschule nach der Dornblüthstraße für viele Kinder unnötig weite Schulwege.

Es wurde die Frage gestellt, welche Maßnahmen zur Erhaltung der Altbausubstanz geplant sind, da der Ausfall erhaltenswerter Wohnungen einen Teil des Neuzuwachses von Wohnungen absorbiert. Es ist vorgesehen, jährlich zur Erhaltung von rund 600 im Verfall begriffener Altbauwohnungen Mittel bereitzustellen.

Es wurde bemerkt, daß es unbedingt erforderlich sei, 10 Prozent des Neubauwertes vom Neubausektor ebenfalls im Reparaturplan mit aufzunehmen.

Weiter wurde angeregt, zum Bebauungsplan und den Nebenplänen einen Plan mit strukturellen Untersuchungen über die gesamte Stadt zu erarbeiten, aus dem ersichtlich ist, welche Gebiete in der Perspektive welche Einwohnerzahl gegenüber der jetzigen Situation aufnehmen, wobei die für die Sanierung vorgesehenen Gebiete bezüglich Verminderung der Einwohnerzahl Berücksichtigung finden müßten, damit abgeschätzt werden kann, welche Mittel für welche Investitionsmaßnahmen vertretbar sind.

Dr. Baer warf das Problem der Bereinigung der Dresdner Altstadt von Gewerbebetrieben in die Debatte und schlug vor, daß man in dem für Industriebetriebe ausgewiesenen Gebiet — etwa in Friedrichstadt — durch Vorfinanzierungen Appartements schafft, die man an diese Industriebetriebe vermietet.

Die Frage nach einer gesunden Perspektive für die Industriegebiete im Westen von Dresden konnte noch nicht beantwortet werden, da die Diskussion mit der Reichsbahn darüber noch nicht abgeschlossen ist. Die Reichsbahn hat sich bisher auch noch zu keinen Festlegungen bezüglich der Bahnbetriebswerke bereitgefunden, sie wäre mit der Elektrifizierung des Sächsischen Dreiecks bis 1965 ausreichend ausgelastet und habe für andere Aufgaben zur Zeit keine Kräfte frei.

Dieser Zustand wurde von den Kollegen der Bezirksgruppe stark kritisiert, und es wurde verlangt, daß die Reichsbahn unbedingt eine Perspektive erarbeitet, der die Stadtplanung entnehmen kann, welche Gebiete in den Jahren nach 1965 zur Verfügung stehen.

Da bei Behandlung der gesamtstädtischen Bauten unter den zu erhaltenden historischen Objekten die Sophienkirche nicht erwähnt worden war, wurde nach den für dieses Objekt bestehenden Absichten gefragt.

Es wurde von seiten der Kollegen der Stadtplanung berichtet, daß ein öffentlicher Ratsbeschluß vom April vorliege, wonach die Kirche abgetragen werden soll.

Von einigen Kollegen des Bundes Deutscher Architekten wurde vor der beabsichtigten Abtragung gewarnt, da dieses Bauwerk mit seiner Doppelturmfront an seinem Standort einen vertikalen Akzent für die Silhouette der Stadt abgibt und zum anderen maßstabgebend für den Zwinger und das Taschenbergpalais ist.

Nach Ansicht der Kollegen soll diese Bausubstanz als Masse so lange erhalten bleiben, bis man sich darüber im klaren ist, wie man sie durch etwas Gleichwertiges besser ersetzen kann. Dr. Baer machte darauf aufmerksam, welche ungeheure Verantwortung die Architekten Dresdens für die Zukunft, auch hinsichtlich des anwachsenden Fremdenverkehrs, zu tragen haben und auf sich nehmen, wenn sie zusehen, wie ein historisches Gebäude nach dem anderen dem Abbruch anheimgegeben wird. Er verwies dabei auf den Elbspeicher und die Jenydze, die wirklich des Abtragens wert wären, aber ihre Daseinsberechtigung durch nachgewiesene Wirtschaftlichkeit bestätigen. Dresden hat viel verloren und müßte eigentlich mit den Resten haushälterischer verfahren.

Dr. Baer stellte den Antrag, in die städtebauliche Perspektive des Siebenjahrplanes die Abrundung des Gebietes um das Schloß, die Substanzerhaltung der Gebäudemassen an der Elbfront sowie die Schaffung eines Überganges vom Zwinger zum Postplatz mit Lösung der Akzentfrage aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang berichtete er von einer unter Professor Wiel als Diplomarbeit ausgeführten Überarbeitung des Taschenbergpalais als Studentenheim und Touristenhotel.

Dr. Baer stellte weiterhin fest, daß es keinesfalls richtig sei, wenn über architektonische Hauptbelange der Stadt Entscheidungen getroffen werden, ohne daß die Bezirksgruppe Dresden zu den Vorberatungen zugezogen wird. In seiner Eigenschaft als Stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe verwahrte er sich dagegen, daß die Kollegen der Bezirksgruppe erst dann von Maßnahmen unterrichtet werden, wenn sie beschlossene Tatsache und nicht mehr zu ändern sind.

Er könnte sich vorstellen, daß zur Entlastung der Kollegen der Stadtplanung verschiedene Probleme ehrenamtlich von den Kollegen der Arbeitskreise mit gelöst werden, wenn sie rechtzeitig dazu herangezogen würden. Der Arbeitskreis „Bauten der Gesellschaft" hat schon oft seine Mitarbeit angeboten.

Kollege Hunger berichtete, daß in der Kommission „Gestaltung des Zentrums" unter Hinzuziehung von Vertretern des Rates der Stadt, der Hochschule, des Entwurfsbüros sowie von Professor Liebknecht und Professor Collein diese Dinge beraten worden sind. Sämtliche Massenorganisationen wären ebenfalls in den Sitzungen vertreten gewesen, wo die Vorschläge für das Zentrum beraten worden sind, so daß man nicht davon sprechen könne, daß diese Dinge allein vom Stadtbauamt ausgehandelt worden wären.

Es wurde daran erinnert, daß schon einmal ein Beschluß zum Abbruch der Oper herbeigeführt werden sollte, der dann auf Grund von Einwänden aus Fachkreisen in eine vorläufige Sicherung der Substanz umgewandelt werden mußte, ähnlich wäre es auch bei der Sempergalerie gewesen.

Kollege Konrad wies darauf hin, daß die Verkehrslage am Postplatz zu einer Neugestaltung zwänge, und daß der Maßstab der siebengeschossigen Bauten am Postplatz den der Sophienkirche aufhebt und auch den für die Kirche nötigen Abstand verringert. Es wird eine Synthese zwischen neuer und alter Bebauung, die an dieser Stelle so eng aufeinandertreffen, gefunden werden müssen.

Dr. Baer äußerte die Meinung, daß über das Problem — in welcher Form kann hier ein Äquivalent als Abschluß des Postplatzes gefunden werden — eine grundsätzliche Diskussion im Rahmen des Bundes Deutscher Architekten stattfinden müßte; noch besser wäre allerdings eine Wettbewerbsausschreibung. Er könnte sich auch denken, daß über solche Lösungen Ideenwettbewerbe für Kandidaten des Bundes Deutscher Architekten, die Mitglieder werden wollen, veranstaltet werden. Denn nur so kann man dem zu schwach besetzten Stadtbauamt bei Erfüllung seiner schwierigen Aufgaben Erleichterungen schaffen.

Abschließend faßte Dr. Baer die Diskussion zusammen:

Das vorgetragene Wohnungsbauprogramm gewährleistet den Anschluß der Außenbezirke an das Zentrum, was als ein befriedigendes Positivum z[u] bezeichnen ist.

Die industrielle Zukunft für Dresde[n] hängt von den Entscheidungen de[r] Reichsbahn ab, so daß dort unbeding[t] auf Klärung zu dringen ist.

Das Problem der Erhaltung der Altbausubstanz bedarf einer klärenden Lösung.

Der Ausbau des Georgentores sowi[e] der Abschluß des Postplatzes mit Anschluß an das Taschenbergpalais be[dürfen] ebenfalls noch einer Klärung.

Augar

Magdeburg

Diskussion über Bauten der Kultur und Erziehung

Die Bezirksgruppe Magdeburg des Bundes Deutscher Architekten veranstaltete am 3. Juli 1959 einen Diskussionsabend zum Thema „Der Siebenjahrplan der Stadt Magdeburg auf dem Gebiete der Volksbildung und Kultur".

An dem Diskussionsabend beteiligten sich neben Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten Vertreter der Schulen, Elternbeiräte, der Medizinischen Akademie, des Theaters und des Films.

Kollege Werich vom Stadtbauamt erläuterte eingangs an Hand von Lichtbildern das Baugeschehen auf schulischem und kulturellem Gebiet in den kommenden sieben Jahren.

In der Diskussion wurden folgende Punkte behandelt:

Kollege Kramer kritisierte die geplante neue Oper auf dem Bierut-Platz. Er war der Meinung, daß Magdeburg zur Zeit keine neue Oper benötige, da das neu gestaltete Maxim-Gorki-Theater vollkommen ausreiche. Kollege Kramer schlug dem Stadtbauamt vor, die Oper aus dem Modell herauszunehmen und hierfür ein niedrig gehaltenes Café anzuordnen, so daß die große Grünfläche in der Walter-Rathenau-Straße nicht gestört wird.

Anschließend gab Kollege Hippmann, Stadtrat für Kultur und Volksbildung, nochmals einen ausführlichen Überblick über die bis zum Jahre 1965 geplanten Schulbauten und Kindereinrichtungen.

Unter anderem sollen sechs neue Schulen, zwölf Schulhorte, zehn Kindergärten und ein Kinderheim gebaut werden, wofür eine Summe von 30 Millionen DM vorgesehen ist.

Eine lebhafte Diskussion entwickelte sich über den 22-Klassen-Typ der Schulen, wobei die Meinungen auseinandergingen. Als schönes Beispiel führte Kollege Kramer die Schule in Hoyerswerda an, die locker in einer grünen Umgebung steht. Nach dem gleichen Typ soll die Schule im Nordpark in Magdeburg gebaut werden.

Ein Vertreter der Elternbeiräte der Käthe-Kollwitz-Schule wies darauf hin, daß im Stadtzentrum immer mehr neue Wohnungen gebaut werden, deren Bewohner ihre Kinder in diese Schule schicken müßten. Es sei daher unbedingt erforderlich, die Käthe-Kollwitz-Schule zu erweitern.

Kollege Hippmann gab zu, daß dies ein brennendes Problem sei, über das sich der Rat der Stadt schon lange Gedanken mache. Neue Schulen könnten im Zentrum nicht gebaut werden, es sei aber geplant, eine Verlagerung auf die Otto-von-Guericke-Schule und die in der Jakobstraße neu zu bauende Schule vorzunehmen. Kollege Hippmann schlug vor, über diese Fragen an der Käthe-Kollwitz-Schule in Kürze einen besonderen Ausspracheabend mit den Lehrern und der Elternschaft durchzuführen.

Kollege Grochowski von den Kreislichtspieltheatern wandte sich gegen den geplanten Mehrzweckbau; er entspreche nicht einem modernen Lichtspielraum. Man müsse für das hochentwickelte Lichtspielwesen entsprechende Lichtspielhäuser bauen. In

erlin und auch in einigen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik würden solche modernen Lichtspielhäuser gebaut, lediglich in Magdeburg wolle man zu einem Mehrzweckbau übergehen. Er führte auch Beispiele aus Moskau und Leningrad an. Die moderne Technik, Bild- und Tonwiedergabe dürfen nicht hinter dem modernen Bauen zurückbleiben.

Kollege Hippmann bemerkte hierauf, daß über die für Magdeburg vorgesehenen Mehrzweckbauten noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Beschlossen sei jedoch, daß die Stadthalle als Mehrzweckhalle ausgebaut werden soll.

Kollege Kramer nahm Bezug auf den Vortrag von Herrn Professor Bauch über Schweden, in dem moderne Wasserspielplätze sowie Freilichttheater gezeigt wurden, die nur ganz geringe Kosten verursacht haben. Kollege Kramer wandte sich an den ebenfalls anwesenden Kulturparkdirektor und machte den Vorschlag, auch für Magdeburg solche Anlagen zu schaffen.

Der Kulturparkdirektor bedankte sich für die Anregung und versprach, sich über die Durchführung Gedanken zu machen.

So wurden noch viele spezielle Fragen der Volksbildung und Kultur kurz gestreift, deren eingehende Beantwortung jedoch zuviel Zeit in Anspruch genommen hätte. Es wurde daher der Vorschlag gemacht, in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im Haus der Lehrer einen besonderen Ausspracheabend über diese Fragen durchzuführen.

In seinem Schlußwort erwähnte Kollege Kramer, daß diese Aussprachen in Zukunft fortgesetzt werden sollen, damit die Verbindung mit den Vertretern der Bevölkerung und der Lehrerschaft bestehen bleibt. Die Architekten wollen sich die Anregungen, die ihnen gegeben werden, zunutze machen, und auch die Anwesenden werden erfreut sein, von den Architekten Hinweise zu erhalten.

Henfling

In dem vorstehenden Bericht werden nach Meinung der Redaktion unklare Auffassungen über die Anwendung von Typen für unsere Schulbauten und über sogenannte Mehrzweckbauten für kulturelle Zwecke, die auch als Lichtspieltheater dienen sollen, vertreten. Die Redaktion sandte deshalb an den Stadtrat für Kultur und Volksbildung der Stadt Magdeburg nachstehendes Schreiben:

„Werter Kollege Hippmann!

Am 3. Juli 1959 veranstaltete die Bezirksgruppe Magdeburg des Bundes Deutscher Architekten einen Diskussionsabend über den Siebenjahrplan der Stadt Magdeburg auf dem Gebiete der Volksbildung und Kultur.

Wir erhielten hierüber einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß es über die Anwendung der Typen für unsere Schulen und die Probleme des Typenbaus für gesellschaftliche Folgeeinrichtungen, wie zum Beispiel Lichtspieltheater, noch größere Unklarheiten gibt.

Der Vorsitzende der BDA-Bezirksgruppe, Kollege Dipl.-Ing. Kramer, führte beispielsweise die neue Schule in Hoyerswerda als Vorbild an. Er sagte, daß die Schule im Nordpark in Magdeburg nach dem gleichen Typ gebaut werden solle.

Aber die neue Schule in Hoyerswerda stellt keine vorbildliche Entwicklung dar und ist keineswegs als Typ anerkannt. Im Gegenteil. Es besteht seit einiger Zeit eine gesetzlich bindende Vorschrift über die Anwendung von Typen im Schulbau, die ganz andere Schulen vorsieht als die Schule in Hoyerswerda. Aus dem Bericht müssen wir leider entnehmen, daß Sie den Auffassungen des Kollegen Kramer nicht in entsprechender Weise entgegengetreten sind, was um so schwerer wiegt, als die Auffassungen des Kollegen Kramer nicht vereinzelt dastehen.

Wir beabsichtigen, den Bericht über diese Diskussion in unserer Zeitschrift zu veröffentlichen, und möchten es nicht versäumen, Ihnen die Möglichkeit zu geben, noch einmal in einer kritischen Art und Weise zu den auf dieser Versammlung geäußerten Anschauungen Stellung zu nehmen.

Ähnliches gilt auch für die sogenannten Mehrzweckbauten für Lichtspieltheater. Es wäre uns lieb, wenn Sie uns auch über diese Frage Ihre Auffassungen bekanntgeben würden. Auf dem Diskussionsabend haben Sie eine ausweichende Stellung eingenommen. Anstatt das Prinzip zu erläutern, haben Sie sich darauf beschränkt — wenn wir dem Bericht Glauben schenken sollen —, daß über die für Magdeburg vorgesehenen Mehrzweckbauten noch nicht das letzte Wort gesprochen sei."

Dieses Schreiben der Redaktion wurde von Stadtrat Hippmann wie folgt beantwortet:

„Sehr geehrter Herr Professor Magritz!

Ich muß annehmen, daß Herr Dipl.-Ing. Kramer die Diskussion offenbar völlig mißverstanden und sie deshalb entstellt wiedergegeben hat. Zum Sachverhalt selbst:

Im Monat Juni bat mich Herr Kramer um Unterstützung bei der Organisierung eines derartigen Diskussionsabendes. Ich nahm darauf an einer Vorstandssitzung der Bezirksgruppe teil, wo wir uns über den Ablauf und den Inhalt des Diskussionsabendes einigten. Aus dem Bericht des Herrn Kramer werden Sie wahrscheinlich über den allgemeinen Verlauf informiert sein, so daß ich darauf nicht einzugehen brauche.

Zu den beiden strittigen Punkten möchte ich folgendes sagen:

1. Herr Kramer machte in seinen einleitenden Bemerkungen Ausführungen über den großen Wert des Schulprojektes von Hoyerswerda, die ich zurückweisen mußte, da dieses Projekt und seine Wiederverwendung in Magdeburg für uns nur eine Notlösung darstellten. Selbstverständlich werden wir in Zukunft die von der Deutschen Bauakademie und dem Ministerium für Volksbildung entwickelten Typen anwenden, zumal das Projekt von Hoyerswerda, abgesehen von der etwas ungünstigen Gliederung, für eine Großstadt sowieso nicht brauchbar ist und infolge der komplizierten Ausführung nur einen relativ niedrigen Stand der Arbeitsproduktivität auf der Baustelle zuläßt. Vir waren leider seinerzeit gezwungen, dieses Projekt zu nehmen, da weder das Stadtbauamt noch das Entwurfsbüro in der Lage waren, ein anderes, besseres Projekt ausfindig zu machen. Es wird Ihnen selbst bekannt sein, daß der jetzt für verbindlich erklärte Schultyp im vorigen Jahr noch gar nicht existierte.

2. Zu dem Problem der Lichtspieltheater wäre folgendes zu sagen: Es gibt in der Tat in unserer Stadt Diskussionen darüber, inwieweit der Bau von bloßen Lichtspielhäusern in der Perspektive zweckmäßig ist. Mir ist vollkommen klar, daß in ländlichen Gebieten eine solche Lösung, nach der der Kinosaal zugleich auch als Versammlungsraum und dergleichen benutzt werden kann, notwendig ist. Jedoch bin ich der Auffassung, daß im Stadtzentrum einer Bezirkshauptstadt derartige Bauten nicht am Platze sein dürften. Bei repräsentativen Lichtspielhäusern, wie wir sie im Zentrum noch brauchen, muß eine feste Bestuhlung vorhanden sein und selbstverständlich eine ansteigende Fläche des Zuschauerraumes. Ich kann mir jedoch vorstellen, daß ein solches Lichtspieltheater den Mittelpunkt eines Komplexes bilden könnte, in dem sich weitere Räumlichkeiten befinden können, die verschiedenen Zwecken dienen, zum Beispiel auch Gaststättenbetrieb und dergleichen. Leider gibt es keine klaren Vorstellungen über den Inhalt von sogenannten Mehrzweckbauten. Auch die Magdeburger Architekten sind über den Begriff „Mehrzweckbau" völlig unterschiedlicher Meinung. Für mich als Laien ist es schwierig, den Fachleuten zu beweisen, warum die eine oder die andere Meinung falsch beziehungsweise richtig ist. Ich kann das nur aus allgemeinpolitischen Erwägungen und mittels des „gesunden Menschenverstandes" tun."

Weiterhin sandte die Redaktion folgendes Schreiben an den Technischen Direktor des VEB Hochbauprojektierung Magdeburg:

„Werter Genosse Holtz!

Vor einigen Tagen erhielten wir einen Bericht über einen Diskussionsabend der Bezirksgruppe Magdeburg des Bundes Deutscher Architekten. Das Thema lautete: „Der Siebenjahrplan der Stadt Magdeburg auf dem Gebiete von Volksbildung und Kultur".

Dort wurden unter anderem drei Probleme behandelt:

1. Das Problem Schulen,
2. Das Problem Lichtspielhäuser,
3. Das Problem Opernneubau.

Nach dem Bericht zu urteilen, hat die Diskussion einen ungünstigen Verlauf genommen. Die Besprechung war in Bahnen gelenkt, die offenbar zu unseren Aufgaben über die Durchsetzung der Typenprojektierung beim Bau von gesellschaftlichen Einrichtungen im Widerspruch stehen. Das gilt insbesondere in der Frage der Schulbauten. Symptomatisch hierfür war die Auffassung, wonach der neue Schulbau in Hoyerswerda für Magdeburg vorbildlich sei.

Auch die Frage „Mehrzweckbau" für bestimmte gesellschaftliche Bauten ist, dem Bericht nach, nicht in der richtigen Weise diskutiert worden. Die Vertreter des Rates der Stadt sind offenbar ausgewichen und haben in voller Breite den Rückzug angetreten, wobei vorausgesetzt ist, daß sie überhaupt die Absicht hatten, etwas für die Durchsetzung der Typenprojektierung zu tun.

Wir werden diesen Bericht in der vorliegenden Form veröffentlichen, möchten Ihnen aber gern die Möglichkeit geben, sich selbst kritisch zu diesem Diskussionsabend zu äußern."

Die Antwort auf die vorstehend angeführten Probleme lautet wie folgt:

„Werte Redaktion!
Nachdem ich aus dem Urlaub zurückgekehrt bin, habe ich bezüglich des besagten „Ausspracheabendes über den Siebenjahrplan der Stadt Magdeburg auf dem Gebiete der Volksbildung und Kultur" Informationen eingezogen, weil ich selbst nicht auf demselben anwesend sein konnte.

Desgleichen wurde dieses Thema auf unserer letzten Bezirksvorstandssitzung angeschnitten.

Über den neuen Schulbau in Hoyerswerda wurde nicht diskutiert, da von ihm auch keine Dias gezeigt wurden. Daß dieser Typ nicht mehr gebaut wird, wurde scheinbar nur vom Kollegen Dipl.-Ing. Kramer bedauert.

Gegen die Typisierung als solche wurde in keiner Weise gesprochen. Es wurde lediglich vom Kollegen Chefarchitekt Hrussa Stellung gegen die Starrheit der Schultypen genommen und empfohlen, die Schultypen so zu entwickeln, daß die Baukörper Klassentrakt, Verwaltungsflügel und Aula beziehungsweise Turnhalle je nach den örtlichen Verhältnissen zusammengesetzt werden können. Es wurden also mehr Möglichkeiten der Variierung gefordert.

Mit sozialistischem Gruß!
Holtz"

Ein drittes Schreiben sandte die Redaktion an den Stadtrat für Kultur und Volksbildung beim Rat der Stadt Hoyerswerda.
Die Beantwortung wurde der Redaktion vom Rat des Kreises Hoyerswerda zugesagt und wird nach Eingang veröffentlicht werden.

Die Redaktion

Vorträge und Ausstellungen

Ein interessanter Vortrag über Spezialbetone

Dr. Wolfgang Grün aus Düsseldorf sprach am 3. Juni 1959 im großen Saal der Kammer der Technik über Beton im Reaktorbau sowie im Wasser- und Straßenbau. In freier Rede, unterstützt durch ausgezeichnete Lichtbilder von Bauten und Diagrammen, fesselte Dr. Grün nun schon zum dritten Male in Berlin einen gemischten Hörerkreis aus Studenten und alten Betonbauern, Ingenieuren des Entwurfs und der Ausführung über drei Stunden von der ersten bis zur letzten Minute. Das große Interesse beweist, daß in „unserem alten Beton" viel mehr steckt als in den vergangenen Jahrzehnten von den Schulen gelehrt und in der Praxis mit Fleiß und Ehrgeiz angewendet wurde. Unser Allgemeinwissen beschränkt sich auf Siebkurven, Wasser-Zement-faktoren und Würfelproben zur gesicherten Erreichung der vorgeschriebenen Druckfestigkeiten. Heute muß der Betonbauer feststellen, daß Zugfestigkeiten, Schwinden, Schrumpfen, Wärmeausdehnung, Wärmehaltung, Schalldämmung, Dichte und Rissefreiheit in vielen Fällen zu wichtigen Faktoren geworden sind.

Dr. Grün weist auf so viele Möglichkeiten zur Erreichung der zweckbestimmten Eigenschaften des Betons hin, daß man fast zur Ansicht kommen kann, das normale Ingenieurwissen reichte zur Beherrschung einer umfassenden Betontechnologie nicht mehr aus, das Thema könne nur von Spezialisten gemeistert werden. Spezialisten sollen uns im Einzelfalle beraten, das Allgemeinwissen aber um die Weiterentwicklung des Betons muß sich rasch verbreiten, um in der Praxis allen Anforderungen gewachsen zu sein. Moderne Technik, neue Bauweisen, Rationalisierung und Automatisierung fordern von uns zwangsläufig die Beherrschung und Ausführung von Spezialbeton.

Es würde zu weit führen, über Einzelheiten des Vortrages zu berichten, zum Beispiel über die strengste Maßgenauigkeit im Reaktorbau, über B 800, schwere Betone, Temperaturbeständigkeit, Wärmegefälle, gesteuerte Schwindrisse, verschleißfeste, wasserdichte und wassergesättigte Betone, Quellzusätze, Sperrbetone und so weiter.

Das vor kurzer Zeit erschienene Buch von Dr. Grün über Betonzusätze und Spezialbetone bietet eine Fülle von Anregungen und findet sicher auch bei uns rasch Zugang und Verbreitung. An einer Stelle wird die Möglichkeit angedeutet, die Betonzugspannungen auf das Zehn- oder Hundertfache zu steigern durch Zusatz von Gesteins- oder Kunststoffasern, wodurch unsere traditionelle Betonbauweise nicht unbedingt einen Endzustand bedeuten würde. Es ist zu hoffen, daß Dr. Grün bald wieder einmal am Rednerpult erscheint. Er wird uns dann sicher gern genaueres über den heutigen Stand der Zugfestigkeitssteigerungen berichten. Interessieren würde auch seine Meinung über die leidige Sicherheit; beklagte er doch schon eine diesbezügliche starre Einstellung mancher Bauherren. Können wir es uns weiter leisten, für übertriebene Sicherheiten Material zu verschwenden, wenn eine strengere Ausführung der Standsicherheit der Bauwerke bei wesentlich verminderten Sicherheitsfaktoren ebenfalls die Sicherheit gewährleistet? Sollte es in Deutschland unmöglich sein, mit den geringeren Sicherheiten der Sowjetunion auszukommen? Die „rauhen Bedingungen" unserer Baustellen waren das ständige Gegenargument der Altmeister des Betonbaus. Vielleicht zwingen uns gesellschaftliche Gründe, endlich auch die rauhen Bedingungen weitmöglichst aus der Welt zu schaffen.

Lauterbach

Rechtsspiegel

Zur neuen Deutschen Bauordnung

Als Anlage zur Anordnung Nr. 2 vom 2. Oktober 1958 über verfahrensrechtliche und bautechnische Bestimmungen im Bauwesen ist am 15. Dezember 1958 die Neufassung der Deutschen Bauordnung (DBO) als Sonderdruck Nr. 287 des Gesetzblattes verkündet worden und zu diesem Zeitpunkt in Kraft getreten. Für Berlin ist sie durch die gleichnamige Anordnung des Wirtschaftsrates beim Magistrat von Groß-Berlin vom 25. Mai 1959[1] mit Wirkung vom 8. Juni 1959 übernommen. Sie hat die am 1. August 1957 erlassene Anordnung zur Deutschen Bauordnung, die als Anordnung Nr. 1 gilt[2], mit Änderungen, die durch inzwischen gemachte Erfahrungen bedingt waren, in sich aufgenommen und damit formell aufgehoben. Die Bedeutung der Neufassung liegt in ihrer Erweiterung um zwei bedeutsame Teile, deren einer die städtebauliche Einordnung von Einzelbauwerken betrifft, während der andere an die Stelle der gesellschaftlich und technisch längst überholten alten Garagenordnung vom 17. Februar 1939[3] neue Bestimmungen für Garagen und Parkplätze setzt. Der erstgenannte Teil machte eine systematische Umgliederung der Deutschen Bauordnung erforderlich. Sie besteht nunmehr aus folgenden fünf Teilen:

I. Verfahrensrechtliche Bestimmungen. In ihnen sind unter anderem besonders das städtebauliche Bestätigungs- und das bauaufsichtliche Genehmigungs- und Zustimmungs- sowie das Bauabnahmeverfahren geregelt.

II. Städtebauliche Einordnung von Einzelbauwerken. Sie dient sowohl der gestalterischen als auch nicht minder der ökonomischen und technischen Eingliederung der Einzelbauwerke in die geplante städtebauliche Entwicklung.

III. Allgemeine bautechnische Bestimmungen und

IV. Bautechnische Bestimmungen für Räume und besondere Bauwerke. Die Teile III und IV gründen sich auf die fortschrittlichsten technischen Erkenntnisse. Ihr besonderer Wert liegt darüber hinaus in der Vereinheitlichung der bautechnischen Bestimmungen im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik, wodurch die juristische Voraussetzung für eine umfassende Durchsetzung der Typenprojektierung geschaffen wurde.

V. Bestimmungen für Garagen und Parkplätze. Sie enthalten ergänzende Spezialvorschriften zu den Teilen I bis IV.

Neben diesen fünf Teilen gilt seit dem 10. August 1955 die Sonderbauordnung vom 1. Juli 1955 für Versammlungsräume und Theater, die als Sonderdruck Nr. 95 des Gesetzblattes verkündet ist[4], während die ebenfalls unter diesem Datum erlassene Sonderbauordnung für Schornsteinanlagen, Verbindungsstücke und Feuerstätten[5] bereits durch Einarbeitung in die allgemeinen bautechnischen Bestimmungen der Deutschen Bauordnung vom 1. August 1957 außer Kraft getreten war. Damit sind jedoch die gesetzgeberischen Arbeiten an der Deutschen Bauordnung nicht abgeschlossen. Als nächste Aufgabe steht hier die Ausarbeitung weiterer Teile, und zwar für Industriebauten, für Bauten des Gesundheitswesens, für Erziehung und Unterricht, für Handel und Versorgung. Alle Teile der Deutschen Bauordnung aber verfolgen in Übereinstimmung mit den am 27. Juli 1950 von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossenen Grundsätzen des Städtebaus[6] das Ziel der harmonischen Befriedigung des gesellschaftlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung. Es ist Aufgabe der Deutschen Bauordnung, wie es in der Einleitung zu ihrem ersten veröffentlichten Entwurf zutreffend lautete, die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Bauwesen und die Industrialisierung des Bauablaufes zu unterstützen. Sie ist ein Hebel zur Erreichung höherer Wirtschaftlichkeit, verbesserter Qualität und hoher baukünstlerischer Gestaltung.

Es sei hier nur über den Inhalt der beiden neuen Teile der Deutschen Bauordnung einiges berichtet. Der — städtebauliche — Teil II behandelt zunächst die Beschaffenheit und Lage der Baugrundstücke. In der Regel dürfen nur solche Grundstücke bebaut werden, die nach Lage, Größe, Form und Baugrund für die geplante Bebauung geeignet sind. Sie müssen zum andern in einem bestätigten Bebauungsplan zur Bebauung ausgewiesen sein. Liegt ein solcher noch nicht vor, so darf ihre Bebauung zumindest weder dem Flächennutzungsplan oder anderen Bauleitplänen oder dem Entwurf eines Bebauungsplanes widersprechen noch die geordnete bauliche Entwicklung im Baugebiet beeinträchtigen. Die Begriffsbestimmungen für Flächennutzungs- und Bebauungspläne sind, der Gepflogenheit der übrigen Teile der Deutschen Bauordnung entsprechend, an die Spitze des Teiles II gestellt. Sie enthalten jedoch nur die allgemeine Charakteristik dieser beiden Pläne. Die rechtliche Ausgestaltung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes werden außerhalb der Deutschen Bauordnung zu den Grundbestimmungen eines künftigen Deutschen Baugesetzes gehören. Dem Flächennutzungsplan liegt die Perspektive für die gesamte ökonomische und kulturelle Entwicklung des Plangebietes zugrunde. Er trifft Verfügungen über die künftige Gliederung der Flächen nach Hauptfunktionen und über die Art der Nutzung der einzelnen Flächen und Teilgebiete. Der Bebauungsplan legt als Durchführungsplan auf der Grundlage des Flächennutzungsplanes die Anordnung und Größe der Baukörper und die Führung und Profilierung der Wege und Straßen nach den Grundsätzen einer geordneten wirtschaftlichen und komplexen baulichen Entwicklung fest. Für die Erarbeitung und Bestätigung von Bebauungsplänen gelten zur Zeit die Richtlinien des damaligen Ministeriums für Aufbau vom 29. Januar 1958[7]. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch außerhalb der in den Plänen ausgewiesenen Nutzungsgebiete Bauten errichtet werden. Das trifft beispielsweise für Betriebe mit bodenbedingtem Standort, wie Ziegeleien oder landwirtschaftliche Betriebe, aber auch für Heilstätten, ferner für Bauwerke der Landesverteidigung und der Sicherheit von Staat und Gesellschaft zu. Auf jeden Fall müssen bebaute Grundstücke an einer vorhandenen oder neu anzulegenden öffentlichen Straße liegen oder wenigstens gesicherte Zufahrt zu einer solchen haben. Gegen diesen Grundsatz wurde in den vergangenen Jahren allzu häufig verstoßen. Die ordnungsmäßige Zufahrt muß nach der Deutschen Bauordnung spätestens bei Beginn der Nutzung des Vorhabens gegeben sein. Sie sollte im Interesse der reibungslosen Errichtung schon vor Baubeginn vorliegen.

Neben der Beschaffenheit und Lage der Baugrundstücke behandelt der Teil II den Abstand der Bauten von Wäldern, Gewässern, Verkehrsstraßen, Eisenbahnen und Friedhöfen und in zwei weiteren wichtigen Abschnitten Art und Maß der baulichen Nutzung. Die Art der baulichen Nutzung richtet sich nach den acht ausgewiesenen Nutzungsgebieten: Ländliche Wohngebiete, städtische Wohngebiete, Mischgebiete, Gewerbegebiete, Industriegebiete, Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion, Verkehrsgebiete sowie Erholungs- und Grüngebiete. Für jedes dieser Gebiete ist die Art der in ihm zugelassenen Baumaßnahmen festgelegt. So sind zum Beispiel in Industriegebieten Produktionsbetriebe jeder Art zugelassen, dazugehörige Verwaltungsgebäude und betriebsgebundene Gesundheitsbauten, Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal, Garagen, Straßen, Brücken und Verkehrsanlagen, Parkplätze, Wasser- und Energieanlagen und Gebäude des Nachrichten- und Sicherheitswesens. Andere Bauwerksarten dürfen dort nicht errichtet werden, so unter anderem keine allgemeinen Wohngebäude, keine Hotels, keine Kaufhäuser, keine landwirtschaftlichen Einzelbetriebe oder Gärtnereien. Das Höchstmaß der grundsätzlich jeweils zugelassenen baulichen Nutzung innerhalb des einzelnen Nutzungsgebietes regelt eine Benutzungstafel mit ihren erläuternden Bestimmungen. Sie enthält die Zahl der zulässigen Geschosse und der Grenz- und Gebäudemindestabstände. Sie enthält aber vor allem Bestimmungen über den höchstzulässigen bebaubaren Flächenanteil von Baugrundstücken, der von der Geschoßzahl in den einzelnen Nutzungsgebieten abhängig ist und sich mit steigender Geschoßzahl vermindert. Besonders diese Vorschrift zeigt in Erinnerung an die kapitalistische Bodenausnutzung mit ihrer von Profitgier diktierten lichtlosen Hinterhofbebauung die ganze Fortschrittlichkeit der sozialistischen Bauauffassung, die die Sorge um den werktätigen Menschen zum obersten Gebot hat. So darf ein Grundstück im städtischen Wohngebiet bei sechs und mehr Geschossen nur noch mit 0,22 Prozent seiner Gesamtfläche bebaut werden. Licht- und Luftschächte sowie Lichthöfe unter 35 m² gelten dabei als bebaute Fläche.

Die städtebauliche Einordnung der Bauwerke bedarf — außer bei lediglich bauanzeigepflichtigen Vorhaben — der städtebaulichen Bestätigung durch das zuständige Bauamt. Diese Bestätigung ist Bestandteil der Standortgenehmigung. Sie wird in der Regel unwirksam, wenn nicht mit der Herstellung der Fundamente des Baues innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Erteilung begonnen wird. Unter den gesetzlichen Gründen für ihre Versagung ist besonders der bemerkenswert, daß die Durchführung des Vorhabens volkswirtschaftlich nicht vertretbare Aufwendungen verursachen würde (§ 6).

Dieser Gesichtspunkt entspricht der Auffassung, daß das Maß des baulichen Aufwandes eine Staat und Gesellschaft berührende Angelegenheit

Lieber Leser!

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß unsere Zeitschrift in der Deutschen Demokratischen Republik ab Januar 1959 eine monatliche und eine vierteljährliche Bezugszeit hat. Es bleibt jedoch Ihnen überlassen, ob Sie die Bezugsgebühr monatlich mit 2,50 DM oder vierteljährlich mit 7,50 DM entrichten wollen.

Henschelverlag Kunst und Gesellschaft

ist. In diesem Sinne ist an anderer Stelle besonders die Verpflichtung zur Anwendung bestätigter Typenentwürfe und Wiederverwendungsprojekte (§ 19) zu verstehen, wie auch § 13, Abs. 7, dem Projektanten zur Pflicht macht, die bautechnischen Unterlagen unter Beachtung der größten Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auszuarbeiten.

Auch im Teil V — Garagen und Parkplätze — kommt das gesellschaftliche Interesse an der baulichen Gestaltung durchweg zum Ausdruck. Bei der Errichtung von baulichen Anlagen sind vorbehaltlich anderweitiger Festlegungen im Bebauungsplan Garagen und Parkplätze in ausreichender Zahl und Größe mitanzulegen. Die Staatliche Bauaufsicht setzt im Einvernehmen mit den im einzelnen in Betracht kommenden staatlichen Organen fest, ob Garagen oder Parkplätze erforderlich sind. Es obliegt dem Eigentümer oder Rechtsträger, die notwendigen Flächen dafür zu beschaffen und die bauaufsichtlich geforderten Garagen oder nichtöffentlichen Parkplätze anzulegen und zu unterhalten. Bei der Anlage von Parkplätzen kann die Staatliche Bauaufsicht eine angemessene Grüngestaltung verlangen. Die Anlage von Garagen und Parkplätzen auf den einzelnen Baugrundstücken ist andererseits nicht zulässig, wenn im Bebauungsplan Flächen für Sammelgaragen oder Sammelparkplätze festgelegt sind. In besonderen Tabellen (Anlage 6 der Deutschen Bauordnung) ist die Mindestanzahl der Stellflächen für gesellschaftliche Bauten in den verschiedenen Stadtgruppen und Stadtteilen sowie für Industrie- und Sonderbauten nach Geschoßflächen-, Sitz-, Betten-, Besucher- und sonstigen Einheiten ausgewiesen. Für bereits bestehende bauliche Anlagen, deren Nutzung den fließenden Verkehr beeinträchtigt, kann die Schaffung von Garagen oder Parkplätzen gefordert werden, wenn andere Maßnahmen, insbesondere Parkverbot, nicht angebracht erscheinen.

Zum Schluß noch ein kritischer Hinweis! Bereits bei Besprechung der ersten Deutschen Bauordnung wurden an dieser Stelle Bedenken gegenüber der Zweckmäßigkeit der in Anlage 2 enthaltenen Aufstellung „Gesetze, Verordnungen usw." geäußert. Sie ist zu kurzlebig. Schon jetzt sind die Bestimmungen zu den Ziffern 15, 34, 39, 40, 41, 42 und 51 überholt. Ferner sind die in Ziffer 59 aufgeführte Ausführungsbestimmung vom 1. November 1951 (GBl. S. 1006) und die in Ziffer 68 genannten Richtlinien vom 20. Oktober 1951 (Min. Bl. S. 121) schon seit längerer Zeit aufgehoben. Man sollte die Aufstellung, die ihre volle Bedeutung nur haben kann, wenn sie zuverlässig und auf dem laufenden ist, zumindest in Zeitabständen neu veröffentlichen, was gesetzestechnisch sehr gut möglich wäre.

Dr. Linkhorst

[1] VOBl. I, S. 433
[2] Sonderdruck Nr. 254 des Gesetzblattes
[3] Verordnung vom 17. Februar 1939 über Garagen und Einstellplätze (Garagenordnung) (RGBl. I, S. 219) in der Fassung vom 13. September 1944 (RABl. I, S. 325)
[4] Für Berlin verbindlich auf Grund der Anweisung des Magistrats von Groß-Berlin vom 13. Oktober 1955 (VOBl. II, S. 274)
[5] Sonderdruck Nr. 94 des Gesetzblattes
[6] In der Bekanntmachung vom 15. September 1950 (Min. Bl., S. 153)
[7] Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 3/1958 vom 20. Februar 1958

•

Das Post- und Fernmeldewesen im Bau- und Grundstücksrecht

Das Post- und Fernmeldewesen sind für die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung unseres Staates von großer Bedeutung. So berührt ihre gesetzliche Neuregelung im Zuge der Schaffung eines neuen, einheitlichen sozialistischen Rechts[1] in einer Reihe von Bestimmungen auch das Bau- und Grundstückswesen. Der § 34 des Gesetzes vom 3. April 1959 über das Post- und Fernmeldewesen begründet eine ausdrückliche Verpflichtung zur Berücksichtigung der Belange der Deutschen Post bei der Planung und Ausführung von Bauvorhaben. Im Stadium der Planung von Ortschaften oder Ortsteilen, von Wohnkomplexen oder anderen Großbauvorhaben sind im Einvernehmen mit der Post bereits Standorte für die postalischen Anlagen festzulegen. In Gebäuden und Straßen, an Brücken und Verkehrsanlagen sind in angemessenem Umfang Räume für Post- und Fernmeldeanlagen sowie Unterbringungsmöglichkeiten für Kabelschächte und Kabelkanäle vorzusehen. Die Organe der staatlichen Verwaltung sowie die volkseigenen und genossenschaftlichen Einrichtungen sind verpflichtet, bei Hochbauten bauliche Voraussetzungen für den Einbau von Anschlüssen an das Fernmeldenetz der Deutschen Post sowie für das Anbringen von Antennenanlagen und Antennenleitungen zu schaffen. Aber auch sonstige Eigentümer und Grundstücksberechtigte müssen das Errichten von Anschlüssen an das Fernmeldenetz der Deutschen Post sowie das Anbringen von Antennenanlagen, sofern sie den bautechnischen Bestimmungen der Deutschen Bauordnung entsprechen[2], dulden (§ 29).

Zur Sicherung ihrer Anlagen steht der Deutschen Post ein gesetzliches Schutzrecht zu. Danach kann sie beispielsweise verlangen, daß Anpflanzungen auf Grundstücken und Straßen, an Wasserstraßen, Wegen und Gewässern beseitigt, gestützt oder ausgeästet werden, wenn es zum Schutz der postalischen Anlagen erforderlich ist (§ 27). Es spielt keine Rolle, ob es sich bei den Anpflanzungen um Privateigentum handelt oder nicht. Auch kommt es für den Schutzanspruch nicht auf den Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen an. Der Anspruch besteht auch für nachträglich errichtete Anlagen. Die Deutsche Post hat jedoch in diesem Falle die Kosten der Schutzmaßnahmen zu tragen. Sie kann die Arbeiten, wenn der Berechtigte sie verweigert oder wenn eine unverzügliche Veränderung geboten ist, selber durchführen.

Treffen postalische mit anderen Anlagen zusammen, so gilt der Grundsatz, daß vorhandene Anlagen durch das Errichten neuer oder das Instandhalten oder Ändern bestehender Anlagen nicht beschädigt oder behindert werden sollen. Die Deutsche Post kann jedoch verlangen, daß jede Einwirkung, die ihre Anlagen beschädigen oder behindern kann, unterlassen wird. Die Kosten für das Verhindern oder Beseitigen von Beschädigungen oder Behinderungen hat der Rechtsträger oder Besitzer der im späteren Zeitpunkt errichteten, instandgesetzten oder geänderten Anlage zu tragen. Können Anlagen der Deutschen Post wegen des Vorhandenseins anderer Anlagen nicht in volkswirtschaftlich vertretbarer Ausführung errichtet werden, so müssen die anderen Anlagen geändert oder verlegt werden. Das ist jedoch kein einseitiges Recht der Deutschen Post, sondern es gilt umgekehrt entsprechend für den Fall vorhandener Anlagen der Deutschen Post zugunsten der beabsichtigten Errichtung anderer Anlagen (§ 28 Abs. 2). Es kommt also auf die ökonomische Zumutbarkeit an. Die Änderungs- oder Verlegungskosten muß derjenige tragen, zu dessen Gunsten die Maßnahmen erfolgen; bei volkseigenen Anlagen regelt sich die Kostentragung nach den Investitionsbestimmungen[3]. Für Streitigkeiten über die Ausübung des Schutzrechts ist der Rechtsweg vor den Gerichten nicht gegeben; sie werden im Verwaltungswege entschieden.

Die Deutsche Post ist ferner berechtigt, auch außerhalb der öffentlichen Straßen und Wasserstraßen Grundstücke nebst Zubehör, Straßen, Wege und Gewässer einschließlich des Erdkörpers

nd des Luftraumes für Zwecke der lachrichtenbeförderung oder -über-nittlung zu nutzen, wenn die geordnete nd sichere Durchführung ihrer Auf-aben oder volkswirtschaftliche Gründe s erfordern (§ 17). Es handelt sich ierbei um das gesetzliche Nutzungs-echt der Deutschen Post. Nach dem isher geltenden Telegraphenwege-esetz vom 18. Dezember 1899[4] konnte ie Deutsche Post für ihre Telegraphen-nien nur die öffentlichen Verkehrs-vege benutzen. Angesichts der ge-ellschaftlichen Bedeutung des Post-nd Fernmeldewesens konnte diese eschränkung heute nicht mehr auf-echterhalten bleiben. Nach Artikel 22 nserer Verfassung ergeben sich nhalt und Schranken des Eigentums us den sozialen Pflichten gegenüber er Gemeinschaft. So sind auch private rundstücke, Straßen, Wege und Ge-ässer nunmehr dem postalischen utzungsrecht unterworfen, jedoch it sichernden Garantien für den igentümer. Es darf die Zweckbestim-ung von Grundstücken durch die utzung nicht geändert, auch dürfen och- und Tiefbauten sowie Räume in ebäuden nicht wesentlich dadurch eeinträchtigt werden. Die Nutzung er-olgt, wenn dauernde wesentliche Be-nträchtigung eintritt, grundsätzlich egen Entschädigung. Diese Ent-chädigung, die die wirtschaftlichen achteile des Betroffenen ausgleichen oll, wird nach Anhören der zuständi-en örtlichen Organe der staatlichen erwaltung festgesetzt.

n allgemeinen wird die Nutzung durch nen beschwerdefähigen Nutzungs-escheid des zuständigen Amtes der eutschen Post in Anspruch genom-en. Mit dem 1. August 1959 endete die ertragliche postalische Nutzung von rundstücken außerhalb der öffent-chen Straßen und Wasserstraßen aft Gesetzes. Die Deutsche Post übt as Nutzungsrecht in diesen Fällen ertab auf Grund des Post- und Fern-eldegesetzes aus. Lediglich die rundstücksnutzungs - Vereinbarungen it Organen der staatlichen Verwaltung der des Verkehrswesens sind von dem ußerkrafttreten ausgenommen. Von en Beteiligten kann die Löschung rundbuchlicher Sicherungen der utzungsrechte beantragt werden. Ihre ntragung im Grundbuch hat keine chtliche Bedeutung mehr. Einen gut-äubigen Grundstückserwerb mit der Virkung, daß das grundbuchlich nicht ngetragene Nutzungsrecht der Deut-chen Post erlischt, gibt es nicht. Das utzungsrecht ermächtigt die Deut-che Post auch, vom Eigentümer oder em sonst Berechtigten neben der uldung postalischer Anlagen ein-chlägige Auskünfte zu fordern und rundstücke sowie nichtöffentliche traßen, Wege und Gewässer nach ntsprechender vorheriger Benach-chtigung zu betreten oder zu befahren. ie Nutzung endet mit Ablauf der im utzungsbescheid vorgesehenen Frist. ie Beendigung kann schon früher ge-rdert werden, wenn bauliche Anlagen aus volkswirtschaftlichen Gründen heischen und bloße Änderungen oder erlegungen der Anlagen der Deut-chen Post für das genutzte Grund-ück nicht ausreichend sind. Für chäden, die in Ausübung ihrer Rechte ntstehen, haftet die Deutsche Post ch den Vorschriften des Zivilrechts 49). Bei Streitigkeiten über die Aus-ung des Nutzungsrechts ist der echtsweg ausgeschlossen (§ 54).

eben dem Schutzrecht und dem utzungsrecht gewährt als drittes das ostalische Kontrollrecht der Deut-chen Post bestimmte Rechte in bezug f Grundstücke und Gebäude. Beauf-agte der Deutschen Post können in usübung ihrer Kontrollbefugnisse rundstücke und Gebäude unter Ein-chluß von Wohnraum betreten, in nen sich Post- und Fernmeldean-gen sowie entstörungspflichtige An-gen befinden.

Schutz der Fernmeldelinien

Besondere Beachtung verdient die auf Grund des Post- und Fernmeldegesetzes erlassene Anordnung vom 3. April 1959 über den Schutz der Fernmeldelinien der Deutschen Post[5]. Namentlich bei Erd- und Sprengarbeiten, bei Aufgrabungen, Aufschüttungen, Pflasterungen, Bohrungen, Mastenaufstellungen, Eintreiben von Pfählen, Bohrungen, Mauerwerkssprengungen und Einsatz von Baggern kommen Beschädigungen der unterirdischen Fernmeldelinien vor. Die Anordnung bestimmt daher, daß sich der verantwortliche Bauausführende vor Aufnahme solcher Arbeiten bei der nächsten Fernmeldedienststelle der Deutschen Post über das Vorhandensein und über die Lage der im Bauabschnitt etwa untergebrachten Fernmeldeanlagen genau zu unterrichten hat. Er kann sich nicht darauf verlassen, daß sich aus dem bautechnischen Projekt kein Anhalt für das Vorhandensein von Kabeln ergibt. Ihm ist eine eigene gesetzliche Unterrichtungspflicht auferlegt. Die Anordnung gibt ferner genaue Verhaltungsmaßregeln für die Arbeit in der Nähe unterirdischer Kabel. Spitze und scharfe Werkzeuge dürfen nicht bis zur Verlegungstiefe verwendet werden. Sie dürfen sich dem Kabel höchstens bis auf 20 cm nähern. Für die weiteren Arbeiten sind stumpfe Werkzeuge wie Breithacke, Spaten und Schaufel zu verwenden. Innerhalb eines seitlichen Abstandes von 50 cm von unterirdischen Fernmeldelinien dürfen Schnurpfähle, Bohrer, Dorne und ähnliche Gegenstände nur mit einem festangebrachten Teller oder Querriegel benutzt werden, durch die das Eindringen in das Erdreich entsprechend der Tiefenlage des Kabels begrenzt wird. Jedes Freilegen oder Beschädigen unterirdischer Kabel muß unverzüglich der nächsten Postdienststelle gemeldet werden. Die Arbeiten sind dann an dieser Stelle sofort einzustellen, bis das zuständige Fernmeldeamt über ihren Fortgang entschieden hat.

Auch oberirdische Fernmeldelinien können unter Umständen durch Bauarbeiten gefährdet werden. In diesen Fällen ist ebenfalls die nächstgelegene Dienststelle der Deutschen Post sofort zu benachrichtigen. Die Arbeiten dürfen erst durchgeführt werden, wenn an der Gefahrenstelle ein Beauftragter der Deutschen Post eingetroffen ist, der die erforderlichen Schutzmaßnahmen anordnet und überwacht. Wer vorsätzlich oder fahrlässig die zum Schutze der unter- und oberirdischen Fernmeldelinien begründeten Mitteilungspflichten gegenüber der Deutschen Post verletzt, kann mit Ordnungsstrafen bis zu 500 DM bestraft werden (§ 12). Diese Strafe ahndet die bloße Unterlassung ohne Rücksicht darauf, ob ein Schaden eingetreten ist oder nicht. Daneben besteht im Falle des Eintritts von Schaden die Pflicht zu dessen Ersatz, der sich auch auf den postalischen Gebührenausfall erstreckt. Bei vorsätzlicher Beschädigung greift die Strafvorschrift des § 317 des Strafgesetzbuches ein[6], der neben Geldstrafe Gefängnis bis zu drei Jahren androht.

Dr. Linkhorst

[1] GBl. I, S. 365 ff.

[2] §§ 292, 293 der DBO

[3] Vgl. Anordnung Nr. 4 vom 14. Februar 1959 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes — Folgeinvestitionen — (Sonderdruck Nr. 296 des Gesetzblattes)

[4] RGBl. S. 705

[5] GBl. I, S. 462

[6] In der Fassung gemäß § 56 des Gesetzes vom 3. April 1959 über das Post- und Fernmeldewesen (GBl. I, S. 365)

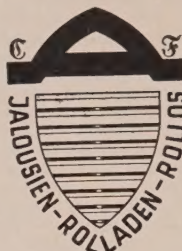
erichtigung: Die Unterschriften der beiden im Heft 8/59, Seite 419, oben, veröffent-chten Wohnungsgrundrisse sind zu vertauschen.

VEB (St) AUSBAU MAGDEBURG



Magdeburg, Morgenstraße 10/11

„Cafrias"-Erzeugnisse



Rolläden aus Holz und Leichtmetall
Jalousien aus Leichtmetall
Springrollos · Holzdrahtrollos
Universal-Patentrollos · Federwellen
Durchsichtige Sonnenschutzrollos
Präzisions-Verdunkelungsanlagen mit elektromotorischem Gruppenantrieb
Markisoletten · Markisen
Rollschutzwände

Carl-Friedrich Abstoß KG mit staatl. Beteiligung

NEUKIRCHEN (Erzgebirge) · Karl-Marx-Straße 11

Ruf: Amt Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Zweigbetrieb: BERLIN C 2, Wallnerstraße 27 · Telefon 27 20 16

VEB RAUMKUNST

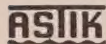
Schiffsausbau
Innenausbau
Möbel nach Zeichnung
Moderne Wohnzimmer

Berlin O 34, Kopernikusstraße 35
Tel. 58 39 05

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Akustische Isolierungen



Löbau/Sa., Günther Jähne KG, Vorwerkstr. 5, Tel. 37 49

Asphaltbeläge

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Ausführung sämtlicher Asphaltarbeiten, Salzstr. 29, Tel. 3 23 82

Leipzig, Asphaltwerk Rob. Emil Köllner, Bitumenfußbodenbelag AREKTAN gemäß DIN 1996 für Straßen, Industriebau usw. N 24, Abtnaundorfer Straße 56, Tel. 6 55 62

Aufzugs- und Maschinenbau



Leipzig, VEB Schwermaschinenbau S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59
Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Personen- u. Lastenaufzüge

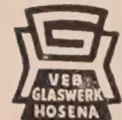
Aufzüge



Leipzig, Willy Arndt Kom.-Ges. Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13, Tel. 5 09 07

Bauglas

Freital/Sa., VEB Glaswerk Freital, Tel. Dresden 88 25 51, Vakuum Glasbausteine



Hosena/Lausitz, VEB Glaswerk, Prismenplatten für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Baukeramik



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51

Beton- und Stahlbetonbau



Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61)
Bautenschutzmittel
Korrosionsschutz
Technische Beratung kostenlos

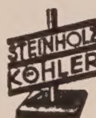
Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk KG, Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05



Berlin N 4, Erich Klockow, Benzin-, Öl- und Dieselkraftstoff-beständiger Fußboden, Luisenstr. 14/15, Fernruf 42 47 82

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Dresden, Baustoff-Haupold, Fußbodenspezialbetrieb, A 1, Kohlenbahnhof, Einfahrt Bauhofstr., Tel. 4 59 12

Dresden, Otto Reinsch, Cellubit-Papierstein, Betex-Kunstharzspachtel u. a., Industriegelände, Tel. 5 41 75

Dresden, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co. Rowidfußböden, Spachtelbeläge, Porenrowid-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, Bautzner Straße 17, Tel. 5 33 23

Forst/Lausitz, Produktionsgenossenschaft der Fußbodenleger, Rowid-Fußböden, Spachtelbeläge und PVC-Bodenbeläge, Muskauer Straße 50, Tel. 4 49

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk KG, Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Hohenfichte, Kr. Flöha/Sa., „Parkettfabrik Metzdorf", Herbert Schwarz, Tel.: Augustusburg 2 19

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche, PVC- und Spachtelbeläge, Industrieböden, Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden. Beratung durch das Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau Bez. Karl-Marx-Stadt

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Berlin, Buchhandlung für Kunst und Wissenschaft, kostenloser Prospektversand, W 8, Clara-Zetkin-Straße 41

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG Arbeitsplatzleuchten, Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Coswig Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

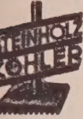
Dachklebemasse

Coswig Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

striche und Steinfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

eipzig, Iwan Otto Kochendörfer, Papiersteinfußböden, C 1, Str. d. Befreiung 8. Mai 1945 Nr. 25, Tel. 6 38 17

eipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31, Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

arben und Lacke



Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Silikatfarben Technische Beratung kostenlos



berlichtenau, chem. techn. Werke Böhme & Michael, Lack- und Farbenfabrik Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt,

eten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitemäßen Anstrichtechnik

enster



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

ensterbeschlag



Schmalkalden/Thür. Wald, Joseph Erbe KG. Striegelfabrik, gegr. 1796, Dreh-Kipp-Fensterbeschlag — die ideale Belüftung —

esthartbeton

eipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton, W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

lachglasveredelung

oyerswerda/OL, Erich Bahrig, Flachglasveredelung, Möbelglas, Beleuchtungsglas, Glasbiegerei, Kozorstraße 3

/eißwasser/OL, Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18, Spezialität: Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

otobücher — Fotozeitschriften

alle (Saale), fotokinoverlag-halle, Mühlweg 19

ugenvergußmasse

oswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

ußbodenbelag



Peitz/NL, Johannes Raunick, Lignoplast-Werk, Fußboden- und Wandverkleidungen aus Edelholzabfällen, Ziegelstraße 10, Tel. 3 75

ußbodenpflegemittel



Magdeburg, VEB Bona-Werk, Fußbodenpflegem. f. alle Fußböd. geeign. In fester u. flüssig. Form. Parkettrein. u. Fußbodenöl

artenplastiken

ochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 1 31 Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteine, Katalog frei

ewerbliche und industrielle Einrichtungen



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Glaserkitt



Magdeburg, VEB Bona-Werk, Glaserkitt aus reinem Leinöl. Zu beziehen über DHZ-Grundchemie

Glasvlies-Dachbelag

Coswig Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, K E D U-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik



Leipzig, VEB Montagewerk, Leipzig C 1, Bitterfelder Str. 19, Ruf 5 07 57

Wir projektieren und montieren: Heizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungs-Anlagen, Be- und Entwässerungen, Gas- und sanitäre Anlagen. Spezialität: Einrichten von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern



Dresden, VEB Montagewerk Leipzig, Dresden A 45, Pirnaer Landstraße 23, Ruf 2 82 50, Heizungs-, Lüftungs- und sanitäre Anlagen



Karl-Marx-Stadt, VEB Montagewerk Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3, Ruf 4 06 67, Heizungs-, Lüftungs- und sanitäre Anlagen

Heizungsbau

Cottbus, Ing. Hans Kopf, Heizungsbau und Rohrleitungsbau, Rennbahnweg 7, Tel. 27 11

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Waldheim/Sa., Rockhausen, Ernst, Söhne,



Postfach 36, Tel. 36, Holzprofilleisten mit jedem beliebigen Metallbelag, Ladeneinrichtungen

Industriefußböden

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten nur für Industrie, Tel.: Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 5 10 49

Industrielle Einrichtungen



Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk (komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)



Krauschwitz/OL, VEB Steinzeugwerk Krauschwitz, Säurefeste Laborbecken, Entwicklungströge, Auskleidungsplatten und andere Artikel der Baukeramik

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolierungen



Berlin-Grünau, Chemische Fabrik Grünau (Tel. 64 40 61) Schutzanstriche auf Bitumen- und Steinkohlenteerbasis Technische Beratung kostenlos

Hermsdorf/Thür., W. Hegemann & Söhne, Hematect-Werk, Hematect bituminöse Dichtungs- u. Sperrstoffe f. Bauwerkabdicht. nach DIN u. AIB, Hematect-Grundwasserabdichtungen nach DIN 4031, Brückenabdichtungen gemäß AIB-Vorschriften, Ruf 505 u. 506

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

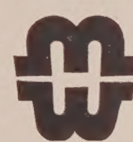
Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, KG, Isolierungen für Kälte und Wärme, Turnstr. 6, Tel. 5 19 30

Isolierungen, Schall und Erschütterungen

Velten b. Berlin VEB (K) **GUMMI-METALLWERK** VELTEN **AKUSTIK-ISOLIERUNGEN**

Berliner Str. 17, Tel. 613/614

Installationstechnik



Halle/Saale, VEB Montagewerk

Ausführung und Projektierung Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen, sanitäre Einrichtungen

C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung B 10 150 besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw. Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln. Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel Asphaltkegelbahnen nach Bundesvorschrift, Salzstr. 29, Tel. 3 23 82

Kessel-Einmauerung

Gera/Thür., Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 66 00

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Kleiderschränke



Bad Liebenwerda, Möbelwerke Liebenwerda, Rieger, Kaufmann & Co., OHG, Spezial-Fabrik für Kleiderschränke, Postfach 17, Fernruf 3 53

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

1. Für Bahnenbelag (Kunststoff-Folie, PVC, Linoleum usw.) Michael's Spezial-Kleber L 248 und S-036
2. Für Kacheln und Wandplatten Michael's Granatina-Dichtung B 10 150
3. Für Parkett-Verklebung Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693

Kulturwaren



Floh/Thür., Wilhelm Weisheit, Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mit Keramik, Tel.: Schmalkalden 479 (24 79)

Kunsthandwerk

Doberlug (S), Max Stein, Kunstintarsienschneidemeister, Qualitätseinlagen jeder Art. Gegründet 1919

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede, Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15



Oelsnitz i. Vogtl., Paul O. Biedermann, Iltis-Kunstschmiede, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung, Telefon Muskau 84

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Ladenbau



Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau, Konfektionsständer, Garderobenständer, Vitrinen, Preisständer, Sitzgarnituren, sämtliche Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 209

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 1 73

Lampenschirme

Magdeburg-S., VEB (K) Loma, geschmackvolle Lampenschirme, Halberstädter Straße

Leichtmetall-Jalousien



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 17 30

Linoleumestriche



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Lufttechnische Anlagen

Leipzig, Marcus Helmbrecht & Co., lufttechn. Anlagen für alle Industriebauten, O 27, Glafeystr. 19, Ruf 68060

Mauer-Isolieranstriche

Coswig Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

Meß- und Zeichengeräte

REISS

Bad Liebenwerda, VEB Meß- und Zeichengerätebau, Südring 6, Ruf 235, 236, 586
Zeichenmaschinen, Zeichentische, Lichtpausmaschinen, Entwicklungsmaschinen, Pantographen, Planimeter, Rechenstäbe

Modellbau

Plauen/Vogtl., Wolfgang Barig, Architektur- und Landschafts-Modellbau — Technische Lehrmodelle und Zubehör Friedensstraße 50, Fernruf 9 27

Möbelspiegel

Weißwasser (O.-L.), Lausitzer Spiegelfabrik Anfertigung von Spiegeln aller Art, insbesondere Spiegelgarnituren f. d. Möbelindustrie, Wandspiegel, Kleinspiegel f. d. Etuifabrikation, Glasschiebetüren mit Goldzierschliff, Glasauflegeplatten usw.

Naturstein

Löbau/Sa., VEB (K) Ostsächsische Natursteinwerke, Fernruf: Löbau 32 78/32 79
Der leistungsfähige Betrieb der Natursteinindustrie. Wir fertigen Bauwerkstücke in allen Verarbeitungsarten, Innen- und Außenverkleidungen, Spezialität Fußbodenplatten in verschiedenen Materialien und Verarbeitungen.
Mit Kostenanschlägen und technischen Beratungen stehen wir zur Verfügung.

Ofenkacheln



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51

Ofenrohre

Leipzig S 3, Curt Benkwitz, Elof-Patent-Ofenrohre, Kurt-Eisner-Straße 64, Tel. 3 02 68

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693 zum Verlegen und Ankleben von Dünn- und Mosaik-Parkett mit schnellem Antrocknungsvermögen bei gleichzeitiger Beibehaltung einer höchstmöglichen Dauerelastizität und Alterungsbeständigkeit. Alle technischen Einzelheiten durch Anfrage bei dem Lieferwerk
Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Profilglas



Pirna-Copitz, VEB Guß- und Farbenglaswerke, Telefon: 6 57
„Copilit" Profilglas für Bedachung, Trennwände und Industrieverglasungen

Putz und Stuck

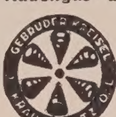
Crimmitschau/Sa., Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

Karl-Marx-Stadt, PGH Stukkateure, Putz-, Stuck- und Rabitzarbeiten, Kunstmarmor, Trockenstuck, S 6, Straßburger Str. 31, Tel. 3 52 81

Rabitz-Gewebe

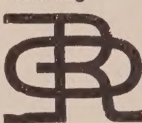
Neustadt/Orla, VEB Metallweberei, Rabitz-Gewebe-Fugendeckstreifen, Tel. 4 81/4 84

Rauchgas- und andere Entstaubungsanlagen



Krauschwitz (O.-L.), Gebrüder Kreisel & Co. Maschinenfabrik u. Eisengießerei, Drahtwort: Feuerzug, Ruf: Muskau 22/164
Rauchgas- und andere Entstaubungsanlagen: Projektierung, Konstruktion, Produktion, Montage

Reißzeug



Karl-Marx-Stadt S 8, E. O. Richter & Co., GmbH, Präzisionsreißzeug-Fabrik, Original Richter „Das Präzisions-Reißzeug", Melanchthonstraße 4/8 Telefon: 4 02 90 u. 4 04 26, Telegr.: Richterwerk

Rohrleitungsbau

Cottbus, Ing. Hans Kopf, Heizungsbau und Rohrleitungsbau, Rennbahnweg 7, Tel. 27 11

Rolläden



Forst/Lausitz, W. Spaarschuh, Rolläden- und Jalousiefabrik, gegründet 1833, Tel. 2 12



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Rostschutzanstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

Röntgen-Elektro-Med.-Apparate

Hermsdorf/Thür., Ing. Herbert Patzer, Tel. 4 98

Sitzmöbel

Dresden, Stuhl-Fischer, N 6, Glacisstraße 5, Tel. 5 15 66

Sonnenschutzrollos



Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau, Herstellung von Springrollos, Telefon: Bernsdorf/OL 209



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Schornsteinbau

Cottbus, Ernst Paulick, Schornstein- und Feuerungsbau, Bahnhofstraße 7, Telefon 44 35

Gera/Thür., Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 66 00

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Spiegel

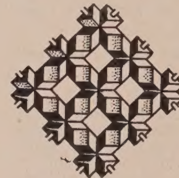
Bernsdorf/OL, Eilenberger & Wehner, Spiegel für die Möbel- und Handtaschenindustrie und Etuifabriken, Veredlung von Flachglas

Sportanlagen



Berlin N 4, Erich Klockow, Rollschuh- und Radrennbahnen, Luisenstr. 14/15, Fernruf 42 47 82

Staussziegelgewebe



Peitz/NL, Stauss & Ruff KG mit staatl. Bet., Tel. 2 70, Staussziegelgewebe — der Universalputzträger für Außen- und Innenwände, Deckenuntersichten, tragende Deckenausbildungen, horizontale, vertikale, geneigte, ebene und gekrümmte Flächen, Gewölbe, Gesimse, Ummantelungen, Rohr-, Bündel- u. Schlitzverkleidungen, Isolierungen, Trockenlegungen und Fassadenrenovierung, statisch anwendbar, feuerfest, unveränderlich, formbar, schalldämmend, raumfest für alle Putzarten

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler KG, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Technischer Korrosionsschutz

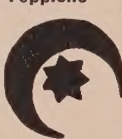


Leipzig, VEB Säurebau — Technischer Korrosionsschutz, Säurebau, säure- und laugenfeste Auskleidungen für sämtliche korrosionsgefährdeten Anlagen, Goethestraße 2, Telex 05 14 76

Terrazzo-Material

Waldheim/Sa., R. Naumann, Rohmaterial für Betonwerkstein und Terrazzo, Tel. 152

Teppiche



Oelsnitz (Vogtl.), VEB Halbmond-Teppiche
Wir fertigen:
Durchgewebte Doppelplüsch-, Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegware, Bettumrandungen, Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht

Trinkwasserbehälter-Anstriche

Coswig, Bez. Dresden, VEB (K) Dachpappen- und Isolierstoffwerke, Tel. Dresden 7 32 51

Uhren



Sonneberg, VEB Feinmechanik, Bettelhecker Straße 1, Ruf 24 41. Gongschlaguhren, Tischuhren, Wanduhren, Kordeluhren, Radioschaltuhren, Industrieuhren

Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda/Thür. Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Tel. 381 u. 382



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Wandfliesen



Meißen/Sa., VEB Plattenwerk „Max Dietel", Neumarkt 5, Tel. 34 51